Freitag, 9. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 183 - 32.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Bonn: Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP fordern eine bessere Aufklärung über die Ursachen des Waldsterbens und das mögliche Zusammenwirken verschiedener Schadensfaktoren. Außerdem wollen die Fraktionen wissen, wie weit die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern bei der Ursachenforschung und der Bekämpfung des Waldsterbens gediehen ist.

Gebührenspekulation: Die Deutsche Postgewerkschaft hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) aufgefordert, den Spekulationen über geplante Gebührenerhöhungen und massiven Personalabbau bei der Post eine Absage zu erteilen.

SDI-Aufträge: London strebt an, daß britische Unternehmen an den Aufträgen der US-Regierung zur Entwicklung von Weltraumwaffen (SDI) mit 1,5 Milliarden Dollar beteiligt werden. Es dürfe nicht dazu kommen, daß die britischen Wissenschaftler „mit Krümeln" abgespeist würden.

Paris: Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat eine offizielle Untersuchung der Vorwürfe angeordnet, der Geheimdienst des Landes sei in den Bombenanschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior" der Umweltorganisation Greenpeace, bei der ein Photograph den Tod fand, verwickelt.

„Ehren-Österreicher": Bundeskanzler Helmut Kohl, der seit 15 Jahren seinen Urlaub in St. Gilgen am Wolfgangsee verbringt, ist seit gestern „Ehren-Österreicher". Kohl bedankte sich für die „hohe Ehre" mit einem Lob auf die „Harmonie der Landschaft des Salzkammergutes". (S. 3)

London: Nach einer Woche heftiger Diskussionen in der Öffentlichkeit und einem 24stündigen Streik der Nachrichtenredakteure in Rundfunk und Fernsehen soll ein unter Regierungsdruck abgesetzter Dokumentarfilm der BBC über Terrorismus in Nordirland jetzt in abgewandelter Form ausgestrahlt werden. (S. 8)

Chile: Der Geheimdienst der paramilitärischen Polizeitruppe Carabineros, dessen Agenten für die Ermordung zahlreicher politischer Gegner verantwortlich sein sollen, wird voraussichtlich aufgelöst. Ungeachtet dieser Entscheidung riefen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen zu einer „nationalen Mobilisierungskampagne" für die Demokratie auf.

Hungerstreik: Der prominente polnische Oppositionelle und ehemalige Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in Breslau, Wladyslaw Frasyniuk, befindet sich seit dem 3. August in der Haftanstalt Leczyca im Hungerstreik.

ZITAT DES TAGES



» Die Führung der Sowjetunion, von der die politische Kampagne zum ‚Schuldenboykott' gegenüber westlichen Regierungen und Banken ausgeht, besteht auf der Rückzahlung und Verzinsung ihrer eigenen Darlehen «

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) zur Diskussion über die internationale Schuldenkrise

FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Das Damoklesschwert, das über dem amerikanischen Außenhandel hängt, wiegt immer schwerer. Nach Angaben des Handelsministeriums erreichte das Handelsdefizit im zweiten Quartal 1985 mit 33,4 Milliarden Dollar eine neue Rekordhöhe. Besonders die Agrarexporte wurden wiederum ein Opfer des überstarken Dollars. (S. 9)

Paris: Die Zahl der Generaldirektoren an der Spitze der verstaatlichten und öffentlich-rechtlichen Betriebe, die mit Billigung des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom Ministerrat ernannt wurden, ist auf dem Dekretwege mehr als verdoppelt worden.

Bauwirtschaft: Die Krise in der deutschen Bauwirtschaft hält weiter an. Im Monat Mai sanken die Baufertigstellungen bei Wohngebäuden im Vergleich zum Vorjahr gleich um 26,9 Prozent und bei Nichtwohngebäuden sogar um 33,2 Prozent.

Börse: Die Kurse der meisten Standardaktien zogen kräftig an. WELT-Aktienindex 199,37 (196,87). Auch am Rentenmarkt gab es deutliche Kursgewinne. BHF-Rentenindex 104,664 (104,463). Performance-Index 106,304 (106,070). Dollar-Mittelkurs 2,8373 (2,8612) Mark. Goldpreis je Feinunze 322,50 (321,15) Dollar.

KULTUR

„Capriccio": Mit großer Aufmerksamkeit folgte das Publikum im Kleinen Festspielhaus in Salzburg der zweieinhalbstündigen pausenlos gespielten Premiere der Oper „Capriccio" von Richard Strauss und spendete am Schluß begeisterten Beifall. (S. 17)

Verona: Nach dem Vorbild der Rockveranstaltung „Life-aid-concert" plant die Arena von Verona ebenfalls eine Benefizveranstaltung mit Schauspielern und Sängern für die Hungernden in Afrika. Auch der italienische Tenor Luciano Pavarotti will kommen.

SPORT

Tennis: Wimbledon-Sieger Boris Becker schied beim Turnier in Kitzbühel in der ersten Runde aus. Er unterlag Diego Perez aus Uruguay mit 3:6, 1:6. (S. 6)

Wasserball: Die deutsche Nationalmannschaft hat bei der Europameisterschaft in Sofia nach einem 12:7 über die Niederlande noch eine Medaillenchance. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Berlin: Wer 1987 zur 750-Jahr-Feier die Ausstellung „Berlin im Mittelalter" auf der Zitadelle in Spandau besucht, betritt brisanten Boden: Unter den Türmen sollen gefährliche Relikte des Dritten Reiches lagern. (S. 18)

„Frühstücksei": Die Liste der Lebensmittelbetrügereien wird immer länger. Im niederländischen Arnheim laufen derzeit Ermittlungen wegen eines Eierskandals. Indessen wurde „Entwarnung" für das im Speiseeis verwendete Aromamittel „Diethylenglykolmonoäthyläther" gegeben. (S. 18)

Wetter: Heiter und trocken. 22 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Behauptung der SPD über chemische Waffen widerlegt

Kein Zweifel an Weinbergers Aussage / Kontroverse zwischen Union und SPD

GÜNTHER BADING, Bonn

Neue chemische Waffen der Vereinigten Staaten werden keinesfalls auf deutschem Boden gelagert. Diese dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, bei seinem Washington-Besuch im Juni vom amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger gegebene Versicherung ist nach wie vor gültig. Darauf haben Regierungskreise gestern in Bonn verwiesen. Die vom Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß, Erwin Horn, aufgestellte Behauptung, Weinberger habe gegenüber seinem deutschen Kollegen Wörner diese Darstellung Dreggers dementieren lassen, entbehre „jeder Grundlage". Das Verteidigungsministerium erklärte, von einer Intervention Weinbergers, um die Version Dreggers zu dementieren, sei „nichts bekannt."

Der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, der zusammen mit seinem Kollegen Todenhöfer an dem Gespräch Dreggers mit Weinberger teilgenommen hatte, stellte gegenüber der WELT noch einmal klar, US-Verteidigungsminister Weinberger habe erklärt: „1. Sollte Amerika – was noch nicht endgültig entschieden sei – neue chemische Waffen produzieren, so werden diese nicht auf deutschem Boden gelagert. 2. Die jetzt auf deutschem Boden gelagerten alten chemischen Waffen werden, sobald die neuen Kampfmittel in den USA vorhanden sind, abgezogen." Im übrigen seien sich Weinberger und Dregger einig gewesen in dem Wunsch, eine weltweite, kontrollierbare Null-Lösung bei Chemiewaffen zu erreichen.

Horn hatte die von Dregger zitierte Zusicherung Weinbergers im SPD-nahen Pressedienst „ppp" als „frei erfunden" bezeichnet. Gestern erklärte Horn noch einmal: „Von einer Zusage, daß diese neuen Kampfmittel lediglich in den USA gelagert würden, war in Washington nichts bekannt."

Horn hatte sich vom 15. bis zum 31. Juli in der amerikanischen Hauptstadt aufgehalten. Er war dabei unter anderem im State Department mit dem künftigen Botschafter in Bonn, Richard Burt, zusammengetroffen, der ihm seine Sorge angesichts der Gespräche der SPD mit der SED über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa darlegte.

Im Gespräch mit dem Stellvertretenden Direktor im amerikanischen Außenamt, John Hawes, riet Horn davon ab, die Bonner Regierung zu drängen, einer Lagerung neuer chemischer Waffen zuzustimmen. Nach dem Bericht des deutschen Botschafters in Washington hatte Hawes Horn darauf entgegnet, daß die US-Regierung „keine derartige Absicht habe".

Vor der Presse in Bonn hatte der SPD-Verteidigungsexperte auch davor gewarnt, daß „ernsthafte Bestrebungen" im Gange seien, die neuen chemischen Waffen als „neues und selbständiges Element" zwischen konventionellen und Nuklearwaffen einzubringen. In Washington, im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Militärausschusses Les Aspin, hatte Horn noch selber erklärt, daß es nach seiner Meinung „trotz der derzeitigen Initiativen, auch in seiner Partei" nicht ohne chemische Waffen als eine mögliche „Eskalationsstufe" in einem Konflikt gehe, solange diese Waffen auf der Gegenseite vorhanden seien.

Attentat wirft Sicherheitsfragen auf

Anschlag auf Frankfurter US-Militärflughafen hat Ähnlichkeit mit Vorfall in Ramstein

D. GURATZSCH, Frankfurt

Zwei Tote, elf zum Teil Schwerverletzte und erheblicher Sachschaden sind die Bilanz eines Bombenanschlages, der gestern morgen auf die US-Airbase an der Südseite des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens verübt worden ist. In diesem Jahr war es bereits der siebte Anschlag auf US- oder NATO-Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, der sich in die Ermittlungen eingeschaltet hat, vermutet einen terroristischen Hintergrund. Der Anschlag weise Ähnlichkeiten zum Attentat der „Rote Armee Fraktion" auf den Luftwaffenstützpunkt Ramstein 1981 auf. Nach Angaben zuständiger Stellen in Bonn hat es in letzter Zeit mehrfach Hinweise gegeben, daß sich RAF-Späher in der Nähe amerikanischer Militäreinrichtungen aufgehalten haben.

Der Sprengsatz detonierte um 7.16 Uhr vor dem Hauptquartier des US-Flughafens. Die Explosion riß einen Krater von zwei Meter Durchmesser und eineinhalb Meter Tiefe in den betonierten Boden. Augenzeuge Georg Wegemann, der als Fotograf bei den US-Streitkräften arbeitet, sah kurz nach der Explosion drei Menschen blutüberströmt am Straßenrand liegen. Noch Stunden nach der Tat waren die Blutlachen zu sehen.

Wie andere Augenzeugen berichteten, war der Parkplatz vor dem Hauptquartier von ausgebrannten, verkohlten und auf die Seite geschleuderten Autos bedeckt. Unter den Trümmern und umgestürzten Bäumen lagen auch die Fetzen von Kleidungsstücken. Von zwei Verwaltungsgebäuden wurden die Ziegeldächer abgedeckt. Sogar einige Zimmerdecken stürzten ein. Viele Fensterscheiben wurden von der Druckwelle zerstört.

Bei den Toten handelt es sich um einen Mann und eine Frau, beide Amerikaner. Das Bombenauto, das mit gefälschtem Kennzeichen in die US-Airbase gelangt war, wurde völlig zerrissen.

Der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) äußerte sich „tief betroffen" über die Tat. In einem Brief an das Hauptquartier bekundete er die „Trauer und Erschütterung der Landesregierung und der Bürger Hessens über den Anschlag auf das Leben amerikanischer Bürger".

Bekennerbriefe waren bis zum Nachmittag nicht eingegangen. Auch über die Art des Sprengsatzes und seinen Zündmechanismus lagen keine Erkenntnisse vor. Der Betrieb des Zivilflughafens wurde durch den Anschlag nicht behindert. Doch die Autobombe warf Fragen nach der Sicherheit auf dem Militärgelände auf. Die Amerikaner gaben zu bedenken, daß bei der Anlage, die neben Militäreinrichtungen auch eine Siedlung und viele Freizeiteinrichtungen beherbergt, eine genaue Kontrolle der vielen hundert Autos, die täglich ankommen, nicht möglich ist.

gs. Hamburg

Eine Putzfrau hat gestern einen Brandanschlag auf das Amerika-Haus in Hamburg vereitelt, als sie zwei junge Leute bei den Vorbereitungen überraschte. Sie flüchteten und ließen zwei Kanister mit brennbarer Flüssigkeit zurück.

Esser setzt auf Qualifikation

Bundesanstalt für Arbeit: Wir ersparen 380 000 Menschen die Arbeitslosigkeit

DW. Bonn

Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat sich dafür ausgesprochen, die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für die Qualifizierung von Arbeitslosen zu verwenden. Esser sagte in einem Interview der „Wirtschaftswoche", in der Frage der Verwendung der Überschüsse – 1984: drei Milliarden Mark – seien sich die Arbeitgeber und Gewerkschaften „in den Grundsätzen" einig. Es müsse alles getan werden, was beschäftigungswirksam sei. Der Arbeitgeberpräsident ließ auch die Bereitschaft erkennen, unter bestimmten Voraussetzungen höheren Leistungen für längerfristig Arbeitslose zuzustimmen. Gleichzeitig fügte er aber hinzu: „Es ist gar nicht so selbstverständlich, daß die Beitragszahler – und zur Hälfte sind es die Arbeitgeber – auf eine Senkung des Betrages und damit der Lohnzusatzkosten verzichten."

PETER JENTSCH, Bonn

Die hohe Arbeitslosigkeit wird auch 1986 das beherrschende politische Thema bleiben. Nach Auffassung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, ist im nächsten Jahr nicht mit einer grundlegenden Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

Franke machte allerdings in einem Interview deutlich, daß die Bundesanstalt mit ihren arbeitsmarktpolitischen Instrumenten in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit in rund 380 000 Fällen verhindern oder beseitigen werde.

Einen Schwerpunkt dieser Instrumente bilde die Förderung der beruflichen Bildung, hob ein Sprecher der Bundesanstalt gegenüber der WELT hervor. Dies diene auch dem Ziel, den bestehenden Facharbeitermangel mittelfristig abzubauen; immerhin besäßen rund 50 Prozent aller den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen keine berufliche Qualifikation. Durch die Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung werde der Arbeitsmarkt um gut 130 000 Personen entlastet. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres habe die Bundesanstalt für diesen Zweck Mittel in Höhe von gut 2,2 Milliarden Mark aufgewendet.

Um weitere gut 100 000 Personen werde der Arbeitsmarkt in diesem Jahr durch das ABM-Programm (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) entlastet. Durch dieses Programm werden mit Mitteln der Bundesanstalt Arbeitslose in sozialen Diensten, bei der Stadtsanierung, zur Verbesserung der Infrastruktur oder für den Umweltschutz eingesetzt. Dafür wendete die Anstalt in den ersten sieben Monaten insgesamt 1,081 Milliarden Mark auf.

Um Entlassungen durch Kurzarbeit (die betriebsübliche Arbeitszeit wird um etwa ein Drittel verringert) zu vermeiden, zahlt die Bundesanstalt für Arbeit den betroffenen Arbeitnehmern den Bruttoeinkommensausfall. Das waren von Januar bis Juli dieses Jahres insgesamt 1,034 Milliarden Mark. Mit Hilfe dieses Kurzarbeitergeldes soll der Arbeitsmarkt in diesem Jahr um rund 80 000 Personen entlastet werden.

Morsche Autobahn wird repariert

gba. Bonn

Die Verhandlungen mit der „DDR" über eine Erneuerung der Transitautobahn von Berlin nach Hof stehen nach Informationen der WELT unmittelbar vor einem erfolgreichen Abschluß. Das Abkommen über die Grunderneuerung im Abschnitt Hirschberg/Triptiss könnte schon in der kommenden Woche von Vertretern des „DDR"-Verkehrsministeriums paraphiert und tags darauf unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung soll dem Vernehmen nach in Bonn stattfinden. Konkret geht es in der Vereinbarung um ein Teilstück der kaum noch verkehrstüchtigen Strecke ab dem Übergang Rudolphstein von gut 40 Kilometern Länge. Diese Strecke ist nach Berichten von Reisenden in einem derart desolaten Zustand, daß sie als nicht mehr verkehrssicher anzusehen sei. Die Straßendecke sei zerbröckelt und durchlöchert, Fahrbahnmarkierungen fehlten oder seien nur auf kurzen Abschnitten sichtbar, so daß der Gesamtzustand der Fahrbahn trotz der dort verordneten Geschwindigkeitsbegrenzung als verkehrsgefährdend angesehen werden müsse, urteilten Experten über diesen Autobahnabschnitt. In die Grunderneuerung der Fahrbahn soll auch die Reparatur des Belags der Saalebrücke in diesem Bereich einbezogen werden. Die Brücke selber, die noch aus der Vorkriegszeit stammt und später repariert worden war, muß allerdings nicht erneuert werden.

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil soll mehr als 100 Millionen Mark betragen. Diese Summe fällt nicht in die jährliche Transitpauschale, die Bonn an Ost-Berlin bezahlt, obwohl aus diesen Geldern laut dem Transitabkommen von 1971 auch die Instandhaltung der Autobahn von der „DDR" bezahlt werden müßte. Allerdings scheint eine Art Kompensationsgeschäft zustande gekommen zu sein. Für die Finanzmittel – oder zumindest einen beträchtlichen Teil davon –, die zur Reparatur der Autobahnstrecke aufgewendet werden sollen, könnte die „DDR" Waren in der Bundesrepublik beziehen.

Hoffnung auf einen baldigen Abschluß der Verkehrsverhandlungen äußerte gestern auch Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble. In einem Rundfunkinterview an seinem Urlaubsort sagte der Minister: „Ich denke, daß wir in den Verhandlungen über die Erneuerung der Autobahn zu einem Ergebnis kommen werden." Natürlich gebe es, „solange Deutschland geteilt ist und solange der freie Teil Berlins gewissermaßen eine Insel innerhalb des Gebiets der DDR ist, eine Fülle von nicht gelösten Verkehrsproblemen, die wir nur schrittweise verbessern können." Schäuble fügte hinzu, er hoffe außerdem, „daß wir in diesem Jahr noch ein Kulturabkommen unter Dach und Fach bringen."

DER KOMMENTAR

Kreuzflug

HEINZ BARTH

Zum dritten Mal in fünf Jahren ist Papst Johannes Paul II. zu einer Afrikareise aufgebrochen. Sie ist keine Pilgerfahrt. Sie ist ein Conquistadoren-Kreuzflug für die Kirche der Expansion. Die Monsignori im Vatikan sind nicht alle glücklich über die hohen Temperaturen des päpstlichen Reisefiebers. Knarrende Risse, so klagen sie, hätten sich durch die häufige Abwesenheit des Heiligen Vaters im sonst so geräuschlos funktionierenden Apparat der Kurie aufgetan.

Doch Verwaltung, von der Patina der Jahrhunderte geglättet, ist heute nicht das Hauptproblem der Kirche. Es ist nicht der Bekenner-Eifer des Seelsorgers allein, der diesen Papst in der Welt umtreibt. Er hat das politische Metall des Rufes gehört, der in der desillusionierten Gegenwart sich verloren fühlender Generationen und Rassen an ihn ergangen ist. Von den Industrie-Nationen ist vorerst kaum eine durchschlagende Reaktion zu erwarten.

Sein Feld sind die Massen Lateinamerikas und Afrikas, wo der Appell seiner charismatischen Persönlichkeit unmittelbarer auf die Gläubigen wirkt als die egalitären und scheindemokratischen Theorien jesuitischer Generalstäbler. Afrika ist ein ganz anderes Problem. Nicht nur das Ende der Kolonialzeit bietet dem Katholizismus, der keine Grenzen kennt, Chancen auf diesem Kontinent, wo Spiritismus und Stammesbindungen die nationalistischen Strömungen überlagern.

Hier setzt der islamische Fundamentalismus ein, der sich auf dem Marsch nach Süden befindet. Seine Renaissance, die nicht mit dem menschenfeindlichen Extremismus Khomeinis gleichgesetzt werden sollte, hat längst die Linie Ankara–Casablanca überschritten. Der Papst hat dies als eine Herausforderung für den Katholizismus begriffen, dessen Gefolgschaft in Afrika seit Jahrhundertbeginn von 1,1 auf 60 Millionen zunahm.

Was man in der Politik Bewegung nennt, ist nicht im Vatikan erfunden worden. Doch im siebenten Jahr dieses Pontifikates ist die Kirche durch einen Aktivismus geprägt, der ihr Gesicht verändert. Wie die Fundamentalisten des Islam ist sich Johannes Paul II. bewußt, daß sich die Menschen nach einem inneren Halt sehnen, den ihnen dieses Jahrhundert der säkularisierten Seelen raubte. Das ist kein Pontifikat, das in der glatten Halbseide angepaßter Behutsamkeit an die Zeitläufe daherkommt. Es ist das Pontifikat eines katholischen Fundamentalisten, das sich in das grobe Leinen bäuerlicher Kraft und in die kirchenväterliche Überzeugung kleidet, daß Krisen dazu da seien, überwunden zu werden.

Differenzen prägen den Araber-Gipfel

DW. Casablanca

Tiefgreifende Differenzen zwischen den arabischen Ländern prägen die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga, die König Hassan II. von Marokko in Casablanca eröffnet hat. Zu den Hauptthemen gehören offenbar die Spaltung der arabischen Staaten in bezug auf die jordanisch-palästinensische Nahostinitiative, die Wiederaufnahme Ägyptens in die Arabische Liga und der Golfkrieg. König Hassan möchte durch das Treffen eine Verbesserung des Klimas in der arabischen Welt herbeiführen und die Lösung des Palästina-Problems vorantreiben. Beobachter erwarteten jedoch keine konkreten Ergebnisse. Hassan forderte die arabischen Führer auf, bei Treffen dieser Art ihr gegenseitiges Verhalten zu überdenken. Gipfeltreffen müßten sorgfältiger vorbereitet werden, sagte der König, der die Europäische Gemeinschaft als Vorbild hinstellte. Die arabische Nation brauche alle ihre Mitglieder. Selbst wenn nur ein Mitglied verlorengehe, lähme dies die arabische Nation.

Libyen, Syrien, Libanon, Algerien und Süd-Jemen boykottieren die Konferenz, an der auch PLO-Chef Arafat teilnimmt. Von den übrigen 16 Mitgliedern der Liga entsandten sieben keine führenden Politiker. So blieben der König von Saudi-Arabien, der Emir von Kuwait und der irakische Staatspräsident dem Gipfel fern. Der libysche Delegationsleiter el Schahati reiste wieder ab, weil er seine Forderung nach Verurteilung Jordaniens und der PLO wegen ihrer Nahost-Initiative nicht durchsetzen konnte.

Erste Etappe der Afrikareise des Papstes

DW. Lomé

Papst Johannes Paul II. ist gestern nachmittag in Lomé, der Hauptstadt Togos, eingetroffen. Dieses ist die erste Station seiner dritten Afrikareise von 25 000 Kilometern, die ihn in sieben Länder führen wird. 13 Messen und 40 Reden wird der Papst während seines zwölftägigen Aufenthalts auf dem Schwarzen Kontinent halten.

Nach seiner Ankunft in Lomé traf Johannes Paul II. mit dem diplomatischen Korps zusammen und las anschließend eine Messe auf dem Platz „Zweiter Februar" vor Tausenden von Togolesen. Die erste einer Reihe wichtiger Begegnungen mit Vertretern der islamischen Religion aus den einzelnen Besuchsländern fand am Abend statt, bevor der Papst mit den Bischöfen von Togo zusammentraf.

In Togo wird Johannes Paul II. mit großer Armut und der Notwendigkeit der Geburtenkontrolle konfrontiert. Die katholische Kirche lehnt den Gebrauch von Verhütungsmitteln ab. Bereits am Mittwoch waren Tausende von Togolesen in der Hauptstadt eingetroffen, um den Papst willkommen zu heißen. Nach Angaben der Kirchenvertreter sind in den Schulen der Stadt Unterkünfte für die Besucher eingerichtet worden. Die Behörden haben scharfe Sicherheitsvorkehrungen für den Papstbesuch getroffen. In Togo leben 606 000 Katholiken, das sind knapp 22 Prozent der Einwohner des Landes. Nahezu 20 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zum Islam, dessen wachsende Ausdehnung eine Herausforderung für das afrikanische Christentum darstellt.

CDU-Landesverbände uneinig über ihren Zusammenschluß

Biedenkopf: Ohne Fusion gewinnen wir keine Wahl mehr

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der westfälisch-lippische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat noch einmal die „Notwendigkeit der Fusion" seines Landesverbandes mit dem der CDU-Rheinland betont. Ohne diese Maßnahme werde die CDU in Nordrhein-Westfalen keine Landtagswahl gewinnen können. Die SPD habe dagegen schon in den 60er Jahren die Konsequenzen aus der landespolitischen Entwicklung gezogen und einen einheitlichen Landesverband für Nordrhein-Westfalen entwickelt. Biedenkopf sprach sich gegenüber dem Deutschlandfunk dafür aus, die Fusions-Bestrebungen nicht mit einer Personaldebatte zu belasten. Eine kritische Diskussion über die beabsichtigte Zusammenlegung aber halte er für „sinnvoll, bevor Entscheidungen getroffen werden". Er bezog sich damit auf den rheinischen Vorsitzenden der CDA, Wolfgang Vogt. Dieser hatte gefordert, die Partei dürfe sich nicht in organisatorischen Veränderungen aufzehren, sondern brauche „Kraft und Zeit, um die auf die Inhalte der Politik und ihre Umsetzung ins Bewußtsein der Bürger zu konzentrieren".

In diese Richtung zielen auch die Beratungen des rheinischen CDU-Vorstandes, die gestern nacht zu Ende gingen und Verhandlungsgegenstand einer gemeinsamen Sitzung mit den Westfalen heute abend sein werden. Die Rheinländer fordern ein originäres Entsendungsrecht für die Vereinigungen innerhalb der CDU, die im Rheinland traditionell eine gewichtige Rolle spielen. Außerdem sollen die neu zu schneidenden Bezirke keinen Organcharakter haben, sondern lediglich Arbeitsgemeinschaften sein. Vor allem aber bestehen die Rheinländer ausdrücklich auf ihrem Wunsch, daß schon jetzt die organisatorischen und programmatischen Fragen behandelt und zum Jahresanfang 1986 abgeschlossen sein sollen. Der erste Parteitag einer CDU-NRW – nach der Bundestagswahl 1987 – solle zwar die neue Satzung beschließen, aber auch Programm-Parteitag sein. Dagegen stehen die Vorschläge der Strukturkommission unter Biedenkopf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Merkur in Atemnot

Von Peter Gillies

Viel Regierungen halten die Prinzipien des Freihandels hoch – leider so hoch, daß bald niemand mehr herankommt. Nahezu täglich muß auch diese Zeitung über Verstöße gegen das Prinzip des freien Warenaustauschs berichten. Einmal sind es Kirschen, die in Nachbars Garten billiger erzeugt und deswegen ausgesperrt werden; in den USA bastelt man gerade an einer Importsperre gegen Schuheinfuhren; in dieser Woche verhandelten EG und USA über Lieferbeschränkungen bei Stahlprodukten, wobei das Abkommen mit dem höhnischen Attribut „freiwillig" versehen wird.

Automobile oder WC-Schüsseln, Agrarprodukte oder Textilien, Elektronik oder Stahl – kaum ein Erzeugnis auf dem Weltmarkt wird nicht durch offene oder getarnte Einflußnahme gegängelt, kontingentiert, verzollt, schikaniert. Das Gesetz, am Markt möge sich stets der Leistungsfähigste unbehindert durchsetzen, ist löchriger als ein Schweizer Käse. Am Anfang dieser abertausende Handelsschranken steht meist ein gutgemeintes Grundmuster: Wir müssen unsere bedrohten Betriebe (und deren Arbeitsplätze) vor der billigeren Konkurrenz schützen, denn sie ist unlauter, arbeitet mit Dumpingkalkulationen, profitiert von wettbewerbsverzerrenden Subventionen.

Letzteres trifft manchmal zu, oft ist es eine Schutzbehauptung. Es ist eben einfacher, zur Regierung zu laufen und Schutz („Protektion") zu begehren, als sich dem schmerzhaften Strukturwandel zu stellen. Auf Dauer führt diese Politik jedoch die Weltwirtschaft in den Abgrund. Denn sie bestraft die modernen, leistungsfähigen, kostenstrengen und risikobewußten Unternehmen und belohnt die Fußkranken und Einfallslosen. Kurzfristig mögen einige Arbeitsplätze damit „gesichert" sein, langfristig kennt dieser Prozeß jedoch nur Verlierer, in der industriellen wie in der Dritten Welt.

Wenn in Washington dreihundert Gesetze für Importbeschränkungen auf der Tagesordnung stehen, hat gerade die EG nicht den geringsten Grund zur Anklage. Sie ist leider auch zu einem protektionistischen Gebilde erstarrt. Besorgniserregend ist zweierlei: die Summierung der vielen kleinen, harmlos anmutenden Verstöße gegen den freien Warenaustausch und die Lethargie der weltwirtschaftlichen Lenker. Hier ist eine weltweite Abrüstung so nötig wie in der Sicherheitspolitik.

Wahre Terroristen

Von Enno v. Loewenstern

Manche Autoren haben eben das Glück, zeitgemäß und zeitgeistgemäß im passenden Augenblick hervorzutreten, auch wenn sie es so nicht bewußt steuern konnten. Günter Grass belehrt uns in einer Hamburger Illustrierten: „Die wahren Terroristen tragen Nadelstreifen, sitzen in Chefetagen und scheuen sich nicht, eine Flick-Politik fortzusetzen, die vor 1933 ihren Anfang nahm." Und der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Benda, erscheint im selben Blatt zum selben Datum mit einem „Plädoyer gegen den Überwachungsstaat" überschriebenen Interview.

Diese Aussagen wurden am Donnerstag verbreitet, gleichzeitig mit dem neuesten Anschlag auf eine amerikanische Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland. Im schiitischen Autobombenstil wurden zwei Menschen getötet und elf verletzt.

Der Überwachungsstaat hat mal wieder zu wenig überwacht, oder vielleicht war es auch die verbündete Macht – jedenfalls hat man anscheinend die, wie soll man sie nennen: unwahren Terroristen nicht ernst genug genommen; wie immer das Auto mit dem gefälschten Nummernschild auf den amerikanischen Militärflughafen gelangt sein mag. Es war der siebente Anschlag auf Einrichtungen des Bündnisses in diesem Jahr auf unserem Boden. Den Toten nützt es wenig, daß wir noch nicht wissen, ob die Täter jeweils Nadelstreifen oder Bluejeans trugen.

Es würde den Lebenden etwas nützen, wenn wir die Hysterie vor dem angeblichen Überwachungsstaat abbauten und den Datenschutz in eine vernünftige Relation zum Menschenschutz stellten. Die Polizei kann derartige Verbrechen nur verhindern, wenn sie Informationen sammeln kann, nicht zuletzt mit Hilfe einer aufmerksamen Bevölkerung. Das setzt voraus, daß man der Polizei die nötigen Mittel zugesteht. Und daß man die Mitbürger nicht durch Verharmlosung von Mördern dazu bringt, die Augen zu verschließen. Wie das vor 1933 seinen Anfang nahm.

Diesel contra Katy

Von Harald Posny

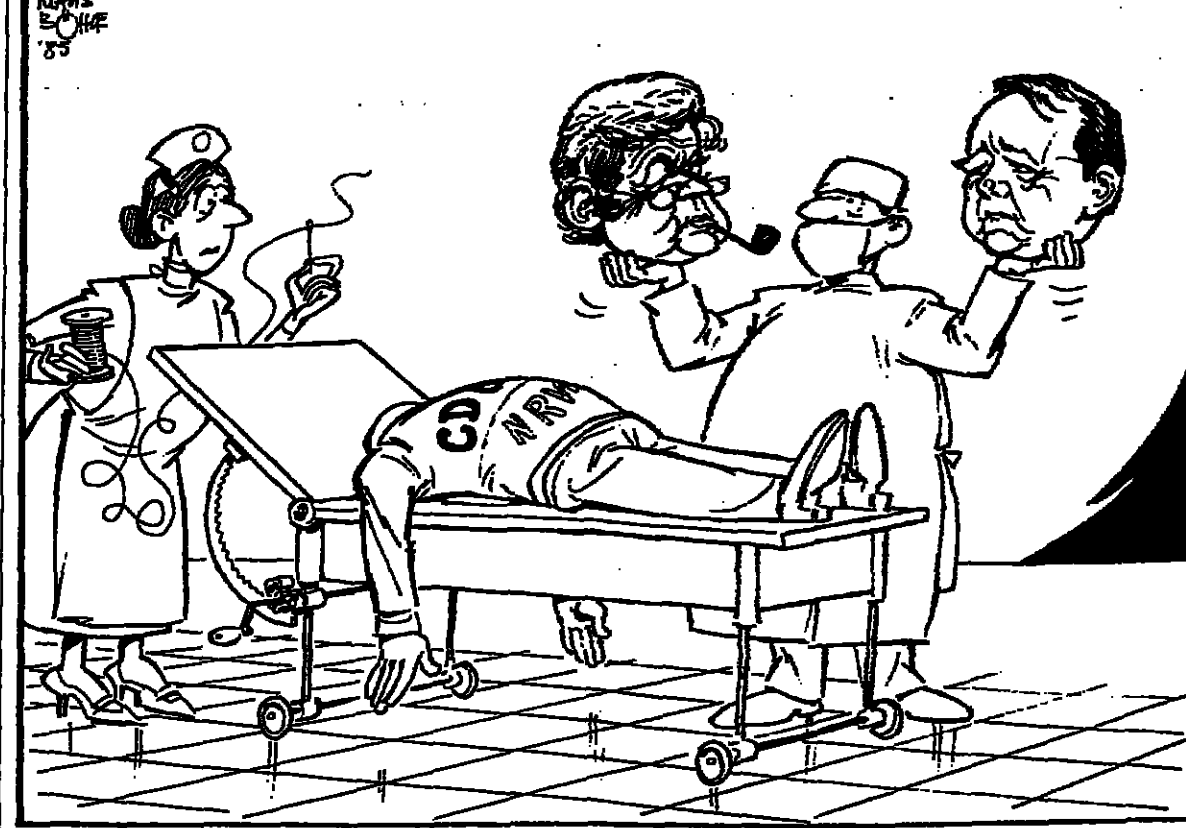
Die jüngste Ifo-Studie, die dem deutschen Pkw-Markt für dieses Jahr in Produktion und Export neue und für den Inlandsabsatz Beinahe-Rekordzahlen verheißt, wird sowohl von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann als auch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mit Genugtuung aufgenommen worden sein. Vom einen, weil die erstaunliche Entwicklung des Auftragseingangs, der sich erst in weiteren drei Monaten in der Zulassungs-Statistik niederschlägt, ein Indiz für steigende Konsumausgaben, Wirtschaftswachstum und eine gute Handelsbilanz ist. Vom anderen, weil er jetzt endgültig vom Makel befreit ist, mit seiner umweltpolitischen Offensive eine Wachstumsbranche in einer entscheidenden Konjunkturphase gebremst zu haben.

Ihre Freude mag umso größer sein, als auch die Autoindustrie mit solchen Ergebnissen nicht gerechnet hat. Nun soll sich bis zum Jahresende das noch vorhandene – gegenüber dem Vorjahr streikbedingt verzerrte – Minusergebnis in ein Absatz-Plus von zwei Prozent verhandeln.

Sind also alle Unklarheiten um den Katalysator, kaum verständliche (teilweise auch noch nicht vorhandene) Abgasnormen, geregelte oder ungeregelte Lambdasonden, Abgasrückführungssysteme usw. beim Käufer beseitigt? Wohl kaum.

Der Käufer, das zeigen Gespräche mit dem Handel, hat sich prozyklisch zwar für den Kauf, aber nicht für den Katalysator entschieden. Ausnahme bilden allenfalls die oberen Hubraumklassen. Vor allem die mittlere Käuferschicht, aber auch die typischen Zweitwagen-Haushalte verlegten sich auf die abgasärmeren Diesel-Versionen oder auf kleine Fahrzeuge, für die sich nicht einmal der Diesel wegen der geringen Fahrleistung lohnt. Der Diesel hat jetzt einen Anteil von über zwanzig Prozent am Markt – offenbar, weil die Kunden zweifeln, daß sie schon überall bleifreies Benzin angeboten bekommen.

Und Zimmermann kann sich zusätzlich freuen: Das Ausland, das wegen der attraktiven deutschen Angebotspalette, aber auch wegen des Dollarkurses, ein Drittel mehr Pkw abgenommen hat, hat sich mit wahrer Hingabe auf alle Diesel-Typen gestürzt. Erste Früchte der EG-Umweltdiskussion?



„Ehe wir transplantieren – welcher sieht frischer aus?" KLAUS BÖHLE

Wasser-Kopf mit Lippe?

Von Manfred Schell

Die CDU in Nordrhein-Westfalen steht noch immer unter dem Schock des Wahldebakels vom 12. Mai. Nur so ist zu erklären, daß sie sich jetzt an die Fiktion klammert, eine Fusion der bisher selbständigen, durch (kompetenzarme) Führungsgremien miteinander verbundenen Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sei das Allheilmittel, das die gebeutelte Partei aus ihrer Lethargie herausreißt, ihr wieder das Gewicht früherer Jahre gibt.

Kurt Biedenkopf, der den Zusammenschluß betreibt, hat den kühnen Satz gewagt: Ohne Fusion werde die CDU in Nordrhein-Westfalen keine Wahlen gewinnen können. Er gibt damit der Organisation wahlentscheidende Bedeutung, obwohl er wissen muß, daß ein gut funktionierender organisatorischer Unterbau immer nur ein Hilfsmittel der Politik sein kann.

Erfolg oder Niederlage entscheiden sich an anderen Kriterien. Zum Beispiel daran, ob die CDU kompetente, von der Person und der Sache her überzeugende Politiker präsentiert, ob sie diese geschlossen unterstützt, ob die Partei Konzepte entwickelt und sie dem Bürger plausibel machen kann, oder ob sie ihre Kraft in Führungsintrigen vergeudet.

Kurt Biedenkopf hat die Landtagswahl 1980, Bernhard Worms noch deutlicher die von 1985 verloren. Die Mängel lagen nicht nur im organisatorischen Bereich. Wenn man sich, wie im Vorfeld der letzten Wahl, nicht auf einen gemeinsamen Wahlkampf einigen kann, wenn es ein Landesvorsitzender ablehnt, sich auf einem gemeinsamen Plakat ablichten zu lassen, wenn dieser seinen persönlichen Wahlkampf führt; dabei pointiert gegen die Mittelmäßigkeit zu Felde zieht und obendrein jeden wissen läßt, wen er damit meint, dann schmälert das die Erfolgsaussichten.

Hier liegen die eigentlichen Probleme der CDU in Nordrhein-Westfalen. Sie hat um Positionen statt um die Sache gekämpft. Geradezu entlarvend ist da die Forderung der eigenen Strukturkommission, nach der Fusion müsse ein Programm der CDU für Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden. Organisatorische Verbesserungen, falls sie Verbesserungen sein sollten, können dieses Nichts in der Sachpolitik nicht wettmachen. Im übrigen wird die These Biedenkopfs noch brüchiger, wenn man den Blick auf die niedersächsische CDU richtet. Dort gibt es gar drei Landesverbände. Aber niemand zweifelt daran, daß Hasselmann für Niedersachsen spricht; niemand hat den Eindruck, daß sich Hasselmann und Albrecht gegenseitig in die Hacken treten.

Die Gefahr besteht, daß sich die CDU in Nordrhein-Westfalen jetzt in einer letztlich unfruchtbaren Organisationsdebatte verliert, anstatt sich auf die Bundestagswahl 1987 zu rüsten und zu versuchen, verlorenes Terrain wettzumachen. Denn daß die Angelegenheit mit einem Willensbeschluß zur Zusammenlegung nicht abgetan sein wird, zeigt die berechtigte Warnung des Vorsitzenden der rheinischen Sozialausschüsse, Wolfgang Vogt: „Einen Kopf zu schaffen, ohne zu wissen, auf welchem Körper er sitzt, und ohne zu wissen, auf welchen Beinen der Körper steht, grenzt an Wahnsinn."

Es geht also auch organisatorisch um weit mehr als nur um die Bildung einer Spitze über den Spitzen. Es geht um die Strukturen in den bisherigen Landesverbänden, um den Stellenwert der Vereinigungen, um Vermögens- und um Finanzfragen. Außerdem müßte Paragraph 16 der Bundessatzung der CDU, die von zwei Landesverbänden ausgeht, geändert werden. Der nächste Parteitag ist im September 1986. Ein gemeinsamer Landesverband Nordrhein-Westfalen würde künftig fast vierzig Prozent der Delegierten zu CDU-Bundesparteitagen entsenden. Er hätte bei personellen Entscheidungen sehr großes Gewicht, auch wenn eine „Blockabstimmung" aufgrund der verschiedenen Loyalitäten nicht möglich ist. Helmut Kohl wird dies alles bedenken.



Warnung vor dem Kopf mit ungewissem Körper: Vogt
FOTO: WOLF P. PRANGE

Die Kernfrage lautet, wer diesen großen und einflußreichen Landesverband führen würde. Vogt sagte, bei einer Fusion dürfe es keine Vorentscheidung über den künftigen Landesvorsitzenden geben. Biedenkopf hat sich in dem Vakuum nach der verlorenen Wahl ins Spiel gebracht. Das ist legitim. Er hat die Konjunktur genutzt. Auf ihn würde bei einer baldigen Entscheidung der Landesvorsitz wohl hinauslaufen. Worms steht nicht zur Debatte. Er ist das Schlachtopfer, und er wird es spätestens dann merken, wenn sein Mandat als Fraktionsvorsitzender in zwei Jahren abgelaufen ist.

Die Partei muß sich bei einem Fusionsbeschluß fragen, ob sich das Interesse von Biedenkopf mit dem Interesse der CDU deckt. Im letzten Wahlkampf ist es Biedenkopf nicht gelungen, sich als uneigennütziger Diener der Partei zu profilieren. Die Frage geht um, ob er denn – nur – sachliche Gründe für die jetzige Strukturdiskussion hat. Hinzu kommt die Unsicherheit, was für Ansprüche ein Landesvorsitzender von annähernd vierzig Prozent der CDU stellen mag und ob sein Ehrgeiz in Düsseldorf befriedigt wird. Falls es ihn hundert Kilometer in den Süden treiben sollte, so kann jeder jetzt schon darüber nachdenken, wie schlecht bekanntermaßen das Verhältnis zwischen ihm und dem Bundeskanzler ist. Und: Wer die CDU in die nächste Landtagswahl in fünf Jahren, die schnell vorbei sind, führen wird. Norbert Blüm und Heiner Geißler sind genannt worden. Die Spitze des Landesverbandes wäre dann aber mit einem Mann „in Bonn" besetzt, und es ist kaum vorstellbar, daß Blüm oder Geißler unter einem Landesvorsitzenden antreten.

Worms hat jetzt angekündigt, die Frage der Fusion werde erst nach der Bundestagswahl 1987 geklärt werden. Ob der Kanzler auf diesen Zeitplan gedrängt hat, ist unbekannt, aber er entspricht seiner Interessenlage. Nach einer wiedergewonnenen Bundestagswahl hätte er in vieler Hinsicht freie Hand. Auch in Nordrhein-Westfalen.

IM GESPRÄCH Zdzislaw Morawski

Kontaktmann zur Kirche

Von Joachim G. Görlich

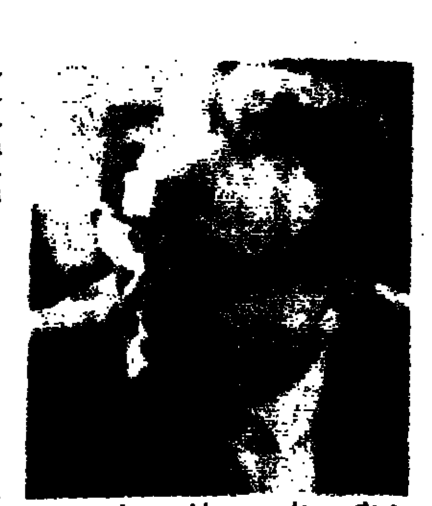
Wann immer Dr. Zdzislaw Morawski, seines Zeichens Chefredakteur der „bürgerlichen" Tageszeitung „Zycie Warszawy", sich zu Fragen polnischer Kirchenpolitik äußert, kann man davon ausgehen, daß dies die Ansicht des Generals Jaruzelski ist. Der Journalist ist nämlich Kirchen- und Vatikanexperte im ZK der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der polnischen KP also, und gilt als inoffizieller kirchenpolitischer Sprecher der Partei.

Der Lebenslauf Morawskis ist ungewöhnlich: Er durfte während der Stalin-Ära an der Warschauer Universität Rechtswissenschaft studieren und wurde zum Journalistenstudium gar zur UNO geschickt. Ungewöhnlich deswegen, weil der heute 58jährige aus einer Familie stammt, die von den Hohenzollern in den Grafenstand erhoben wurde. Angehörige des Adels aber hatten es schwer in der Stalin-Ära. Soweit sie studierten, wurden sie in der Regel von den Universitäten relegiert.

Morawski, ein gebildeter Mann, der mehrere Sprachen spricht, machte sich für die Kommunisten bald unentbehrlich, vornehmlich für die Pflege von Auslands- und Kirchenkontakten. Bevor er nach Rom als Vatikan-Sonderkorrespondent ging, hatte er bereits ein Vatikanbuch verfaßt, das ihm Respekt sogar bei seinem Landsmann Wojtyla eintrug.

Der Träger eines Journalistenpreises namens „European Golden Mercury" durfte später Papst Johannes Paul II. auf diversen Reisen begleiten. Und diese Kontakte zur Kirche pflegt Morawski als Chef der gut gemachten größten „bürgerlichen" Tageszeitung Polens weiter. Er läßt sogar fromme Todesanzeigen in seinem Blatt zu, wie er einst den Tod seiner Mutter mit vollem Adelsprädikat beklagte.

Morawski hält sich oft im Warschauer Primas-Palais auf und bucht von Zeit zu Zeit einen Flug nach Rom. Die Kirchenhierarchie bestaunt seine Kenntnis der Kirchengeschichte und schätzt ihn als Gesprächspartner.



Verwandte hier wie dort: Morawski
FOTO AP

Im polnischen „Who's who" gibt es übrigens mehrere Morawski. Der zwei Jahre ältere Bruder Kazimierz, der als „Journalist und Staatsfunktionär" ausgewiesen ist, ist Präses der regierungstreuen „Christlich-Sozialen Vereinigung" und Staatsratsmitglied. Er ist Herausgeber der einzigen polnischen christlichen Illustrierten „Za i przeciw" (Pro und contra). Er pflegt die Kontakte zu den konfessionellen Minderheiten des Landes, zum Weltkirchenrat und zum Moskauer Patriarchat. Genannt wird ferner der hochdekorierte Pharmazeut Dr. Bogdan Morawski (1928), der im Gegensatz zu Kazimierz den KP-Ausweis hat. Ein namhafter Romanist ist Professor Kalikst Morawski (1907), der hohe italienische Auszeichnungen erhielt. Ferner der Krakauer Philosoph und Kunsttheoretiker Professor Stefan Tadeusz Morawski (1921) und schließlich ein weiterer Zdzislaw Morawski, Absolvent der Parteihochschule und KP-Literat (1926).

Einer wird nicht genannt, da er dem „sozialistischen Vaterland" den Rücken kehrte und nach seiner Tätigkeit bei „Znak" Vatikankorrespondent für polnische Exilmedien ist: Dominik Graf Morawski. Er hat übrigens auch einen guten Draht zu seinem Landsmann auf dem Thron Petri und den „polnischen Vatikankreisen".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Es kommentiert die Verfassungsklage eines pensionierten Beamten gegen die Zweitwohnsteuer:

Politiker aller Parteien gehen auf Tauchstation, wenn sie die „Erholungssteuer" mit stichhaltigen Argumenten verteidigen sollen. Denn sie wissen, daß Zweitwohner am Ferienort die gleichen Abgaben zu leisten haben wie die Anwohner. Überdies lassen sie Geld in den örtlichen Geschäften, Handwerksbetrieben und Restaurants. Immer wieder ist in den Kurorten, die jetzt die Steuer eintreiben, zu hören, die Hamburger seien doch reiche Leute, die Steuer sei für sie also gar nicht so schlimm. Das ist eine Behauptung, die an der Wahrheit vorbeigeht. Nachweisbar haben die meisten Zweitwohner daheim nur Mietwohnungen. Sie haben jahrelang jede Mark, die sie übrig hatten, zurückgelegt, um sich die Ferienwohnung kaufen zu können. Viele der Käufer sind heute Rentner. Sie trifft die „Erholungssteuer" am härtesten.

Neue Zürcher Zeitung

Sie findet, daß die Experimente der Grünen die Bestrebungen innerhalb der etablierten Parteien, den Frauen mehr Mitsprache und mehr Vertretung zu sichern, zumindest beeinflußt haben, ist aber skeptisch:

Solche wahltaktische Überlegungen dürften jedenfalls auch CDU-Generalsekretär Geißler bewogen haben, den letzten Bundeskongreß seiner Partei in Essen zum Frauenparteitag zu erklären. Der jüngste Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen gibt freilich auch Anlaß zu Zweifeln, daß ein spektakuläres frauenpolitisches Engagement sich automatisch in hohen Stimmengewinnen niederschlägt. Obwohl der sozialdemokratische Ministerpräsident Rau nicht einmal eine sogenannte Alibifrau in seinem damaligen Kabinett hatte, stimmte eine klare Mehrheit der Wählerinnen (und ebenso der Wähler) für die SPD, während die sich besonders um die Frauen bemühenden Grünen ein schweres Fiasko erlitten.

FINANCIAL TIMES

Zum Konflikt zwischen Regierung und BBC meint das Londoner Wirtschaftsblatt:

Die IRA hat durch die Zensur mehr Publizität erhalten, als wenn sie auf dem Bildschirm erschienen wäre. Der BBC-Auslandsdienst hat gelitten, weil sein Ruf für Unabhängigkeit, wenn auch ungerechtfertigt, herausgefordert wurde. Radio Moskau und andere ausländische Sender, die nicht gerade für Objektivität bekannt sind, haben dies bereits voll ausgenutzt. Nicht zuletzt sind die Beziehungen zwischen den BBC-Angestellten und der Führung ernsthaft getrübt. Auf politischer Ebene muß die Regierung sich über die Sinn-Fein-Partei, den politischen Arm der IRA, entscheiden. Wenn Sinn-Fein-Kandidaten das Recht haben und sogar ermutigt werden, an Parlaments- und Gemeindewahlen teilzunehmen, ist es unlogisch, ihnen einen Auftritt im Fernsehen zu verweigern.

Fehlschlag für Castro, aber das Problem bleibt

Lateinamerikas Schuldenproblem gefährdet die demokratischen Strukturen / Von Werner Thomas

Lateinamerikas Schulden von insgesamt 360 Milliarden Dollar überschatten die internationale Diskussion dieses Sommers.

Fidel Castro veranstaltete eine als „Dialog" getarnte Propagandashow, bei der er zum Zahlungsboykott aufforderte. Der neue peruanische Präsident Alan Garcia diktiert den Gläubigern trotzig die Rückzahlungsbedingungen: zehn Prozend der jährlichen Exporterlöse, praktisch ein Moratorium. Die Vertreter der sogenannten Cartagena-Gruppe (die elf höchstverschuldeten Länder der Region) konferieren pausenlos und fördern den Gedanken eines Nord-Süd-Gipfels. Henry Kissinger appelliert an westliche Weitsicht und Großzügigkeit (Stichwort „Marshallplan für Südamerika") und erwähnt warnend den fragilen Zustand der jungen Demokratien.

Kissinger erinnert die Regierungen der Industriestaaten an die verhängnisvollen Folgen einer Eskalation der Schuldenkrise: Die demokratischen Strukturen können zusammenbrechen, marxistische Kräfte die Macht übernehmen. Er teilt die Meinung des mexikanischen Dichters Octavio Paz, daß die Zeit der rechten Diktatoren in diesem Teil der Welt vorbei ist.

Das Dilemma der Demokratien läßt sich leicht dokumentieren: Es bleibt kaum Geld für dringende Entwicklungsaufgaben. Die Schuldendienste absorbieren in den meisten Ländern zwischen 40 und 45 Prozent der Devisenerlöse. In den letzten zwei Jahren schrumpfte das Pro-Kopf-Einkommen der lateinamerikanischen Bevölkerung um acht Prozent auf 895 Dollar. Das Investitionsvolumen sank 1982 und 1983 um ein Viertel gegenüber den beiden vorhergegangenen Jahren. Der Subkontinent verarmt. Aus Großstädten werden Alpträume. Mexico City zählt bereits achtzehn Millionen Menschen.

Linke Demagogen wie Fidel Castro („Krebsgeschwür") und der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez („eine Art von Aggression") wollen alle Schuld auf die Schulden schieben. Einer der Delegierten der Havana-Tagung, der sich im Gegensatz zu den meisten anderen Teilnehmern seine Reise nicht von den Kubanern finanzieren ließ, äußerte jedoch Selbstkritik: „Die Schuldenprobleme in unserem Land und anderswo in Lateinamerika sind das Ergebnis eigener Fehler." Der das sagte, Carlos Julio Emanuel, ist der ecuadorianische Zentralbankchef. Er bekam keinen Beifall von Castros Gästen.

Fast jede Nation leidet unter einer teuren Strukturmisere. Unproduktive Staatsbetriebe, eine byzantinische Bürokratie und die Korruption kosten den Kontinent Jahr für Jahr Milliarden Dollar. Mexikos Expräsident José Lopez Portillo, der einmal für eine „neue Weltwirtschaftsordnung" warb, soll heute Dollar-Milliardär sein. Der größte Teil seines Vermögens ist im Ausland angelegt.

Die Schätzungen über Fluchtgelder erreichen astronomische Höhen. Argentiniens Regierung vermutet allein zwischen den Jahren 1979 und 1982 einen Geldabfluß von 19 Milliarden Dollar. 1984 betrug das Transferbilanz-Defizit Lateinamerikas 3,7 Milliarden Dollar. Wer garantiert, daß die Mittel eines Marshallplans nicht in den Bank-Palästen an Miamis Brickell Avenue landen?

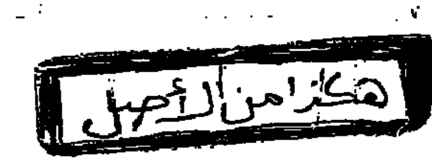
Schließlich: Das Wettrüsten geht weiter. Perus Garcia reduzierte zwar die Zahl der in Frankreich bestellten Mirage-Jäger, aber dreizehn bleiben noch übrig. Die materiellen Verluste des argentinischen Falkland-Fiaskos betragen sieben Milliarden Dollar.

Kissinger mahnt den Westen, daß die Probleme ständig wachsen und die Lösungen immer schwieriger werden. Der bisherige peruanische Senatspräsident Manuel Ulloa, ein Experte auf diesem Gebiet („Ein Teufelskreis!") hält den Wunsch der gemäßigten Cartagena-Gruppe nach einem Nord-Süd-Dialog für vernünftig, selbst wenn die unmittelbaren Erfolgsaussichten nicht gut seien. Auch Kissinger und Exkanzler Helmut Schmidt unterstützen solche Gedanken.

Die spektakuläre Veranstaltung Fidel Castros – er selbst zahlt oder läßt umschulden – war ein Mißerfolg. Kein einziger lateinamerikanischer Amtskollege kam nach Havana. Nur eine andere Regierung der Region spendete Applaus, die Marxisten in Managua. Alan Garcia nannte die Forderung des Kubaners „unrealistisch".

Besonnene Politiker wie der ecuadorianische Präsident Leon Febres Cordero warnen jedoch, daß die Boykott-Kampagne weitere Anhänger finden kann, wenn westliche Staatsmänner keine Initiativen entfalten. Kissinger sieht das ähnlich. Dann überlassen Demokraten Demagogen das Feld.

Freilich kennt niemand eine logische und langfristige Lösung des Schuldenproblems. Viele Diskussionen enden in Frustration. Theoretisch zwar ist es nicht schwer, zu folgern: was die Geberländer reich gemacht hat, müßte auch den Nehmerländern frommen. Aber wie setzt man solche „Vormundschaft" gegen den „iberischen Stolz" durch – und wie kontrolliert man die Ausführung so, daß nicht doch am Ende die Bürde den Ärmsten bleibt?



Neue Wege für den Arzt ohne Arbeit

Arbeitslosigkeit trifft auch Mediziner. In Berlin hat man sich etwas einfallen lassen, um Ärzte an neue Tätigkeitsbereiche heranzuführen.

Von PETER WEERTZ

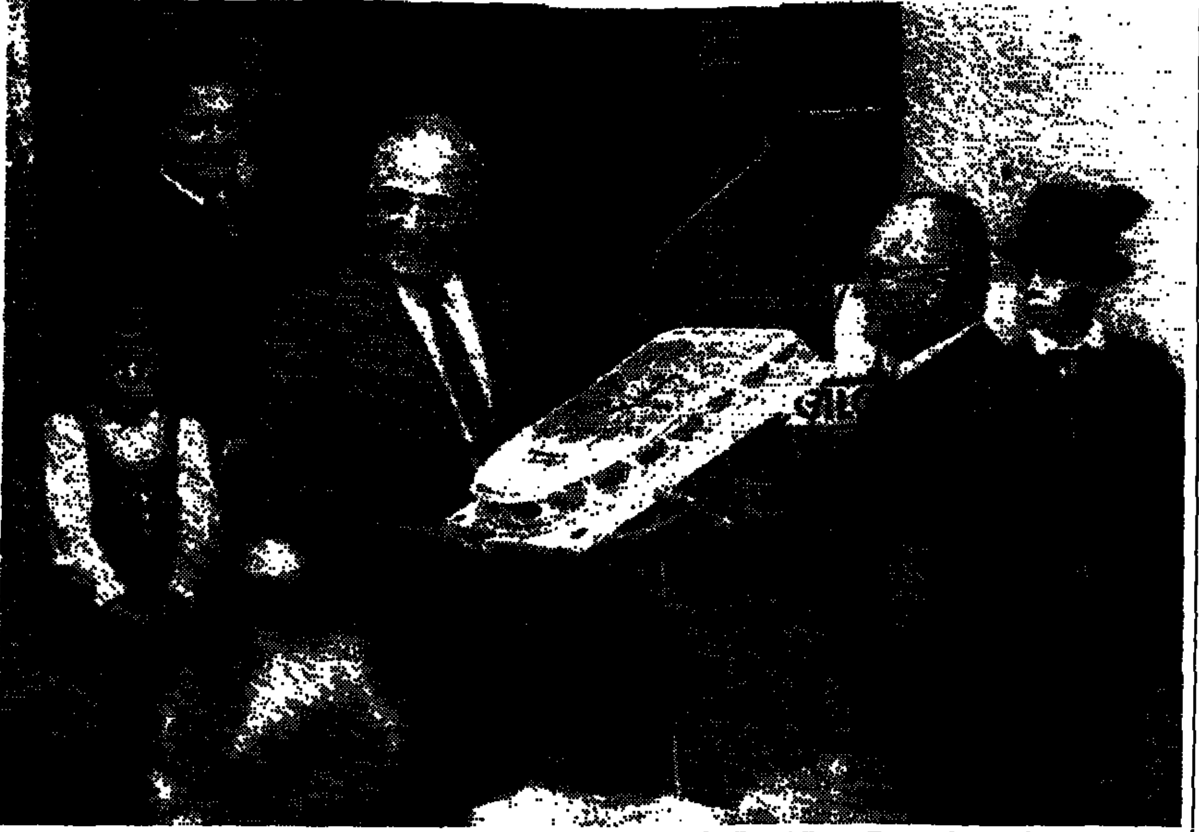
Die Zahl der arbeitslosen Akademiker, darunter auch Mediziner, wächst von Jahr zu Jahr. Gegenwärtig sind in Berlin und der Bundesrepublik rund 4000 Humanmediziner sowie Tier- und Zahnärzte arbeitslos gemeldet. Die Mediziner wie auch die übrigen arbeitslosen Akademiker sind unter anderem Opfer jener deutschen Bildungspolitiker, die zu Beginn der sechziger Jahre eine „Bildungskatastrophe" beschworen haben, falls die Zahl der Abiturienten und Hochschulabgänger nicht wachse.

Heute haben wir statt der vorhergesagten „Bildungskatastrophe" den unerwarteten Arbeitsplatzmangel. „Voraussichtlich werden bei den jungen Medizinern", so Professor Werner Schlungbaum, Vizepräsident der Berliner Ärztekammer, „in Zukunft jährlich 12 000 Hochschulabgänger erwartet, von denen etwa die Hälfte keine Stelle in Klinik oder Praxis finden." Die wachsende Arbeitslosigkeit der Akademiker sei auch eine Folge der im Vergleich zu früher wesentlich geringeren Einstellungsquote im öffentlichen Dienst, erläuterte Wilhelm Bickes von der Berliner Arbeitsverwaltung. Während noch vor zehn Jahren der öffentliche Dienst rund 60 Prozent der Hochschulabgänger (Studienräte, Juristen und Mediziner) aufgenommen hat, liegt die Quote heute nur noch bei etwa 15 Prozent.

Wie aber kann jungen Akademikern ohne Arbeit wenigstens zum Teil geholfen werden? Über arbeitslose Mediziner, deren Zahl in zwei Jahren allein in Berlin von 475 auf 635 zugenommen hat, hat die Schering AG gemeinsam mit der Berliner Arbeitsverwaltung nachgedacht. Erstes Ergebnis ist ein Fortbildungslehrgang, der seit dem 14. Juni dieses Jahres 20 arbeitslose Humanmediziner, Tier- und Zahnärzte, darunter 12 Ärztinnen, über „Arbeitsgebiete des Arztes in der Industrie" informiert. Nicht nur in Klinik und Arztpraxis, auch in der Industrie sind Mediziner gefragt. Vor allem die pharmazeutische Industrie benötigt Ärzte in der Forschung und sogar im Marketing und in der Öffentlichkeitsarbeit.

In einem Grundkurs von 6 Monaten erfahren die Teilnehmer etwas über Pharmazie, Management-Techniken, Biometrie, Betriebswirtschaft (nützlich später auch für die Arztpraxis), Datenverarbeitung, Kommunikation sowie vorklinische und klinische Entwicklung von Arzneimitteln. Der anschließende Aufbaukurs von ebenfalls 6 Monaten vertieft Methodik, Kommunikation und Erfahrungsaustausch.

„Es ist wichtig für uns, an dem Erfahrungsaustausch mit anderen arbeitslosen Medizinern teilzunehmen. Außerdem werden wir über Gebiete informiert, die auf der Universität überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt wurden." So äußerten sich Kursteilnehmerinnen. Sicher sei ausserdem, „daß sich dadurch unsere Chancen am Arbeitsmarkt verbessern werden."


St. Gilgens Bürgermeister Franz Leitner überreicht Helmut Kohl die Ehrenbürger-Torte mit dem Stadtwappen FOTO: AP

„Er kennt schon jedes Wegerl, er kennt jedn Stoan . . ."

Seit 15 Jahren macht Helmut Kohl Urlaub am Wolfgangsee und damit Werbung für den kleinen Ort St. Gilgen. Grund genug, sich mit der Ehrenbürgerschaft zu revanchieren.

Von HORST STEIN

Es war wie die Inszenierung eines Stückes, das unweit vom Weißen Rößl in St.Gilgen am Wolfgangsee spielt: Schöne heile Welt. Beifall, wo der Kanzler auch ging, herzliche Sympathie, wohin sein Auge blickte. Als Helmut Kohl und Frau Hannelore, von Böllerschüssen angekündigt und von den Schafbergschützen geleitet, das Girlandenspalier der Ehrenjungfrauen, pardon, Jungtrachtler vor dem Rathaus passierten, war auch da die Kulisse perfekt: Traditionsfahnen, Vereinsabordnungen, Honoratioren und Hunderte von Zuschauern auf dem malerischen Mozartplatz, Einheimische wie Touristen, die dabeisein wollten, wenn der Regierungschef aus Bonn die Ehrenbürgerwürde der Gemeinde St. Gilgen im Salzburger Land verliehen bekommt.

Die oft gestellte Frage, was denn den Kanzler immer wieder, und nun schon im 15. Jahr, an den Wolfgangsee treibt, erledigte sich bei solchem Augenschein von Harmonie.

Für den Gemütshaushalt dieses Pfälzers mit dem Sinn für Geschichte, den es von Herkommen wie Naturell nach überschaubaren Verhältnissen und einer Welterklärung verlangt, ist gewiß auch wichtig, daß ihm beim österreichischen Nachbarn allüberall das Grundmuster einer gemeinsamen Geschichte entgegentritt – in Sitte und Brauchtum, in Glauben, Sprache und Kultur.

„Dies ist eine Kernlandschaft Europas", sagte er, „in der Kultur und Landschaft in einer Wesenheit zusammengekommen sind ... Hier ist man mitten im Abendland." Der Kanzler gebraucht solche Vokabeln, die manche pathetisch finden, mit der gelassensten Selbstverständlichkeit, aus einem altfränkischen Biedersinn, dem das Große und das Kleine, das Hohe und das Niedere zusammengehören – so wie die Kasnocken (Kanzlers Leibspeise) und das gebackene Milchlamm, die Kalbsstelzen und der trockene Wachauer von der Barockfülle dieses Kulturraumes nicht zu trennen sind.

Mit jedem Jahr, das Helmut Kohl und seine Familie in den Ferien das Haus eines Münchner Ingenieurs in der Mondseestraße 34 direkt am Wolfgangsee mieteten, haben er und die St. Gilgener mehr entdeckt, daß sie zueinander passen. Die Einheimischen schwärmen geradezu von ihm und seiner Frau, und sie sind entzückt, wenn sie mit dem Kohl beim Bäcker oder Fleischhauer – „Frau Bundeskanzler, darf's a bisserl mehr sein?" – ein wenig ins Ratschen kommen. Sie erleben ihn auch, wenn er wild entschlossen über Berg und Tal stiefelt: In die Steinklüfte, den Saurüsselberg hinauf und hinab, den Schafberg, den Sulzberg, zur Ochsen-Hochzeit oder zum Pestkreuz und wie alle heißen mögen. „Er kennt schon jedes Wegerl, er kennt jedn Stoan. Und war er im Nachbarland nöt a so engagiert, war er bei uns zan Fremdenführer prädestiniert", reimt St. Gilgens rauschebärtiger Heimatdichter, der Bachtl Schurl, der noch vor dem Bürgermeister Franz Leitner eine kühn gereimte Laudatio auf den neuen Ehrenbürger vortragen durfte. Zum ungeteilten Entzücken und Gaudium des Kanzlers und seiner Frau, wie die Zuschauer feststellen konnten. Der Schurl (für Georg, Bachtl ist der Hofname), eigentlich Georg Hödelmoser geheißen, ist der erste St. Gilgener, den die Familie Kohl kennenlernte. Denn ihn, das Unikum, hat damals die lebenskluge Hannelore Kohl angesteuert, um zu erfahren, ob denn irgendwo ein Haus, möglichst am Strand, zu mieten sei.

Nach dem Verursacherprinzip bewertet, müßte also der Schurl für seine Mittlerrolle einen Ehrensold kriegen. Die Gilgener wissen natürlich, was sie ihm zu danken haben: Einen Feriengast, dessen Prominenz, dessen Standorttreue und Ausdauer ihn zwangsläufig zu einem Paradezugpferd für die Wolfgangsee-, genauer für die St.-Gilgen-Werbung machen.

Was den Konkurrenten vom Nachbarort St. Wolfgang das Weiße Rößl, das ist St. Gilgen der deutsche Kanzler geworden. Er hat St. Gilgen, wie Bürgermeister Leitner zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft unter Beifall und Böllerschüssen anmerkte, „zu einem Treffpunkt hochgestellter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem In- und Ausland" gemacht.

Ohne Frage ein beträchtlicher Image-Gewinn, der die Gemeinde obendrein nicht einen Heller kostet. „Denn von Dir, lieber Herr Bundeskanzler", wie der Landeshauptmann von Salzburg, Wilfried Haßlauer formulierte, „wissen wir, daß Du auf dem mit der Ehrenbürgerschaft verbundenen Anspruch auf einen Platz im Altersheim nicht bestehen wirst ..." Der Landeshauptmann, also der Ministerpräsident des österreichischen Bundeslandes Salzburg, vergaß nicht zu erwähnen, daß die Ehrung zugleich stellvertretend geschehe für die vielen Deutschen, ohne deren Urlaubsbuchungen es den Menschen am Wolfgangsee sehr viel schlechter ginge.

Der Vergleich mit dem nahen Bad Ischl drängte sich auf, das damals durch Kaiser Franz-Josef mit seinen regelmäßigen Besuchen zu einem mondänen Hauptort des Salzkammergutes geworden war. Bundeskanzler Helmut ließ sich den Hinweis lächelnd gefallen. Nicht ohne Berechtigung: Auch wenn seinem Ehrentag nicht gerade ein strahlend blaues Kaiserwetter beschieden war, so hat er doch, irgendwie, die Wasser zum Stehen gebracht. Nach 35stündigem sintflutgleichem Dauerregen nämlich, der die ganze Alpenregion zu ertränken drohte und in Teilen des Landes Katastrophenalarm auslöste, rissen über St. Gilgen die Wolken auf – just in jenem Augenblick, als sich der Kanzler von Fotografen und Fernsehleuten umdrängt anschickte, zu Fuß zum Rathaus zu gehen. Erst hinterher, als die Honoratioren im Hotel Hollweger saßen, um das Ereignis gebührend zu feiern, schloß sich das meteorologische Kanzler-Fenster und öffneten sich die Schleusen des Himmels wieder.

Von Schafen, Paragraphen und einem Undankbaren

Wußten Sie schon, daß Landwirt ist, wer fünf Schafe als Rasenmäher im Garten hat? – Im Münsterland gibt es jemanden, der möchte es partout nicht wahrhaben, obwohl ihn Genossenschaft, Bonn und Brüssel mit ihren Segnungen verfolgen.

Von HEINZ HECK

Am 1. Februar 1985 flatterte Günter Röttgering ein Veranlagungsbescheid der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Münster ins Haus. Günter Röttgering ist Geschäftsführer eines Industriebetriebs in Münster und bewohnt wenige Kilometer entfernt – in Greven-Gimbte – ein Haus mit einer 8500 Quadratmeter großen Wiese.

Bis zum 1. Februar wußte er nicht, daß er Landwirt ist. Seine einzige Berührung mit diesem Wirtschaftszweig besteht darin, daß er seit drei Jahren ein paar pflegeleichte Heidschnucken grasen läßt, um die Wiese kurz und sauber zu halten. Ein Motormäher würde ihn bei der Fläche jede Woche 50 Liter Sprit kosten, von dem Lärm ganz zu schweigen. Da hält er es lieber mit den Schafen.

Unaufgefordert hat ihn die Berufsgenossenschaft nun aufgeklärt: „Nach der ständigen Rechtsprechung handelt es sich bei der Haltung von Schafen um ein landwirtschaftliches Unternehmen im Sinne der Reichsversicherungsordnung (RVO)." Für solche „Unternehmen" besteht Versicherungspflicht, nach der RVO, versteht sich.

Noch sonderbarer sind die Rechnungen, die die Berufsgenossenschaft ihrem frisch ernannten Landwirt schickt. Sie lauten über 193,56 Mark jährlich, wovon aber 43,56 Mark Bundeszuschuß abgezogen werden, netto also 150 Mark. Für diesen Abzugsbetrag muß ein Millionenfonds im Bonner Landwirtschaftsetat aufkommen.

Auch richtet sich die Beitragshöhe nicht etwa nach der Zahl der den Bauern gefährdenden Tiere (entsprechend der PS-Zahl des Autos bei der Kfz-Versicherung), was doch bei einer Unfallversicherung naheläge, sondern schlicht nach dem Wert des Grundstücks.

Doch die restlichen 150 Mark braucht der Bauer Röttgering nicht wirklich zu bezahlen. Schließlich gibt es einen Gemeinsamen Agrarmarkt, der sich buchstäblich um jedes Schaf kümmert. Denn bereits im Juni 1980 haben die EG-Agrarminister in ihrer unendlichen Weitsicht eine gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch beschlossen.

Jeder Schafhalter in der Bundesrepublik, der mindestens zehn Mutterschafe hält, kann eine Prämie von 30 Mark je Schaf und Jahr bei der zuständigen Landesbehörde beantragen. Mit dieser Prämie, so wird Röttgering in einem Schreiben des Bonner Arbeitsministeriums (an dessen für alles Flexible so aufgeschlossenen Minister Norbert Blüm er sich auskunft- und ratheischend gewandt hatte) belehrt, „soll ein eventueller Einkommensausfall der Schaffleischerzeuger ausgeglichen werden".

Zwar weiß Röttgering bis heute nicht, worin dieser Einkommensausfall konkret bestehen soll, aber eins ist ihm inzwischen klargeworden: Er hat – genau genommen – gar keine Rechnung bekommen, sondern einen Subventionsbescheid, der ihn darüber aufklärt, was ihm unter dem Strich – nach der Zahlung des Beitrags an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft – zur Begleichung „eventueller Einkommensausfälle" bleibt.

Hält er zum Beispiel zehn Schafe, gibt es 300 Mark, so daß nach Beitragszahlung 150 netto bleiben. Mit entsprechend mehr Schafen läßt sich diese „Rechnung", allerdings eine Rechnung für den Brüsseler Ausrichtungs- und Garantiefonds, noch beliebig erhöhen.

Für die Mühe der Beitragsüberweisung und des beliebigen Abkassierens öffentlicher Gelder winken ihm natürlich alle die vielfältigen Leistungen, die die mit Recht so geschätzten Berufsgenossenschaften wohlfeil halten und in einem 16seitigen bebilderten Merkblatt auf Hochglanzpapier haarklein erläutern: Entschädigung für Berufskrankheiten, Heilbehandlungen, Berufshilfe, Übergangsgeld, Betriebs- und Haushaltshilfe (ein Knecht wird gestellt, wenn der Bauer einen Unfall hat), Unfallrente, Schwerverletztenzulage und vieles andere mehr – kurzum, alles, was sich der Bauer und seine Angehörigen in der Stunde der Not nur wünschen können.

Das Dumme ist nur: Günter Röttgering, der auch im Vorstand des Wirtschaftsrats gegen Subventionsmißbrauch und Bürokratie zu Felde zieht, wünscht das alles nicht, weder Zwangsmitgliedschaft in der Unfallversicherung noch Subventionen aus Bonn und Brüssel. Also legt er Widerspruch gegen den Bescheid ein. Über seine Möglichkeiten hatte ihn die Berufsgenossenschaft in geradezu vorbildlicher Weise aufgeklärt.

Bei seinem Widerspruch geht es Röttgering in erster Linie darum, zu verdeutlichen, warum er keine immanente Gefährdung für Leib und Leben seiner vierköpfigen Familie fürchtet, aber auch ein wenig ums Grundsätzliche:

„Da ich mit diesen – noch dazu sehr scheuen und harmlosen – Tieren keinen Kontakt habe, ist eine Unfallgefährdung auszuschließen. Im übrigen gehöre ich nicht zu den Landsleuten, die gegen alle Eventualitäten, sozusagen von der Wiege bis zum Grabe, versichert sein möchten. Besonders dann nicht, wenn – wie ich meine – die Höhe des Beitrags in keinem Verhältnis steht zu dem umfangreichen Paket der Leistungen. Der von Ihnen geforderte Jahresbeitrag in Höhe von 193 DM wird vom Bund mit 43 DM subventioniert, die restlichen 150 DM werden mir dann von der EG als Prämie (pro Mutterschaf 30 DM) erstattet. Mein Beitrag an Sie wird somit von anderen finanziert. Daß dieser relativ kleine Betrag von circa 6 Behörden verwaltet und kontrolliert wird, sei nur am Rande erwähnt."

Doch mit seinem Widerspruch ist der Bauer Röttgering – wen wundert es – am 18. Juli abgeblitzt: „Sachlich nicht begründet", heißt es knapp und kalt. Wie sich das für eine richtige Selbstverwaltungsorganisation gehört, war in der Sitzung der Widerspruchsstelle alles vertreten, was dazugehört: Vertreter der versicherten Arbeitnehmer, der versicherten Selbständigen und der Verwaltung.

Das Gremium begründet seine Entscheidung ganz klar: Man hatte herausgefunden, daß „an Vieh ... 5 Schafe und 2 Gänse gehalten" werden. Fazit: „Bei diesem Sachverhalt liegt eindeutig ein landwirtschaftliches Unternehmen gemäß Paragraph 776, Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung (RVO) vor." Schon tags darauf, am 19. Juli, kam die erste Mahnung mit 20 Mark Mahngebühr und Säumniszuschlägen.

Derweil ist ihm der Gedanke gekommen, daß die Berufsgenossenschaft vielleicht alle diese Anstrengungen nur unternehmen könnte, um zu neuen Mitgliedern zu kommen. Er hat mit seinem großherzigen Rat in seinem Widerspruchsschreiben nicht hinter dem Berg gehalten: „Sollte es Ihnen aber nur darum gehen, möglichst viele Mitglieder zu werben ..., dann sollten Sie einmal prüfen, ob nicht auch Kaninchen- und Taubenzüchter und besonders die Kanarienvogelhalter potentielle Mitglieder Ihrer Versicherung sein können (man denke nur an die mannigfachen Gefährdungen, denen diese Leute ausgesetzt sind)."


Landwirt und Subventions-Empfänger wider Willen: Günter Röttgering mit seinen „Rasenmähern" FOTO: DIE WELT

Ein schriller Spionage-Alarm schreckt die Amerikaner auf

Angeklagt: Arthur Walker


Angeklagt: Richard Miller FOTOS: AP/NBC

Eine Serie von Spionage-Prozessen beschäftigt die USA: Ist das Land zum Tummelplatz für das KGB geworden? Haben FBI und CIA jahrelang versagt? Mit verstärktem Einsatz des Lügendetektors und der Drohung der Todesstrafe will Washington dem Verrat vorbeugen.

Von FRITZ WIRTH

Seine Nachbarn sagen, Arthur Walker sei ein ruhiger, unauffälliger, scheuer Mann gewesen. Ein fürsorglicher Familienvater, der seine drei Kinder verwöhnte, und ein hilfreicher Freund. Er war Präsident der „Bürgerliga".

Seit Montag haben seine Nachbarn einen anderen Arthur Walker kennengelernt. Er steht in Norfolk, dem größten Marine-Stützpunkt der Welt, unter der Anklage der Verschwörung und der Spionage. Er soll über seinen Bruder John Walker Militärgeheimnisse an die Sowjets verkauft haben.

Arthur Walker hat darauf verzichtet, daß Geschworene am Ende über seine Schuld oder Unschuld befinden, denn er glaubt, daß es heute nur noch wenige Leute in Norfolk gibt, die unvoreingenommen über ihn zu urteilen vermögen. Wenn der Richter ihn am Ende dieses Prozesses für schuldig erklären sollte, müßte Arthur Walker den Rest seines Lebens voraussichtlich im Zuchthaus verbringen. Er ist heute 50 Jahre alt.

Die Bürger von Norfolk haben auch sonst Schwierigkeiten, ihn wiederzuerkennen. Als Arthur Walker noch ein freier Mann war, trug er einen vollen Haarschopf. Heute ziert ihn eine Glatze. Er hat darauf verzichtet, sein Toupet zu tragen. Und als ein Kollege der Firma „VSE Corp.", bei der Walker die Militärgeheimnisse angeblich gestohlen hatte, vom Richter gefragt wurde, ob er diesen Mann kenne, hatte er Schwierigkeiten, den plötzlich haarlosen Angeklagten zu identifizieren. „Ich erkenne sein Jackett wieder", sagte er.

Das Verfahren gegen Arthur Walker ist das erste in einer Serie von Spionage-Prozessen, wie sie Amerika in dieser Häufigkeit noch nicht erlebt hat. Am Dienstag begann in Los Angeles der Prozeß gegen den FBI-Agenten Richard Miller. Er ist angeklagt, Geheimdokumente an die KGB-Agentin Swetlana Ogorodnikowa weitergeleitet zu haben. Es ist das erste Mal, daß ein FBI-Agent eines solchen Vergehens beschuldigt wird.

Im September und Oktober folgen getrennte Prozesse gegen Arthur Walkers jüngeren Bruder John, gegen dessen Sohn Michael und den engen Freund John Walkers aus gemeinsamen Marinetagen, Jerry Whitworth. John Walker ist der Chef eines Spionage-Rings, der nach Ansicht einiger amerikanischer Geheimdienstbeamter einer der für die Sowjets wertvollsten der Nachkriegszeit war.

John Walker soll den Sowjets eine Serie von Geheimcodes der amerikanischen Marine verkauft haben, die ihnen unschätzbare Hinweise auf die amerikanische Unterwasser-Kriegführung geben. Er diente einst als Nachrichtenoffizier auf amerikanischen Atom-U-Booten und war später als Ausbilder für angehende Nachrichtenoffiziere in Norfolk beschäftigt. Sein Bruder Arthur, sein Sohn Michael, der auf dem Flugzeugträger „Nimitz" Dienst tat, und Jerry Whitworth waren ihm wichtige und ergebene Zuträger.

John Walker war am 20. Mai in der Nähe von Washington verhaftet worden, nachdem er über 100 Geheimdokumente von der „Nimitz" in einem sogenannten „toten Briefkasten" für seinen sowjetischen Kontaktmann deponiert hatte.

Der Fall hat die amerikanische Öffentlichkeit, den Kongreß und das Militär-Establishment aufgeschreckt. Die Öffentlichkeit fragt: Ist diese Serie von Spionage-Fällen ein Indiz für eine Spionage-Offensive der Sowjets in den Vereinigten Staaten, oder ist etwas faul mit der amerikanischen Spionageabwehr, die im Inland Sache des FBI ist und im Ausland in Händen des CIA liegt?

Im Kongreß stimmte in der letzten Woche ein gemeinsamer Ausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses für einen Bericht, der den amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger auffordert, die Einführung der Todesstrafe in Friedenszeiten für Spionage gegen die USA einzuführen. Weinberger hat bisher öffentlich niemals Zweifel an seiner Einstellung gelassen: „Spione sollten erschossen werden." Er selbst hat bei der Schadensabschätzung des Spionagefalles Walker von „schweren Verlusten für die USA" gesprochen.

Der Kongreß gab zugleich dem Pentagon Erlaubnis, die Zahl der Lügendetektor-Tests für amerikanische militärische Geheimnisträger auf 7000 im Jahr zu verdoppeln. Diese Vorsicht ist angebracht. Es gibt allein im Arbeitsbereich des Verteidigungsministeriums 454 850 Angestellte mit Zugang zu Geheimmaterial der Stufe „Top Secret".

Als Ursachen für diesen neuen Spionage-Alarm, der im Augenblick durch die USA geht, fallen viele Faktoren zusammen. Zunächst einmal haben die Sowjets in den letzten zehn Jahren die Zahl ihrer Agenten in den USA verdoppelt. Man nimmt an, daß von den 800 sogenannten Diplomaten, die in der sowjetischen UNO-Mission in New York arbeiten, mindestens 200 KGB-Agenten sind. Sie haben gegenüber den KGB-Agenten in der sowjetischen Botschaft in Washington einen großen Vorteil: Sie unterliegen in den USA keinen Reisebeschränkungen.

Diese Agenten bedienen sich als Informanten und Zuträger von Geheimmaterial eines neuen Typs. Sie verlassen sich nicht mehr so sehr auf ideologisch motivierte Mitarbeiter, sondern auf jene, die es aus Geldgier oder aus Abenteuerlust tun. Das erschwert die Arbeit der Spionageabwehr sehr. Der Kreis möglicher Täter ist schwerer abzugrenzen.

John Walker ist ein solcher Fall. Er arbeitete für Geld und gefiel sich in einer James-Bond-Rolle. Das Geld kassierte er nicht in den USA, sondern in Wien, wohin er in den letzten zehn Jahren mindestens achtmal reiste. US-Geheimdienstbeamte betrachten Wien und Mexiko City heute als die Spionage-Knotenpunkte der Welt. Das Geld steckte John Walker in einen Gürtel, den er zuweilen seiner Mutter auf seinen Rückreisen von Wien um den Bauch schnallen ließ, berichtet sein Bruder Arthur.

John Walker wurde dieses einträgliche Handwerk jedoch nicht von der Spionageabwehr, sondern von seiner geschiedenen Frau gelegt, die ihn an den FBI verpfiff, ohne zu ahnen, daß sie damit auch ihren Sohn Michael enttarnte. Sie leidet seither unter schweren Depressionen und wird in den bevorstehenden Prozessen vom gleichen Anwalt betreut, der einst auch die Terroristen-Geisel Patricia Hearst verteidigte.

Daß John Walker 20 Jahre lang ungestört als Spion arbeiten konnte, ohne der Spionageabwehr aufzufallen – dafür liefert der ehemalige CIA-Chef Admiral Turner eine Erklärung in seinem soeben veröffentlichten Buch „Secrecy and Democracy". Turner schreibt: „Pensionierte Regierungsangestellte, die eine erhebliche Zahl von Geheiminformationen besitzen, sind besonders schwierige Fälle. Das FBI darf erst anfangen, sie zu überwachen, wenn hinreichender Verdacht besteht, daß sie gegen bestehende Gesetze verstoßen haben. Das aber ist oft erst der Fall, wenn bereits zahlreiche Geheimnisse verlorengegangen sind. Wir zahlen einen hohen Preis dafür, die Rechte unserer Bürger zu respektieren, und müssen daher die Tatsache akzeptieren, daß unsere Spionageabwehr niemals so effektiv sein wird wie die des KGB."

Turner erwähnt jedoch noch einen weiteren Grund für sowjetische Spionage-Erfolge. Es hat nach seiner Ansicht in den letzten 20 Jahren eine Krise der Spionageabwehr gegeben. Die Hauptursache nach Turner: Die Spionageabwehr hat 20 Jahre lang in den Händen von James Angleton gelegen, bis er Mitte der siebziger Jahre abgelöst wurde: „Wir haben einen Preis dafür zu zahlen, wenn wir es zulassen, daß Abwehrexperten zu lange im gleichen Job bleiben", meint Turner, und er zitiert den Verteidigungsexperten Sam Nunn, der ihm im Jahre 1979, also Jahre nach der Entlassung Angletons, klagte: „Wir haben heute praktisch keine Spionageabwehr mehr."

Es war dieses Umfeld, in dem Spione wie John Walker und sein Familienbetrieb so erfolgreich operieren konnten. Die Dinge haben sich seither erheblich geändert. Der Abwehrapparat des FBI ist in den letzten vier Jahren neu aufgebaut worden, obwohl Gegenspionage unter den Geheimdienstmännern stets wenig populär war, denn ihre Arbeit gilt als mühsam und undankbar.

Hier sind denn auch die Motive zu suchen, die Richard Miller am Dienstag als angeblichen Verräter vor Gericht brachten. Er war gegen seinen Willen aus der Zentrale nach Kalifornien abgeschoben worden, um in der Spionageabwehr zu arbeiten. Als Rache, so ist zu vernehmen, wurde er zum Informanten des KGB.

WELT-Tg.

Weltkirchenrat kommunistisch infiltriert?

DW. Bonn

Auf heftige Kritik im protestantischen Lager sind die Ergebnisse der fast zweiwöchigen Tagung des Weltkirchenrates gestoßen, die gestern in Buenos Aires zu Ende ging. Sowohl die Evangelische Allianz Argentiniens wie der Internationale Rat christlicher Kirchen, der sich als Alternative zum Weltkirchenrat versteht und 399 Kirchen in 93 Staaten umfaßt, wandten sich gegen die politischen Stellungnahmen des Weltkirchenrats vor allem zu den Themen Südafrika und Mittelamerika.

Sie kritisierten dabei die Einseitigkeit des politischen Engagements, die Menschenrechtsverletzungen hinter dem Eisernen Vorhang ignoriere. Der Präsident des Internationalen Rates, Carl McIntire, warf dem Weltkirchenrat vor, „kommunistisch infiltriert" zu sein.

Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen, der 303 Mitgliedskirchen zählt, hatte in einem Bericht zur Lage in Südafrika die Verhängung des Ausnahmezustands durch die Regierung in Pretoria als „weitere Eskalation von Unterdrückung und Gewalt" bezeichnet. Er rief die Christen in aller Welt zum Boykott gegen Apartheidpolitik und die „ungerechte Herrschaft" der weißen Minderheitsregierung auf und empfahl eine Zusammenarbeit mit den nationalen Gewerkschaften.

Die Übergangsregierung im Namibia verurteilte der Weltkirchenrat als Versuch, die UNO-Resolution 435 zu umgehen, die er als einzige Grundlage für die Unabhängigkeit des Landes ansieht. Als „authentischer Vertreterin" des Volkes von Namibia sagte der Weltkirchenrat der Swapo Unterstützung zu.

Mit Bezug auf den Bericht einer Delegation des Weltkirchenrats, die kürzlich die mittelamerikanischen Länder besucht hat, äußerte der Zentralausschuß auch heftige Anklagen gegen die Militarisierungspolitik der USA in dieser Region. In El Salvador werde die herrschende Regierung unterstützt, während Nicaragua unter Wirtschaftssanktionen zu leiden habe.

Für das Frühjahr 1988 plant der Weltkirchenrat, erstmals seit der chinesischen Revolution, eine Konferenz für „Weltmission und Evangelisation" in China abzuhalten. Die Mitgliedschaft der protestantischen Kirche Chinas beim Weltkirchenrat hat seit mehr als 30 Jahren geruht.

Die Berliner CDU lehnt Amnestie für Hausbesetzer ab

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Über die Behandlung von Verfahren gegen ehemalige Mitglieder der Hausbesetzer-Bewegung ist es in Berlin zwischen der CDU und der SPD zu einer scharfen Kontroverse gekommen, nachdem die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" (ASJ) eine Einstellung aller noch anhängigen Verfahren gefordert hatte. Von mehr als 2500 Ermittlungsverfahren, die seit August 1980 von der Berliner Staatsanwaltschaft vor allem wegen des Verdachts des Hausfriedensbruchs und weitergehender Straftaten eingeleitet worden waren, sind schon rund 2100 Verfahren von der Justiz unter Verneinung des öffentlichen Interesses eingestellt worden.

Von den Verfahren gegen rund 6000 Personen, die der Polizei namentlich als Hausbesetzer bekanntgeworden waren, sind damit nur noch 400 übriggeblieben. In diesen Fällen sind die Ermittlungen abgeschlossen, gegen die Täter wurde bereits Anklage erhoben oder ein Strafbefehl erlassen. Die jetzt noch anhängigen Verfahren richten sich ausschließlich gegen den sogenannten „harten Kern" der Hausbesetzer-Szene, der vor allem durch Gewalttaten oder die Organisation weiterer Besetzungen hervorgetreten ist.

Anklage wegen Hausfriedensbruch war nur dann erfolgt, wenn den Beschuldigten auch andere „Offizialdelikte", also Straftaten, die ein öffentliches Interesse an der Verfolgung beinhalten, nachzuweisen waren. In den Fällen des sogenannten „schlichten Hausfriedensbruchs" – dieser Begriff wurde noch in der Amtszeit des ehemaligen Justizsenators Oxfort (FDP) geprägt – hatte die Staatsanwaltschaft regelmäßig das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung verneint, die Verfahren eingestellt und die betroffenen Hauseigentümer auf eine Privatklage verwiesen.

Der Forderung der SPD nach Einstellung der schon gerichtsanhängigen Restverfahren hat deshalb der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Dankward Buwitt, energisch widersprochen. Buwitt vertrat die Ansicht, nicht die Durchführung von Strafverfahren, sondern der Rechtsbrecher gefährde den Rechtsfrieden. Es habe in den meisten Fällen die von der SPD geforderten Verfahrenseinstellungen gegeben. Dies habe das Augenmaß der Verfolgungsbehörden bestätigt. Die SPD habe zudem die Einstellung von Verfahren gefordert, die nicht mehr im Ermittlungsstadium seien und so der Einstellungsentscheidung der Staatsanwaltschaft entzogen seien.

Auch hochbegabte Kinder brauchen Hilfe

Von EBERHARD NITSCHKE

Die Dame, die vor dem Hamburger Congress Centrum „Arianes Hochbegabten-Membran" vorführen möchte, um damit gegen die im Gebäude stattfindende „6. Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder" zu protestieren, wird von der Realität überrollt. Denn die nahegelegene „Beratungsstelle für hochbegabte Kinder und Jugendliche", als Modellversuch von der Bundesregierung für drei Jahre mit 430 000 Mark gefördert, ist wenige Monate nach Aufnahme ihrer Tätigkeit so überlaufen, daß eine Warteliste aufgelegt werden mußte, die Interessenten drei Monate Geduld abverlangt.

Die „Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind e. V." hatte bisher alle Mühe, dieses ihr Vorhaben gegen Angriffe zu verteidigen, hier würden Minderheiten privilegiert, Genies gezüchtet, elitäres Gehabe herausgestellt. Tatsächlich aber erwies sich, daß die Beratungsstelle in der Hamburger Moorweidenstraße Nummer 7 das erste umfassende Hilfsangebot in der Bundesrepublik Deutschland für die beträchtliche Zahl von hochbegabten Kindern ist, die im normalen Schulbetrieb und vor allem unter dem Mittelmaß als verbindlicher pädagogischer Norm noch nicht einmal den Hauptschulabschluß schaffen. Wie es in der Beratungsstelle formuliert wird, haben diese Kinder „durch ständige Unterforderung das Lernen so sehr verlernt, daß sie sich in der Schule gerade so durchmogeln".

Der Widerstand gegen das Finden und Fördern begabter Kinder, vor allem von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und vereinzelt von SPD-Kultusministern, ist so groß, daß das „Ja zur Begabtenförderung", zu dem sich in der Kongreß-Eröffnungsansprache Bundesbildungsminister Frau Dorothee Wilms bekannte, umgehend vom Senator für Schule und Berufsbildung Hamburgs, Professor Joist Grolle (SPD), angegriffen wurde. Er sprach von einem „Kult, der in unserem Land um Genie und Elite getrieben worden ist", und stellte die Frage, inwieweit die Gesellschaft eigentlich ein Recht habe, „ihre Erfolgsbedürfnisse bereits ihren Kindern aufzudrücken".

Verhaltensstörungen

Frau Barbara Feger, Leiterin der Beratungsstelle in Hamburg, hätte darauf die richtigen Antworten gehabt, oder der Psychologieprofessor Wilhelm Wieczerkowski von der Universität Hamburg als wissenschaftlicher Leiter des ganzen Unternehmens. Denn in diesen Zimmern, in denen eine Einzelberatung für ein Kind im Durchschnitt 13 Stunden dauert, werden die Fakten abgeladen, die in der breiten Diskussion um Hochbegabtenförderung manchmal zu fehlen scheinen.

Das Hauptproblem vieler hochbegabter Kinder besteht darin, so eine vorläufige Bilanz aus dem Hause Moorweidenstraße Nummer 7, daß sie sich in der Schule wegen der für sie zu geringen Anforderungen jahrelang langweilen und dann Lern- und Verhaltensstörungen zeigen.

Musterbeispiel ist die achtjährige Kathrin, die als hochbegabtes Mädchen knapp vor einer Einweisung in die Sonderschule war. Sie übersprang eine Klasse, holte in sechs Wochen den Stoff des ganzen Jahres auf und wurde von ihrer Lehrerin, die voll auf diesen Schnell-Lerner einging, mit besonderen Aufgaben beschäftigt. Das System hörte auf zu funktionieren, als die Lehrerin schwer erkrankte und die Nachfolgerin Kathrins störendes Blitz-Lernen durch systematische Unterdrückung zu beenden versuchte. Zunehmend verhaltensgestört, galt das Mädchen bald als Sündenbock für alle Probleme der Klasse, und der Schulleiter ließ sich nach anfänglichen Bedenken zur Sonderschul-Einweisung überreden – dann gingen die Eltern zu Frau Feger. Der Spuk war beendet.

In den Schriften der Beratungsstelle, aber auch in dem „Ratgeber für Eltern und Lehrer" unter dem Titel „Begabte Kinder finden und fördern" des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft wird immer wieder davor gewarnt, die Qualifikation eines Kindes auf ein einziges Urteil, etwa das Zeugnis oder die Meinung eines Lehrers, zu stützen. Den fünfjährigen Frank, dessen Eltern zur Klientel der Beratungsstelle für hochbegabte Kinder und Jugendliche gehörten, beurteilte eine Schulärztin negativ, weil er sich bei ihr geweigert hatte, irgendetwas unter Zwang zu tun. Er war, so Frau Barbara Feger, „das erste Kind, das sich auch bei uns weigerte, einen Test mitzumachen". Statt dessen habe man sich dann mit ihm unterhalten, als die Eltern ihn anbrachten.

Dabei stellte sich heraus, daß das Kind sich im Alter von drei Jahren selbst das Lesen beigebracht hatte und daß er einen Taschenrechner, den er „Computer" nannte, auch bei schwierigen Aufgaben fehlerfrei bedienen konnte. Beurteilung der Beratungsstelle: „Der Junge könnte ohne Schwierigkeiten am Unterricht im zweiten Schuljahr teilnehmen. Wenn er noch ein Jahr warten müßte, wäre sein Entwicklungsvorsprung so groß, daß mit großer Sicherheit Probleme in der Schule zu erwarten sind."

Einmal richtig angefaßt, ließ Frank vor Verlassen des Hauses alle, die sich mit ihm befaßt hatten, über seinen Teddybären wissen, daß er nun doch gerne getestet werden möchte. Das wurde am nächsten Tag gemacht, die Ergebnisse waren „hervorragend".

300 Beratungen

Im Falle des 17jährigen Thomas, bei dessen schulischen Schwierigkeiten die Eltern Nachwirkungen eines Sturzes mit dem Fahrrad und Schädelverletzung vermuteten, stellte die in der Praxis des aufgesuchten Neurologen tätige Psychologin die Hochbegabung des Jungen fest. Er hatte als hervorragender Schüler die Verhaltensweise gezeigt, die immer wieder Mitschüler in der Klasse abstößt: Überheblichkeit und Aggressivität. Der Leistungsabfall, der ihn vom Gymnasium zur Realschule und schließlich zur Hauptschule führte, die er ohne Abschluß verließ, scheint jetzt aufhaltbar, „weil es nun Menschen gibt, die ihm gerne helfen möchten", sagt man in der Beratungsstelle.

Hier sind in den letzten Monaten täglich 30 bis 40 Anrufe ratsuchender Eltern eingegangen. Seit Beginn des Jahres erfolgten etwa 300 schriftliche, meist sehr zeitraubende Beratungen, die in der Regel aus ganzen Briefwechseln bestehen. Einfach ist es, Erwachsenen klar zu machen, daß sie sich eine andere Stelle suchen müssen, um sich eigene Hochbegabung bescheinigen zu lassen, schwieriger schon, Anfragern zu verdeutlichen, daß man nicht für Drogenprobleme zuständig ist. Neu ist es, daß auch Jugendliche alleine die Beratungsstelle aufsuchen. Hierzu heißt es in den Unterlagen des Hauses ohne Altersabgrenzung: „Planung von Hilfe ohne unmittelbare Einschaltung von Eltern und Lehrern, falls die Kinder das ausdrücklich wünschen und ein anderes Vorgehen nicht akzeptieren."

Nach der vorläufigen Bilanz hat es überehrgeizige Eltern hochbegabter Kinder bisher im Hamburger Büro noch nicht gegeben – eher Väter und Mütter mit diesem Merkmal beim Durchschnitt. Unter den etwa hundert Kindern, mit denen und für die zeitaufwendige 13-Stunden-Beratung stattfand, waren 20 Prozent aus Arbeiterfamilien. Das Verhältnis Jungen zu Mädchen liegt bei 4 zu 1. Warum? „Noch immer glauben viele Eltern, richtig begabt könne nur ein Junge sein", meint Frau Feger. Zur Widerlegung hat sie ein sehr anschauliches Beispiel. Eltern, die ihren Sohn vorführten, brachten auch die Tochter mit, „die soll aber still sein". Die Berater nahmen sich auch das Mädchen vor und stellten die gleiche Hochbegabung fest, die der Junge hatte.

Befürchtung der Saar-FDP zurückgewiesen

UR. Bonn

Die saarländische Staatskanzlei hat die Befürchtungen des FDP-Vorsitzenden Horst Rehberger, Ministerpräsident Oskar Lafontaine wolle das Montanunternehmen Arbed Saarstahl in den Konkurs treiben, (WELT v. 8. 8.) zurückgewiesen. Lafontaine sei an einer Pleite des Unternehmens mit seinen 1200 Arbeitnehmern „alles andere als interessiert". Von einer „Dramatisierung der Haushaltslage", die Rehberger in den Briefen Lafontaines an den Bundespräsidenten, die Bundesregierung und den Bundesratspräsidenten ausgemacht hatte und die der Vorbereitung einer Pleite dienen könnten, könne nicht die Rede sein. „Unsere Haushaltslage ist ohnehin dramatisch", so ein Sprecher der Regierung.

Ob allerdings die Landesregierung die von dem FDP-Politiker angemahnten Konsequenzen aus dem Bericht des Landesrechnungshofes ziehen und den nur zur Unterstützung von Arbed bestimmten Nachtragshaushalt zurückziehen werde, ließ der Sprecher offen. Äußerungen Lafontaines zu diesem Thema lassen nicht einmal den Schluß zu, der Regierungschef werde dies prüfen.

In der Kernfrage, der Zukunft von Arbed, versucht Saarbrücken Bonn den schwarzen Peter zuzuschieben. Die Staatskanzlei verweist auf die Bereitschaft Lafontaines, die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu übernehmen, wenn Bonn den Landesanteil an der Entschuldung übernehme. Seine Schulden könne das Saarland im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage nicht zahlen. Demgegenüber verlautete aus dem Wirtschaftsministerium, Bonn werde nicht einmal den Bundesanteil an den Schulden zahlen, wenn nicht Saarbrücken ein Unternehmenskonzept vorlege. Die Landesregierung kündigte ein auf Gutachtervorschlägen zur weiteren Rationalisierung und zum Personalabbau bei Arbed basierendes Konzept bis Oktober an. Dies reicht aber nach Erkenntnissen Bonns nicht aus, um sicherzustellen, daß Arbed von 1986 an ohne Betriebsbeihilfen auskommt. Das bedeutet: Legt Lafontaine kein langfristiges Konzept vor, zahlt Bonn nicht. Arbed müßte dann in Konkurs gehen.

„Die deutsche Umwelt ist wirklich unteilbar"

DW. Bonn

Berlins Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten Rupert Scholz sieht erste erfolgversprechende Ansätze für eine Kooperation beim Umweltschutz zwischen Bonn und Ost-Berlin.

WELT: In der „DDR" wächst das Bewußtsein für den Umweltschutz. Welche Auswirkungen hat dies auf das innerdeutsche Verhältnis?

Scholz: Die DDR hat erhebliche Probleme im Umweltschutz und räumt dies inzwischen auch mit erstaunlicher Offenheit vor der eigenen wie internationalen Öffentlichkeit ein. Vor allem im Bereich der Luftverschmutzung ist die Situation in der DDR außerordentlich ernst. Die Abhängigkeit von der Braunkohle als primärer Energiequelle hat dazu geführt, daß die DDR heute das Land mit den höchsten Schwefeldioxyd-Emissionen in Europa ist.

In der DDR werden jährlich vier bis fünf Millionen Tonnen Schwefeldioxyd emitiert. Dies bedeutet bei der weniger als halb so großen Fläche

INTERVIEW

und der fast nur ein Viertel so großen Bevölkerung eine Mehrbelastung von über 60 Prozent gemessen an der Bundesrepublik. Dennoch hat sich die DDR auf der internationalen Umweltschutzkonferenz ECE verpflichtet, ihre Schwefeldioxyd-Emissionen bis 1993 um mindestens 30 Prozent unter die Werte von 1980 zu senken, dies bedeutet rund zwei Millionen Tonnen weniger. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, bedarf es allerdings grundlegender Maßnahmen, für die die DDR bisher keine Voraussetzungen geschaffen hat.

WELT: Verfügt die „DDR" über Rauchgasentschwefelungsanlagen, welche anderen Maßnahmen hat sie getroffen oder plant sie?

Scholz: Die DDR-Kraftwerke haben bisher keine Rauchgasentschwefelungsanlagen. Lediglich das kleine Kraftwerk Vockerode verfügt über eine Versuchsanlage im sogenannten Trockenadditiv-Verfahren, das nach Art und Umfang jedoch keine wirkliche Gesamtbesserung bewirken kann. Im übrigen dürften sich für die DDR vor allem technologische wie finanzielle Probleme stellen.

Die Enschlossenheit der DDR, auch ihrerseits tätig zu werden, offenbart sich jedoch andererseits in der neuen Verordnung über Umweltinspektionen vom 12. Juni 1985, der zufolge staatliche Umweltinspektionen im gesamten Wirtschaftsbereich eingesetzt und namentlich zur Verbesserung der Luftreinhaltung tätig werden sollen. Das aus unserer Sicht besonders Positive ist hierbei, daß zum Schutzauftrag dieser Inspektionen auch die Kontrolle und Minderung grenzüberschreitender Schadstoffströme gehört.

WELT: Welche Auswirkungen hat diese Situation auf Berlin?

Scholz: Berlin ist in besonderer Weise durch diese Schadstoff-Emissionen betroffen. Es ist davon auszugehen, daß mindestens 50 Prozent der Luftschadstoffe in Berlin aus den Kraftwerken und Industrieanlagen der DDR stammen, wobei weitere Verschlechterungen zu befürchten sind, namentlich dann, wenn die DDR ihre Planungen für das neue Großkraftwerk Delitzsch realisieren sollte.

Berlin ist damit in besonderer Weise an einer erfolgreichen und kooperativen Umweltschutzpolitik beider deutscher Staaten interessiert. Vor allem in Berlin offenbart sich, daß die deutsche Umwelt wirklich unteilbar ist. Luft und Wasser kennen keine Grenzen – in Sauberkeit wie Unsauberkeit.

WELT: Gibt es Ansätze für eine entsprechende Kooperation im Umweltschutz zwischen Bundesrepublik und „DDR"?

Scholz: Ja. Die ersten erfolgversprechenden Ansätze finden sich im Berliner Gewässerschutzabkommen von 1967 und im Abkommen über die Reinhaltung der Böden. Zu hoffen ist weiterhin, daß die Verhandlungen über die Entsalzung der Werra/Weser endlich zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Das schon im Grundlagenvertrag vorgesehene Umweltrahmenabkommen steht dagegen nach wie vor in den Sternen. Andererseits gibt es inzwischen über konkrete Projekte der vorgenannten Art hinaus auch Signale für ein deutliches Interesse der DDR an allgemeineren Kooperationsvereinbarungen.

WELT: Welchen Inhalt können Vereinbarungen dieser Art haben?

Scholz: Zusammenarbeit auf möglichst allen Ebenen – ebenso im technologischen wie im wirtschaftlichen Bereich. Vor allem im Feld der Luftreinhaltung müssen sehr rasch tragfähige Kooperationsformen entwickelt und realisiert werden, wobei nach meiner Auffassung auch entsprechende Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik mit in Betracht gezogen werden müssen. Umweltschutz ist eine wirklich gesamtdeutsche Verantwortung, die im Interesse beider Seiten liegt und deshalb auch genügend Grundlage für eine erfolgreiche, praktische und interessengerechte Zusammenarbeit bietet.

Große Anfrage zum Waldsterben

AP, Bonn

Eine große Anfrage zum Waldsterben stellten gestern die Bundestagsabgeordneten Karl-Hans Laermann (FDP) und Christian Lenzer (CDU/CSU) an die Bundesregierung. Damit soll die Regierung, so Lenzer und Laermann, veranlaßt werden, bisherige Ergebnisse der Ursachenforschung zusammenzufassen und sie als „lesbare Handlungsanweisung" für die Politiker zu formulieren.

TV-Plan der Post verfassungswidrig?

dpa, Düsseldorf

Nordrhein-Westfalen hat verfassungsmäßige Bedenken gegen die Pläne von Bundespostminister Schwarz-Schilling angemeldet, der künftig zusätzliche Fernsehprogramme nicht mehr über Kabel, sondern mit Hilfe örtlicher Sender über Ätherwellen verbreiten will. Die SPD unterstellt Schwarz-Schilling eine Bevorzugung der unionsregierten Länder bei diesem Projekt, was gegen das Gleichheitsprinzip verstoßen würde.

SPD-Attacke auf Kieler Uni-Institut

Internationaler Sommerkurs bemüht sich um sachliche Diskussion über Sicherheitspolitik

GEORG BAUER, **Kiel**

Mit einem in der Universitätsszene der Bundesrepublik Deutschland ungewöhnlichen Angebot bemüht sich zur Zeit das Institut der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, die oft emotionsgeladene Diskussion um die Sicherheitspolitik auf eine sachlichere Ebene zu heben. Zum fünften Mal in Folge hat der Leiter des Instituts, Prof. Werner Kaltefleiter, 40 meist jüngere Erwachsene aus aller Welt eingeladen, um Fragen der nationalen Sicherheit zu diskutieren.

Bei den Sozialdemokraten des Landes war das Sommerseminar auf Kritik gestoßen. In einer Anfrage an die Landesregierung warfen sie die Frage auf, ob es sich dabei um eine wissenschaftliche Einrichtung oder um eine ideologische Kaderschmiede für Konservative handele.

Die Teilnehmer des Kurses, die aus 21 Ländern – aus Taiwan, der Volksrepublik China, Südkorea, Malaysia, Indonesien, Portugal, der Türkei oder den USA – nach Kiel gereist sind, weisen den Vorwurf entschieden zurück, es gehe um die Information über globale politische Zusammenhänge, um eine Weiterbildung, die das Blickfeld öffnet und einer Kirchturmpolitik aus europäischer, asiatischer oder amerikanischer Sicht entgegensteuert, erklärte ein Schweizer.

Nirgendwo sonst werde einem in so kurzer Zeit ein solches Maß an Wissen vermittelt. Daß dabei auch die militärische Bedrohung durch Moskau zur Sprache kommt, ist für Zhang Jing Yi, einer der älteren unter den Seminaristen, Professor für amerikanische Studien im chinesischen Beijing, selbstverständlich. „Wir sitzen alle im selben Boot, was die Sicherheit und die technologische Entwicklung betrifft, begründet er seine Teilnahme.

Auch Kaltefleiter wehrt den Vorwurf einer Kaderschmiede energisch zurück. Es gehe um die Information, um die Aufklärung über die Bedrohung freiheitlicher gesellschaftlicher Formen aus rassischen, ideologischen oder religiösen Beweggründen.

Aufbau und Inhalt dieses Sommerkurses sind daher möglichst umfassend angelegt. Über den Welthandel, seine internationalen Abhängigkeiten und Bedingungen, über die Möglichkeit, ihn als Waffe im politischen Geschäft einzusetzen, wird ebenso referiert und diskutiert wie über die Lage in Südafrika, dem Mittleren Osten, der Karibik und Lateinamerika oder über den Fundamentalismus des Islam. Referenten, wie etwa Lothar Rühl, Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, oder Bernard W. Rogers, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, sorgen nach Aussagen der Teilnehmer für ein fundiertes Gespräch.

Die Idee, jährlich eine Studiengruppe einzuladen, kam Kaltefleiter und seiner Mitarbeiterin Ulrike Schumacher zu Beginn der 80er Jahre. Damals gewannen sie bei Diskussionen um die Notwendigkeit einer ausreichenden militärischen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und der verbündeten Staaten in Europa den Eindruck, die Auseinandersetzung bewege sich auf einem argumentativ dünnen Eis. Selbst an Universitäten Westeuropas habe es kaum Spezialisten für Sicherheitsfragen gegeben.

Die Idee selbst wurde aus den USA übernommen, wo das National Strategy Information Center in New York zehn Jahr lang ähnliche Veranstaltungen organisierte. Die Kontakte zwischen New York und der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt sind daher – zumindest was diesen Bereich betrifft – eng.

Finanziell wird der Kurs unterstützt von der Landesregierung, die das Seminar – abgesehen von den Reisekosten – bezahlt. Daß dabei die Seminaristen als Botschafter des Landes und der Bundesrepublik auch in der deutschen Frage sensibilisiert in ihre Heimatländer zurückkehren, registriert sie als angenehme Begleiterscheinung.

Als Kommunisten noch Feinde hießen

Gesammelte Schriften von Kurt Schumacher wecken nicht nur Erinnerungen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

„Es kann für uns nie den Begriff der politischen Neutralität gegenüber einem Faktor geben, der diesen Begriff weder nach der politischen noch nach der rechtlichen oder moralischen Seite respektiert, wie die Sowjetrussen. Das wäre keine Neutralität, sondern das wäre kaschierte Parteinahme für Rußland gegen den Westen." Diese klare Aussage stammt von Kurt Schumacher, dem Wiederbegründer der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg und würde sicherlich heute nicht mehr in dieser Klarheit aus dem Munde eines führenden Sozialdemokraten zu hören sein. Es ist deshalb ein Blick in die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland, zugleich aber auch hochaktuell für die Betrachtung der Gegenwart, was jetzt auf den Markt kommt: Kurt Schumachers „Reden, Schriften und Korrespondenzen" zwischen 1949 und 1952. Sie werden erstmals praktisch komplett geöffnet (Verlag J. H. W. Dietz Nachf.).

Gespräch mit Adenauer

Im Umfeld der Diskussion über Reagans Bitburg-Besuch und die Behandlung der Waffen-SS war erstmals der Name Schumachers wieder in einer Bundestagsdebatte aus der Vergessenheit hervorgeholt worden. Annemarie Renger, seine langjährige Vertraute, hatte zwar bereits vor einigen Jahren wichtige Reden des ersten Nachkriegs-SPD-Vorsitzenden in Buchform veröffentlicht, doch nun wird auch bisher unveröffentlichtes aufgeblättert – beispielsweise das Protokoll über das Gespräch mit Adenauer, als es um die Frage des ersten Bundespräsidenten ging. Und schon damals monierte der Oppositionsführer, was auch sein Nachfolger Vogel heute immer beklagt, die mangelnde Information: „Man sollte uns nicht zumuten, schlechthin einer Situation beizutreten, die andere geschaffen haben."

Die Irrungen und Wirrungen über den Weg zur deutschen Einheit, die unmißverständliche Abgrenzung der SPD gegenüber den Kommunisten, die Möglichkeiten der Opposition einschließlich der Programm-Diskussion, wählerwirksame Alternativen zur Regierung zu entwickeln – dies sind die Schwerpunkte der Schumacherschen Äußerungen, die vom parteieigenen Verlag herausgegeben werden, da sie wiederum ganz oben stehen.

„Die Arbeitslosigkeit steigt trotz der günstigen sommerlichen Verhältnisse. Das Volkseinkommen ist in den letzten Monaten gesunken." Und so weiter – es sind (hier in einer Rundfunkansprache Schumachers im August 1949) fast wörtlich dieselben Argumente, mit denen auch heute die SPD in düsteren Farben malt.

Völlig anders war allerdings die Einschätzung Schumachers, was ein anderes Feld betrifft: „Wir können auch nicht in dieser typischen deutschen Wahnvorstellung von der eigenen Bedeutung agieren, wenn wir das richtige Selbstbewußtsein erlangen wollen, das heißt, wir können nicht diese banalen Geschwätze von Brükken- und Mittlertheorien und -sendungen auf uns nehmen. Wir müssen etwas realer denken." Manchem welt- und sicherheitspolitischen Vordenker unter seinen Nachfahren werden die Ohren klingen. Auch, wenn sie lesen: „Das ist vielleicht die größte Betrüger- und Schwindlerparole, wenn die Russen die nationalen Affekte der Deutschen wachzurufen sich bemühen, denn die Kommunisten in der ganzen Welt sind die prädestinierten Feinde Deutschlands."

Er war ein von Krieg und den KZ gezeichneter, der nie auf den Gedanken gekommen wäre, vom „Schisma der Arbeiterbewegung" zu sprechen, wenn es um das Verhältnis zu Kommunisten geht. Aber Schumacher war auch derjenige, der ähnlich wie heutige Sozialdemokraten formulierte: „Wir Sozialdemokraten haben aus der Zeit von Weimar gelernt, daß es gilt, bereits den Anfängen zu widerstehen."

Bittere Enttäuschung

Der SPD-Vorsitzende der Gründungsjahre, dies wird beim Lesen seines schriftlichen Erbes noch deutlicher, ist ein weit in die Gegenwart reichender Mann, der schmerzlich darunter litt, daß nicht seine Partei die Weichen in den Anfängen stellen konnte, und der unter dem großen Schatten Adenauers stand. Es gibt allerdings auch vieles, was er aus seiner Erfahrung, seiner politischen Prägung heraus in ungeheure Irrwege lenken wollte.

Arabeske am Rande: Schon 1949 spielte die Parteienfinanzierung sich ähnlich ab wie in der jüngsten Vergangenheit. Im Stile späterer Schatzmeister bedankte er sich beispielsweise 1949 beim emigrierten Genossen Adolf Hamburger in New York: „In der Zwischenzeit werden Sie ja wohl gehört haben, daß die DM 200,-, die Sie freundlicherweise für die Partei überwiesen haben, im Bestimmungsort angelangt sind und für die von Ihnen gewünschten Zwecke verwendet werden." Da hat sich nur die Anzahl der Nullen verändert.

Seidel soll Nachfolger von Moldt werden

dpa, Bonn

Der Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn, Ewald Moldt, soll demnächst in Ost-Berlin andere Aufgaben übernehmen. Als sein Nachfolger sei nach Informationen der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur / Christ und Welt" der Leiter der „Abteilung für die Beziehungen zur BRD" im „DDR"-Außenministerium, Karl Seidel, vorgesehen. (WELT v. 25.4.)

SPD-Politiker für Beteiligung der DAG

AP, Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, hat eine Teilnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) an dem Gespräch zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern befürwortet. Allerdings habe er Verständnis für die Bedenken des DGB, dem zunächst eine zweiseitige Zusammenarbeit angeboten worden sei. Er hoffe, daß durch die Dreiertreffen der Sozialpartner der „sozialkonservative Flügel" der CDU gestärkt werde.

Gorleben Ende der 90er Jahre in Betrieb

dpa, Bonn

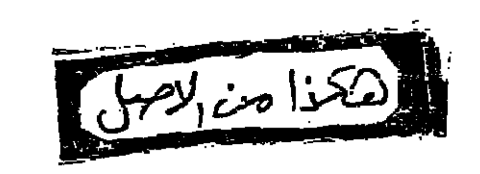
Die Bundesregierung erwartet, daß das Endlager für hochaktive nukleare Abfälle bei Gorleben in Niedersachsen Ende der 90er Jahre seinen Betrieb aufnehmen wird. Als Zeitpunkt für die planmäßige Inbetriebnahme der zweiten nuklearen Lagerstätte in der ehemaligen Erzgrube Konrad bei Salzgitter nannte der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Franz Kroppenstedt, das Jahr 1989.

Polizei beendet Greenpeace-Aktion

DW. Aschaffenburg

Die Umweltschutzorganisation „Greenpeace" hat gestern die Abwasserrohre der Papierfabrik Waldhoff Aschaffenburg verstopft, um auf die ihrer Ansicht nach starke Verschmutzung des Rheins durch diese Firma aufmerksam zu machen. Zwischen Arbeitern der Firma und den Umweltschützern kam es zu einem Handgemenge, bei dem es allerdinge keine Verletzten gab. Die Aktion wurde von der Polizei beendet.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Israel verschärft Kampf gegen Terror der PLO

Flugangriff auf Stützpunkt in Libanon / Ausweisungen

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen gegen arabische Terroristen in Israel und in den besetzten Gebieten, die am Sonntag in Jerusalem beschlossen wurden, werden jetzt erstmals angewendet. Der als Fatah-Führer bekannte und terroristischer Umtriebe verdächtige Khalil Abu Siad wurde vom Militärbefehlshaber Israel-Mitte informiert, daß er Israel und die besetzten Gebiete innerhalb von 48 Stunden verlassen muß oder nach Jordanien deportiert wird. Siad hat über eine kommunistische Anwältin Einspruch beim zuständigen Militärgericht erhoben.

Schon zu Wochenbeginn hatten die israelischen Behörden sieben Palästinenser über ihre bevorstehende Ausweisung unterrichtet. Die sieben gehörten zu den 1150 verurteilten Terroristen, die im Mai gegen drei israelische Soldaten ausgetauscht wurden. Khalil Abu Siad ist jetzt der prominenteste Fatah-Aktivist, der abgeschoben wird. Er wurde 1981 zum ersten Mal verhaftet, dann wegen Terrorismus zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und ebenfalls im Mai vorzeitig entlassen. Er versuchte sofort in Jerusalem geheime Terrorzellen zu bilden und Anschläge vorzubereiten.

Im verschärften Kampf gegen Terroristen haben israelische Kampfflugzeuge am Donnerstag morgen in der libanesischen Bekaa-Ebene ein Quartier des radikalen „Generalkommandos" der Palästinenser von Achmed Dschibril zerstört. Das dreistöckige Gebäude bei Bar Elias, einem Ort 12 Kilometer vor der syrischen Grenze, brannte aus, es gab Tote und Verletzte.

Sitz in Damaskus

Der Sender der libanesischen Christen, „Stimme Libanons", meldete, das Haus sei in einer gewaltigen Staub- und Rauchwolke eingestürzt. Syrische und palästinensische Luftabwehrbatterien hätten mehrere Raketen abgefeuert, doch seien diese von Hitzeballons abgelenkt worden, die von den angreifenden Maschinen ausgesetzt worden seien. Die Terrorgruppe unter dem ehemaligen Hauptmann der syrischen Armee, Dschibril, hat ihren Sitz in Damaskus und gilt als die radikalste der acht Fraktionen der PLO. Zu ihren engsten Verbündeten zählt die prosowjetische kommunistische Partei Libanons, die sich zu dem Bombenanschlag am Dienstag in der israelischen Sicherheitszone in Südlibanon bekannte.

Ein anderer Stützpunkt derselben PLO-Gruppe war am 29. Juli ebenfalls nahe der syrischen Grenze von israelischen Flugzeugen angegriffen worden. Am 2. August hatte Israel einen Einsatz gegen ein Lager der „Nationalsozialistischen Syrischen Partei", wieder in der Bekaa-Ebene, geflogen. Diese Partei hatte sich zu sechs Sprengstoffanschlägen auf israelische Truppenverbände seit dem 12. März bekannt.

Warnung an Hussein

Nach Minister Arik Scharon und israelischen Befehlshabern hat nun auch Verteidigungsminister Rabin Jordanien gewarnt, daß es mit Vergeltungsschlägen rechnen müsse, wenn König Hussein den weiteren Ausbau von Stützpunkten der Arafat-PLO zuließe. Er erklärte, Israel werde alles Notwendige unternehmen, um seine Bürger und auch seine arabischen Mitbürger zu schützen.

Das neue Bündnis Hussein–Arafat ist in Jerusalem Anlaß ernster Sorgen, denn an den offenen Brücken am Jordan nimmt der Waffenschmuggel zu. In Amman treffen immer neue Trupps von Palästinensern ein, die ehemals in Beirut waren. Die Palästinenser-Lager werden neu mit Waffen ausgerüstet, eine PLO-Brigade wird sogar von jordanischen Militärs ausgbildet.

Die verschärften Maßnahmen der israelischen Regierung, die neben der unbefristeten Ausweisung von Terror-Verdächtigen auch die unbefristete Internierung ohne Gerichtsverfahren vorsehen, wurden vor allem in Washington kritisiert. Die amerikanischen Nahost-Politiker, die zum ersten Mal Manöver jordanischer und amerikanischer Truppen in Jordanien arragniert haben, wollen Rücksicht auf König Hussein und dessen „Friedensinitiative" nehmen. Dagegen wird in Jerusalem geltend gemacht, daß gerade Washington zum verstärkten und gemeinsamen Kampf der westlichen Welt gegen den Terrorismus aufgerufen habe. (SAD)

„Rom kassiert, und wir haben den Krach"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In dem Landstädtchen Villasor bei Cagliari stürzt, an eine Hauswand gemalt, ein Flugzeug mit dem Balkenkreuz auf Sardinien herab. Untertext: Nach dreißig Jahren Autonomie".

Nicht nur hier, wo das Munitionslager der multinationalen Luftwaffenübungsbasis Decimomannu stationiert ist, gibt es solche und ähnliche „murales". Die meisten dieser plakativen, polemischen Wandmalereien nach mexikanischem Vorbild sind in dem als Zentrum des sardischen „Banditismo" berüchtigten Ort Orgosolo in der Barbagia zu sehen. Ihre Autoren sind angeblich sardische Rückwanderer aus Mittelamerika. Ihre vorherrschenden Themen sind neben Sozialkritik, die Regionalautonomie und die NATO-Basen auf dieser zweitgrößten Mittelmeerinsel, die Nordafrika näher ist als dem italienischen Festland.

Den Bezug zwischen den auf „murales" emotional ausgedrückten Protesten und den politischen Forderungen stellt der soeben wiedergewählte sardische Nationalratspräsident Mario Melis her. Er ist einer der leidenschaftlichsten Verfechter der Eigenständigkeit seiner Inselregion. In einem Gespräch mit der WELT sagt er: „Sardinien ist ein Konglomerat aus Militärbasen und Übungsplätzen. Auf der Insel gibt es nicht weniger als 250 Quadratkilometer Militärgelände. Diese Konzentration zeigt, daß die italienische Regierung Sardinien keinerlei Entwicklungsaussichten gibt – weder wirtschaftliche noch demokratische".

Mit diesem Argument, das Rom als demagogisch zurückgeweist, versucht der Chef der linkslastigen Regionalregierung in Cagliari latente Unmutsgefühle der 1,6 Millionen Inselbewohner für die Radikalisierung der Autonomiepolitik zu aktivieren.

Sardinien beherbergt neben Truppenübungsplätzen für das italienische Heer vor allem die Marinebasis Maddalena, in der amerikanische Atom-U-Boote ihren wichtigsten Stützpunkt im Mittelmeer haben, und die Luftbasis Decimomannu, die zu 60 Prozent von der deutschen Luftwaffe genutzt wird.

In der Inselgemeinde La Maddalena vor der sardischen Nordostspitze hat sich soeben eine christdemokratisch-kommunistische Koalition eingerichtet. Auf ihrem „Regierungsprogramm" steht die Auflösung der US-Basis, wenn die Amerikaner keine überzeugenden Garantien für die Sicherheit der Ortsbewohner geben.

Melis tut den „historischen Kompromiß" zwischen Schwarz und Rot in La Maddalena, an dem seine sardische Aktionspartei nicht beteiligt ist, zwar als ein rein lokales Phänomen ab, äußert aber in der Stützpunktfrage eine entschiedene Meinung:

„Sardinien ist Teil des italienischen Staates. Italien gehört einer internationalen Allianz an. Wir können weder annehmen noch verlangen, daß die Verträge geändert werden. Wir sind jedoch der Meinung, daß die nationale Verteidigungssolidarität nicht durch schlaue Tricks beeinträchtigt werden sollte. Das heißt: Die Basis für die mit Atomkraft getriebenen U-Boote der Vereinigten Staaten kann ebenso gut in La Spezia, in Neapel und an jedem anderen

SARDINIEN

Punkt des Mittelmeeres liegen wie in La Maddalena. Und auch die Basis von Decimomannu muß nicht unbedingt in Decimonannu sein. Aber in Rom hält man Sardinien offenbar in seiner Gesamtheit für eine Ansammlung von Wüsteneien, in denen überall die Nutzung des Territoriums für militärische Übungen mit Panzern, Flugzeugen, U-Booten und Kriegsschiffen möglich ist. Diese Militärpräsenz für die nationale Verteidigung muß im ganzen Land gerechter verteilt werden".

Ein Taxifahrer in Cagliari drückt sich einfacher, weniger diplomatisch aus und sagt damit noch deutlicher, was viele seiner Landsleute denken:

„Was haben wir eigentlich von diesen ganzen Basen? Sardinien wird zum bevorzugten Zielgebiet potentieller Feindstreitkräfte der NATO. Wir müssen den Flugzeuglärm ertragen und wissen nicht, was die Amerikaner auf ihrer Basis an gefährlichem Material alles einlagern. Wirtschaftlichen Nutzen aber haben wir auch nicht, denn die Stützpunktmieten werden von Rom kassiert".

Da Sardinien um so mehr Geld braucht, je unabhängiger es von Rom werden will, mag mancher heimliche Separatist auf der Insel von einem sardischen Staat träumen, der aus seiner strategischen Lage und seiner relativ niedrigen Bevölkerungsdichte durch Stützpunktverträge mit anderen Ländern und durch Vermietung von Manövergelände Kapital schlägt. Das Vorbild mag dabei der maltesische Expremier Dom Mintoff sein, der gezeigt hat, wie man auf diese Art eine strategische Schlüsselstellung im Mittelmeer nutzen kann.

Den meisten Sarden freilich erscheint eine solche Politik bei allem Unmut über die Stützpunkte und bei allem Drängen nach mehr Autonomie weder wünschenswert noch praktikabel.

Was sie dagegen nicht ungern sähen, wäre die Ablösung der Militärbasen durch neue Tourismus-„Basen" so wie durch die von der Regionalregierung geforderte Errichtung von zollfreien, die Kapitalinvestitionen anregenden Zonen in Cagliari, Oristano, Porto Torres und Arbatax.

Moskau weist auf Pakistans Bombenpläne hin

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Immer mehr Tatsachen zeugten davon, daß Pakistan nach Israel und Südafrika nach Massenvernichtungswaffen greife, heißt es in einem Artikel des außenpolitischen Sprachrohrs des Kreml, „Neue Zeit". Zwar leugne es die Regierung von General Ziaul Haq, aber Experten seien infolge zahlreicher technischer Anzeichen und Spionage- und Schmuggelgeschichten, in die „Agenten Pakistans" verwickelt seien, davon überzeugt, daß Pakistan auf die Entwicklung einer Atombombe hinarbeite.

Typisch sei, daß die Technologie und die Rohstoffe für Atombomben illegal in diejenigen Staaten gelangten, mit denen die USA „strategisch" zusammenarbeiteten. Außer Pakistan seien dies vor allem Israel und die Republik Südafrika. Die engen Verbindungen mit den USA „reizten wohl den Atomappetit", schreibt „Neue Zeit".

Zum Beweis dieser These wird der Fall eines Pakistani geschildert, der 1984 in den USA festgenommen wurde, als er versuchte, 50 elektrische Schnellschalter zum Zünden von Kernwaffen im Flugzeug nach Pakistan zu befördern. Moskau vermutet, daß Pakistan kein Interesse habe, mit Getöse in den „Nuklearklub" einzudringen, sondern daß es „in aller Stille mehrere kleinere Bomben bauen möchte". Diese könnten von den aus den USA erhaltenen F-16-Jagdbombern ans Ziel gebracht werden.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß Islamabad schon mehr als 20 der bestellten 40 Flugzeuge dieses Typs besitze. Kein Wunder also, so folgert der Bericht, daß Indien Pakistans Nuklearprogramm und die Waffenlieferungen der USA an Islamabad als greifbare Bedrohung seiner Sicherheit ansehe.

Der Artikel erscheint zu einem Zeitpunkt, da in Neu-Delhi wieder laut über die Bedrohung durch die „pakistanische Bombe" nachgedacht wird. In einer zum Teil hitzig geführten Parlamentsdebatte bezeichneten mehrere Abgeordnete es als „selbstmörderisch", wenn Neu-Delhi angesichts dieser Bedrohung von vornherein auf den Bau eigener Atomwaffen verzichten würde. Staatsminister Alam Khan vom Außenministerium betonte, daß seine Regierung die Entscheidung über die Herstellung eigener nuklearer Sprengkörper offenlasse.

Mitterrand ordnet Untersuchung an

AP/AFP, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat eine „strenge Untersuchung" der Vorwürfe zweier Wochenzeitungen angeordnet, der Geheimdienst des Landes sei in den Bombenanschlag auf ein Schiff der Umweltschutzorganisation Greenpeace in einem neuseeländischen Hafen verwickelt. In einem Schreiben an Ministerpräsident Fabius forderte er die Bestrafung von Verantwortlichen, „unabhängig von ihrem Rang". Nach Berichten soll sich an Bord des Greenpeace-Schiffes, das nach dem Bombenanschlag sank, ein Gerät befunden haben, „daß die Auswirkungen einer Neutronenbombe analysieren kann", die Frankreich im Herbst im Mururoa-Atoll erproben wolle.

Unterstützung vom US-Sicherheitsrat?

rtr, New York

Der nationale Sicherheitsrat der USA berät nach einem Bericht der „New York Times" die antisandinistischen Contras in Nicaragua militärisch. Das Weiße Haus habe sich im letzten Jahr eingeschaltet, nachdem der Kongreß die Militärhilfe für die Aufständischen gestrichen habe. Ein Mitglied des Sicherheitsrates habe sich seitdem öfter mit Rebellenführern in Washington und Mittelamerika getroffen. Häufig habe der Offizier vor Rebellenangriffen seinen Rat angeboten, auch über die mögliche Verwendung von Geldern für die Guerrilleros. Dieses Vorgehen verletze nicht amerikanisches Recht, unterlaufe jedoch die Intention des Kongreßvotums.

Bombenanschläge in Peru

AFP, Lima

Zehn Tage nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten Perus, Alan Garcia, hat die maoistische Rebellenorganisation „Leuchtender Pfad" in Lima durch Sprengstoffanschläge auf Elektrizitätswerke die gesamte Stromversorgung der Hauptstadt unterbrochen. Nach Angaben der Polizei explodierten auch während des Stromausfalls ein Dutzend Bomben. Zwei Menschen erlitten Verletzungen bei der Explosion einer Autobombe vor dem Polizeipräsidium in Lima, das zwei Häuserblocks von der US-Botschaft entfernt liegt. Mit Feuerzeichen auf Bergen der Umgebung, die Hammer und Sichel darstellten, bekannte sich die Guerrilla-Organisation zu der Anschlagsserie.

Gemayel will nicht zurücktreten

AP, Damaskus

Der libanesische Staatspräsident Gemayel ist gestern in Damaskus zu Gesprächen mit dem syrischen Staatspräsidenten Assad eingetroffen. Es war die fünfte Begegnung der beiden Staatschefs in diesem Jahr. Sie folgte zwei Tage nach der Bildung einer von Syrien unterstützten Nationalen Bündnisfront der innerpolitischen Gegner Gemayels, die auf seinen Rücktritt drängen, um die Machtverhältnisse zugunsten des moslemischen Bevölkerungsanteils des Landes zu ändern. Vor dem Abflug aus Beirut lehnte Gemayel diese Forderung ab. Er werde nur durch Tod oder bei Ablauf seiner Amtszeit am 23. September 1988 aus dem Amt scheiden.

SCHWIMMEN / Heftige Kritik an den Ausrichtern der EM in Sofia

Wasserball: Viele Torschützen und neue Hoffnungen

dpa/sid, **Sofia**

„Die schweren Brocken liegen hinter uns", sagt Frank Otto stellvertretend für die gesamte deutsche Wasserball-Mannschaft bei den Schwimm-Europameisterschaften. Das 6:7 gegen Jugoslawien betrachtet das Team von Trainer Nikolai Firoiu als kleinen „Aussetzer". Ihren restlichen drei Spielen sehen die deutschen Wasserball-Spieler bei einem Gesamtpunktestand von 5:3 sehr optimistisch entgegen.

„Wir können jetzt unseren fünften Platz von Rom 1983 erheblich verbessern und einen Medaillenrang erreichen", glaubt der Wasserballwart des Deutschen Schwimm-Verbandes, Bodo Hollemann. Ziel von Coach Firoiu ist die Bronzemedaille, „mit Glück ist Silber für die Mannschaft drin".

Ihr Trumpf: Immer mehr Torschützen sind fähig, ein Spiel fast alleine zu entscheiden. Der jeweilige Gegner kann sich kaum auf einen „Center" einstellen. Erst schlug der Duisburger Rainer Osselmann zu – vier Tore warf er gegen Weltmeister UdSSR beim 7:7. Vize-Europameister Ungarn als nächster Gegner hatte seine Spione am Beckenrand und blockte später in der Begegnung Osselmann mit harter Manndeckung ab. Da sprang der Berliner Hagen Stamm in die Bresche. Ergebnis: fünf Tore. Und insgesamt ein 8:6 gegen die völlig überraschten Magyaren.

Gegen Holland platzte dann endlich bei Frank Otto der Knoten. Fünf Treffer erzielte er beim 12:7-Sieg. Sechs Jahre lang war der Berliner vom Deutschen Meister Wasserfreunde Spandau 04 Torjägerkönig der Bundesliga. Nach der Rückkehr von seinem Saisonabenteuer im italienischen Camogli hatte er zunächst in der Nationalmannschaft Ladehemmung. „Ich bin so erleichtert", lautete sein Kommentar. Und Trainer Firoiu freut sich über die neue Vielseitigkeit in der Mannschaft.

In der Tabelle ist sein Team derzeit nur Fünfter hinter der UdSSR, Italien, Jugoslawien und Ungarn. Doch die vier Großen werden sich die Punkte gegenseitig noch abnehmen – Nutznießer könnte die deutsche Mannschaft sein, die heute gegen Griechenland, morgen gegen Spanien und am Sonntag abschließend gegen das italienische Team antritt.

„Nervenbündel" Groß wird böse: Ein Reinfall

dpa, **Sofia**

Michael Groß ist böse: „Ein halbes Jahr habe ich trainiert, und hier wird alles kaputtgemacht." Seine Halbzeitbilanz der Schwimm-Europameisterschaften fällt vernichtend aus: „Sofia ist der größte Reinfall in der Geschichte der kontinentalen Titelkämpfe. Wenn ich sehe, was hier alles in die Hose geht, und wenn ich andererseits weiß, was alles besprochen wurde, dann kann ich mir nur die Haare raufen."

Der 21 Jahre alte Frankfurter hat nach seinen Siegen über 200 m Freistil, 100 m Schmetterling und mit der 4 x 200-m-Freistilstaffel (zusammen mit Schowtka, Fahrner, Korthals) schon drei Titel in der Tasche – für ihn ist das zu wenig. Groß wollte Weltrekorde, durch die unzureichenden Bedingungen sah er sich daran gehindert. Allein die Staffel lag am Ende mit 7:19,23 Minuten fast vier Sekunden über dem Weltrekord der Amerikaner.

Als auch die Rekord-Versuche Nummer zwei und drei kläglich ins Wasser fielen, schlugen bei Groß die anfängliche Resignation und der Gedanke an die vorzeitige Heimreise in kalte Wut um. „Da wird man mit 54,02 Europameister", ereiferte sich der Offenbacher nach 100 m Schmetterling über seine Siegerzeit, die fast eine Sekunde über dem eigenen Weltrekord lag. In Sofia hatte er unter 53 Sekunden bleiben wollen.

Nach dem Rennen rechnete der Olympiasieger mit den Organisatoren ab: „Es ist eine Summierung von Mißständen, die optimale Leistungen nicht zulassen." Beim Essen, das kalt serviert werde, fange es an. „Schlimmer aber sind die Trainingsprobleme, zum Beispiel beim Einschwimmen. Das Wasser ist jetzt um mindestens zwei bis drei Grad zu kalt."

Die Springer hat es am schlimmsten erwischt. Harm Beyer, Präsident des Deutschen Schwimm-Verbands (DSV): „Ein Schwimmbad zu bauen, wo der Wind wie durch einen Kanal pfeift, ist Unfug." Die Aktiven fühlten sich durch Zuschauer und den nahen Straßenverkehr ständig gestört, Konzentration sei nicht möglich. „Der Belag ist rutschig, die Springer stoßen sich überall die Köpfe."

Überall, wo ein Problem angesprochen werde, begegne er nur einem Achselzucken, sagt der DSV-Präsident: „Es ist eine Art von Ignoranz, mangelnde Fähigkeit oder Wurschtigkeit. Solange ich dabei bin", sagt Beyer, „habe ich bei Europa- und Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen noch nie eine Organisation erlebt, die so wenig von dem umsetzt, was man sagt oder rät." Seine Konsequenz: „Nach Bulgarien gehen wir nicht wieder."

Die unzumutbaren Bedingungen beschränken sich nicht auf den Wettkampfort und das Essen. Ein EM-Teilnehmer fand in seinem Hotelzimmer eine zertrümmerte Toilette vor, in der Badewanne lagen Zementsäcke und Ziegelsteine. Als dann auch noch ein Gewitterregen auf Sofia herunterprasselte und die Rennen bei einer Lufttemperatur von 13 Grad gestartet wurden, erreichte die Stimmung unter den Aktiven ihren Tiefpunkt. Entsprechend schwach waren die Zeiten.

Für einen Mann wie Groß, der meist nur gegen sich selbst und gegen die Uhr schwimmt, wird das Ganze noch schlimmer, wenn er die Erfolgsmeldungen von den amerikanischen Meisterschaften aus Mission Viejo hört. Im Fernduell über 200 m Freistil schwamm der 19jährige Matt Biondi, neuer Stern am US-amerikanischen Schwimm-Himmel, in 1:47,89 Minuten sechs Hundertstelsekunden schneller als Groß über die gleiche Strecke in Sofia. Wenn er dabei auch mit dem Versuch scheiterte, den Weltrekord des Offenbachers zu brechen. Schon vorher hatte der Student an der Universität Berkeley über 100 m Freistil in 48,95 Sekunden einen Weltrekord aufgestellt. „Ich freue mich auf die direkte Begegnung mit Michael Groß", sagte der 1,98 m lange Kraulsprinter, der bisher nur als Staffel-Olympiasieger aufgefallen war.

Michael Groß würde dem Amerikaner schon jetzt gerne eine Antwort über den Ozean schicken, aber: „In Mission strahlt die Sonne, wir wühlen uns hier durch den Regen. Da kann man doch keine Vergleiche mehr anstellen." Eine Tatsache, unter der Groß leidet. DSV-Präsident Beyer über den Offenbacher: „Der ist in diesen Tagen ein Nervenbündel." Und Schwimmwart Jürgen Kozel fügt hinzu: „Nur derjenige kann jetzt noch gewinnen, der sich am schnellsten auf die besonderen Umstände einstellt und nicht lamentiert."

TENNIS / Boris Becker in Kitzbühel in der ersten Runde ausgeschieden



Entsetzte Gesichter. Boris Beckers Eltern Karl-Heinz und Elvira. FOTO: DPA

Bosch: „Niederlagen müssen weh tun"

HERBERT REINICKE, **Kitzbühel**

In Kitzbühel, gestern mittag zwischen 12.12 und 12.40 Uhr, vollendete sich, was am späten Mittwochabend begonnen hatte und ein Skandal zu werden drohte: Die Niederlage eines jungen Stars, der hierzulande schon für schier unbesiegbar gegolten hatte. Danach sagte Boris Becker (17), Wimbledon-Sieger, treibende Kraft beim deutschen Daviscup-Erfolg über die USA, was selbstverständlich klingen sollte und dennoch den Hauch einer kleinen Resignation verbreitete: „Auch ich bin nur ein ganz normaler Mensch mit Höhen und Tiefen. Mit zwei Augen, zwei Ohren und einer Hand zum spielen. Die aber hat nicht funktioniert."

Boris Becker hat verloren. 3:6, 1:6 gegen den weithin unbekannten Diego Perez aus Uruguay, der auf Platz 102 der Weltrangliste steht. Es war die erste Niederlage des deutschen Talents in einer ersten Turnier-Runde seit dem 22. April (Grand Prix in Atlanta, 7:6, 4:6, 6:7 gegen Steve Denton). Aber gewonnen hat er auch. 506,25 Dollar und einige für ihn neue Erkenntnisse.

Etwas, so Beckers Trainer Günter Bosch, „hat er zum ersten Mal erlebt, das kannte er noch nicht". Jetzt müsse ihm geholfen werden, den Rückschlag zu überwinden, „denn helfen muß man ja Kranken und nicht Gesunden".

Das klingt bitter – aber Becker ist ja nicht krank, wenigstens nicht am Körper. Er mußte nur erleben, daß einer ganz schnell vom Supermann zum Buhmann werden kann, selbst wenn er vielleicht (außer schlecht gespielt zu haben) gar keine Schuld daran hat. Geschehen war dies: Bekker lag am Mittwochabend 3:6 und 0:1 zurück. Da verließ sein Manager, der Rumäne Ion Tiriac, seinen Platz, angeblich um ein Päckchen Zigaretten zu kaufen. Im Klubhaus habe er den Abbruch des Spiels betrieben, heiß es. Angeblich wegen der schlechten Witterung. Tiriac bestreitet das, aber er sitzt immerhin im Direktorium des Klubs, der in Kitzbühel die Internationalen Meisterschaften von Kitzbühel ausrichtet. Und immerhin: Wenig später wurde das Spiel wirklich abgebrochen, vor dem Regen. Hatte der clevere Manager in der Rolle des Advocatus Diaboli einen Riesen-Skandal gegen eine Riesen-Sensation eingetauscht, um seinen Schützling vielleicht doch noch zu retten?

Die Zuschauer jedenfalls empfanden es so. Deutschlands jüngstes und liebstes sportliches Wunderkind flogen nicht mehr Herzen entgegen, sondern Sitzkissen und Pfiffe.

Becker gelang nach acht guten Bällen gar nichts mehr. Ihm war die Verzweiflung in der dünnen, feuchten Luft anzusehen. Als er beim Stande von 3:3 sein Aufschlagsspiel verlor, hielt er einem Linienrichter seinen Schläger hin und fragte: „Wollen Sie für mich weiterspielen?" Gestern, bei der Fortsetzung des Spiels, war es ähnlich. Perez brauchte nur auf Beckers Fehler zu warten, um das Spiel zu gewinnen. Und die kamen so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Zuschauer, die am Abend zuvor gegröhlt hatten, pfiffen diesmal nur Tiriac aus. Bei Becker blieben sie ruhig, offensichtlich hielten sie das, was ihm passierte, nur noch als Zeichen ausgleichender Gerechtigkeit. Trainer Bosch sagte: „Niederlagen müssen weh tun, damit man aus ihnen lernen kann."

Die Niederlage für die Veranstalter steht nun schon fest. Ab heute sollten die Spiele aus Kitzbühel im Fernsehen (auch in Deutschland) übertragen werden. An diese Übertragungen sind auch Werbeverträge gekoppelt. 200 Journalisten und Fotoreporter waren angereist. Nun ist der Superstar weg, einiges Geld wohl auch. Denn das kommt erschwerend noch dazu: Mit dem Schweden Joakim Nystroem, dem Amerikaner Aaron Krickstein und Beckers Daviscup-Mitspieler Hansjörg Schwaier sind auch die anderen Stars ausgeschieden. Nystroem unterlag dem Spanier Sanchez 4:6, 4:6, Krickstein dem Tschechoslowaken Pavel Slozil 1:6, 6:7. Schwaier hatte bereits am Mittwochabend verloren, 6:7, 6:5, 6:7 gegen den Schweden Simonsson.

2. Liga

Darmstadt ohne Punktverlust

DW. **Bonn**

Zwei Spieltage der zweiten Fußball-Liga sind vorüber, schon scheinen erste Erkenntnisse möglich: Die drei Aufsteiger Osnabrück, Aschaffenburg und Tennis Borussia Berlin stehen bereits am Tabellenende. Ihre Ergebnisse zeigen, daß sie es schwer haben werden, die Klasse zu halten. Eintracht Braunschweig, erklärter Favorit der Liga, taucht bereits auf dem zweiten Tabellenplatz auf. Fortuna Köln, mit einem 6:2-Sieg in Wattenscheid gut gestartet, wurde gleich im ersten Heimspiel von Darmstadt (einziger Klub ohne Punktverlust) wieder zurechtgestutzt.

DIE ERGEBNISSE

BW Berlin – Bayreuth	4:0	(0:0)
Braunschw. – Aschaffenb.	4:0	(0:0)
Oberhausen – Freiburg	0:0	:
Solingen – Aachen	2:2	(1:1)
TB Berlin – Karlsruhe	1:2	(1:1)
Homburg – Osnabrück	7:1	(3:0)
Stuttgart – Hertha BSC	4:2	(0:0)
Kassel – Wattenscheid	1:2	(1:1)
Köln – Darmstadt	0:3	(0:1)
Bielefeld – Duisburg	3:1	(1:0)

DIE TABELLE

1.Darmstadt	2	2	0	0	7:1	4:0
2.Braunschweig	2	1	1	0	7:3	3:1
3.BW Berlin	2	1	1	0	5:1	3:1
4.Stuttgart	2	1	1	0	5:3	3:1
5.Oberhausen	2	1	1	0	1:0	3:1
6.Homburg	2	1	0	1	7:2	2:2
7.Köln	2	1	0	1	6:5	2:2
8.Aachen	2	0	2	0	3:3	2:2
9.Solingen	2	0	2	0	3:3	2:2
10.Karlsruhe	2	1	0	1	3:3	2:2
11.Kassel	2	1	0	1	3:3	2:2
12.Freiburg	2	0	2	0	1:1	2:2
13.Bielefeld	2	1	0	1	4:5	2:2
14.Bayreuth	2	1	0	1	3:4	2:2
15.Duisburg	2	1	0	1	2:3	2:2
16.Wattensch.	2	1	0	1	4:7	2:2
17.Hertha BSC	2	0	1	1	3:5	1:3
18.Osnabrück	2	0	1	1	4:10	1:3
19.TB Berlin	2	0	0	2	1:5	0:4
20.Aschaffenb.	2	0	0	2	0:5	0:4

DIE VORSCHAU

Morgen (15.30 Uhr): Hertha BSC – Oberhausen, Freiburg – Braunschweig, Aschaffenburg – Homburg, Darmstadt – Kassel, Wattenscheid – TB Berlin, Aachen – Bayreuth. – **Sonntag** (15.00 Uhr): Solingen – Stuttgart, Osnabrück – Bielefeld, Duisburg – Köln.

STAND ● PUNKT

Erziehung

Die „Junge Welt", Organ der „DDR"-Jugendorganisation FDJ, veröffentlicht derzeit eine Serie über Talente im Fußball, der zwischen Rostock und Jena international noch immer im Abseits rollt. „Ansprüche, Ansichten – Aussichten" steht drüber. Und mitten im Text steht ein Zitat des „DDR"-Verbandstrainers Dieter Fuchs. Das soll wohl den Weg aus der Misere weisen. Also:

„Es ist möglich, auch im Fußball Spitzenleistungen zu vollbringen. Die gesellschaftlichen Bedingungen sind dazu durchgängig vorhanden. Um unsere Potenzen voll zu nutzen, ist es in erster Linie jedoch notwendig, Erziehung und Ausbildung effektiver und qualifizierter zu gestalten."

Bei einem wie Fuchs – sonst wäre er ja nicht Verbandstrainer – kann eines nicht gemeint sein: Daß nämlich Erziehung und Ausbildung nur dann effektiv und qualifiziert sein kann, wenn sie die Freiheit der Persönlichkeit nicht angreift. Was Fuchs meint, ist das Gegenteil: Noch mehr Kollektiv, noch strengere Beschneidung individueller Fähigkeiten, eher Transpiration als Inspiration. Im Fußball klappt das nicht, Italiener, Brasilianer, Franzosen beweisen es. Und manchmal auch die Mannschaften aus Deutschland-West, wenn sie nicht, wie so oft im Sport, nach Osten blicken und sich Kollektive wünschen. Zur Zeit geht es hierzulande wieder bergauf, dank Beckenbauer, der Freiräume läßt. Der „DDR"-Fußball wird weiter im Abseits rollen. Falsche Ansprüche, falsche Ansichten, keine Aussichten.

que

FUSSBALL / Heute erstes Spiel der Bundesliga

Schärfere Kontrollen und Alkohol-Verbot gefordert

sid/dpa, **Bonn**

Die Szenen in Bradford und Brüssel sind unvergessen. Auf allen Ebenen laufen seither Bemühungen, die Sicherheit in den Fußball-Stadien zu verbessern. Auch die Bundesliga verstärkte vor dem Saison-Start an diesem Wochenende ihre Maßnahmen. Was notwendig ist, denn in der zweiten Liga gab es bereits Verletzte, weil Duisburger Rowdies von einer Autobahnbrücke aus einen Bus mit Homburger Fans mit Steinen bewarfen und mit Leuchtpistolen beschossen. Am Mittwoch sperrte das Bielefelder Bauamt das Alm-Stadion, weil es bauliche Mißstände entdeckte – vor allem wegen der Brandgefahr.

Insgesamt sieht es zwar in Deutschland seit der Weltmeisterschaft 1974 auf diesem Feld weit besser aus als in England und Belgien. Doch es gibt nicht nur in Bielefeld Anlaß zur Sorge. So wurden in zahlreichen Stadien zusätzliche Sicherheitszäune und Fluchttore eingebaut, um die Trennung von den gegnerischen Fan-Gruppen zu verbessern und bei einer Panik Ventile öffnen zu können. Solche Maßnahmen gab es zum Beispiel in Bremen, Leverkusen, Dortmund und Düsseldorf.

In Nordrhein-Westfalen (15 Profi-Klubs) hat Innenminister Herbert Schnoor die Städte aufgefordert, das Alkohol-Verbot durchzusetzen. In Saarbrücken und Mönchengladbach wurde inzwischen ein Alkohol-Verbot verhängt. Zuvor schon durften innerhalb des Stadiongeländes in Krefeld, Düsseldorf und Hamburg keine alkoholischen Getränke ausgeschenkt werden.

Weil aber auch mit einem generellen Alkohol-Verbot wohl nicht allzu viel zu erreichen wäre, haben mehrere Vereine die Zahl ihrer Sicherheitskräfte aufgestockt. Die Kontrollen der Besucher sollen verstärkt werden.

Schalke 04 erwartet bereits heute abend Vizemeister Werder Bremen zum ersten Punktspiel der Saison 1985/86. Manager Assauer hofft: „3:1 Punkte und insgesamt 100 000 Besucher, 40 000 gegen Werder und 60 000 gegen Bayern am 21. August." Kapitän Dietz nennt als Saisonziel: „Mindestens wieder Platz acht, mit etwas Glück Platz sechs."

NACHRICHTEN

Ueberroth beendete Streik

New York (dpa) – Der Streik der amerikanischen Baseball-Profis dauerte nur zwei Tage. Der ehemalige Organisationschef der Olympischen Spiele 1984, Peter Ueberroth, heute höchster Baseball-Funktionär, sorgte für die Einigung. In einen Fünf-Jahres-Vertrag wurden die Pensionsansprüche der Spieler geregelt.

Sechsmal über 21 Meter

Viareggio (UPI) – Kugelstoß-Olympiasieger Andrei (Italien) gewann in Viareggio mit 21,88 m. Alle sechs Versuche lagen über 21 Meter. Philippe Collet (Frankreich) siegte im Stabhochsprung mit 5,80 m.

Klubs gegen Alkoholverbot

Den Haag (dpa) – Nach einer Umfrage der holländischen Tageszeitung „Trouw" will die Mehrheit der holländischen Fußballklubs auch künftig in den Stadien alkoholische Getränke verkaufen. In den Fan-Sonderzügen gilt striktes Alkoholverbot.

Müllers erstes Tor

Zürich (sid) – Uli Stielike (früher Real Madrid) überragte bei seinem Debüt für Neuchâtel Xamax gegen Vevey Sports in der Schweizer Fußball-Meisterschaft. Neuchâtel siegte mit 5:1. Dieter Müller (früher Girondins Bordeaux) erzielte beim 2:0 der Grasshoppers Zürich gegen FC Grenchen sein erstes Tor in der Schweizer Liga. Der FC Basel, von Benthaus trainiert und von Strack (früher 1. FC Köln) als Libero dirigiert, verlor gegen den FC Luzern 0:1.

Zu wenig Zuschauer

Frankfurt (sid) – 68 151 Besucher waren wegen höherer Kosten des Formel-1-Feldes und reduzierter Eintrittspreise zur Kostendeckung des deutschen Grand Prix auf dem Nürburgring nicht genug. Der Ausgleich muß nun durch Überschüsse früherer Grand Prix-Rennen in Hockenheim (jeweils 100 000 Zuschauer) erfolgen.

Scherers Einstand

Oslo (dpa) – Der Olympiazweite im Papiergewicht, Markus Scherer (Schifferstadt), startete in die Ringer-WM im klassischen Stil in Kolbotn (Norwegen) mit einem Schultersieg über den Japaner Saito. Die „DDR" begründete ihr Fernbleiben mit einer Verletzungsserie.

ZAHLEN

SCHWIMMEN

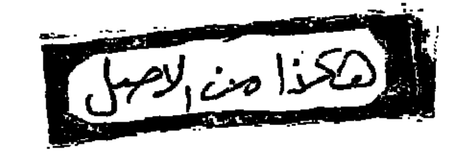
Europameisterschaft in Sofia, Damen: 200 m Kraul: 1. Friedrich 1:59,55, 2. Stellmach (beide „DDR") 1:59,88, 3. Argirova (Bulgarien) 2:02,62, . . .6. Lebek 2:03,39, 8. Schuster (beide Deutschland) 2:04,64. – 200 m Brust: 1. Bogomilova (Bulgarien) 2:28,57, 2. Gerasch 2:29,02, 3. Hörner (beide „DDR") 2:29,83. – Kunstspringen: 1. Zurulnikowa 514,32 Punkte, 2. Sidorowa (beide UdSSR) 476,70, 3. Grecka (CSSR) 470,22, . . .7. Döbrich (Deutschland) 432,46. – Männer: 100 m Schmetterling: 1. Groß (Deutschland) 54,02, 2. Jameson (England) 54,30, 3. Gery (CSSR) 54,86. – 400 m Lagen: 1. Darnyi (Ungarn) 4:20,70, 2. Jaroschuk (UdSSR) 4:21,54, 3. Hannemann („DDR") 4:26,33. – 4 x 200 m Kraul: 1. Deutschland 7:19,23, 2. Schweden 7:25,69, 3. Holland 7:32,82.

TENNIS

Internationale Damen-Meisterschaften von Kanada in Toronto, zweite Runde: Kohde (Deutschland) – Goles (Jugoslawien) 6:2, 6:1, Hanika (Deutschland) – Young (Kanada) 6:3, 6:3, Reggi (Italien) – Pfaff (Deutschland) 6:3, 6:1, Mesker (Holland) – Bunge (Deutschland) 6:2, 5:6, 6:4. – Grand-Prix in Stratton, 2. Runde: McEnroe – Schultz (beide USA) 6:2, 6:1, Lendl (CSSR) – Goldie (USA) 6:4, 6:3, Connors (USA) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:3, 6:1.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 1, 3, 5, 17, 24, 30, 34, Zusatzzahl: 7. – **Quoten:** 1: unbesetzt (Jackpot 2 262 837,80 Mark), 2: 40 845,10, 3: 5157,30, 4: 87,10, 5: 7,30. – **Spiel 77:** 0 0 6 3 6 0 8. (ohne Gewähr)



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der explosive Kern

Sehr geehrte Herren,

der Beitrag von Herrn Dr. h. c. Axel Springer „Propheten der Vernunft – ungehört" in der WELT vom 1. August 1985 verdient allgemeine Aufmerksamkeit.

Voraussetzung des Waffenstillstandes vom November 1918 war das Manifest der 14 fairen und versöhnenden Punkte des amerikanischen Präsidenten. Ihm folgten leider ein von Haß und Rachsucht erfülltes Friedensdiktat – ohne Mitwirkung der Amerikaner –, die vielen unversöhnlichen Sonntagsreden des französischen Präsidenten Poincaré, die Worte Clemenceaus, „zwanzig Millionen Deutsche zuviel", und schließlich die Ruhrbesetzung zur Eintreibung unmöglicher Reparationsforderungen – außer den umfangreichen Landabtretungen und dem Anschlußverbot für Österreich.

Das Diktat von Versailles war der explosive Keim der nationalsozialistischen Bewegung. Beim großen Protestmarsch zur Feldherrnhalle in München im Jahre 1923 marschierten Hitler und Ludendorff Seite an Seite. Der Aufschrei des sozialdemokratischen Führers Scheidemann: „Die Hand wird verdorren, die diesen Vertrag unterschreibt", zeigt die einmütige Auffassung von Links und Rechts.

Wer Haß sät, wird Sturm ernten. So kam es dann auch. Die offene Frage in der weiteren Entwicklung blieb, wer von den beiden oft gleich stark aufholenden radikalen, zum Äußersten entschlossenen Flügeln gewinnen würde. Danken wir dem Schicksal, das uns nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen dieses Mal einen Robert Schuman, außer einem einsichtigen de Gaulle und anderen weitsichtigen Freunden und Helfern, bescherte.

Die Zeit der verheerenden europäischen Bruderkriege ist vorbei. Möge dem ganzen Europa in Frieden und Eintracht eine große kulturelle und wirtschaftliche Zukunft in sozialer Gerechtigkeit und politischer Einheit, nach dem Vorbild der Schweiz, beschieden sein. Das sei unser einmütiger Wille in fester und froher Zuversicht.

Mit freundlichen Grüßen
A. Toepfer,
Hamburg 1

Deutsche in Polen

„Wer Deutsch spricht, wird verfolgt": WELT vom 17. Juli

Es ist und bleibt für mich unfaßbar, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau hilfesuchende Deutsche, die bei der diplomatischen Vertretung ihres Volkes Schutz und Unterstützung erbitten, praktisch vor die Tür setzt und ihnen mit der polnischen Miliz droht. Ja, sogar unter Vortäuschung nicht gegebener polnischer Zusagen sich ihrer verantwortungslos entledigt und einfach bedenkenlos ihrem Schicksal überläßt. Dieser beschämende Vorfall erfordert kompromißlose Aufklärung und politische Konsequenzen!

Wo sind die Politiker der „Wende", die gemäß ihrem Diensteid „zum Wohle und Nutzen des ganzen deutschen Volkes zu handeln" sich bei Amtsantritt verpflichtet haben? Zum deutschen Volk aber gehören bekanntlich auch unsere deutschen Landsleute in dem von Sowjets und Polen widerrechtlich besetzten Teil Deutschlands genauso wie beispielsweise Pfälzer, Bayern und Thüringer. Pflicht und Verantwortung jeder Regierung unseres freiheitlich demokratischen Rechts- und Teilstaates muß es daher in besonderem Maße sein, gerade den ärmsten und bedrohtesten Mitbürgern jede nur denkbare Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen und nicht einfach so zu tun, als gäbe es diese Menschen überhaupt nicht.

Ebenso stehen in Pflicht und Verantwortung alle kirchlichen Würdenträger der katholischen und evangelischen Kirche – insbesondere der Papst –, dafür Sorge zu tragen, daß ihre christlichen Mitbrüder in ihrer jeweiligen Muttersprache Gottesdienst und Seelsorge erleben dürfen, so wie es ureigentlichste Selbstverständlichkeit ist. Wo bleibt hierzu der Protest der deutschen Bischöfe und warum handelt der Heilige Vater – auch und gerade weil er Pole ist? – nicht? Wo bleibt hierzu die „ausgewogene Berichterstattung" im deutschsprachigen Fernsehen? Werden doch alle Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückungsmethoden westlicher diktatorischer Staaten zu Recht gesendet. Warum aber schweigt dagegen das Fernsehen zu den gleichen Vorgängen im kommunistischen Machtbereich und speziell zu den Rechtswidrigkeiten gegenüber Deutschen im kommunistischen Polen?

H. Höcker,
Bonn

*

Exemplarisch ist, daß bei dem letzten KSZE-Expertentreffen in Ottawa nicht etwa das Auswärtige Amt, sondern die Arbeitsgemeinschaft Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland in der Schlesischen Jugend eine Dokumentation von über 100 schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in den Oder-Neiße-Gebieten vorlegte.

Die Ostpolitik der Bundesregierung läuft somit Gefahr, zur Farce zu werden. Nötig ist endlich eine Abkehr von Scheinerfolgen, gegenseitigem Schulterklopfen mit östlichen Diktatoren, hin zu einer Wiedervereinigung auf Recht und Moral.

K.-I. Weule,
Bonn 1

*

Die WELT lese ich ziemlich regelmäßig. Deswegen ist mir auch nicht verborgen geblieben, daß sich gerade diese Zeitung des – uns alle angehenden – Problems der deutschen Minderheit unter polnischer Herrschaft annimmt.

Dieser Journalismus stellt vielleicht die einzig wirksame Waffe in der Hand der (heute macht- und einflußlosen) Deutschen dar. Er zwingt letztlich die, die hier Probleme dieser Art gern unter den Teppich kehren, und die, die dort Unrecht tun, innezuhalten. Wer sonst sollte für diese Unterdrückten sprechen, wenn sich Amnesty International und weitgehend auch die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte ihrer nicht annimmt, wenn der eigene Außenminister den Inhalt des Artikels 116 GG kennt, aber dessenungeachtet entsprechendes Handeln vermissen läßt, wenn Sprecher der SPD-Opposition im Deutschen Bundestag (Fragestunde des Deutschen Bundestages am 21. September 1984) die tatsächlich existierende Zwangspolonisierung einfach leugnen, wenn der Herr Kirchenpräsident D. Hild, stellvertretender Vorsitzender des Rates der EKD, in einem Interview (epd vom 28. August 1984) erklärt, die Verhältnisse dort seien „zufriedenstellend" und „man könne eigentlich nicht davon reden, daß eine Zwangspolonisierung stattfindet"?

Nur eine wirklich freie Presse kann helfen, eine, die keine – irgendwie gearteten – „Rücksichten" auf Politiker oder Parteien ihrer notwendigen Arbeit überzuordnen bereit ist.

Ch. Waegner,
Berlin 62

*

Ich weiß sehr wohl, daß Polen Verbrechen an Deutschen begangen haben, aber man muß das doch in den richtigen Zusammenhängen sehen. Zuerst haben die Deutschen Verbrechen an Polen begangen. Sie haben 1939 einen durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen Polen begonnen. Sie haben dann die Polen insgesamt als minderwertig eingestuft und entsprechend behandelt.

Die Diskriminierung der polnisch sprechenden Landbevölkerung in Oberschlesien, die sich trotz polnischer Muttersprache durchaus als Deutsche betrachteten, hat ja schon im 19. Jahrhundert angefangen. Berüchtigt waren die als „Hakatisten" bekannten (Hanemann, Kanemann und Tiedemann) preußischen protestantischen Landräte in Oberschlesien, die allen polnisch sprechenden Deutschen die Lust am Deutschsein vergehen ließen.

Wenn sich also nach 1945 Haß- und Rachegefühle bei den Polen gegen Deutsche regten, so ist das zwar beklagenswert, aber es sollte verständlich sein.

Eine Aussöhnung brauchen wir; nur mit dem polnischen Volk können wir eine Abwehrfront gegen den Sowjet-Kommunismus aufbauen. Zur Zeit tragen die Polen in dieser Hinsicht die Hauptlast. Wenn wir für ein vereintes Europa sind – und nur in diesem Rahmen können Grenzstreitigkeiten behoben werden –, dann gehört Polen zu diesem Europa, und wir müssen unter die Schuld, die Polen und Deutsche auf sich geladen haben, einen Schlußstrich ziehen.

K. Brand,
Baden-Baden

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Wort des Tages

» Der größte Feind des Rechtes ist das Vorrecht. «

Marie von Ebner-Eschenbach; österr. Autorin (1830–1916)

Personalien

GEBURTSTAGE

Curt Becker, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie, feierte in seiner Heimatstadt Mönchengladbach seinen 80. Geburtstag. Dort war der promovierte Jurist und Textilfabrikant bereits in der Weimarer Zeit als Vorsitzender der Zentrumsjugend aktiv. 1945 zählte er in Mönchengladbach zu den Mitgründern der CDU. Ebenso half er beim Aufbau des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie, dessen erster Präsident er war und für den er auch auf europäischer Ebene als Vizepräsident tätig wurde. Zudem gehörte er dem Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an. 1957 kam er erstmals über die nordrhein-westfälische CDU-Landesliste in den Deutschen Bundestag. In den 6. und 7. Bundestag wurde er direkt als Abgeordneter von Mönchengladbach gewählt. In zahlreichen Funktionen – wie als Mitglied des zwanzigköpfigen CDU-Ältestenrates und ihres Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik – nimmt er heute noch Einfluß auf die Politik seiner Partei.

*

Der Inhaber und Gründer der Eduard Küsters Maschinenfabrik GmbH & Co. in Krefeld, **Eduard Küsters**, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Küsters, in Duisburg-Hamborn geboren, gründete das Familienunternehmen 1949 und baute die Firma, die heute 750 Mitarbeiter zählt, mit der Entwicklung für papier-, textil- und holzverarbeitende Maschinen zu einem führenden Unternehmen seiner Branche aus.

*

Der Direktor des Institutes für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Münster, Professor Dr. **Hans Brox**, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Der Rechtswissenschaftler, der von 1967 bis 1975 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe war und seit 1964 Mitglied des Verfassungsgerichtshofes des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster ist, wird Ende dieses Monats nach 27jähriger Tätigkeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität emeritiert. Professor Brox stammt aus Dortmund. Von 1945 bis 1948 studierte er in Bonn und promovierte 1949 zum Dr. jur. in Düsseldorf. Nach Lehrtätigkeiten in Münster und in Mainz erhielt er 1962 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Arbeitsrecht und Zivilprozeßrecht in Münster. Als Bundesverfassungsrichter hat Professor Brox an rechts- und verfassungspolitisch besonders bedeutsamen Entscheidungen mitgewirkt – so zum Hochschulrecht, zur Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches und zur Gleichstellung von Witwen und Witwern im Sozialversicherungsrecht.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Wolf Tränkler** von der Hochschule der Bundeswehr in München hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Meß- und Regelungstechnik im Fachbereich 10, Verfahrenstechnik, der Technischen Universität Berlin erhalten.

*

Dr. **Friedel Hoßfeld**, zur Zeit Direktor des Zentralinstituts für Angewandte Mathematik der Kernforschungsanlage Jülich, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Informationstechnik im Fachbereich 20 Informatik der Technischen Universität Berlin erhalten. Mit diesem Aufgabengebiet ist – vorerst befristet für die Dauer von acht Jahren – die Funktion als Präsident des Konrad-Zuse-Zentrums für Informationstechnik verbunden.

ERNENNUNG

Zum neuen Vorstand der Stiftung Maximilianeum hat der Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Professor Dr. **Wulf Steinmann**, im Einvernehmen mit dem Kultusministerium den Ministerialrat **Hans Michael Angerer** ernannt. Nach dem Tod des langjährigen Vorstands Ministerialdirektor a. D. Dr. **Karl Riedl** war das Amt neu zu besetzen. Angerer ist 1941 in Berchtesgaden geboren. Er studierte als Stipendiat der Stiftung Maximilianeum in München und Pavia und ist jetzt vom Kuratorium der Stiftung für die Leitung vorgeschlagen worden. Angerer ist im Innenministerium tätig.

AUSZEICHNUNGEN

Der Verleger des „Darmstädter Echos", **Max Bach**, ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland mit Stern ausgezeichnet worden. Bei der Überreichung der Auszeichnung würdigte der hessische Ministerpräsident **Holger Börner** in Wiesbaden den sozialen Einsatz und den „außerordentlichen Lebensweg" des Verlegers.

*

Der Freie Deutsche Autorenverband (FDA) hat den Freiheitspreis, der seit 1976 alle vier Jahre vergeben wird, posthum dem im November 1984 verstorbenen **Hubertus Prinz zu Löwenstein** verliehen. Die Auszeichnung nahm die Witwe von Prinz Hubertus zu Löwenstein, **Prinzessin Helga zu Löwenstein**, entgegen, die selbst mit der Ehrenmitgliedschaft im FDA geehrt wurde. Der Freiheitspreis wird an Persönlichkeiten vergeben, die sich auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft, Politik um die Freiheit des Geistes verdient gemacht haben.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte, erstmals verliehene Albert-Magnus-Preis des Bistums Augsburg geht je zur Hälfte an einen holländischen und einen deutschen Priester. Der 39jährige **Jozef Punt** aus der niederländischen Stadt Alkmaar erhielt die Auszeichnung für seine wissenschaftliche Arbeit über die Menschenrechte und ihre Aufnahme durch die moderne katholische Sozialverkündigung. Der zweite Preisträger, der 32jährige **Bernhard Ehler** aus dem Landkreis Augsburg, schrieb eine Dissertation über den Theologen **Ernst Käsemann**. Der Preis soll alle zwei Jahre für hervorragende wissenschaftliche Leistungen an der katholisch-theologischen Fakultät der Augsburger Universität vergeben werden.

*

Als Anerkennung für seinen unermüdlichen Einsatz und für seine Verdienste um die bewahrende und gestaltende Entwicklung Bayerns hat der bayerische Staatsminister **Alfred Dick** dem Leiter der Abteilung „Landesentwicklung und Umweltfragen" bei der Regierung von Oberbayern, Dr. **Karlheinz Witzmann**, die Landesentwicklungsmedaille verliehen. Witzmann gehört zu den Vätern der bayrischen Landesplanung und ist heute der dienstälteste Beamte in diesem Aufgabenbereich.

WAHL

Zum neuen Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz in Nordrhein-Westfalen ist jetzt der Rektor der Universität Essen, Professor **Fritz Steimle**, gewählt worden.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Freiburg
2 Bonn	Heidelberg
3 Bonn	TU München
4 Bonn	Uni München
5 Bonn	Tübingen
6 Bochum	Düsseldorf
7 Bochum	Uni München
8 FU Berlin	Heidelberg
9 FU Berlin	TU München
10 FU Berlin	Uni München
11 Düsseldorf	Freiburg
12 Heidelberg	Freiburg
13 Heidelberg	Uni München
14 Hamburg	Freiburg
15 Hamburg	Heidelberg
16 Hamburg	Mannheim
17 Hamburg	Uni München
18 Hamburg	Tübingen
19 Münster	Freiburg
20 Münster	Hannover
21 Münster	Hamburg
22 TU München	Freiburg
23 TU München	Tübingen
24 Saarbrücken	Bonn
25 Saarbrücken	FU Berlin
26 Saarbrücken	Freiburg
27 Saarbrücken	Hannover
28 Saarbrücken	Hamburg
29 Saarbrücken	Uni Kiel
30 Saarbr.	Uni München
31 Tübingen	Freiburg
32 Tübingen	Hannover
33 Tübingen	Uni München

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Freiburg
2 Bochum	Köln
3 Essen	Freiburg
4 Essen	Uni Kiel
5 Essen	Uni München
6 Essen	Tübingen
7 Freiburg	Hamburg
8 Freiburg	TU München
9 Freiburg	Uni München
10 Gießen	TU München
11 Gießen	Uni München
12 Hamburg	Uni München
13 Uni Kiel	Freiburg
14 Uni Kiel	Lübeck
15 Uni Kiel	Uni München
16 Marburg	Freiburg
17 Marburg	Köln
18 Uni Münch.	TU Münch.
19 Saarbrücken	Freiburg
20 Saarbr.	Uni München

Humanmedizin
3. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Bonn	Hamburg
3 FU Berlin	Freiburg
4 FU Berlin	Göttingen
5 FU Berlin	Hannover
6 FU Berlin	Hamburg
7 FU Berlin	Uni München
8 Essen	Hannover
9 Essen	Münster
10 Erlangen	Lübeck
11 Erlangen	TU München
12 Erlangen	Uni München
13 Frankfurt	Tübingen
14 Freiburg	Lübeck
15 Göttingen	Frankfurt
16 Göttingen	Gießen
17 Göttingen	Hamburg
18 Göttingen	Mainz
19 Heidelberg	Bonn
20 Heidelberg	Freiburg
21 Heidelberg	Münster
22 Hamburg	Freiburg
23 Hamburg	Lübeck
24 Köln	Freiburg
25 Köln	Hamburg
26 Köln	Lübeck
27 Köln	Uni Kiel
28 Köln	Uni München
29 Köln	Tübingen
30 Marburg	Bonn
31 Marburg	FU Berlin
32 Marburg	Freiburg
33 Marburg	Göttingen
34 Marburg	Hannover
35 Marburg	Hamburg
36 Marburg	Köln
37 Marburg	Uni Kiel
38 Marburg	Uni München
39 Marburg	Tübingen
40 Marburg	Würzburg
41 Münster	Bonn
42 Münster	Hamburg
43 Uni München	Heidelberg
44 Mainz	Lübeck
45 Mainz	Uni Kiel
46 Ulm	Heidelberg
47 Ulm	Uni München
48 Würzburg	Hamburg
49 Würzburg	Lübeck
50 Würzburg	Uni Kiel
51 Würzburg	TU München
52 Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



BBC sendet Nordirland-Film nach Änderung

WILHELM FURLER, London

BBC-Generaldirektor Alasdair Milne wird den umstrittenen Nordirland-Film nun doch ausstrahlen lassen, allerdings in abgeänderter Form. Wie Milne, gleichzeitig Chefintendant der BBC, mitteilte, wird es eine Weile dauern, bis der Film „Am Rande der Union" in der Serie „Wahre Lebensgeschichten" ausgestrahlt wird. Um die Absetzung dieses Films war es zur Auseinandersetzung über die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt und daraufhin zur bisher schwersten Krise der BBC gekommen.

Gestern früh waren praktisch alle Zeitungen in Großbritannien vergriffen, nachdem tags zuvor ein 24stündiger Streik bei allen Fernseh- und Rundfunkstationen des Landes praktisch zu hundert Prozent befolgt worden war. Er richtete sich ausschließlich gegen Nachrichtensendungen und schloß selbst die Bildschirmtext-Übermittlung sowohl der BBC als auch des privaten Fernsehverbundes ITV ein. Dies bedeutete eine totale Nachrichtensperre für die britische Öffentlichkeit.

In dem umstrittenen Filmbeitrag wird die Gewalt in Nordirland dargestellt – verkörpert in den Extremisten McGuiness und Campbell. Der erste ist mutmaßlicher Stabschef der Terroristenorganisation IRA, die mit allen Mitteln der Gewalt für den Anschluß der britischen Provinz Ulster an die Republik Irland kämpft; der zweite ist militanter Anhänger der protestantischen Demokratischen Union. Beide tragen in dem Beitrag unverblümt ihre Ansichten vor. McGuiness: „Wir glauben, dem irischen Volk kann nur mit Waffengewalt die Freiheit gegeben werden."

Milne hat jetzt Innenminister Leon Brittan zu verstehen gegeben, daß er sich jede Art zensorenhafter Einmischung verbitte. Gleichzeitig informierte er den Minister darüber, daß er den Film in abgeänderter Form zu einem späteren Zeitpunkt ausstrahlen lassen werde. Für Milne besteht nun die wichtigste Aufgabe darin, den Schaden wiedergutzumachen. Vor allem im Ausland habe der Ruf der BBC, eine vollkommen unabhängige Anstalt zu sein, enorm gelitten. Im übrigen hätten er und seine Vorstandskollegen sich entschlossen, aus Protest nicht zurückzutreten, „weil es eine Menge Arbeit gibt".

Labour lebt auch künftig von Gewerkschaftsgeldern

Tory-Gesetz schwächte Finanzbasis der Opposition nicht

REINER GATERMANN, London

Der Führer der britischen Labour-Partei, Neil Kinnock, kann sich in diesen Tagen nicht nur über positive Resultate in den Meinungsumfragen freuen. Seine Parteikasse wird auch aller Voraussicht nach nicht den Aderlaß erfahren, der ihr vor ein paar Monaten noch prophezeit worden war. Die derzeit von den Gewerkschaften anberaumten Abstimmungen unter ihren Mitgliedern zeigen, daß diese mit großer Mehrheit weiterhin bereit sind, ihr Scherflein, ein Pfund oder knapp vier Mark jährlich, zur Erhaltung ihrer „politischen Stimme im Parlament" beizusteuern.

In ihren 1984 beschlossenen Gewerkschaftsgesetzen verlangt die konservative Regierung von den Gewerkschaften, ihre Mitglieder alle zehn Jahre in geheimer Abstimmung zu befragen, ob sie weiterhin bereit sind, über den Gewerkschaftsbeitrag einen Sonderobolus für die Labour-Partei zu entrichten. Bei einem mehrheitlichen Ja müssen diejenigen, die trotz allem nicht zahlen wollen, einen Abmeldeantrag stellen.

Die Regierung hegte sicherlich die Hoffnung, auf diese Weise die Finanzbasis ihres größten politischen Widersachers erheblich zu verdünnen. Noch bis Mitte dieses Jahres abgehaltene Meinungsumfragen bestärkten denn auch den Eindruck, daß eine Mehrzahl der Gewerkschafter keine organisatorische und finanzielle Verknüpfung mit der Labour-Partei wünscht. 53 Prozent waren Anfang des Jahres dieser Ansicht, nur 37 Prozent befürworteten einen politischen Fonds ihrer Gewerkschaft zur Unterstützung der Partei.

20 Millionen Mark

Bisher haben schon 47 – also fast alle – britischen Gewerkschaften einen derartigen Fonds. Finanzierte die Labour-Partei vor 20 Jahren bereits 70 Prozent ihres Etats aus dieser Quelle, so ist deren Anteil inzwischen auf 80 Prozent gewachsen, das waren 1983 mehr als fünf Millionen Pfund, knapp 20 Millionen Mark.

Von den neun Gewerkschaften, die bisher abstimmten, hat nicht eine einzige den politischen Obolus abgelehnt. In der mit rund 765 000 Mitgliedern zweitgrößten mit Labour liierten Gewerkschaft, der Metallarbeitergewerkschaft, wollten nur 16 Prozent „aussteigen". Wenn in Kürze die Transportarbeitergewerkschaft, mit über 1,5 Millionen Mitgliedern die stärkste, abstimmt, dürfte die Labour-Partei bereits die Hälfte ihrer bisherigen aus dieser Pfründe kommenden Gelder gesichert haben. Eine Ablehnung ist bei den Transportarbeitern undenkbar, bisher zahlen schon 98 Prozent ihrer Mitglieder, die höchste Anschlußquote, in den politischen Fonds.

Regierung wird nervös

Diese in diesem Umfang nicht erwartete Sympathiebekundung der Gewerkschafter für die Labour-Partei macht die Regierung nervös. Ihr Arbeitsminister Tom King drohte inzwischen mit weiterer Gesetzgebung, falls die Gewerkschaftsfunktionäre ihre Mitglieder nicht nachdrücklich darüber aufklären, daß die Gelder aus den politischen Fonds zu 80 Prozent der Labour-Partei zufließen und nicht auf anderen Wegen zur Verbesserung des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit beitragen, wie in einigen Anzeigen angedeutet wurde. King beklagte sich: „Das ist das dreisteste Beispiel einer bewußt irreführenden Kampagne, wie sie die britische Politik seit Jahren nicht erlebt hat." Vielleicht dachte King dabei auch an den Slogan: „Eine Stimme für den Fonds ist eine gegen Thatcher." Die Elektriker-Gewerkschaft führte das Argument ins Feld, „daß politische Probleme im politischen Prozeß gelöst werden sollen und nicht mit den Streik-Muskeln. Diesem Weg der Vernunft können wir jedoch nur dann wirksam folgen, wenn wir die politischen Fonds behalten."

Die Gewerkschaften verweisen natürlich auch auf die Budgetstruktur der Konservativen Partei. 1983 wurden 60 Prozent der Ausgaben durch Unternehmensspenden gedeckt: „Hier fordert die Regierung keine Abstimmung, ob die Belegschaft damit einverstanden ist." Eine Forderung der Sozialdemokraten dürfte ebenfalls keine Aussicht auf Erfolg haben: In einer weiteren Abstimmung wollen sie die Gewerkschafter darüber entscheiden lassen, welche Partei ihren Beitrag bekommen soll.

Deutsche Autos auf Rekordkurs

Prognose des Ifo-Instituts: Hersteller können 1986 mit weiterem Wachstum rechnen

DANKWARD SEITZ, München

Der deutschen Automobilindustrie stehen goldene Zeiten bevor. Statt des noch Anfang 1985 befürchteten Beschäftigungseinbruchs wegen der irrationalen Diskussion um die Einführung des Katalysators und die dadurch bedingte Verunsicherung der Kunden steuert – wie in unserer gestrigen Ausgabe kurz berichtet – die Branche jetzt auf einen neuen Produktionsrekord zu. Denn schneller als erwartet, so das Münchner Ifo-Institut, und geradezu schubartig hat sich der Nachfragestau aufgelöst und eine konjunkturelle Erholung durchgesetzt.

Mehr als 4,2 Millionen Pkw werden die deutschen Firmen nach Schätzungen des Instituts in diesem Jahr produzieren. Das wären sieben Prozent mehr als der bisherige Höchststand des Jahres 1979 und elf Prozent mehr als 1984. Bei dieser Prognose wird sogar unterstellt, daß in der zweiten Jahreshälfte 1985 die gleiche Anzahl von Pkw hergestellt wird wie von Juli bis Dezember 1984. Immerhin brachten die ersten sechs Monate dieses Jahres mit 2,21 Millionen Autos schon einen Produktionsanstieg von 23,5 Prozent.

Diese Entwicklung wird auch in den Zulassungszahlen zum Ausdruck kommen. Während im ersten Halbjahr 1985 nur 1,26 Millionen neuer Pkw angemeldet wurden – das sind rund acht Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres –, wird der Herbst nach Ansicht des Instituts einen spektakulären Anstieg bringen. Die Pkw-Zulassungen des zweiten Halbjahres werden den Vorjahreswert um 15 Prozent (1,18 Millionen Fahrzeuge) übersteigen und dann insgesamt mit 2,44 Millionen Neuwagen die Zahl von 1984 um zwei Prozent übertreffen.

Und für das kommende Jahr sieht das Münchner Ifo-Institut sogar noch die Möglichkeit für ein weiteres Wachstum. Selbst wenn die Inlandsnachfrage konjunkturell bedingt nur noch wenig ansteigen sollte, wird die Autoproduktion wegen des zu erwartenden Auftragsüberhangs weiter um vier bis fünf Prozent auf die neue Höchstmarke von etwa 4,4 Millionen Fahrzeugen steigen. Die Pkw-Zulassungen in der Bundesrepublik Deutschland dürften dann sogar um mehr als zehn Prozent auf 2,7 Millionen zunehmen und damit das bisher beste Ergebnis im Jahr 1978 (2,66 Millionen) noch übertreffen.

Diese rapide Verbesserung der konjunkturellen Perspektiven in der Automobilbranche erklärt sich damit, so das Ifo, daß sich neben der sprunghaft gestiegenen Inlandsnachfrage auch die Auslandsbestellungen besser als erwartet entwickelt haben. Insgesamt seien im ersten Halbjahr 1985 mit 1,38 Millionen Personenkraftwagen 33 Prozent mehr Fahrzeuge exportiert worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für die nächsten Monate müsse hier allerdings wieder mit einer etwas gedämpfteren Entwicklung gerechnet werden. Dennoch werden die Pkw-Exporte 1985 insgesamt eine Größenordnung von 2,6 Millionen Fahrzeugen erreichen. Auch dieser Wert wäre ein Rekordergebnis, denn der Höchststand von 1984 würde um 19 Prozent übertroffen werden.

Verheugen fordert Druck auf Pretoria

Steuerung revolutionärer Kräfte Südafrikas durch Moskau bestritten / 14 Tote bei Durban

M. GERMANI, Johannesburg

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Günter Verheugen hat zum Abschluß einer viertägigen Südafrika-Reise in Johannesburg erklärt, er glaube nicht an eine Steuerung der revolutionären Kräfte Südafrikas durch Moskau. Derartige Vermutungen seien „absurd und entbehren jeder Realität". Verheugen äußerte gegenüber der WELT, es müsse eine Lösung gefunden werden, die einerseits die südafrikanische Regierung unter Druck setze, um das gegenwärtige politische System zu ändern, die aber andererseits der schwarzen Bevölkerung so geringe materielle Nachteile wie möglich zufügen würde. Der einfache schwarze Arbeiter sei aber sehr wohl bereit, kurzfristig materielle Opfer zu bringen, wenn er langfristig damit seine Freiheit erkämpfen könne. Selbstverständlich müsse die Regierung in Pretoria mit den wichtigsten Führern der Schwarzen, so auch mit inhaftierten Führern wie dem Mitbegründer des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, sprechen.

Der Abgesandte der SPD-Führung bezog seine Erkenntnisse aus Gesprächen mit Vertretern der Vereinigten Demokratischen Front (UDF). Diese Front ist eine dem ANC verwandte Dachorganisation von rund 500 politischen Vereinigungen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Kirchenorganisationen. Verheugen sprach gleichfalls mit Führern aus dem Untergrund sowie mit dem Generalsekretär der Gewerkschaft der schwarzen Bergarbeiter, Cyril Ramaphosa, die jetzt mit Streik droht, sowie mit Kirchenführern wie Bischof Tutu und dem Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Dr. Bayer Naude.

Politische Beobachter weisen im Zusammenhang mit den Äußerungen Verheugens auf die Verbindungen zwischen der UDF und dem ANC hin. So ist der Vater des UDF-Präsidenten Archie Gumed, Josiah Gumed, ein ANC-Gründungsmitglied. Archie Gumed ist zugleich Präsident des in Natal bestehenden Komitees „Befreit Nelson Mandela". Albertina Sisulu, Frau des mit Mandela inhaftierten ANC-Führers Walter Sisulu, gehört ebenfalls der UDF-Führung an. Sowohl Archie Gumed als auch Albertina Sisulu stehen zur Zeit mit 14 weiteren UDF-Mitgliedern in Pietermaritzburg unter der Anklage des Hochverrats vor Gericht.

Was Moskaus Interesse an Südafrika betrifft, so erklärte kürzlich der KGB-Überläufer Wladimir Sacharow in Johannesburg: „Sollte eine mit der Sowjetunion befreundete Regierung in Südafrika herrschen, so wären die Russen in der Lage, verschiedene Weltmärkte zu dominieren und die Rohstoffpreise zu diktieren."

AP, Johannesburg

In Südafrika hat der Aufruhr schwarzer Gegner der Rassentrennungspolitik nun auch auf die Küstenprovinz Natal übergegriffen. Nach Meldungen aus Krankenhäusern kamen innerhalb von 24 Stunden am Mittwoch und in der Nacht zum Donnerstag bei schweren Unruhen in den Vororten der Stadt Durban mindestens 14 Schwarze ums Leben, und mehr als hundert wurden verletzt. Hunderte von indischen Familien flüchteten vor Plünderern.

Heutige Lage in Deutschland nicht endgültig

gba. Bonn

Der vor 15 Jahren geschlossene Moskauer Vertrag hat nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, die Wirkung, „die Nichtendgültigkeit der heutigen Lage Deutschlands sicherzustellen". In einem Artikel für die Wochenzeitung „Die Zeit" schreibt Rühe im Rückblick auf das Zustandekommen des Moskauer Vertrages: „Während die UdSSR an einer Konsolidierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges interessiert war, ging es der Bundesrepublik Deutschland darum, eine Regelung für die Übergangszeit bis zu einer friedensvertraglichen Lösung der deutschen Frage zu erreichen." Die deutsche Position sei durch den Vertragstext, aber auch durch den Brief zur deutschen Einheit gewahrt worden, der ebenfalls Teil des Ratifizierungsverfahrens durch die Sowjetunion gewesen sei.

Ähnlich wie in seiner Äußerung zum Warschauer Vertrag, dem er politische Bindungswirkung mit Blick auf die polnische Westgrenze zugemessen hatte, verwies Rühe auch in dem Artikel über den Moskauer Vertrag auf das Fortwirken von Übergangsregelungen. Wörtlich schrieb er: „Wir übersehen dabei keinesfalls, daß Verträge, auch solche, die als Regelung für die Übergangszeit gelten, faktische Wirkungen entfalten und so das Vorfeld späterer Verhandlungen mitgestalten können."

In der Botschaft um Rat gebeten

gba. Bonn

Als einen der „gelegentlichen" Fälle, in denen Besucher aus der „DDR" in Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Ostblockstaaten um Beratung in Ausreisefragen bitten, haben Regierungskreise den durch eine Pressemeldung bekanntgewordenen Fall einer jungen Mutter aus Ost-Berlin bezeichnet, die sich an die Botschaft in Prag gewandt hatte. Keinesfalls könne davon die Rede sein, daß die 22jährige mit ihrem Kind in der Botschaft „Zuflucht gesucht" habe, um eine Ausreisegenehmigung zu erzwingen. Die Frau habe um Beratung gebeten und danach die Botschaft wieder verlassen.

Arbeit nach Maß

J. G. – Überraschend positiv habe sich seit zwei Jahren die Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern angelassen. In mancher strukturschwacher Region sei man im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bereits so hochwillkommen, daß man mit eigenem Büro im Arbeitsamt „integriert" wurde. Auch mit solchem Hinweis schilderte jetzt der Chef einer großen deutschen Zeitarbeit-Firma (Randstad) den Boom, den das lange Zeit als „Sklavenhandel" verlästerte Geschäft neuerdings erlebt.

Der Boom kommt nicht von ungefähr. Die „Arbeit nach Maß" unterhalb des vollen Jahresjobs entspricht einem bei Betrieben wie Beschäftigten aus vielerlei Gründen vorwärtsrückenden Trend zur „Flexibilisierung" von Arbeitszeiten. Der Betrieb braucht beispielsweise Zusatzpersonal nur fürs kurzfristige Auftragsspitzen oder fürs Überbrücken von Urlaubszeiten des Stammpersonals, der typische „Zeit-Arbeitnehmer" ist mit weniger als einem vollen Jahreslohn (und um so mehr Freizeit) schon glücklich.

Aus kleinsten Anfängen hat sich die Branche in einem Vierteljahrhundert zu nun circa 200 000 Zeit-Arbeitnehmern gemausert. Doch bekümmert zumal den soliden Teil der einschlägigen „Überlasser"-Firmen, daß sich die DGB-Gewerkschaften (anders als die DAG) noch immer gegen einen Tarifvertrag für Zeit-Personal sperren. Ihre Bank für Gemeinwirtschaft freilich nutzt munter die Kompetenz der „Überlasser". Zur Arbeit nach Maß ist die maßgerechte Antwort der DGB-Spitze überfällig.

Gute Lösung?

hg – Was macht er mit dem Geld, der Händler, den die Industrie mit Boni, Sonderrabatten und allerlei Zuschüssen füttert? Da gibt es verschiedene Lösungen: Die beste wäre, einen Rennstall zu finanzieren oder ein eigenes Flugzeug. Dann hat wenigstens er etwas davon. Wenn es ihm allerdings einfällt, seine Reptilienfonds zur Senkung der Preise zu benutzen, damit seine Kunden etwas davon haben, dann ist das ganz schlecht: Er riskiert ein Verfahren wegen des Versuchs, mit Preisschleuderei Konkurrenten zu verdrängen, und er riskiert überdies den Zorn seiner Lieferanten, weil er durch Verramschen den Ruf ihrer Produkte ruiniert. Ja, warum geben sie ihm dann so großzügig Sonderrabatte? Haben sie sich nicht im „Berliner Gelöbnis" verpflichtet, mit der Unsitte dieser „Sonderrabatte ohne Gegenleistung" aufzuhören? Die meisten großen Handelsunternehmen haben seitdem auf Unterpreis-Angebote verzichtet. Was die wohl jetzt mit dem Geld machen? Vielleicht kaufen sie ja damit kleinere Wettbewerber auf – ob das eine gute Lösung ist?

AUSSENHANDELSPOLITIK / Bangemann zieht Bilanz seiner Asienreise

Minister sucht nach neuem Konzept zur Förderung der Exportwirtschaft

HANS-J. MAHNKE, Djakarta

Eine neue Konzeption für die Außenwirtschaftspolitik will Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann im November dem Bundeskabinett vorlegen. Etwas, so Bangemann, was es bisher nicht gegeben habe. Noch habe er zwar das Instrumentarium nicht gefunden, es bedürfe auch noch der Abstimmung mit anderen Ressorts. Während seiner Asienreise nannte Bangemann jedoch einige Elemente. Die ersten Reaktionen von deutschen Firmen-Vertretern vor Ort waren uneinheitlich.

Durch die Gespräche, die Bangemann während der vergangenen zehn Tage in Singapur, Malaysia, Thailand und Indonesien mit deutschen Firmen-Vertretern geführt hat, zogen sich als roter Faden die Klagen über angeblich unvermeidliche Wettbewerbsvorteile anderer Länder. Dabei zielte die Kritik in erster Linie auf Japan, dessen Angebote, um in einen bestimmten Markt zu kommen, häufig nicht nachvollziehbar seien. Aber auch Länder wie Frankreich und Österreich setzen zum Beispiel das Instrument der Mischfinanzierung – also der Subventionierung von Exportkrediten mit Entwicklungshilfe-Geldern – sehr viel freigebiger ein als die Bundesregierung.

Bangemann kommt es, wie er sagt, auf „faire Wettbewerbsbedingungen" an. Um diese zu erreichen, setzt er sich für eine Liberalisierungsrunde im Gatt ein. Daneben propagiert Bangemann aber auch eine neue Konzeption für die Außenwirtschaftspolitik. Als Elemente nannte er:

● Informationen: Die Arbeit der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln, die dem Bundeswirtschaftsministerium untersteht, müsse verbessert werden. Die Informationen sollten zielgerichteter aufgearbeitet werden. Ein erster Schritt wurde durch die Kooperation mit VWD getan, so daß gegen Gebühr Informationen elektronisch rasch abgerufen werden können. Damit soll mittelständischen Unternehmen der Weg nach draußen erleichtert werden. Kommentar des Vertreters eines Hamburger Handelshauses: Informationen sind noch kein Geschäft; die zuverlässigsten Informationen bietet überdies die Praxis. Ein mittelständischer Anbieter eines Produktes sollte seiner Meinung nach zunächst die Zusammenarbeit mit seinem spezialisierten Händler suchen, um möglicherweise später, wenn das Produkt am Markt eingeführt und einen bestimmten Anteil heimischer Zulieferung benötigt, im Land zu investieren.

● Kooperation deutscher Stellen: Bangemann kündigte Gespräche mit dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium darüber an, ob die deutschen Botschaften und auch die Entwicklungshilfe verstärkt für die Wahrung von Exportinteressen eingesetzt werden könnten. Einbezogen werden sollten in diese Überlegungen auch die Auslandskammern.

● Berufliche Bildung: Bangemann überlegt, ob die Hilfen für die Berufsausbildung, die bereits jetzt zum Teil über Entwicklungsprojekte gewährt werden, für die Exportförderung genutzt werden können. Anstoß war ein Ausbildungszentrum in Singapur, dessen Finanzierung aus Mitteln der Entwicklungshilfe im nächsten Jahr ausläuft. Bedenken eines Firmenvertreters: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik wird kaum für die Finanzierung zu gewinnen sein, wenn dadurch die eigene Konkurrenz herangezüchtet wird.

● Weiche Kredite: Andere Länder gewähren in erheblichem Umfang Zinssubventionen für Exportkredite. Allerdings hat sich das Problem in letzter Zeit entschärft, weil die deutschen Marktzinsen gesunken sind und die Mindestzinsen nach dem OECD-Kodex für staatliche oder staatlich abgesicherte Exportkredite heraufgesetzt wurden. Jetzt geht es vor allem um die Mischfinanzierung. Ein deutscher Unternehmer in Djakarta warnt davor, dieses Thema überzubewerten. Er sei zwar auch einmal wegen der Finanzierung bei einem Auftrag nicht zum Zuge gekommen, er habe jedoch dafür das nächste Projekt an Land ziehen können. In unbeschränktem Umfange würden auch die anderen Länder nicht über Mittel verfügen.

ENTWICKLUNGSHILFE

Köhler weist SPD-Vorwürfe als „ideologisch" zurück

HEINZ STÜWE, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, hat die Kritik der SPD an der Entwicklungspolitik der Bundesregierung zurückgewiesen und als „ideologische Vorwürfe" bezeichnet. Der SPD-Abgeordnete Uwe Holtz, Vorsitzender des Entwicklungshilfe-Ausschusses im Bundestag, hatte der Regierung vorgeworfen, sie ordne die Erfordernisse der Entwicklungsländer den Exportinteressen der deutschen Wirtschaft unter.

„Wir müssen uns nicht schämen, wenn wir bei zwei Millionen Arbeitslosen im eigenen Land die Entwicklungshilfe in geeigneten Fällen beschäftigungswirksam einsetzen", erklärte Köhler dazu in einem Gespräch mit der WELT. Die Bundesregierung habe nicht die Absicht, sich dafür zu entschuldigen. Der CDU-Politiker bezeichnete es jedoch als „ärgerlich", daß von der Opposition der Eindruck erweckt werde, die Regierung unterstütze „eine Profit-Macherei auf Kosten der hungernden Menschen in der Welt".

Im Gegensatz zu anderen Staaten setze die Bundesrepublik ihre Hilfe nicht als „Lockvogel" für deutsche Exporte ein, betonte Köhler. Die Entwicklungsziele des Empfängerlandes, die Prüfung der einzelnen Vorhaben hätten Vorrang. In den Projekt-Verhandlungen habe es wegen der geänderten Akzentsetzung ohnehin keine Schwierigkeiten gegeben. Dagegen seien oft genug schon Ausschreibungen aufgehoben worden, wenn ein Projekt durch deutsche Lieferungen überteuert worden wäre.

Köhler bestätigte den von dem SPD-Abgeordneten angeführten Anstieg der Mischfinanzierungskredite seit 1982 von 400 Millionen auf zwei Milliarden Mark. Er wandte sich jedoch gegen den Vorwurf, damit würden die Empfänger in eine wachsende Verschuldung getrieben. Zum einen hätten die typischen Empfängerländer wie etwa Indonesien und Pakistan klare Grenzen für die Auslandsverschuldung gezogen. „Und die Mischfinanzierung ist für die Empfänger immer noch viel günstiger als rein kommerzielle Kredite", betonte der CDU-Politiker. Der Anteil des öffentlichen Zuschusses gegenüber den kommerziellen Mitteln liege mit rund 60 Prozent wesentlich höher als bei den Mischfinanzierungskrediten anderer Geberländer. Die Mischfinanzierung betrachtet Köhler als „klassisches Instrument für Schwellenländer". Die Alternative bestehe häufig nur darin, sich aus diesen Staaten trotz hohen Entwicklungsbedarfs ganz zurückzuziehen.

Durch die Steigerung der Mischkredite sei den ärmsten Entwicklungsländern „kein Geld weggenommen worden". Im Gegenteil: Der auf diese Gruppe entfallende Anteil an der Gesamthilfe nahm nach Köhlers Angaben von 25,6 Prozent in den Jahren 1981/82 auf 27,9 Prozent 1983/84 zu.

Auf Abwege geraten

Von HANS-J. MAHNKE

Für Klagen deutscher Firmenvertreter in Asien hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ein offenes Ohr. All das, was ihn auf seiner gegenwärtigen Reise vorgetragen wurde, griff er auf und machte es sich zu eigen. Ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Otto Graf Lambsdorff, der sich auch bei solchen Gelegenheiten an die Regeln der Marktwirtschaft hielt und strikt zwischen den Aufgaben der Wirtschaft und denen des Staates unterschied. Aber Martin Bangemann ist aus anderem Holz geschnitzt. Er sei kein Mensch, betonte er jetzt in einer seiner Reden, „der Prinzipien um der Prinzipien willen nachhinkt".

Auf den Punkt gebracht, laufen Bangemanns Vorstellungen auf Exportförderung hinaus, was angesichts eines sich abzeichnenden Rekordüberschusses in der Handelsbilanz von mehr als 60 Mrd. DM schon einer Begründung bedarf. Bangemann scheint davon auszugehen, daß zum einen die Erfolge an der Außenfront, abgesehen von Europa, nicht sicher seien, daß zum anderen auch andere Länder unter Wasser schießen, wobei Japan eine besondere Rolle einnimmt. Daraus ergeben sich für Bangemann zwei Schlußfolgerungen: Entweder kehren die anderen auf den Weg der Tugend zurück, wobei der Versuch im Gatt unternommen werden soll, oder aber auch die Bundesrepublik bewegt sich in die andere Richtung, baut ein Drohpotential auf, dessen Instrumente zum Teil aus der protektionistischen Mottenkiste stammen, wie es jetzt die USA bei Teigwaren (Nudeln) demonstriert haben.

Auf den ersten Blick mag der Versuch, den Unsinn den anderen dadurch auszutreiben, daß man ihn selber macht, etwas für sich zu haben. Nur: Unsinn bleibt er damit immer noch. Wenn die Bundesregierung ihre Prinzipien in der Handelspolitik aufgibt, dann entwickelt sich die EG genau dorthin, wo sie die Protektionisten haben möchten. Andere Länder wie Frankreich mit ihrer interventionistischen Tradition wären am Ziel. Hilfen für den Export und Abschotten nach außen – manche Firma könnte sich aus ihrem Blickwinkel damit anfreunden, aber die internationale Arbeitsteilung, eine der Hauptquellen des Wohlstandes, bliebe auf der Strecke. Mehr noch: Andere Länder würden nachziehen. Die Protektionisten in den USA könnten ein Freudenfest veranstalten. Wer sich auch wegen seines Handelsbilanzüberschusses in Europa in einer Position befindet, von der aus er leicht auf die Anklagebank geraten kann, der muß aufpassen. Immerhin drängen doch internationale Organisationen wie die OECD die Bundesrepublik bereits, mehr für die Binnenwirtschaft zu tun, unter anderem, um den Import zu forcieren.

Abseits aller ordnungspolitischen Bedenken bleibt die Frage nach dem Nutzen. Wenn die Bundesregierung beispielsweise Zinssubventionen für Exportkredite gewähren würde, so ist dieses – wie man sich auch dreht und wendet – ein Geschenk zu Lasten des deutschen Steuerzahlers. Ein zusätzliches Geschäft und damit einen Effekt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wäre nur erzielbar, wenn die anderen stillhalten würden. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. Setzt jedoch ein allgemeiner Wettlauf um Konditionen ein, so hilft der zwar niemandem, aber die Hoffnungen auf eine durch den Abbau von Subventionen finanzierte Steuerreform wären erheblich tangiert.

Dieses bedeutet nun nicht, daß überhaupt nichts geschehen sollte. Die Rahmenbedingungen abseits vom eigentlichen Geschäft, was Aufgabe der Unternehmen ist, bietet ein reiches Betätigungsfeld. Das Informationssystem ließe sich verbessern, die Ausstattung der Botschaften mit Wirtschaftsexperten soll überprüft werden, ebenso wie die Verbindung zu den Auslandskammern. Dieses gilt auch für die Abstimmung mit der Entwicklungshilfe.

Wer jedoch gleich von neuen Konzeptionen spricht, der gerät entweder in die Rolle des Zauberlehrlings, der Geister, die er gerufen hat, nicht wieder los wird, oder in die des Ankündigungspolitikers, der allein schon wegen des Primats der Haushaltskonsolidierung immer wieder zurückstekken muß. Dieses hilft der Wirtschaft alles nicht, sie braucht Kontinuität, Verläßlichkeit und Vorhersehbarkeit auch im Außenhandel.

AUF EIN WORT

„Wer Betriebe und die dort Tätigen versichern will, muß auch etwas für die Förderung neuer Betriebe tun. Heute in die neuen Technologien zu investieren heißt, sich die Kundenkreise von morgen zu erschließen."

Gerhard Kühn, Vorstandsvorsitzender der Nova-Versicherungen, Hamburg.
FOTO: DIE WELT

KARTELLAMT

Hersteller haben Massa fette Rabatte eingeräumt

HANNA GIESKES, Bonn

„Endlich ein Fall, in dem wir Roß und Reiter kennen." Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte bestätigte gestern auf Anfrage, daß „mehr als die Hälfte" der vom Kartellamt in Sachen Unter-Einkaufspreise von Massa befragten Lieferanten mittlerweile geantwortet hätten. „Es sieht so aus, als sei eine Menge Geld außerhalb der üblichen Konditionen von den Herstellern an Massa geflossen."

Die Behörde hatte insgesamt zehn Hersteller nach ihren Konditionen für das SB-Warenhausunternehmen befragt, nachdem Massa-Chef Karl-Heinz Kipp alle Vorwürfe, er verkaufe zwecks Verdrängung der Konkurrenz Waren unter dem Einkaufspreis, mit dem Hinweis gekontert hatte, daß er die Preise „ganz normal" finde. Und offenbar sind sie insofern „normal", als die Lieferanten Massa mit fetten Rabatten und Zuschüssen bedacht haben.

Jetzt wird es darum gehen, wie „normal" die Zurechnung dieser Sonderrabatte und Zuschüsse auf die vom Kartellamt beanstandeten 14 Artikel ist. „Wir neigen dazu, alles als Kondition anzusehen", sagt Behördenchef Kartte dazu, und damit meint er, daß selbst Überschüsse aus Kostenbeteiligungen am Druck der Massa-Handzettelwerbung zur Preissenkung verwendet werden dürften. Das könne aber nicht so weit gehen, daß sämtliche Boni in einen „Jackpot" geworfen werden, um damit drei Wochen lang einen einzigen Artikel billigst anzubieten. Dann bekäme der Kunde „beim Kauf von einem Pfund Margarine am Ende noch zwei Mark raus." Bei der Grenzziehung sieht der Präsident „ein großes Rechtsproblem auf uns zukommen".

Mieten-Anstieg wird flacher

AP, Bonn

Die Wohnungsmieten in der Bundesrepublik sind im Juli um 3,5 Prozent gestiegen. Wie das Bundesbauministerium in Bonn mitteilte, sind dabei die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau gegenüber Juli 1984 um 2,3 Porzent gestiegen, während die Sozialmieter für ihre Wohnungen 4,6 Prozent mehr als vor einem Jahr bezahlen mußten. Das Ministerium wertete diese Zahlen als Indiz dafür, daß sich der Mietenanstieg weiter verlangsamt hat. 1983 waren die Mieten um 5,4 und 1984 um 3,8 Prozent teurer geworden. Während in Einzelfällen bereits sinkende Mieten festzustellen seien, komme es nur noch in stark bevorzugten Standorten und in Sozialwohnungen aus den 70er Jahren zu nennenswerten Mietzuwächsen, heißt es in der Mitteilung.

FLURBEREINIGUNG

Bonn sieht keinen Anlaß für eine Gesetzesnovelle

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, das 1976 einstimmig von allen Parteien verabschiedete Flurbereinigungsgesetz zu novellieren. Dieses Gesetz, so betonte gestern der Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Wolfgang von Geldern, habe sich in den vergangenen zehn Jahren bewährt.

Allerdings diene dieses Instrument heute nicht mehr vornehmlich der Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion. Vielmehr soll die Flurbereinigung, für die Bonn in den vergangenen zehn Jahren rund drei Milliarden Mark aufwandte, Freizeitansprüche, ökologische Ausgleichsfunktionen der ländlichen Räume, infrastrukturelle (etwa Städte- und Straßenbau) und andere öffentliche Vorhaben (etwa Küsten- und Umweltschutz) gleichrangig behandeln.

Die Überschußproblematik der deutschen Agrarwirtschaft, so hob von Geldern hervor, lasse sich nicht durch die Flurbereinigung, etwa durch Agrarflächenstillegungen, lösen. Über diese Frage müsse auf europäischer Ebene diskutiert werden.

Die Flurbereinigungen bringen den ländlichen Räumen jährlich Investitionen von rund 900 Millionen Mark mit entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Wirkungen. Jährlich wird eine Fläche von rund 200 000 Hektar durch Flurbereinigungsverfahren fertiggestellt. Allerdings sind die einzelnen Bereinigungsverfahren von Jahr zu Jahr kleiner geworden (nach 800 Hektar 1975 rund 400 Hektar 1984). Gleichzeitig ist der Anteil der ausschließlich land- und forstwirtschaftlichen Verfahren in den vergangenen zehn Jahren von 36 auf 20 Prozent zurückgegangen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DIHT wendet sich gegen Ausbildungsabgabe

Bonn (VWD) – Gegen eine Berufsbildungsabgabe, wie sie die SPD-Bundestagsfraktion erneut gefordert hat, wendet sich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in seinem soeben erschienenen Jahresbericht „Berufs- und Weiterbildung 1984/85". Eine solche Abgabe würde die auch in diesem Jahr wieder von der Wirtschaft bewiesene hohe Ausbildungsbereitschaft beeinträchtigen, weil sie die Betriebe spürbar belasten würde. Eine Umlage würde darüber hinaus den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß stören und von daher weitere negative Einflüsse auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe auslösen.

Für Sonderabschreibung

Stuttgart (rtr) – Zu einer Verbesserung der Auftragslage in der Bauwirtschaft will der baden-württembergische Wirtschaftsminister Martin Herzog mit Steuervergünstigungen bei der Altbau-Modernisierung beitragen. Herzog fordert in einem Brief an Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg „zeitlich befristete Sonderabschreibungen" für Maßnahmen der Substanzerhaltung, der Sanierung und des Lärmschutzes in Wohngebäuden, wie aus einer Mitteilung des Stuttgarter Wirtschaftsministeriums weiter hervorgeht. Die steuerliche Absetzbarkeit solle allerdings nur dann gewährt werden, wenn dem Finanzamt „ordnungsgemäße" Rechnungen eingetragener Handwerksbetriebe vorgelegt werden. Herzog rechnet dadurch mit der Sicherung von 240 000 Arbeitsplätzen.

EG-Verfahren ausgeweitet

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission hat das Mitte März wegen der Lieferungen am griechischen Markt gegen die Türkei eingeleitete Antidumpingverfahren für Flachglas auf Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die CSSR ausgedehnt. Sie unternahm diesen Schritt auf Hinweis des EG-Verbands der Flachglasindustrie. Dieser betonte, daß die griechischen Bezüge aus diesen Ländern in 1984 schlagartig zugenommen haben. Die jugoslawischen Lieferungen von durchschnittlich 150 Tonnen pro Jahr in 1981 bis 1983 erreichten nunmehr 962 Tonnen. Die Einfuhren aus Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der CSSR erhöhten sich von 1,706 Tonnen im Jahr 1981 auf 2,718 Tonnen in 1983 und 8,524 Tonnen in 1984. Der Anteil dieser Länder am EG-Markt ist von 3,7 Prozent (1981) auf 24,7 Prozent gestiegen. Die Lieferpreise der fünf betreffenden Länder unterschritten um 37 bis 57 Porzent das griechische Angebot.

Stoltenberg warnt

Bonn (VWD) – Bundesfinanzminister Stoltenberg hat in Bonn die lateinamerikanischen Länder davor gewarnt, die Schuldenkrise als Hebel zur Zerstörung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Industrienationen zu nutzen. In einer Erklärung räumt der Minister ein, daß nach wie vor viele Länder einen sehr großen Anteil ihrer Einnahmen aus dem Außenhandel für den Schuldendienst aufwenden müßten. Für die meisten Länder Lateinamerikas sei die Höhe der in den 70er Jahren eingegangenen Auslandsverschuldungen eine drückende Last.

Straßenbauer klagen

Düsseldorf (dpa) – Durch die „schwarze Konkurrenz" der Garten- und Landschaftsbauer gehen den nordrhein-westfälischen Straßenbauunternehmen jährlich Aufträge in Millionenhöhe verloren. Darauf wies die Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW in Düsseldorf hin. Die Landschaftsbauunternehmen, die aufgrund geringerer Personalkosten niedriger kalkulieren und anbieten könnten als die Straßenbaubranche, erhielten demzufolge häufig den Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen, obwohl sie zu deren Durchführung nach den Bestimmungen der Handwerksordnung nicht berechtigt seien.

Mineralöl-Import gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen in die Bundesrepublik ist im 1. Halbjahr 1985 um 3,6 Prozent auf 20 Mill. Tonnen gestiegen. Aufgrund der gleichzeitig erfolgten Preiserhöhung stieg die Mineralölrechnung um zwölf Prozent auf 14,2 Mrd. DM, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Superbenzin verteuerte sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1984 um elf Prozent, Normal- und Rohbenzin um 8,1 beziehungsweise 5,7 Prozent und leichtes Heizöl um 7,2 Prozent. Der Import von Rohöl ist dagegen im 1. Halbjahr um 4,6 Prozent auf 33,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. Der Wert dieser Einfuhren nahm wegen der Preissteigerungen um 5,5 Prozent auf 22,3 Mrd. DM zu.

BAUGEWERBE

Preise seit dem vergangenen Jahr nicht mehr gestiegen

hg, Bonn

„Die Preise sind unter die Selbstkostenschwelle gesunken." Fritz Eichbauer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn, macht dafür den seit Monaten anhaltenden „beinharten Wettbewerb" am Bau verantwortlich. Trotz aller Kostensteigerungen seien Bauleistungen derzeit zum selben Preis zu haben wie im Vorjahr, teilte Eichbauer gestern in Bonn mit.

Nach Ermittlungen des Zentralverbands sind die Baufertigstellungen „erschreckend stark" zurückgegangen: Im Mai dieses Jahres seien 26,9 Prozent weniger Wohngebäude fertiggestellt worden als im Mai 1984; bei Nichtwohngebäuden betrage das Minus sogar 33,2 Prozent.

Die erhoffte Wende bei den Auftragseingängen sei ebenfalls ausgeblieben, klagt der Zentralverband. Es gebe immer noch einen Rückgang, der allerdings mit 1,9 Prozent wesentlich geringer ausgefallen sei als im Vorjahr. Als „völlig uneinheitlich" bezeichnet der Verband die Entwicklung der Baugenehmigungen in diesem Jahr: Es seien im Mai 27,6 Prozent weniger Wohngebäude genehmigt worden als im Mai 1984; die Genehmigungen für Nichtwohngebäude nahmen indessen um 19,5 Prozent zu.

„Unverändert schlecht" stelle sich auch die Beschäftigungs-Situation dar, heißt es weiter. Trotz einer leichten Zunahme von einer Million auf 1,02 Millionen Arbeitnehmern zwischen April und Mai 1985 hätten insgesamt 9,9 Prozent weniger Beschäftigte Arbeit am Bau gefunden als zur gleichen Vorjahreszeit, heißt es.

FRANKREICH / Industrieverband legt Vergleich von Unternehmenskennzahlen vor

Deutsche Firmen finanziell robuster

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich hat die Folgen des letzten Ölschocks im Unterschied zur Bundesrepublik noch längst nicht überwunden. Zu diesem Ergebnis kommt eine vergleichende Untersuchung des französischen Unternehmerverbandes (CNPF). Sie stützt sich auf Erhebungen, welche die Banque de France und die Bundesbank bei 5600 französischen und 9000 deutschen Unternehmen auf Wunsch des CNPF durchgeführt hat.

Danach ist der Rückstand, den die französischen Unternehmen insbesondere hinsichtlich ihrer finanziellen Lage schon vor 1978 hatten, noch größer geworden. So stieg bis 1983 ihre Verschuldung von 71,6 Prozent der Passiva auf 77,0 Prozent, während die der deutschen Unternehmen gleichzeitig von 51,9 auf 49,1 Prozent zurückging. Seitdem hat sich die Differenz in etwa stabilisiert.

Der wichtigste Grund für die verhältnismäßig schlechte französische Position sind die schwachen Unternehmenserträge. Vor allem unter der forcierten sozialistischen Sozialpolitik hatten in Frankreich die Lasten der Unternehmen überaus stark zugenommen. Dazu kamen die hohen französischen Kredit- und Anleihezinsen, die etwa das Doppelte der deutschen Sätze erreichten.

Gleichzeitig schrumpften die Eigenmittel der französischen Unternehmen auf 18,7 (25,7) Prozent der Passiva, die der deutschen dagegen nur auf 25,4 (27) Prozent, und dies bei Rückstellungen von 25,5 (21,1) Prozent gegenüber nur 4,3 (2,5) Prozent in Frankreich. Die Investitionen der französischen Unternehmen gingen im genannten Fünfjahresabschnitt um 22,7 Prozent, die der deutschen aber nur um sechs Prozent zurück.

Die höhere Krisenfestigkeit der deutschen Wirtschaft ist nach Angaben des CNPF vor allem strukturell bedingt. Aufgrund des traditionellen Ausfuhrüberschusses konnte die Bundesrepublik die Ölpreisverteuerung leichter verkraften. Außerdem drosselte die Bundesrepublik früher als Frankreich die Binnennachfrage (zwecks Bezahlung der Ölrechnung). Noch von 1981 bis 1983 stieg die Kaufkraft der Franzosen um zusammen 5,3 Prozent, während die der Deutschen um 3,1 Prozent zurückging.

Allerdings hat sich neuerdings bei sinkenden Reallöhnen und verminderten sozialen Lasten die Ertragslage der Unternehmen verbessert. So konnte die Selbstfinanzierungsquote der Investitionen von 60 Prozent 1983 auf 71 Prozent 1984 erhöht werden. Die Bruttoersparnisbildung der Unternehmen blieb mit zehn Prozent der Wertschöpfung aber immer noch unzureichend, erklärt der CNPF. Vor der Ölkrise habe diese Rate zwölf bis 14 Prozent betragen.

MITTELSTAND

Aufträge von der Bundeswehr

os, Bonn

Die Bundeswehr hat sich zum größten Auftraggeber des deutschen Mittelstands entwickelt. Im letzten Jahr betrug das Auftragsvolumen – allein an mittelständische Betriebe bis zu 65 Beschäftigten – fast zwei Milliarden Mark. „Das ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber dem Vorjahr", erklärte CDU-Bundestagsabgeordneter Bernd Wilz vor der Presse in Bonn.

Wilz zog als Vorsitzender der Kommission „Mittelstand und Bundeswehr" ein Fazit aus Sicht der Mittelstandsvereinigung (MIT) über die laufende Legislaturperiode. Der Abgeordnete verwies auf die mehr als einjährigen Bemühungen des Arbeitskreises, „günstige Entwicklungen für den deutschen Mittelstand, die Bundeswehr und ausscheidende Soldaten in Gang zu setzen".

Als gelungenes Beispiel nannte der CDU-Vertreter einen Beschluß des Verteidigungsausschusses im Bundestag. Darin wird angestrebt, den Mittelstand bei allen waffenmäßigen Großprojekten angemessen zu beteiligen.

Dies sei, so Wilz, im Fall der MARS/MLRS-Raketen hervorragend gelungen. Somit habe die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU mitgeholfen, daß nicht nur Konzerne und Großindustrie Aufträge des Verteidigungsministeriums bekämen.

US-AUSSENHANDEL / Neue Rekorddefizite gegenüber Japan, Westeuropa und den Schwellenländern

Agrarexporte litten unter dem hohen Dollarkurs

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer bedrohlicher wird der Fehlbetrag im Außenhandel der Vereinigten Staaten. Nach einer neuen Aufstellung des Handelsministeriums in Washington haben die US-Defizite im Warenverkehr an drei Fronten neue Rekordhöhen erreicht: Saisonal bereinigt und auf Jahresbasis stiegen sie von Januar bis Juni gegenüber Japan um 11,9 auf 45,9, gegenüber den Schwellenländern um 2,9 auf 21,9 und gegenüber Westeuropa um 7,3 auf 21,3 Mrd. Dollar. Nur gegenüber Lateinamerika und Kanada sanken sie um 2,5 auf 15,7 und um 0,4 auf 16 Mrd. Dollar.

Nach der genaueren Zahlungsbilanz-Rechnung schlug das US-Handelsdefizit im ersten Halbjahr 1985 mit 126 Mrd. Dollar auf Jahresbasis zu Buche, verglichen mit 108,3 Mrd. Dollar im Gesamtjahr 1984. Die Einfuhren wuchsen wertmäßig um vier Prozent oder 14,5 auf 343,1 Mrd. Dollar. Mengenmäßig betrug das Plus jedoch zehn Prozent, was die Verbilligung durch den überbewerteten Dollar unterstreicht. Amerikas Ausfuhren fielen um ein Prozent oder 3,1 auf 217,2 Mrd. Dollar; das Volumen schrumpfte um zwei Prozent.

Wie groß die Sogwirkung der wechselkursbedingten Billigimporte ist, demonstrieren diese Zahlen: Ohne Mineralölprodukte schossen die Einfuhren um neun Prozent oder 23 auf 294,1 Mrd. Dollar nach oben. Mengenmäßig waren es zehn Prozent. Aus Japan stiegen diese Bezüge um 18 Prozent oder 10,2, aus Westeuropa um 15 Prozent oder 9,2, aus den Schwellenländern um fünf Prozent oder 1,6 und aus Kanada um drei Prozent oder ebenfalls 1,6 Mrd. Dollar. Dagegen kauften die USA im Ausland weniger Rohöl. Bei einem Barrelpreis von 26,92 Dollar (158 Liter) sank die Rechnung um 15 Prozent oder 8,5 auf 49 Mrd. Dollar (Jahresrate). Im Tagesdurchschnitt nahmen die Ölimporte von 5,62 auf 4,99 Mill. Barrel ab.

Amerikas Agrarexporte wurden wiederum ein Opfer des überstarken Dollars und des insgesamt verbesserten Weltangebots. Sie fielen um 19 (mengenmäßig: 13) Prozent oder 7,5 auf 30,9 Mrd. Dollar Jahresrate. Ansonsten sah es aber auf der Ausfuhrseite besser aus als erwartet – ohne landwirtschaftliche Erzeugnisse stiegen die amerikanischen Lieferungen um zwei (Volumen: ein) Prozent oder 4,3 auf 186 Mrd. Dollar.

Unter dem Dollar nicht gelitten hat der Verkauf von Zivilflugzeugen. Hier nahmen die Ablieferungen um 50 Prozent oder 2,1 Mrd. Dollar zu. Das gilt auch für Autos und Maschinen, deren Exporte um neun Prozent oder 1,8 beziehungsweise um drei Prozent oder 1,6 Mrd. Dollar wuchsen. Um vier Prozent oder 2,1 Mrd. Dollar zurückgegangen ist jedoch die Ausfuhr industrieller Vormaterialien.

Bei Fertigwaren ergab sich auf den einzelnen Märkten dieses Bild: In Kanada erhöhte sich der Absatz um sieben Prozent oder 3,6, in Westeuropa um fünf Prozent oder 2,1 und in Lateinamerika um fünf Prozent oder 1,2 Mrd. Dollar. Dagegen schrumpften die US-Lieferungen in die Ölstaaten, die der Opec angehören, um 16 Prozent oder 1,7, in die Schwellenländer um fünf Prozent oder 0,7 und nach Japan um zwei Prozent oder 0,3 Mrd. Dollar.

Für die USA ist eine Umkehrung der Handelsströme erst in Sicht, nachdem sich der Dollar, so das Handelsministerium, um weitere 20 bis 25 Prozent abgewertet hat. Aber auch wenn das geschehen sollte, würden sich die Preiseffekte erst nach zwölf bis 18 Monaten auswirken. Bestätigt hat sich der Aufwärtstrend im zweiten Quartal 1985, als sich Amerikas Handelsdefizit gegenüber der Januar/März-Periode auf Zahlungsbilanzbasis von 29,6 auf 33,4 Mrd. Dollar erhöhte.

Trotz der bisherigen Wertverluste des Dollars stiegen die US-Einfuhren um ein Prozent oder 1,1 auf 86,3 Mrd. Dollar, während die Preise für ausländische Fertigprodukte weiter nachgaben. Mengenmäßig sanken die Exporte um fünf Prozent oder 2,8 auf 52,9 Mrd. Dollar.

Kein Wunder, daß in Washington der Ruf nach Handelsschranken immer lauter wird. Erneut ins Schußfeld geraten auch ausländische Autos, deren Anteil am US-Markt im Juli 30 Prozent erreichte. Seit Jahresfrist stieg der japanische von 19 auf 23,2, der europäische von vier auf sechs Prozent.

ENERGIEAGENTUR / Ölverbrauch sinkt weiter

Vorräte wurden abgebaut

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Mineralölverbauch der westlichen Industriestaaten (OECD) ist vom ersten zum zweiten Quartal dieses Jahres nach vorläufigen Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) auf 32,3 (35,5) Millionen Barrel täglich gefallen. Im Jahresvergleich, also saisonbereinigt, verstärkte sich der Rückgang auf 3,5 (2,0) Prozent. Unter Eliminierung des durch den britischen Bergarbeiterstreik hervorgerufenen zusätzlichen Ölverbrauchs schrumpfte das Minus auf 2,7 (3,2) Prozent. (Im zweiten Quartal 1985 war nicht mehr gestreikt worden.)

Noch im letzten Jahr hatte der Ölverbrauch der OECD-Zone um 2,1 Prozent (streikbereinigt um 1,2 Prozent) zugenommen, nach einem Rückgang von 2,2 Prozent 1983, während das Ölangebot weiter gestiegen ist – weltweit von 44,6 auf 45,9 Millionen Barrel täglich. Demzufolge schrumpften die Ölpreise.

Inzwischen, so erklärt die IEA in ihrem neuesten Ölmarktbericht, haben die westeuropäischen Länder für ihr Importöl in nationaler Währung nicht mehr zu bezahlen als Ende 1982; trotz der zwischenzeitlichen Dollar-Hausse.

Westeuropa hat seinen Ölverbrauch besonders stark reduziert – im Jahresvergleich des zweiten Quartals um 5,5 Prozent, gegenüber minus 1,6 Prozent in Nordamerika (Pazifikzone minus 5,7 Prozent).

Den starken Verbrauchsrückgang in Europa und im Pazifikraum erklärt die IEA vor allem mit der fortschreitenden Ölsubstitution infolge der Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke. Sie stammen allerdings noch aus den ehrgeizigen früheren Atomprogrammen, die inzwischen reduziert worden sind. Die IEA warnt immer wieder davor, die derzeitig entspannte Ölmarktlage zu überschätzen.

Preisdämpfend wirkt seit einiger Zeit auch der Abbau der Ölvorräte in der OECD. Zum 1. Juli waren sie im Jahresvergleich auf 412 (431) Millionen Tonnen zurückgegangen, was einem Verbrauch von 98 (101) Tagen entsprach. Die für Interventionszwecke bereitstehenden Regierungsvorräte wurden dabei aber weiter auf 22 (19) Verbrauchstage aufgestockt.

WELTBÖRSEN / Refinanzierungsaktion des Schatzamtes belastet New York

London profitiert von Pfundschwäche

New York (VWD) – Nach dem starken Kursrückgang am Dienstag, als der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte um 21,73 Punkte fiel, schloß die Wall Street zur Wochenmitte behauptet bei 1325,04. Der Wochenverlust betrug 21,06 Punkte. Die hohe Mittelaufnahme des Schatzamtes in dieser Woche beunruhigte offenbar auch den Aktienmarkt. Auch die erste Dividendenkürzung bei der Bank of Amerika in über 50 Jahren wirkte sich negativ aus. Ein positiver Ausgang der Notes-Auktion, so hieß es, könnte wieder Käufe am Aktienmarkt auslösen. Die Anleger sind aber weiter sehr besorgt über die Zinssituation und die weitere Entwicklung bei der Refinanzierungsaktion des Schatzamtes, so ein Analyst.

Tokio (DW) – Die Schwäche der Wall Street verschärfte den Kursrückgang in Tokio, der nun schon den fünften Börsentag hintereinander andauert. Die Ferienzeit hält vor allem institutionelle Anleger von Neuengagements ab. Aber auch die privaten Investoren halten sich zurück, weil allgemein Unsicherheit über den weiteren Kurstrend herrscht. Bei geringer Umsatztätigkeit gab der Dow-Jones-Index Tokio im Wochenverlauf von 12 538,34 auf 12 421,15 Punkte nach.

Paris (J. Sch.) – An der Pariser Börse herrscht Ferienstille. Seit Anfang August sind die Umsätze stark zurückgegangen. Der Berufshandel begnügt sich mit der Abwicklung laufender Geschäfte. Nach dem rund fünfprozentigen Kursrückgang im Monat Juli blieb die Grundtendenz aber ziemlich fest. Angesichts der Wallstreet-Baisse gilt das als gutes Zeichen. Von der traditionellen Sommerhausse ist allerdings nichts zu spüren. Wohl auch im Hinblick auf die Parlamentswahlen wird vorsichtiger disponiert. Im Herbst könnte es deshalb zu sozialen Unruhen kommen, und der Zeitpunkt einer Abwertung scheint näherzurücken. Nachdem der Franc Anfang August erstmals wieder in die Schußlinie der internationalen Spekulation geraten war, hat er sich dank der neuerlichen Dollarstärke inzwischen wieder gefestigt.

Wohin tendieren die Weltbörsen? - Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche jeweils in der Freitagsausgabe einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

London (fu) – Die positive Kursentwicklung an der Londoner Aktienbörse hat sich auch in dieser Woche fortgesetzt. Börsenhändler glauben, daß der aufwärtsgerichtete Trend erst einmal anhalten wird. Nachdem ausschließlich Gewinnmitnahmen am vergangenen Freitag den Höhenflug der Kurse stoppten, legte der Financial-Times-Index bis gestern weitere 10,8 Punkte auf 961,9 zu. Ausschlaggebend dafür waren vor allem der von der britischen Wirtschaft begrüßte Druck auf das Pfund sowie eine deutlich verbesserte Geldmengen-Statistik für den Bankmonat Juli.

Mehr Stahl aus Polen importiert

JGG, Bonn

Polen wird in diesem Jahr seinen Stahlexport in die Bundesrepublik „mindestens um zehn Prozent" erweitern, berichtet das polnische Regierungsorgan „Rzeczpospolita". Dies sei ein Ergebnis der Gespräche zwischen Bundeswirtschaftsminister Bangemann und dem polnischen Vizepremier Zbigniew Szalajda. Bisher war der Stahlexport in die Bundesrepublik wegen der EG-Auflagen auf 252 000 Tonnen limitiert.

Der Direktor des polnischen Außenhandelsunternehmens Depolma in Düsseldorf, Bogumil Zawislak, führt diese Entwicklung „auf die gute Qualität" polnischen Stahls zurück, der vornehmlich von der Staatshütte Kattowitz geliefert werde.

Laut „Rzeczpospolita" hat Depolma, an der die Salzgitter AG zu zwölf Prozent beteiligt ist, den größten Anteil am Export in die Bundesrepublik. Die Stahlausfuhr ist die wichtigste Position. Das staatliche Außenhandelsunternehmen machte im vergangenen Jahr 275 Mill. DM Umsatz, davon 180 Mill. DM im Stahlexport.

BRITISH STEEL / Rationalisierungsplan vorgelegt

Zwei Werke müssen schließen

WILHELM FURLER, London

Ein neuer Plan zur Rationalisierung beim staatlichen Stahlkonzern British Steel wird zur Schließung von zwei kleineren Stahlwerken führen. Dafür bleibt aber die befürchtete Schließung eines der fünf großen Stahlwerke des Konzerns aus. Jedenfalls werden den Angaben von Handels- und Industrieminister Norman Tebbit zufolge sowohl das Stahlwerk in Ravenscraig (unweit Motherwell in Schottland) als auch das in Llanwern (Südwales) für mindestens drei weitere Jahre voll in Betrieb bleiben – „vorausgesetzt, es kommt ...nicht zu völlig unvorhergesehenen Veränderungen der Marktkonditionen", wie der Minister formulierte.

Sowohl Ravenscraig als auch Llanwern sind schon seit Jahren als Rationalisierungsopfer im Gespräch. Die Belegschaft in beiden Werken hat sich während der gesamten Dauer des einjährigen Bergarbeiter-Streiks jeder Sympathie-Aktion enthalten. Eine Schließung sowohl von Ravenscraig als auch von Llanwern wäre deswegen für die Regierung Thatcher unliebsam gewesen.

Von der Schließung des Bandstahlwerks in Gartcosh (Schottland), das nach dem Rationalisierungsplan bis Ende dieses Jahres die Produktion einstellen wird, sind rund 700 Mitarbeiter betroffen. Der Plan sieht außerdem vor, daß British Steel den privaten Stahlproduzenten Alphasteel in Südwales übernehmen und dessen Produktion von rund einer Million Jahrestonnen stillegen wird.

Während der vergangenen zehn Jahre hat British Steel etliche Werke geschlossen und die Mitarbeiterzahl um rund 150 000 verringert. Dennoch ist der Staatskonzern, der Jahr für Jahr zum Teil massive Verluste hinnehmen mußte, erst in den letzten vier Monaten in die Gewinnzone zurückgekehrt. Der jüngste Rationalisierungsplan wird jetzt der EG-Kommission vorgelegt. Sie wird darüber entscheiden, ob er British Steel tatsächlich in die Lage versetzen wird, vom nächsten Jahr an ohne jegliche Staatshilfe auszukommen.

Der Vorstand und Vorsitzende des Kuratoriums
der gemeinnützigen Friedrich-Baur-Stiftung, Burgkunstadt,

Herr Rechtsanwalt

Dr. Hans Günter Hauffe

ist nach einem arbeitsreichen Leben verstorben.

Als Freund und Berater von Dr. Friedrich Baur, dem Stifter eines dem Gemeinwohl dienenden Werkes, hat er seine Kraft und Arbeit über viele Jahre der ihm übertragenen Aufgabe gewidmet.

Der Förderung der medizinischen Wissenschaft und der Bayerischen Akademie der Schönen Künste hat er sich in hervorragender Weise verpflichtet gefühlt. Die Stiftung erhält ihn in lebender Erinnerung.

August 1985

8622 Burgkunstadt
Friedrich Baur GmbH
Geschäftsführung, Betriebsrat, Mitarbeiter

8000 München, Romanstraße 22
Friedrich-Baur-Stiftung
Die Mitglieder des Kuratoriums

AVA AG / Gang an die Börse beschlossen

Wachstum setzt sich fort

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Mit der vom Vorstand und Aufsichtsrat beschlossenen Entscheidung, die bisher nur intern gehandelten Aktien des Unternehmens 1986 in den Börsenhandel einzuführen, setzte die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, auf ihrer diesjährigen Hauptversammlung neue Akzente. Unmittelbarer Auslöser dieses Beschlusses war der Versuch einer Hamburger Treuhandgesellschaft, durch ein öffentliches Angebot für einen Kunden fünf Prozent des Aktienkapitals zu erwerben, das offensichtlich nicht ganz den erwünschten Erfolg hatte, jedoch zu erheblichen Spekulationen führte.

Die AVA AG verfügt gegenwärtig über ein Grundkapital von 12,19 Millionen DM, das voraussichtlich im kommenden Jahr durch eine bereits bewilligte Kapitalerhöhung um 2,4 Millionen DM aufgestockt wird. Die breite Streuung der durchweg in Händen von Kleinaktionären befindlichen Anteile soll auch in Zukunft beibehalten werden, zumal das auf ein Tausendstel begrenzte Stimmrecht eine Fremdbeherrschung nahezu ausschließt.

Für das Geschäftsjahr 1984, von Vorstandssprecher Wilfried Stein als „unsolides Jahr" bezeichnet, konnte die AVA AG wiederum einen äußerst positiven Abschluß vorlegen. Der Umsatz des Unternehmens, erzielt in 103 Märkten zwischen Meppen im Westen und Einbeck im Osten, stieg um 11,4 Prozent auf 1,53 (1,37) Milliarden DM, der Jahresüberschuß um 8,8 Prozent auf 12,8 (11,8) Millionen DM.

Das Investitionsvolumen war mit 38 (20) Millionen DM fast doppelt so hoch wie das des Vorjahres. Aus dem Bilanzgewinn wird eine Dividende von 12 DM plus 3 DM Bonus pro 50-DM-Aktie ausgeschüttet, nach den 16 plus acht Prozent des Vorjahres ein neues Rekordergebnis, das nicht zuletzt die ungebrochene Nachfrage nach diesem Wertpapier erklärt. Die rund 23 000 Kleinaktionäre erhalten somit einschließlich Steuergutschrift einen Gesamtbetrag von 23,44 DM je Aktie.

Auch 1985 setzte sich die Aufwärtsentwicklung fort. Die Umsätze in den ersten sieben Monaten lagen trotz der weitgehenden Stagnation im Einzelhandel bei der AVA nominell um 9,5 Prozent über dem Vorjahresergebnis, was auch real noch ein Plus von 4 Prozent bedeutet. Ebenso hält das Flächenwachstum an. Im Rahmen der mit Augenmaß betriebenen Expansion sind unter anderem zwei neue SB-Warenhäuser in Dortmund und Gronau geplant.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT / Durch Ausbildung auf Vorrat klaffen Lehrstellen- und Arbeitsplatzangebot auseinander

Probleme verlagern sich auf den Berufseintritt

HEINZ STÜWE, Bonn

Auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist bis zu den 90er Jahren noch keine Entspannung in Sicht. Der Schwerpunkt der Probleme wird sich aber auf die Phase des Berufseintritts nach Abschluß der Ausbildung verlagern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg „Zur aktuellen Situation der Jugendlichen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt", die in den „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" veröffentlicht ist.

Die Jugendlichen hätten sich in den letzten Jahren zunehmend für eine bessere allgemeine und berufliche Bildung entschieden, heißt es in der Studie. Sie seien bereit, dafür jahrelang auf Verdienst zu verzichten und nähmen bei der Ausbildung auch Umwege in Kauf.

Die „Doppelqualifizierung" durch Lehre und den Abschluß einer beruflichen Schule oder Hochschule ist längst nicht mehr die Ausnahme. Bereits 30 Prozent der Bewerber um einen Ausbildungsplatz haben nach der allgemeinbildenden Schule eine berufliche Vollzeitschule besucht, die Hälfte besitzt einen über die Hauptschule hinausgehenden Bildungsabschluß.

Die Kehrseite dieser Entwicklung und bildungspolitischer Entscheidungen zur Verlängerung der Schulzeit und Einführung eines Berufsgrundbildungsjahrs: Die Lehrstellenbewerber sind älter in früheren Jahren, der Berufseintritt der geburtenstarken Jahrgänge verzögert sich. So ist heute bereits jeder zweite Bewerber um einen betrieblichen Ausbildungsplatz 18 Jahre oder älter.

Diese Tatsache ist der Studie zufolge der Grund für die Schwierigkeiten, den Bedarf an Lehrstellen vorauszusagen. So habe zwar die Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren bereits 1981 mit 5,33 Millionen ihren Scheitelpunkt erreicht und werde bis 1990 um rund zwei Millionen zurückgehen, die Bewerberzahl für Lehrstellen habe aber seit 1981 noch um rund 140 000 zugenommen. Sie werde bis 1986 noch so hoch bleiben.

Die zeitliche Verschiebung des Übergangs von der Schule in den Beruf hat nach Feststellungen des Instituts die Zahl der unter 20jährigen Arbeitslosen vermindert, die Probleme aber auf die nächste Altersgruppe verlagert. Von knapp 600 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren waren Ende März 1985 435 000 zwischen 20 und 25 Jahren alt.

Daß in den nächsten Jahren der Berufseintritt als „Gefahrenstelle für eine dauerhafte, qualifikationsadäquate Eingliederung der nachwachsenden Generation" in den Mittelpunkt rückt, läßt sich schon aus der Statistik ablesen. Von allen Lehrlingen, die ihre Abschlußprüfung 1984 bestanden, wurden im vergangenen Jahr 14 Prozent arbeitslos. Zwei Jahre zuvor waren es erst acht Prozent.

Die berufliche Eingliederung nach der Berufsausbildung werde durch Auseinanderklaffen von Angebot an Lehrstellen und Beschäftigungsmöglichkeiten erschwert. Daß Kleinbetriebe und Handwerk sowie bestimmte Branchen im Verhältnis zur Zahl der Arbeitsplätze überdurchschnittlich ausbildeten, sei zwar nicht neu. Die Diskrepanz habe sich aber durch die „Ausbildung auf Vorrat" in den letzten Jahren noch verstärkt. Zusätzliche Kapazitäten seien vor allem in Berufen mit geringer Verwendungsbreite und niedrigen Anforderungen geschaffen worden, in denen bereits ein Überangebot an Ausgebildeten bestehe. Vor allem für Abiturienten mit Ausbildungsabschluß vermißt das Institut attraktive Berufsangebote.

Diese Bedingungen setzten der beruflichen Mobilität Grenzen. Zudem treffe Arbeitslosigkeit vor allem diejenigen, die nach ihrer Ausbildung nicht in ihrem erlernten oder einem verwandten Beruf beschäftigt werden konnten.

Durch die Annahme ungelernter Arbeit, mehrfachen Wechsel des Arbeitsplatzes und wiederholte Arbeitslosigkeit sinke zudem die Motivation zur Weiterbildung. Deshalb kommt die Studie zu dem Schluß, daß neue Wege beschritten werden müßten, um die Ausbildungsinvestitionen der Wirtschaft und des einzelnen zu sichern und ein Absinken von Fachkräften auf Angelernten- und Ungelernten-Arbeitsplätze zu verhindern.

BOSCH

Kooperation mit ZF

dpa/VWD, Stuttgart

Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, und die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), Friedrichshafen, haben vereinbart, ihre Zusammenarbeit im Bereich der Elektronik für Fahrzeuggetriebe und -lenkungen zu vertiefen, teilten beide Unternehmen mit. Bei elektronisch gesteuerten Pkw-Automatikgetrieben arbeiten sie seit vielen Jahren zusammen.

Diese gemeinsame Arbeit soll künftig intensiviert und auf die gesamte Produktpalette der ZF erweitert werden, die ein maßgeblicher Hersteller von Nutzfahrzeug- und Pkw-Getrieben, Lenkungen und Achsen ist. Im Vordergrund stehen dabei die Automatisierung mechanischer Getriebe sowie der Einsatz der Elektronik bei automatischen Nutzfahrzeuggetrieben und bei Servolenkungen. Die hierfür eingesetzten elektronischen Steuergeräte werden von Bosch gefertigt.

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf der Seite 13

Banken mit neuen „Preisschildern"

dpa/VWD, Bonn

Demnächst hängen bei den Banken und Sparkassen neue umfangreiche „Preisschilder" aus. Darauf haben sich die Spitzenverbände des deutschen Kreditgewerbes geeinigt. Der seit 1973 geltende einheitliche Aushang „Zinsen und Gebühren" sowie das dazugehörige Merkblatt mit internen Ausführungshinweisen wurde aktualisiert und erweitert.

Künftig wird bei Konsumenten-Ratenkrediten außer dem Nominalzins, der Bearbeitungsgebühr und der laufzeitabhängigen Angabe des „effektiven Jahreszinses" angegeben, wie hoch die Gesamtkosten pro 1000 DM Kreditbetrag bei einer Laufzeit von 36 Monaten sind. Daneben werden die Preise für die Auflösung eines Spar- oder Privatkontos oder Wertpapierdepots, für eurocheque-Vordrucke, für den Verkauf, die Barauszahlung und den Rückkauf von Reiseschecks, die Einlösung von fälligen Wertpapieren sowie Zins- und Dividendenscheinen genannt. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen hat sich damit einverstanden erklärt, daß der neue Preisaushang und das Merkblatt bereits ab 1. September „in der Praxis angewendet" werden können.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Professor Scheid wird 60

Frankfurt (dpa/VWD) – Professor Rudolf Scheid, der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in Frankfurt, wird morgen 60 Jahre. Scheid ist seit 1972 in dieser Funktion, nachdem er zuvor bei mehreren industriellen Spitzenverbänden in der Geschäftsführung tätig war.

Unternehmen in Italien

Mailand (dpa/VWD) – In Italien operieren 346 Niederlassungen deutscher Unternehmen mit zusammen 44 000 Beschäftigten. Nach einer Untersuchung der deutsch-italienischen Handelskammer, sind davon 118 Industrie-, 192 Handels- und 36 Dienstleistungsunternehmen. Größter Bereich ist die Chemie und Pharmazeutik mit 84 Firmen und 15 000 Beschäftigten. Beschäftigungsstärkste Niederlassungen sind die Siemens-Gruppe mit 3651 Mitarbeitern, Bayer mit 2820 und Höchst mit 2728.

Neue Leben erfolgreich

Düsseldorf (Py.) – Die neue Lebensversicherung von 1964 AG, Hamburg, eine Tochtergesellschaft der Sparkassen von Bremen und Hamburg, hat 1984 den Neuzugang an Geschäft auf 327 (295) Mill. DM gesteigert. Das Bestandsvolumen erreichte 1,65 (1,52) Mrd. DM Versicherungssumme. Die Beitragseinnahmen stiegen um 6,3 Prozent auf 59, die Kapitalanlagen um 12,6 Prozent auf 402 Mill. DM, das sind 42,7 Prozent der Beitragseinnahmen. Fast 99 Prozent davon fließen der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu.

Investitionsschub

Düsseldorf (VWD) – Einen Investitionsschub in der Entsorgungsbranche erwartet die Edelhoff Städtereinigung GmbH & Co. aufgrund der 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz, mit deren Verabschiedung im nächsten Frühjahr gerechnet wird. Nach Ansicht von Edelhoff-Geschäftsführer Hans Günter Kerstan würden die heute auf diesem Gebiet vorhandenen Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen. Die Edelhoff-Gruppe, die auch in Belgien und Österreich tätig ist, steigerte 1984 den Gesamtumsatz um 9,2 Prozent auf 200 Mill. DM. Die Ertragslage entwickelte sich nach Auskunft des geschäftsführenden Gesellschafters Gustav Dieter Edelhoff trotz gestiegener Beseitigungskosten für Sonderabfall positiv.

HOCHSEEFISCHEREI NORDSTERN / Schiffe verkauft

Zu niedrige Fangquoten

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Das verlustreiche Jahr 1984 für die deutsche Hochseefischerei hat auch bei der Hochseefischerei Nordstern AG, Bremerhaven, Spuren hinterlassen. Ungenügende Fangquotenzuteilungen für hochwertige Fischarten wie Kabeljau, so geht aus dem Geschäftsbericht hervor, haben dazu beigetragen. Weitere Verluste brachte das vorzeitige Abfischen der Quoten einiger EG-Länder vor der norwegischen Küste. Die Einbußen betrafen insbesondere den Frischfisch. Auch leichte Steigerungen beim Erlös schufen dabei keinen Ausgleich für die geringeren Fänge.

Der für 1984 ausgewiesene Bilanzverlust von knapp 0,48 Mill. DM fällt allerdings geringer aus als ein Jahr zuvor (4,59 Mill. DM). Rückwirkend zum 31. Dezember 1984 wurden durchgreifende Kapitalmaßnahmen vorgenommen. Dabei wurde das Grundkapital im Verhältnis 10:1 von 6 Mill. DM auf 0,6 Mill. DM herabgesetzt und anschließend auf 1,0 Mill. DM erhöht, um die aufgelaufenen Verluste zu decken.

Die Umsatzerlöse haben sich aufgrund der guten Nachfrage nach Frostfisch im Berichtsjahr um 6,34 Mill. auf 63,5 Mill. DM erhöht. Dagegen verringerte sich der Rohertrag um 6,19 Mill. auf 41,49 Mill. DM. Mit dem Verkauf des Fangfabrikschiffes „Friedrich Busse" nahmen die Erträge aus Beteiligungen auf 5,75 (0,15) Mill. DM zu. Bei den Erträgen aus Anlageabgängen von 0,75 (0,27) Mill. DM handelt es sich unter anderem um den Gewinn aus dem Verkauf des Trawlers „Uranus". Die auf 1,98 (1,27) Mill. DM gestiegenen Zinsaufwendungen folgen aus dem erhöhten Kreditbedarf.

Vor diesem Hintergrund setzt der Vorstand nun auf die Beteiligung an der sogenannten Fangunion in Cuxhaven; sie soll zusammen mit dem Land Niedersachsen und der Stadt Cuxhaven sowie anderer deutscher Hochseefischereien gegründet werden. Die Verhandlungen hierüber im einzelnen laufen nach Angaben der Geschäftsführung immer noch. Unterdessen hat die Nordstern ihre beiden Frischfischfänger „Hessen" und „Sonne" an die Seefischmarktgesellschaft in Cuxhaven verkauft. Übrig bleibt das gecharterte Fangfabrikschiff „Mond".

ARAG RECHTSSCHUTZ / Nummer zwei in Europa

Wettbewerb wird schärfer

HARALD POSNY, Düsseldorf

Für die Arag Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, stand das Geschäftsjahr 1984 im Zeichen eines sich verschärfenden Wettbewerbs, der die Sparte zunehmend prägt. Dazu kamen auf der Schadenseite zusätzliche Belastungen durch einen proportionalen Anstieg der Schadenhäufigkeit bei leicht rückläufigen Schadendurchschnittskosten. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen mit ihrer Steigerung um 2,5 (5) Prozent auf 357 Mill. DM wesentlich unter dem Beitragswachstum von 4,2 (4,5) Prozent auf 571 Mill. DM. Diese Summe repräsentiert 4,58 (4,52) Mill. Versicherungen bei rund 2,8 Mill. Mitgliedern.

Die günstige Kostenentwicklung trug mit zum technischen Gewinn von 38,4 (17) Mill. DM bei. Im allgemeinen Geschäft brachten trotz rückläufigen Zinsniveaus die Kapitalanlagen (938 nach 836 Mill. DM) einen gegenüber dem Vorjahr verbesserten Ertrag. Aus dem Jahresüberschuß von 39,3 (30,5) Mill. DM wurden die Rücklagen mit 28,8 (19,4) Mill. DM dotiert. Rund 9,5 (8,2) Mill. DM fließen den Anteilseignern, den Angehörigen der Familien Faßbender zu.

Nach dem Prämienvolumen ist die Gesellschaft, die in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen feiert, unter etwa 30 Wettbewerbern die zweitgrößte Rechtsschutzversicherung in Deutschland und Europa.

1934 hatte sich der Rechtsanwalt Heinrich Faßbender entschlossen, die noch junge Rechtsschutzsparte auch über den Verkehrssektor hinaus auf andere Lebensbereiche auszudehnen. Der erfolgversprechende Start wurde jedoch durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen. Erst 1945 folgte dann der zweite Anlauf. Derzeit sind für die Arag, die das dichteste Netz von Schadenaußenstellen in 69 Städten unterhält, rund 4500 hauptberufliche Mitarbeiter tätig.

NAMEN

Arrigo Arrigoni (44) ist seit dem 1. Juli neuer Vertriebsdirektor der Alfa Romeo Auto S. P. A., Arese/Mailand. Er ist in dieser Funktion verantwortlich für Verkauf, Marketing und Logistik.

Ralf Bengsch (43), bisher Direktor bei der deutschen NCR GmbH, Augsburg, wird zum 1. September neuer Marketingleiter bei der Digital Equipment GmbH, München.

Hans Helmut Blank, von 1961 bis 1980 Vorstandsmitglied und danach Aufsichtsratsmitglied der Eternit AG, Berlin, wird am 12. August 70 Jahre alt.

DEUTSCHER LLOYD / Noch eine Durststrecke bis zu drei Jahren erwartet

Qualität hat Vorrang vor Wachstum

DANKWARD SEITZ, München

Auf noch zwei bis drei Jahre mit schwachem Neugeschäft, vor allem bei der Lebensversicherung, hat man sich bei der zur italienischen Generali-Gruppe gehörenden Münchner Versicherungsgesellschaft Deutscher Lloyd eingestellt. „Das wirft uns nicht um", so Vorstandsvorsitzender Harold Kluge, „auch wenn es nicht erfreulich ist." Lieber nimmt er dies in Kauf, als von dem 1983 eingeleiteten Konsolidierungskurs abzuweichen. Der Qualität des Neugeschäfts müsse weiterhin Vorrang vor Wachstum gegeben werden. Unverändert im Mittelpunkt steht dabei die Umschichtung vom Direktvertrieb hin zu einem bestandsgebundenen Außendienst.

Diesen Umständen entsprechend bewertet Kluge denn auch den Abschluß 1984 der Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG als „erfreulich". Ein „Lichtblick" sei, daß bei dem Rückgang des Neugeschäfts und dem niedrigen Bestandszuwachs nach dem Tiefpunkt 1983 nun wieder eine tendenzielle Besserung eingetreten sei.

Und auf der anderen Seite könne man „stolz" darauf sein, daß der Rückgang der überdurchschnittlich hohen Stornoquote – ein Lloyd-spezifisches Akquisitionsproblem der Vergangenheit – „nicht mit einer höheren Produktion erkauft" worden ist. Eine weitere Absenkung dieser Quote auf 7,5 Prozent in 1985 hält Kluge dabei für durchaus möglich.

Daß dennoch nicht schlecht verdient worden ist, zeigt der um über 50 Prozent verbesserte Rohüberschuß von 276,7 (183,3) Mill. DM. Dazu beigetragen haben neben Kostensenkungen und geringeren Aufwendungen für Versicherungsfälle die deutlich gestiegenen Kapitalerträge. Aus dem Jahresüberschuß von 4,49 (3,96) Mill. DM wird wieder eine Dividende von 18 Prozent auf das Grundkapital von 12 Mill. DM ausgeschüttet.

Gar „außerordentlich erfreulich" entwickelte sich 1984 die Sachversicherung Deutscher Lloyd Versicherungs AG. Nachdem sie jahrelang unter der schwachen Produktion des Außendienstes gelitten habe, so Kluge, erzielte sie nun erstmals in allen Hauptsparten mit Ausnahme von Unfall im Brachenvergleich überdurchschnittliche Zuwachsraten. Im Kfz-Zweig kam dabei der Lloyd besonders sein traditionell starkes Geschäft als US-Truppenversicherer zugute, wo allein ein Beitragsplus von 30 Prozent verzeichnet werden konnte.

Beachtlich ist, daß die Gesellschaft trotz des Münchner Hagelsturms, der mit 6 Mill. DM zu Buche schlug, ihre seit Jahren weit unterdurchschnittliche Schadensquote noch weiter reduzieren konnte. Ein Zeichen für die hohe Qualität der Risiken, was aber, so Kluge, mit hohen Kosten erkauft worden ist. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß beispielsweise „keine 15 Prozent" des Bruttoprämienvolumens auf das gewöhnlich schlechte Industriefeuer- und -haftpflichtgeschäft entfallen.

An einer Optimierung der Kostenbelastung werde derzeit gearbeitet. Die reale Entwicklung werde aber dadurch verdeckt, daß bei der Sach Mehrbelastungen entstanden seien, weil seit drei Jahren die entstehenden Kosten zwischen Leben und Sach verursachungsgerecht („im Gegensatz zu vielen anderen in der Branche") verteilt werden.

Unter dem Strich weist Lloyd Sach einen Jahresüberschuß von 3,85 (3,35) Mill. DM aus. Nach Zuführung von 1,93 (1,67) Mill. DM zu den freien Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 2,0 (1,75) Mill. DM, aus dem unverändert 10 Prozent ausgeschüttet werden. Zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis wurde von der Generali inzwischen das Grundkapital um 3 Mill. auf 15 Mill. DM zu einem Kurs von 200 Prozent aufgestockt.

Deut. Lloyd Leben	1984	±%
Versicherungsbest. (Mill. DM)	11 498,2	+ 1,6
Eingel. Neugeschäft	1257,9	- 5,7
Beitragseinnahmen	422,2	- 3,4
Aufw.f. Vers.-Fälle	173,7	- 8,7
Kapitalanlagen [1]	3434,4	+ 6,3
Kapitalerträge	264,1	+ 11,3
Durchschn.-Rendite (%)	7,5	(7,2)
Aufw. f. Beitr.-Rückerst. [2]	202,8	+ 13,1
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	434,1	+ 21,1
	1984	1983
Stornoquote [3]	8,0	8,5
Verw.-Kostenquote [4]	6,1	6,3
Abschl.-Kostenquote [5]	35,6	49,8
Überschußquote [6]	49,1	41,9

[1]ohne Depotforderungen; [2]einschl. 69,4 Mill. DM Direktgutschrift; [3]Rückkauf, Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. vorzeitiger Abgang in % des Anfangsbestands; [4]sonst. Aufw. d. Vers.-Geschäfts in % der Beiträge; [5]in Promille d. eingel. Neugeschäfts; [6]Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Deut. Lloyd Sach	1984	±%
Bruttoprämie (Mill.DM)	324,1	+ 10,9
Nettoprämie [1]	211,4	+ 19,0
Aufw.f.Vers.-Fälle	123,4	+ 8,7
Vers.-techn.Ergebnis [2]	+ 2,4	+ 60,9
Kapitalanlagen [3]	247,2	- 2,1
Kapitalerträge	19,9	+ 1,5
Durchschnittsrendite %	7,8	(7,8)
in % d. verd. Beiträge	1984	1983
Selbstbeh.-Quote	65,2	60,9
Schadenquote	64,0	65,6
Verw.-Kostenquote	29,5	30,9
Rückstellg.-Quote [4]	109,9	116,8
Eigenkapitalquote	21,8	23,7

[1])Brutto- minus Rückversicherungsbeiträge; [2])nach Zuführung (Entnahme) von – 3,5 (+ 1,3) Mill. DM zur (aus) Schwankungsrückstellung; [3])ohne Depotforderungen; [4])verz.-techn. Rückstellungen.

Vorgriff auf Leitzinssenkung

Die Nachfrage auf dem Rentenmarkt hat unter Beteiligung der Ausländer weiter zugenommen. Die Wirkung der für den 15. August vorhergesagten Leitzinssenkung in der Bundesrepublik wird am Markt mit Kursheraufsetzungen im öffentlichen Bereich bis zu knapp einen halben Punkt vorweggenommen. Die letzte 6¾prozentige Bundesanleihe wurde schon vorbörslich zu 100,75 Prozent umgesetzt. Unter diesen Umständen ist man unter Rentenhändlern der Meinung, daß die nächste öffentliche Anleihe bereits mit einem Nominalzins von 6½ Prozent aufgelegt werden wird.

Bundesanleihen

[illegible]

F 7¼ dgl. 84 S.50	11/89	103,75	103,8bG
F 7 dgl. 84 S.51	12/89	105,1	102,9
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89	102,25	102,85
F 7¼ dgl. 85 S.53	3/90	105,6	105,4
F 7 dgl. 85 S.54	4/90	102,6bG	102,45

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	102,4	102,25

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

M 6½ dgl. Pf 3	94,75G	94,75G
M 6½ dgl. Pf 12	94,5G	94,5G
M 7 dgl. Pf 20	102,25G	102,25G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100	100,75G
B 6 dgl. Pf 34	99G	99G
B 6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn 5 BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	98,25G	98,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	103,25G	103,25G
Hn 6 dgl. KS 29	88,75G	88,75G
Hn 7 dgl. KS 30	101,65G	101,65G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116G	116G
D 6 dgl. Pf 109	86bG	86G
D 6½ dgl. Pf 123	95G	95G

[illegible]

M 5½ dgl. Pf 11	135,5G	135,5G
M 6 dgl. Pf 34	85G	84G
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M 6½ dgl. Pf 10	92,5G	91G
M 6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Ldo. Aufb. IS 15	100,6G	100,5G
M 6 dgl. IS 16	100,7G	100,5bG
M 6 dgl. IS 17	100,5bG	100,35G
M 8½ dgl. KO 49	100bG	100,25G
M 8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 185	102,6G	102,6G
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	123,5G	123,5G
M 6 dgl. Pf 4	98,25G	98,25G

D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	100,25G	100,25G
D 6½ dgl. Pf 67	95G	95G
D 5½ dgl. KO 3+E	120G	120G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
B 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	80G	79,5G
S 7 dgl. Pf 126	102,25G	102,25G
S 7 dgl. Pf 128	99,5G	98G
S 8 dgl. Pf 177	100	100
S 6 dgl. KS 77	88,5G	88G
Br 5 Bl.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	93,25G	93,25G
Br 5½ dgl. Pf 43	92,6G	92,6G
Br 6 dgl. Pf 56	88,4G	88,4G

[illegible]

Industrieanleihen

F 7¾ dgl. 71/86	100,5T	100,75G
F 7½ dgl. 76/87	100,75	101G
F 7½ Klöckner W. 71/86	100,5T	100,75T
F 8 dgl. 72/87	101,5G	101,6
F 6 NWK 61/86	99,9G	99,9G
F 6 dgl. 62/87	99,9	99,9G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99T	98,75T
F 6 Rh.Braw. 63/89	98,15T	98,15T
F 6 dgl. 65/90	98,1G	98,1G
F 6 RWE 63/88	99bB	99,25T
F 6 dgl. 65/90	98,25G	98,5
F 7½ dgl. 71/86	100,3G	100,7
F 7 dgl. 72/87	100,3G	100,3G
F 6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,3G	99,95G
F 6½ dgl. 68/88	102,6	102,3G
F 8 Schleswag 71/86	101,5T	101,5T

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silberterminnotierungen konnten sich an der New Yorker Comex von ihren Vortagsverlusten erholen. Kupfer notierte unverändert bis fester. Die Kaffeenotierungen verzeichneten überwiegend Gewinne. Kakao ging unverändert bis fester aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7.8.	6.8.
Sept.	287,75	287,80
Dez.	299,50	297,80
März	302,00	298,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	7.8.	6.8.
St. Lawrence 1 CW	219,49	222,59
Amber Durum	220,49	223,44

[illegible]

Kakao New York ($/t)	7.8.	6.8.
Terminkontr. Sept.	2085	2069
Dez.	2122	2112
März	2115	2140
Umsatz	1819	2306

Zucker New York (c/lb)	7.8.	6.8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,13	4,45
Okt.	4,32	4,70
Jan.	4,52	4,90
März	4,90	5,35

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

[redacted]

VEBA

Handelstöchter tauschen Geschäfte

dpa/VWD, Düsseldorf

Die Handelshäuser der Düsseldorfer Veba-Gruppe – die Stinnes AG, Mülheim, und die Raab Karcher AG, Essen, – werden zur Verbesserung der Unternehmensstrukturen zum 1. Oktober 1985 Geschäftsaktivitäten austauschen. Stinnes gibt, wie auf der Hauptversammlung des Unternehmens in Düsseldorf mitgeteilt wurde, Holzhandel, Wärmetechnik und „Baustoff-Fachhandel Nord und West" an Raab Karcher und erhält dafür von Raab Karcher Chemiehandel, Pflanzenschutzhandel und den „Baustoff-Fachhandel Süd". Die Aktivitäten in Berlin und die Baumärkte blieben von der Regelung unberührt, sagte Stinnes-Vorstandschef Hans-Jürgen Knauer.

Raab Karcher erhält im Zuge der Tauschaktion ein Umsatzvolumen von 660 Mill. DM und übernimmt 800 Mitarbeiter, an Stinnes gehen 690 Mill. DM Umsatz und 700 Beschäftigte. Das ausgetauschte Rohertragsvolumen, hieß es, sei identisch. Alle betroffenen Mitarbeiter würden unter voller Wahrung ihrer Rechte und Pflichten übernommen. Das gemeinsame Veba-Dach bleibe erhalten, betonte der Vorstand.

Knauer begründete den Tausch damit, daß die Zeit des Wachstums vorbei und der Kampf um die Märkte härter geworden sei. Wer jetzt noch wachsen wolle, könne dies nur über den Verdrängungswettbewerb versuchen. Zukäufen von Unternehmen setze das Kartellrecht gleichzeitig enge Grenzen. Knauer: „Optimimierung im kartellfreien Raum war deshalb das Gebot der Stunde".

Guinness erhöht das Angebot für Bell

WILHELM FURLER, London

Das seit Wochen andauernde Gefecht um die Übernahme des bekannten schottischen Whisky-Herstellers Arthur Bell and Sons („Bell's) durch die Brauerei-Gruppe Guinness spitzt sich zu. Das ursprüngliche Angebot von Guinness an die Bell-Aktionäre in Höhe von 325 Mill. Pfund (gut 1,25 Mrd. DM) für alle Aktien der Whisky-Destillerie ist jetzt auf 364 Mill. Pfund (1,4 Mrd. DM) aufgestockt worden. Gleichzeitig gab Guinness bekannt, daß der Anteil an Bell durch Aktienzukäufe inzwischen auf mehr als 16 Prozent erhöht worden ist.

In großen Anzeigenkampagnen werben beide Unternehmen um die Gunst der Bell-Aktionäre. Um den Übernahmeversuch der Arthur Guinness-Gruppe abzuwehren, hat die Bell-Geschäftsführung eine neunseitige Broschüre veröffentlichen lassen, in der eine Anhebung der Dividende für das letze Geschäftsjahr um nicht weniger als 66 Prozent auf acht Pence je Aktie zugesagt wird. Gleichzeitig lockt Chairman Raymond Miquel mit dem Versprechen, daß die Aktionäre, die sich nicht von dem Guinness-Angebot ködern lassen, für dieses Jahr eine Dividendenerhöhung um weitere 15 Prozent kassieren werden.

Die Anzeigen-Antwort des Brauerei-Konzerns lautet schlicht: „Guinness is good for you – Bell's has lost its way". Daß der Whisky-Hersteller inzwischen tatsächlich die Orientierung verloren haben könnte, unterstreicht der jetzt ausgebrochene Machtkampf in der Vorstandsetage des Unternehmens.

Während die Geschäftsführung die Aktionäre offiziell auffordert, die Guinness-Initiative zu mißachten, hat sich das Bell-Vorstandsmitglied Peter Tyrie jetzt von diesem Aufruf distanziert. In einer Erklärung, die Tyrie in der Londoner City abgab, fordert er seine Kollegen im Verwaltungsrat des Whisky-Herstellers auf, den Aktionären die Annahme des erhöhten Guinness-Angebots zu empfehlen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: KBB Konform-Bau GmbH; **Bocholt:** Walter Werner u. Magret Werner geb. Groß-Wiele; **Coesfeld:** Schmitz-Hübsch Gartenbau GmbH, Dülmen; Hans Schmitz-Hübsch Baumschulen KG, Dülmen; **Dortmund:** Nachl. d. Richard Max Werner Bendt; **Duisburg:** Heinz Tielke sen., Oberhausen; **Hamburg:** ORCHIDENTA Fachversand f. Dentalbedarf GmbH & Co.; **Hamm:** Karl Wilhelm Dödder, Holzwickede; **Köln:** Molitor & Wiedenau GmbH; **Lüdenscheid:** Manfred Steinhauer; **Neuss:** „The Jeans" Textilhandels GmbH; **Nidda:** Autohaus BUP GmbH, Frankfurt; **Nienburg:** Weser Drogerie GmbH, Hoya; **Olpe:** Elektromotoren- u. Transformatorenfabrik Elmowa GmbH; **Osterholz-Scharmbeck:** E. Weber Ges. mbH; Heinr. Willms & Co. (GmbH & Co. KG); **Osterode am Harz:** Karl-Heinz Schliebs, Kaufmann, Wulften; **Pirmasens:** Exzellent Haar- u. Kosmetik-Studio GmbH; **Reutlingen:** Iris Gärtner; **Rosenheim:** Josef Hafner GmbH, Bauunternehmung, Mittenkirchen Gde. Bruckmühl; **Schwalmstadt:** Konrad Weppler, Nachfolger Irene Weppler, Schwalmstadt-Treysa.

Anschlußkonkurs eröffnet: Kassel: Roeder Druck GmbH.

Vergleich eröffnet: Stuttgart: Christian Kessel GmbH & Co. KG, Weil der Stadt.

Vergleich beantragt: Bremervörde: Manfred von Oesen, Gnarrenburg; **Hannover:** A & V Mietges. mbH.

Autoaktien im raschen Tempo

Börsenampeln zeigen wieder auf Grün

DW. – Die Belastungen, die am Mittwoch von der schwachen Wall Street und der lateinamerikanischen Schuldendiskussion ausgegangen waren, spielten am Donnerstag keine Rolle mehr. Wegen des knapp gewordenen Angebots zogen die Kurse der meisten Standardaktien deutlich an. Allerdings erreichte das Umsatzvolumen noch nicht wieder den früheren Rekordstand. Im Vordergrund standen Autoaktien. Private Gewinnschätzungen kommen für 1985 zu erstaunlichen Ergebnissen, durch die sich risikofreudige Anleger anregen ließen.

Im Vordergrund standen bei den Autoaktien diesmal BMW. Der Kurs lag hier um zeitweise mehr als 30 DM fester. Bei Daimler und Mercedes kam es zu Tagesgewinnen von rund 15 DM. Obwohl weltweit die Vorsicht gegenüber Bankaktien noch eher zugenommen hat, konnten sich die Kurse der deutschen Großbanken deutlich erholen. Ihnen kommt die sich im Tempo verschärfende Zinssenkung auf dem deutschen Kapitalmarkt entgegen, deren positive Konsequenzen sich vor allem in den hohen Rentenbeständen der Institute niederschlagen. Weiterhin „solider" Anstieg bei den Großchemieaktien. Im Chemiebereich fielen lediglich Schering mit einem Abschlag von vier DM aus dem Rahmen. Bei den Elektrowerten konzentrierte sich das Interesse mehr auf die marktengeren Werte. Deshalb erzielten Nixdorf- und PKI-Aktien überdurchschnittliche Gewinne. Zinsbedingt zugenommen hat die Anlagebereitschaft für Versorgungswerte.

Frankfurt: Um 5 DM höher notierten Aesculap, Chemieverwaltung verbesserten sich um 11,50 DM und Rütgers um 10 DM. Blaue Quellen und Heidelzement verminderten sich je um 5 DM. Dyckerhoff St. sanken um 7 DM.

Düsseldorf: Bonner Zement stiegen um 3 DM, Gerresheimer Glas um 3,50 DM und Audi NSu und Stinnes um 5 DM, Kabel + Metall und Kochs Adler sanken jeweils um 3 DM.

Hamburg: HEW lagen mit plus 0,50 DM gut behauptet und NWK-Vz. blieben unverändert. Um je 1 DM höher bewertet wurden Markt- und Kühlhallen und Bremer Vulkan. Holsten Brauerei stiegen um 5 DM.

Berlin: Herlitz St. verloren 9 DM und Herlitz Vz. büßten 4,50 DM ein. Detewe stiegen um 9,50 Dm, Kempinski um 5 DM und Berliner Bank um 3 DM.

München: Agrob St. legten 2 DM zu, Deckel AG stiegen um 5 DM und Leonische Draht konnten sich ebenfalls um 5 DM verbessern. Electro 2000 büßten 15 DM ein, Flachglas gaben um 1,50 DM nach und Zahnräder Renk sanken um 1 DM.

Stuttgart: Württembergische Cattun befestigten sich um 14 DM, Daimler stockten um 14 DM und mercedes um 13 DM auf. Kolbenschmidt stiegen um 3 DM, DLW verbesserten sichum 6 DM und Zeag Zement um 14 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 199,37 (196,87)
WELT-Umsatzindex: 3928 (2634)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		8.8.	7.8.
H	Aach M Bet. 10	1519	1445
H	Aach. M. Vers. 7	605	570
D	Aach. Rück. 9	2005	1995
D	Asea "4	460T	460T
M	Ack.-Gögg. 6	122	120,3bG
H	Adca 5	139G	138
D	Adler 9	305G	305G
F	Ad: 0	35bG	35
F	AEG-Telef. 0	179,5	179,5
D	AEG-Kabel 9	275G	276
S	Aesculap 9	430	432
F	AGAB 5	116,5	116,5G

		8.8.	7.8.
H	Br.H.Hypo 10+1	342G	340
Hn	Brsch.Jute *0	-B	1038
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	440bB	450B
H	Br. Vulkan 0	76,5	74,6
H	Br. Wolff. 7	164,8	164G
F	BBC 6	237	238
S	BSU Tervil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	119G	117,5bG
D	Buderus *12,6	370	370
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980bG
S	BgLBrh.Rav. *0	379G	379bG
S	Calw D. **18	715G	705G

		8.8.	7.8.
M	En. Oberfr. 6	279G	279G
M	En. Ostb. 6	215B	222B
H	Elbrob 0	85T	105T
B	Engelhardt 7	205G	205G
D	Enka 7,5	310	309
M	Erlus 12,5	335bB	335bG
M	Erste Kulmb. 9	1250G	1250G
S	esbi *0	8,45	8bG
S	Essl. Masch. *6	430bG	440bG
M	Esterer **10	555G	555G
D	Forb. Liqu. RM 0	8,5	8,25
F	Flachglas 9	234,5	232
D	Ford *19,36	840T	840T
B	Forst. Ebn. *4 %	4800T	4900T

		8.8.	7.8.
S	Hohner *6	182	180bG
H	Holsten-Br. 6	245	240
F	Holzmann 10+1	455	449
D	Horten 6	182	180,5
B	Hw. Kayser *12	260G	260G
D	Hussel 8	340	329
M	Hutschenr. 9+1	259	258bG
H	Hypo Hbg. 10+2,5	485	475
D	IKB 7,5	208,8	208,2
S	IWKA 5	284	280
M	Isar-Amper 7,5	337	337
D	Isenbeck 4,75	170T	173T

Auslandische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	8.8.	7.8.
Control Data	26,625	26,5
CPC Int	42,625	42,5
Curtiss Wright	35,75	35,75
Deere	29,75	29,625
Delta Airlines	49	48,625
Digital Equipm.	102	101,375
Dow Chemical	36	35,875
Du Pont	60	59,75
Eastern Gas-Fuel	22,875	22,625
Eastman Kodak	45,25	45
Exxon	50,875	50,5
Firestone	20,375	20,25
Fluor	17,25	17,125
Ford	44,875	44,375
Foster Wheeler	13,625	13,5
Fruehauf	–	25,125
GAF Corp.	30,75	30,175

	8.8.	7.8.
Newmont	44,125	43,875
PanAm World	7,75	7,375
Pfizer	48,25	47,75
Phibro	41,625	41,375
Philip Morris	84	83,875
Phillips Petroleum	12,5	12,5
Pittston	12,375	12,25
Polaroid	32,125	31,875
Prime Computer	19,25	19,25
Procter & Gamble	56,625	57
RCA	43,375	45
Revlon	47	41,875
Reynolds Ind.	28,75	28,625
Rockwell Int.	40,625	40,575
Rorer Group	34	34,25
Schlumberger	37,625	37,5
Sears, Roebuck	35,25	35,125

Toronto

	8.8.	7.8.
Bk. of Nova Scotia	13,625	13,625
Bell Cda Enterprises	42,5	42,5
Bluesky Oil	3,4	3,4
Bow Valley Ind.	14,75	14,5
Brenda Mines	–	9,375
Brunswick M & Sm.	–	15
Cdn. Imperial Bk.	35,625	35,375
Cdn. Pacif. Enterpr.	27	27
Cdn. Pacific Ltd.	18,625	18,625
Cominco	13,625	13,625
Conwest Res.	2,85	2,85
Denison Mines	13,75	13,75
Dome Petroleum	2,77	2,72
Domtar	20,25	20,125
Falconbridge Ltd.	20,875	21
Great Lakes Forest	–	20,625
Gulf Canada	19,75	19,5
Gulfstream Res.	1,17	1,11

London

	8.8.	7.8.
Barclays Bank	372	377
Beecham	333	338
Bowater	308	305
B.A.T. Industries	310	306
Br. Leyland	35	35
British Petroleum	534	541
BTR	328	330
Burmah Oil	280	282
Cadbury Schweppes	140	138
Charter Cons.	173	175
Cons. Gold. Fields $	4,24	4,04
Cons. Murchison	325	325
Courtaulds	129	129
De Beers $	4,6	4,48
Distillers	281	280
Driefontein $	18,5	17,75

Mailand

	8.8.	7.8.
Italgas	1630	1649,5
Magneti Marelli	2054	2043
Mediobanca	118870	128000
Mondadori A.	2345	2390
Montedison	2085	2095
Mira Lanza	34200	34200
Olivetti Vz.	5339	5339
dgl. St.	6400	6280
Pirelli SpA	3100	3110
La Rinascente	867	870
RAS	98700	99200
SAI Risp.	17510	17800
SIP	2770	2575
Snia Viscosa	3380	3400
STET	3345	3360
Index	365,41	365,59

Wien

	8.8.	7.8.
Creditanst.-Bkv.Vz.	325	330
Gösser-Brauerei	500	514
Länderbank Vz.	335	335
Österr. Brau AG	480	480
Perlmooser	568	568
Reininghaus	841	848
Schwechater Br.	302	316
Semperit	120	115
Steyr-Daimler-P.	170	172
UniversaleHochTief	270	278
Veitscher Magnesit	560	540
Index	95,96	95,42

Tokio

	8.8.	7.8.
Tokio Marine	850	865
Tokyo El. Power	1990	1960
Toray	492	499
Toyota Motor	1170	1180
Index	1002,80	1005,35

Kopenhagen

	8.8.	7.8.
Den Danske Bank	372	376
Jyske Bank	790	795
Kopenh. Handelsbk.	337	342
Novo Industri	343	347
Privatbanken	342	344
Ostasiat. Komp.	245	245
Dan. Sukkerfabr.	480	490
For. Bryggerier St.	945	950
Kgl. Porc. Fabr.	330	325

Brüssel

	8.8.	7.8.
Arbed	1695	1700
Brux. Lambert	1885	1890
Cockerill Ougrée	215	217
Ebes	2875	2880
Gevaert	3825	3950
Kredietbank	8900	–
Petrofina	5700	5690
Soc. Gén. d. Belg.	1780	1785
Sofina	7220	7230
Solvay	4455	4435
UCB	4995	4985
Index	2304,64	2305,15

Hongkong

	8.8.	7.8.
Swire Pac. + A +	24,8	25,2
Wheelock + A +	–	–

Singapur

	8.8.	7.8.
Cycle + Car.	–	5,44
Cold Storage	2,45	2,65
Dev. Bk. of Sing.	5,2	5,3
Fraser + Neave	5,65	5,6
Kl. Kepong	2,41	2,38
Mal. Banking	–	5,7
Nat. Iron	2,25	2,28
OCBC	8,25	8,35
Sime Darby	1,9	1,89
Singapur Land	2,34	2,35
Un. Overs. Bank	–	5,64

Sydney

	8.8.	7.8.
Brok. Hill Prop.	4,76	4,72
Coles	3,8	3,8
CRA	5,8	5,78
CSR (Theiss)	3,28	3,28
Metals Expl.	0,47	0,5
MIM-Holdings	2,64	2,7
Myer Emporium	3,25	3,25
North Broken Hill	2,38	2,32
Oakbridge	1,18	1,15
Peko Wallsend	4,7	4,68
Poseidon	4,15	4,15
Thomas Nat. Tr.	2,25	2,22
Waltons Bond	0,4	0,4
Westpacific Banking	4,85	4,82
Western Mining	4,12	4,12
Woodside Petr.	1,28	1,5
Index	955,10	951,80

Optionshandel

Frankfurt: 08. 08. 85
1698 Optionen = 95100 (96750) Aktien
davon 546 Verkaufsoptionen = 27850 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-130/6,9, 10-150/1,6, 1-130/12,5, 1-140/6,5, AGIV 1-350/17,6, BASF 10-191/23, 10-200/28, 10-201/21, 10-211/14, 10-220/10,6, 10-220/5,7, 10-240/3,4, 10-250/2,8, 1-220/20, Bayer 10-200/27,8, 10-220/11,2, 10-230/6, 10-240/3,5, 10-241/2,5, 10-250/2,1, 1-220/20, BMW 10-430/14,4, 10-460/4,5, 1-460/15, Bay. Vereinsbk. 1-420/15, Commerzbk. 10-197,75/21, 10-207,75/14, 10-210/12, 10-220/9, 10-230/6,8, 10-240/4, 1-191,75/39, Conti 10-160/3, 1-150/13,9, 1-170/5,2, Daimler 1-680/70, 1-950/28,2, Dt. Babcock St. 1-170/7, 4-170/14, Deutsche Bk. 10-600/9, 1-580/40, Dresdner Bk. 10-212,5/60, 10-230/42, 10-232,5/40,3, 10-250/28,7, 1-250/35, Hoechst 10-201/23, 10-220/7,3, 10-230/4,2, 10-240/3,5, 10-250/1,8, 1-220/15,6, Hoesch 10-100/13, 10-110/3,15, 10-120/2,9, 10-130/1,5, 1-110/14, Klöckner 10-60/8, 1-65/4,4, Lufthansa St. 10-205,5/15, Mannesmann 10-156/35, 10-176/20, 10-198/14,6, 10-190/11,4, 10-211/3, 1-166/35, Nixdorf 1-600/15, 4-600/29, RWE St. 10-190/7,7, 1-170/19,4, Schering 1-500/10, 4-500/11, Kali + Salz 10-292/8,2, Siemens 10-550/28,4, 10-570/15, 10-590/9, 10-600/7, 10-620/4,9, 1-570/35, Thyssen 10-93,25/22, 10-110/15, 10-120/7,2, 10-130/3,2, 10-140/1,3, 1-110/20, 1-116,25/11,8, Veba 10-190/45, 10-200/38, 10-220/10, 10-230/14,8, 10-210/6, 1-220/18,4, 1-240/10, 1-250/7,85, 1-250/5,2, 1-270/3, VW 10-275/45, 10-285/35, 10-290/35, 10-300/30, 10-305/12,5, 10-310/21, 10-320/15,6, 10-330/10, 10-340/8,1, 1-245/78, 1-275/54,9, 1-290/51,25, 1-300/38, 1-310/33, 1-320/30, 1-330/23,9, Alcan 4-85/6,6, Norsk Hydro 1-85/4,4, 1-40/2, Philips 10-45/1,5, 1-40/8, 1-45/3,1, 1-50/1,35, Sony 4-50/3, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-120/2, 1-110/1,1, BASF 10-210/2, 10-220/4,5, 1-210/2,8, Bayer 10-210/1,4, 10-220/4,8, 1-210/2, BMW 10-400/5,7, 10-410/12,4, Bay. Vereinsbk. 1-380/3, Commerzbk. 10-200/1,5, Conti 10-150/4, Daimler 10-820/9, 10-830/11, 10-850/14, 1-800/7,9, Deutsche Bk. 10-530/4, 1-520/6, 1-530/7, 1-540/10, Dresdner Bk. 10-280/5, 1-250/7, 1-280/10,5, Hoechst 10-210/1,65, 10-220/3, 1-210/3, Hoesch 10-110/2, 1-110/2,2, Kaufhof 10-280/3,4, Klöckner 10-60/2,5, 1-55/2, Lufthansa Vz. 4-200/4,4, Linde 10-480/7, 1-480/12, Mercedes 10-730/9, Mannesmann 10-180/1,5, 10-190/4, 1-190/5, Siemens 10-500/1,5, 10-500/3, 10-510/2, 10-550/11, 1-500/3, 1-520/7, Thyssen 10-120/3, 1-110/1,15, 1-120/4, Veba 10-220/3, 10-230/3,6, VW 10-280/1,5, 10-290/3, 10-310/5, 10-320/9,4, 1-260/1,5, 1-280/4,95, Alcan 4-75/4,9, General Motors 4-200/11, Litton 1-250/33, Norsk Hydro 10-35/1,1, Xerox 1-150/9,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾–8	4½–4¾	4½–4¾
3 Monate	8–8¼	4½–4¾	4½–4¾
6 Monate	8⅛–8⅜	4¾–5	4⅝–4⅞
12 Monate	8¼–8½	4⅞–5⅛	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1315,00	1681,50
10 US-Dollar (Indian)**	1265,00	1530,10
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	211,75	264,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	208,75	260,78
20 belgische Franken	161,75	212,00
10 Rubel Tscherwonez	219,25	277,31
2 südafrikanische Rand	205,25	255,65
Krüger Rand, neu	916,00	1084,14
Maple Leaf	930,75	1100,96
Platin Noble Man	810,00	963,30
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,25	271,61
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,25	231,71
20 franz. Franken „Napoléon"	173,75	226,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	861,75	1046,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	170,25	216,69
10 österr. Kronen (Neuprägung)	88,50	117,99
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	398,75	488,78
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	93,60	128,62

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8.8.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4])	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,8333	2,8413	2,8162	2,78	2,88
London[1])	3,840	3,854	3,784	3,77	3,92
Dublin[1])	3,114	3,128	3,075	3,021	3,160
Montreal[3])	2,0780	2,0860	2,0601	2,04	2,14
Amsterd.	88,865	89,065	88,600	86,780	90,770
Zürich	120,94	121,14	121,10	119,75	122,50
Brüssel	4,941	4,961	4,888	4,79	4,90
Paris	32,655	32,815	32,125	32,00	33,75
Kopenh.	27,620	27,740	27,410	25,925	28,165
Oslo	33,975	34,095	33,395	33,25	35,00
Stockh.**)	33,710	33,870	32,885	32,75	34,50
Mailand[2])**)	1,4920	1,5020	1,4625	1,46	1,56
Wien	14,212	14,253	14,179	14,13	14,35
Madrid**)	1,700	1,710	1,645	1,68	1,83
Lissabon**)	1,680	1,700	1,502	1,25	2,05
Tokio	1,1905	1,1925	–	1,15	1,21
Helsinki	47,010	47,210	46,185	46,00	48,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,119	2,167	–	1,80	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,996	2,015	–	1,86	2,06
Johannbg.*)	1,324	1,342	–	1,00	1,35

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar
[4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar wurde am 8.8. zu rückläufigen Kursen gehandelt, wozu die Besserung des Pfund-Kurses und auch der mit Erleichterung aufgenommene bisher günstige Verlauf der Auktionen des US-Schatzamtes beitrugen. Darüber hinaus richtete man sein Augenmerk schon verstärkt auf den Reigen neuer Wirtschaftsdaten, der kommende Woche mit den Einzelhandelsumsätzen beginnt. 2,85 wurde knapp gestreift. Am Nachmittag schloß man bei 2,8350. Die amtliche Notiz lautete 2,8373. Das Englische Pfund erholte sich um 5 Promille auf 3,847. Minuskorrekturen überwogen bei den übrigen Währungen. Etwas überraschend fiel der FF auf 32,735, die niedrigste Notiz seit dem 22.4. dieses Jahres. US-Dollar in: Amsterdam 3,1890; Brüssel 57,2000; Paris 8,6690; Mailand 1896,00; Wien 19,94,60; Zürich 2,3441; Ir. Pfund/DM 3,121; Pfund/Dollar 1,3599; Pfund/DM 3,847.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7.8.: In D-Mark 2,22846 (Parität 2,24184); in Dollar 0,77979 (13. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 8.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

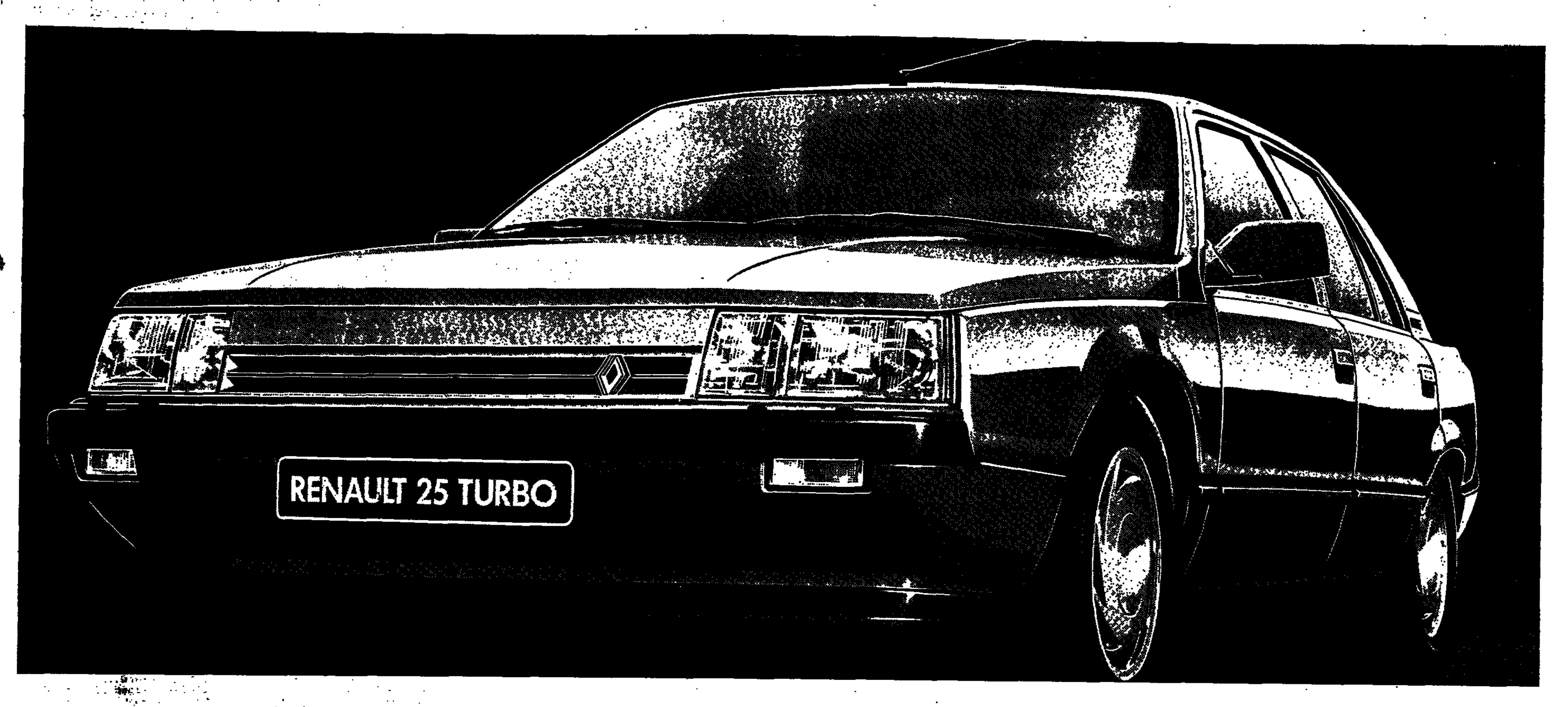
Nach Bekanntgabe des Anschluß-Zinstenders zum Mindestbietungssatz von 4,6 Prozent kam es am 8. August zu einer Befestigung der DM-Zinssätze und damit verbunden zu einer Verringerung der Dollar-Termin-Deports gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,66–0,76	[illegible]	[illegible]
Pfund/Dollar	0,41–0,39	[illegible]	[illegible]
Pfund/DM	3,00–1,60	7,30–[illegible]	12,3–10,9
FF/DM	27–11	[illegible]	125–107

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8.8.: Tagesgeld 4,50–4,50 Prozent; Monatsgeld 4,65–4,80 Prozent; Dreimonatsgeld 4,85–4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 8.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8.8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,25 (5,[illegible]) – 6,90 (6,77) – 7,00 (5,90) – [illegible] (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,[illegible]) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,[illegible]) – [illegible] – 8,50 (6,74). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,71, 2 Jahre 5,53. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,40, Rendite 6,40.

Harmonie auf Höchster Ebene.



Turbo-Kraft und ABS-Sicherheit.

Turbo

Renault empfiehlt elf Motorenöle

RENAULT 25 V6 Turbo. Automobile Intelligenz.

Im Renault 25 V6 Turbo dürfen Sie hohe Ansprüche an die aktive Leistungsfähigkeit eines Automobils stellen. Das serienmäßig eingebaute und elektronisch gesteuerte Antiblockiersystem von Bosch und 133 kW (181 PS) des modernen V6 Leichtmetall-Triebwerks sind Voraussetzungen dafür, sich sicher, verantwortungsvoll und souverän im Verkehr zu bewegen.

Das elektronische Einspritzsystem des Turbo-Triebwerks ist kennfeldgesteuert. Ein Mikrocomputer errechnet bei jeder Umdrehung den jeweils bestmöglichen Zündzeitpunkt. Das Ergebnis: Verbrauch, Emission und Leistungsentwicklung des Motors werden in jedem Drehzahlbereich optimiert.

Das faszinierende Motorenkonzept ist ein überzeugender Schritt zur Optimierung automobiler Leistungsfähigkeit und aktiver Sicherheit. Sie wird erreicht durch das Hochleistungs-Bremssystem ABS. Es sichert in Verbindung mit dem frontangetriebenen, sportlichen Fahrwerk in jeder Situation die Bodenhaftung aller vier Räder.

Im Innenraum setzt innovative Elektronik neue Maßstäbe für Sicherheit und Komfort. Serienmäßig entlasten der Bordrechner und das sprechende Kontrollsystem den Fahrer und schaffen somit Freiraum für souveräne Konzentration auf das Verkehrsgeschehen. Serienmäßig elektrische Fensterheber für alle Seitenscheiben, elektrisch verstellbare Sitze vorn und der beispielhaft variable Innenraum zeigen unmißverständlich das hohe Komfort-Niveau dieses eigenständigen Automobil-Konzeptes.

Detaillierte Informationen zum Renault 25 V6 Turbo erhalten Sie unter Tel.: 0 22 32/7 32 13. Oder schreiben Sie uns mit beigefügtem Coupon.

Ja, ich möchte mehr über die Renault 25 V6 Turbo-Kraft und das serienmäßige ABS wissen.

Welt 5

Name: ____________________

Straße ____________________

PLZ/Wohnort: ____________________

Schicken Sie bitte diesen Coupon mit Ihrem Namen und Adresse an die Deutsche Renault AG, Kölner Weg 6-10, 5040 Brühl 1

RENAULT

Stehplätze in der Meeresbrandung, Tennis auf Hochhausdächern: Wie Japaner ihre Freizeit verbringen

Das Fest der Ahnen sorgt für verstopfte Straßen

Japaner reagieren meist mit großem Erstaunen, wenn sie hören, daß viele Europäer einen vier- bis fünfwöchigen Sommerurlaub machen. Manch einer erklärt schlichtweg, das sei doch ein Scherz. Versichert man, daß dies durchaus der Wahrheit entspricht, wird oft lakonisch kommentiert, darin liege wohl der Niedergang der europäischen Wirtschaft begründet.

Mit Urlaub sieht es, gemessen an unseren Ansprüchen, im Land der aufgehenden Sonne wirklich nicht rosig aus. Dieses Jahr zum Beispiel erhalten japanische Arbeitnehmer durchschnittlich zwischen 4,4 und 7,1 Urlaubstagen. Ferien – das bedeutet für die Söhne und Töchter Nippons Reisen in hoffnungslos überfüllten Zügen oder stundenlanges Warten in kilometerlangen Verkehrsstaus. Das hauptsächliche Merkmal japanischer Ferien sind jedoch riesige Menschenmengen, die geduldig auf Einlaß in die Vergnügungsstätten warten. Die glücklicheren – und wohlhabenderen – Japaner verbringen ihren Urlaub in Übersee.

Sommerferien gibt es gewöhnlich im August. Ein paar Tage vor dem 15. August, an dem „Obon" gefeiert wird, das Fest der Ahnen, herrscht auf den japanischen Straßen das größte Verkehrschaos des Jahres, verursacht vom Massenexodus Millionen Japaner, die wegen der Feierlichkeiten in ihre Heimatstadt fahren. Stoßstange an Stoßstange stehen die Autos über eine Länge von zehn bis 15 Kilometern, und die Fahrer brauchen mehrere Stunden für eigentlich kurze Entfernungen. Es nützt auch nichts, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen: In den Zügen fahren dreimal so viele Japaner, wie die Wagen eigentlich transportieren können.

Obwohl zu dieser Zeit auch die Schulen ihre Pforten schließen, verbringen die Mütter mit ihren Kindern nur selten mehrere Wochen hintereinander an der See oder auf dem Lande.

Freizeit – ZDF, 16.30 Uhr

Die Ferien für die ganze Familie dauern nur so lange wie die des Familienvorstands. Nach diesen vier bis sieben Tagen muß sich die restliche Familie mit Tagesausflügen von zu Hause aus begnügen. Zwar verbringt der japanische Ehemann nur einen geringen Teil seiner Freizeit zu Hause; nichtsdestoweniger erwartet er von seiner Frau, daß sie ihn daheim erwartet, wenn er spät in der Nacht von Barbesuchen mit Geschäftsfreunden zurückkehrt.

Die Urlauber strömen in Scharen in die Badeorte oder andere touristisch attraktive Gegenden. Viele von ihnen kommen in Charterbussen. Am Ziel angelangt, folgen sie den flaggenbewehrten Führern zu den Sehenswürdigkeiten – und in die Andenkenläden, wo sie die Regale leerräumen.

Während der drückenden Sommerwochen verzeichnen die Strände Rekord-Besucherzahlen. Zwischen 100 000 und 800 000 Schwimmer versammeln sich an einem Badeort, wo sie allerdings nur einen Stehplatz im Wasser ergattern können. Urlauber, die im Sand liegen, um möglichst schnell braun zu werden – auch in Japan möchte man damit die Kollgen neidisch machen –, gelten in der Regel als „Verkehrshindernis".

Aber auch in den öffentlichen Schwimmbädern ist die Situation nicht besser. Der beliebte Toshimaen-Park in Tokio bietet seinen Besuchern zwar mehrere Schwimmbecken an – allerdings kann man darin nur in eine Richtung schwimmen, um Zusammenstöße mit den übrigen 49 999 Badegästen zu vermeiden.

Auch das Bergsteigen findet immer mehr Anhänger. Mindestens einmal im Leben muß man auf dem Fujijama gewesen sein. Das ist für die Japaner so etwas ähnliches wie eine Pilgerfahrt für Moslems nach Mekka. Während der rund zweimonatigen Bergsteiger-Saison im Sommer klettern täglich rund 13 000 Leute auf den Gipfel des heiligen Berges. Auch der Tanigawadake-Berg zieht die Abenteuerlustigen an. Etwa 610 000 Leute erklimmen jährlich den 1963 Meter hohen Berg, der mit seinen dreizehn Wänden als der gefährlichste Berg Japans gilt.

Golf, Tennis, Surfen und Tauchen oder Skifahren sind andere Vergnügen, denen die Japaner in ihrer Freizeit nachgehen. Praktisch an diesen Sportarten ist, daß man sie ausüben kann, ohne weite Strecken fahren zu müssen. Golfplätze finden sich in fast allen Städten Japans. Auf einem dreistöckigen Platz in Tokio können gleichzeitig 155 Golfer spielen. Das Feld ist mit Maschendraht eingezäunt, damit Spaziergänger nicht von verirrten Bällen getroffen werden. Tennisplätze werden in immer größerer Zahl auf den Dächern von Hochhäusern eingerichtet, und die Surfer können ihrem Vergnügen in Swimmingpools frönen, in denen künstliche Wellen erzeugt werden.

Selbst Skifahrer brauchen im August nicht sehnsüchtig auf den Winter zu warten: In einem Vorort von Tokio gibt es ein Hallen-Skicenter mit einer 350 Meter langen und 30 Meter breiten Abfahrtsbahn, die jeden Tag mit 530 Tonnen zerstoßenem Eis für Abfahrten gerüstet wird. Doch in diesem Jahr kommt zu alledem noch eine weitere Attraktion hinzu: die Weltausstellung „Expo '85", die rund 100 000 Besucher täglich anlockt. Damit wäre Disneyland endgültig auf den zweiten Platz verwiesen.

EDWIN KARMIOL

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Schwimm-EM
10.50 Der große Preis
12.10 Telemotor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.00 Lord Peter Wimsey
Mord braucht Reklame
Letzte Folge der Kriminalgeschichte nach dem Roman von Dorothy L. Sayers
16.00 Tagesschau
16.10 Wo die Lilien blühen
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Regie: William A. Graham
Seit über 20 Jahren lebt die Familie Luther in einem abgelegenen Tal der Great Smoky Mountains. Mittlerweile ist die Mutter tot, und Vater Roy kümmert sich allein um seine vier Kinder. Als auch er stirbt, versuchen die vier, seinen Tod zu verheimlichen, um nicht in einem Waisenhaus zu landen.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Fremde Bettgesellen
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Rock Hudson, Gina Lollobrigida, Gig Young u. a.
Regie: Melvin Frank
21.55 Gott und die Welt
Kirche im Sozialismus
Zum Beispiel Greifswald
Anläßlich des 500. Geburtstags des Reformators Johannes Bugenhagen begab sich Angelika Schmidt-Biesalski auf Entdekckungsreise in das kirchliche Leben der „DDR".
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Moment mal
Die ARD-Redezeit – Heute aus München
„Leihmütter"
Anschl. Tagesschau

ZDF

14.50 heute
14.55 Immer dieser Michel
1. Folge: Michel in der Suppenschüssel
Film nach einer Erzählung von Astrid Lindgren
16.30 Freizeit
... in anderen Ländern: Japan
Bericht von Detlef Sprickmann
17.00 heute
17.10 Hollywood-Klassiker
Circus
Amerikanischer Spielfilm (1926)
Mit Charlie Chaplin u. a.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Jugoslawien: Titos Insel für Touristen / Japan: Die Überlebenden von Nagasaki / Japan: Widerstand auf Okinawa
Moderation: Horst Kalbus
20.15 Agatha Christie
Das Geheimnis der Agatha Christie
Fernsehfilm mit Dustin Hoffman, Vanessa Redgrave u. a.
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Studiogast: Dieter Hildebrandt / Porträt der Geigerin Victoria Mullova / Filmverlag Futura / Neue Mode für den Mann
Moderation: Manuela Reichert
22.45 Die Sport-Reportage
U. a. Schwimm-EM in Sofia
23.30 Die Hunde
Französischer Spielfilm (1980)
Mit Gérard Depardieu u. a.
Regie: Alain Jessua
1.05 heute

III.

WEST

12.00 Sport extra
Tennis-Grand-Prix-Turnier in Kitzbühel, Viertelfinale
18.30 Neues von der Katze mit Hut (1)
Tumult um den Zappergeck
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport und Wochenendwetter und „Blickpunkt Düsseldorf"

NORD

18.30 Neues von der Katze mit Hut (1)
19.00 Sie – er – Es
Große Kinder, große Sorgen
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Deutschland (5)
Bayern

HESSEN

18.30 Neues von der Katze mit Hut (1)
19.05 Rumpole von Old Bailey
... und die gescheiterte Scheidung
Mit Leo McKern u. a.

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Cousteau – Abenteuer Amazonas (5)
Das Vermächtnis einer versunkenen Welt
21.00 Winston Churchill (5)
Die Gefahr aus der Luft
21.55 III nach neun
Mit dem Bundesanwalt Manfred Bruns, Hildegard Hamm-Brücher (FDP) u. a.
Moderatoren: Lea Rosh, Dagobert Lindlau und Günther Nenning
0.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

12.00 Tennis-Grand-Prix-Turnier in Kitzbühel, Viertelfinale
16.00 Kapitän Seekrank
Englischer Spielfilm (1957)
Mit Alec Guinness u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Jazz in Concert
20.15 Mikrokosmos (2)
Welt und Antiwelt
20.45 Science Report
21.00 Barocke Zeiten
4. Folge: Borromini und Rom
21.30 Keiner macht, was er soll, jeder macht, was er will, aber alle machen mit
22.15 Wheels – Räder (2)
23.05 Ohne Filter
0.05 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bergauf – bergab
19.45 Smileys Leute (1)
20.45 Agent in eigener Sache
21.30 Rundschau
21.45 Heut' abend ...
22.30 Nix für ungut!
22.35 Sport heute
22.50 Z. E. N.
22.55 Der Maler und sein Modell
23.40 Rundschau
23.45 Der Don ist tot
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Anthony Quinn u. a.

KRITIK

In die Heimat zurückgeschwommen

Da werden aus Konkurrenten Freunde, aus erbitterter Feindschaft entwickelt sich Zuneigung – und währenddessen blickt der gelangweilte Zuschauer immer wieder auf die Uhr, wann **Der Grieche** (ZDF) denn nun endlich abreise und somit diesem sowjetischen Jugendfilm ein Ende bereite. Dabei wurde ein guter Stoff regelrecht verschenkt. Denn die Konflikte zwischen rivalisierenden Jugendlichen, der Kampf um Selbstbehauptung in der hierarchischen „Gang-Struktur", die innere Zerissenheit eines Jungen, der sich in der Fremde und nicht in seiner Heimat zuhause fühlt, hätten fesselnd aufgearbeitet werden können.

Wirr, das Ganze, denn würde die Fernsehzeitschrift es nicht kundtun, wüßte man überhaupt nicht, daß der Film in der Sowjetunion spielt; und daß dort Griechen leben, die ihre Heimat aus politischen Gründen verlassen haben, wird gar nicht erklärt. Ebensowenig trugen die immer wieder eingestreuten ideologischen Phrasen zum Verständnis des Films bei. Ganz zu schweigen von der Darstellung, die aufgrund ihrer Laienhaftigkeit diesen Fehler auch nicht wettmachen konnte.

Sicher zeigt „Der Grieche" durch das tragische Ende – der vom Vater zur Rückkehr in die Heimat gezwungene Junge versucht zurückzuschwimmen und kommt dabei ums Leben – ein für die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht unbedeutendes Phänomen auf: Heimat bedeutet mehr als die Zugehörigkeit zu einer Nation. Für den jungen Janguli, der das „Hellados" (Grieche) so stolz auf seiner Brust trägt, bedeutet es die Verbundenheit mit seinen Freunden, das Leben in der kleinen Hafenstadt, in der er aufgewachsen ist.

Das ZDF hat bei der Auswahl zu seiner Reihe „Der internationale Jugendfilm" mit diesem sicher keinen glücklichen Griff getan. Mit trägen Filmen ohne jeglichen Höhepunkt kann der aktionsgewöhnten jungen Generation sicher kein anspruchsvoller Stoff nahe gebracht werden.

MARTINA SCHLINGMANN

STUDIO

Die „Tagesschau" um 20.00 Uhr ist nach wie vor die am meisten gesehene **Nachrichtensendung**. Die jüngsten Ergebnisse der Nürnberger GfK-Fernsehforschung zeigen, daß die ARD-Nachrichten an einem durchschnittlichen Wochentag des ersten Halbjahres 1985 in 28 Prozent aller Haushalte eingeschaltet waren, wobei jede Sendung von etwa 9,4 Millionen Zuschauern gesehen wurde. Die „heute"-Nachrichten des ZDF um 19.00 Uhr lagen bei 23 Prozent oder 7,17 Millionen Zuschauern. Die „Tagesthemen" der ARD um 22.30 Uhr sahen regelmäßig 4,9 Millionen; beim „heute-journal" um 21.45 Uhr schalteten sieben Millionen Zuschauer den Mainzer Kanal ein. dpa

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
Überfall in der Wüste
15.00 Siehste!
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Dreimal Zwillinge
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Die tote Stadt
18.00 Betty Boop
Märchenhaftes und Menschliches oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 BRAVO TV
Show für Teenager
19.40 Land-Krankenhaus Wandin Valley
Die Wahrheit
20.30 M – Ein Männermagazin
Bericht über einen Flugkapitän / „Ultralight"-Fluggeräte
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 BUNTE Talkshow
Thema: Selbsterfahrungsgruppen – Selbsthilfegruppen
23.15 APF blick:
Letzte Nachrichten
23.30 Chicago 1930
Die Nick Moses Story
0.20 Die größten Gauner weit und breit
Englischer Spielfilm (1969)
Mit Richard Attenborough u. a.
Regie: Silvio Narizzano

3SAT

18.00 Die Taube – verfolgter, heiliger Vogel
Beobachtungen von Uta Karl
19.00 heute
19.30 Zur Sache
Politisches Magazin
20.30 Alle Hunde lieben Theobald
Amadeus und der Clown
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 Tagebuch
Aus der evangelischen Welt
21.45 Ungarische Zigeunermusik
Dokumentation von Stephan Vajda
22.45 auslandsjournal
23.30 3SAT-Nachrichten

Software für Kakerlaken

A. W. – Daß Tiere von der Technik nicht nur vertrieben und ausgerottet, sondern oft auch von ihr angezogen werden, hat sich im Laufe der Zeit herumgesprochen. Einige Arten sind längst versierte Großstadt- oder zumindest Stadtparkbewohner geworden, so neben den unvermeidlichen Ratten auch Fuchs und Waschbär, Turmfalke und Waldkauz, Kaninchen und Kojote. Die Leuchtreklamen der Luxusgeschäfte werden von den Spatzen gern als Nistgelegenheiten benutzt, Steinmarder finden ein herrliches Vergnügen daran, Autobremsschläuche durchzunagen, Mäuse fahren auf dem Dach der Expreßfahrstühle in die höchsten Höhen der Wolkenkratzer, um im Penthaus ihr Standquartier aufzuschlagen.

Jetzt kommt aus New York die Nachricht, daß die dort in unzähligen Völkern lebenden Kakerlaken auf geradezu magische Weise von Computern angezogen werden. Weit davon entfernt, die summende Glätte und das sekundenschnelle Funktionieren dieser Anlagen unheimlich zu finden, haben die zwar harmlosen, aber lästigen und wenig repräsentativen Tierchen im Gegenteil ein großes Zutrauen zu ihnen gefaßt. Die gleichmäßige, heimelige Temperatur, die die Monitore ausstrahlen, vermittelt Nestwärme, und die vielen Frühstückskrümel, die Programmierer und andere Softwarespezialisten zurücklassen, sind eine willkommene Nahrungsquelle, von der nach Dienstschluß ungestört Gebrauch gemacht werden kann.

Für den beflissenen Kulturkritiker hat das alles etwas ungemein Tröstliches. Ganz abgesehen davon, daß nun wieder für viele Kammerjäger die Arbeitsplätze gesichert sind – der Entwicklung kommt auch grundsätzliche Bedeutung zu. Computer und Kakerlake: Erdgeschichtliche Vorzeit meldet da ihren Platz an im Silicon Valley, und erst dadurch wird die Moderne wirklich zur Postmoderne.

Polnische Schriftsteller

„Zionisten und Bonner Lakaien"

In Polen geraten jene Schriftsteller, die dem nach der Ausrufung des Kriegsrechts von der Partei gegründeten „neuen" Schriftstellerverband aus prinzipiellen Erwägungen fernbleiben, immer mehr unter Druck. Publizistisch ist in den letzten Wochen eine regelrechte Kampagne gegen sie entfesselt worden, die von der Krakauer Wochenzeitung „Zycie Literackie", dem Verbandsorgan eben jenes neuen Schriftstellerverbandes, angeführt wird.

Die Zeitschrift schreckt dabei auch vor der Schürung antisemitischer Affekte nicht zurück. Unlängst schrieb sie über eine „zionistische Freimaurerloge" unter Polens Literaten, die von Jan Jozef Lipski angeführt werde, dem bekannten Historiker aus dem Umkreis des Arbeiterkomitees KOR. Der „Loge" sollen u. a. auch die katholischen Autoren Wladyslaw Bartoszewski und Stefan Kisielewski nahestehen.

Ein weiterer gern verwendeter Vorwurf gegen die unabhängigen Schriftsteller ist der des „Philogermanismus", der besonders jene trifft, die sich für ein sachliches politisches Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland einsetzen oder, wie etwa Bartoszewski und Kisielewski, die Bundesrepublik aus eigener Anschauung gut kennen. Gegen eine öffentlich bekundete „DDR"-Liebe hat „Zycie Literackie" natürlich nichts einzuwenden. Lipski, Kisielewski und Bartoszewski aber werden bezichtigt, „unermüdliche Propagandisten" der Bonner Ostpolitik zu sein. Insgeheim besäßen sie schon die „deutsche Volksliste, freilich nicht die der Deutschen Demokratischen Republik".

Unter schwerem Beschuß stehen Autoren, die auf Dauer oder mit einem langfristigen Visum in der Bundesrepublik leben, zum Beispiel Piotr Pawel Ursyn. Er wird – den Begriff entnahm man der NS-Besatzungsmottenkiste – als „Leistungspole" zugunsten Bonns apostrophiert. Er mißachte die wahre „Polen-Liebe" eines Bruno von Querfurt, eines Fontane, einer Bettina von Armin, verkaufe sich und seine sozialistische Heimat ungeniert an Bonn.

Der Name des Pamphletisten unter dem Anti-Ursyn-Elaborat lautet Pawel Krzyzan. Er war bisher im polnischen Literaturleben unbekannt. Beobachter der Szene vermuten, daß es sich um einen Debütanten handelt, der durch derartige Kärrnerdienste für die „Kommunisten in Uniform" bekannt werden und eine gute Stellung im neuen Schriftstellerverband erringen möchte. Dabei fehlt es diesem Verband immer noch an zugkräftigen, überzeugenden Namen. Ob sich das durch die Kampagnen von „Zycie Literackie" ändern wird, kann mit gutem Grund bezweifelt werden.

JOACHIM G. GÖRLICH

Was ist und wohin steuert der „New Jazz"?

Klein und jung, aber große Pullis

Die bisherigen Verbindungen von Pop und Jazz gingen immer recht unglücklich aus. Sei es der Jazz-Rock zu Anfang der siebziger Jahre, der eigentlich nur die gängigsten Vorurteile über die beiden Musikrichtungen bestätigte („Rock ist es, wenn es laut und hirnlos ist, und Jazz ist es, wenn jeder ein anderes Stück spielt!"), oder sei es der No-Wave-Funk-Jazz, der im wesentlichen auf einem durchgehenden Tanzbeat und der korrekten Aussprache von „Ornette Coleman" basierte – das Ergebnis war jeweils nur die Weigerung, mit einem Solo vor der Auslaufrille aufzuhören. Doch nun gibt es eine Reihe von Bands, die zwar vom Jazz beeinflußt werden, aber trotzdem Erfolg haben – und damit natürlich als Jazzmusiker disqualifiziert sind: der sogenannte „New Jazz". Entstanden ist diese Richtung zu Beginn der 80er Jahre, im Bestreben, sich vom „ehrlichen Rock 'n' Roll" zu distanzieren. Statt dessen begaben sich die Musiker auf die Suche nach dem „Stil" – oder „style". An die Stelle von Jeans und Harley Davidson traten Smoking und Night-Clubs, die bevorzugte Musik war dann natürlich Swing.

Obwohl Joe Jackson nicht im engeren Sinne zum „New Jazz" gehört, ist er doch so etwas wie ein Pate der Bewegung. Schon allein wegen der Dreistigkeit, mit der er sich für das Cover der LP „Body & Soul" mit einem Saxophon ablichten ließ, als ob er soeben den Be-Bop erfunden hätte. Dabei hat er das Saxophonspielen erst für das Vorgängeralbum (und ebenfalls nach einem Jazz-Standard benannte „Night & Day") erlernt.

Der Prototyp einer „New-Jazz"-Band waren „Weekend", über deren Debütalbum „La Varieté" Kid P. schrieb: „Bedächtigen, leisen, sanften, melancholischen Cocktailjazz hören. Klein und jung sein, aber nicht mehr schreien, stürmen und lärmen wollen. Sich große Pullover kaufen und darin ruhig, besonnen und erwachsen sein wollen." Musik also, die niemanden verschrecken wollte, aber genau dies erreichte. Für Rockmusiker (wie Wolfgang Niedecken von BAP) ist jegliche Musik nach der Nach-„Roling-Stones"-Zeit ohnehin neumodischer Tand, und Jazzfans fühlen sich durch Sätze wie „Jazz war die Popmusik der 50er Jahre" in ihrem elitären Selbstwertgefühl verletzt. Doch bevor die Band Erfolg hatte, erlitt die Sängerin einen Nervenzusammenbruch, so wurde das große Geld von anderen Gruppen gemacht.

Von denen „Sadé" sicherlich die erfolgreichsten waren, obwohl ihre Musik am wenigsten mit Jazz zu tun hatte. Aber ein sanftes Saxophon, südamerikanische Rhythmen und das „Vogue"-mäßige Aussehen der Sängerin Sadé Adu machten diese zur Galionsfigur des „New Jazz". Typisch sind sie allemal, vor allem, wenn sie mit ihrem Jazz am Ende sind und zum Soul überwechseln, denn neben Jazz ist Soul die Musik, mit der man am ehesten in Würde altern kann; und darum geht es angesichts lebender Fossilien wie Mick Jagger vielen Bands.

„Matt Bianco" sind die neben „Sadé" in Deutschland erfolgreichste Band, in England werden sie dagegen fast völlig ignoriert. Vermutlich hängt dies damit zusammen, daß „Matt Bianco" am unbekümmertsten mit dem Jazz umgehen, sie sind eine reine Popband mit einem Jazzsound.

„Everything but the Girl" sind da das reine Gegenteil. Obwohl sie mit ihrer Aufnahme des Cole-Porter-Songs „Night & Day" zu den Begründern des „New Jazz" zählen, fürchten sie nun, als „trendy" zu gelten, und haben kurzerhand den Jazzanteil ihrer Musik gestrichen. Es ist eben nicht leicht, unkommerziell zu sein, manchmal muß man dafür sogar seine Überzeugungen ändern.

„Working Week" haben gegenüber anderen Bands den Vorteil, daß sie mit dem Saxophonisten Larry Stabbins sogar einen echten Jazzmusiker dabei haben. Aber anstatt ihn unter einen Glassturz zu stellen, spielen sie seine Anwesenheit herunter; „allenfalls Soul mit leichtem Jazz-Einschlag" würden sie spielen – diese Bescheidenheit könnte direkt sympathisch wirken, wäre sie nicht so berechtigt. Die ganze Idee, die interessanten Teile des Jazz für Popsongs zu verwenden und den Rest den Puristen zu überlassen, ist längst obsolet. Interviews mit „New-Jazz"-Gruppen bestehen im wesentlichen aus zwei Punkten: 1. „Wir können uns kaum als Jazzmusiker bezeichnen und haben noch viel zu lernen." 2. „Alle anderen können sich noch viel weniger als Jazzmusiker bezeichnen und haben noch sehr viel mehr zu lernen."

Daneben bestehen die Interviews meist noch aus einer Aufzählung der Vorbilder. Der Begriff Jazz wird dabei durchaus nicht restriktiv verwendet, er umfaßt einfach die gesamte Nicht-Rock-'n'-Roll-Popmusik der 50er Jahre, von Duke Ellington bis Frank Sinatra, von Swing bis Bossa Nova. Meistens konzentriert sich das Interesse allerdings nur auf Billie Holiday und Stan Getz. Durch ihr tragisches Leben ist Billie Holiday so etwas wie die Janis Joplin der 80er Jahre geworden.

Stan Getz' Einfluß ist nahezu völlig auf seine Aufnahmen zusammen mit João Gilberto beschränkt; „Matt Bianco" haben diesen Sound auf „Just a Minute" bestens kopiert, aber auch sonst trifft man häufig leichte Samba-Rhythmen. Jazzmusiker wie Art Blakey oder „Trane" werden zwar genannt, aber dies mehr aus Gründen des Images. Natürlich gehen diese Einflüsse auf die früheste Kindheit zurück, wie es Charles Shaar Murray ironisch kommentierte: „Willst du meine Sonny-Rollins-Alben sehen? Was heißt hier, wann ich sie gekauft habe? Ich stand immer schon auf Jazz. Einige hiervon habe ich sogar seit ... hmm ... letzten Oktober."

Die Zukunft des „New Jazz" ist recht ungewiß, nicht nur, weil mittlerweile viele klassische Jazz-LP wiederveröffentlicht werden und man die Legenden nun selbst nachprüfen kann. Aber je erfolgreicher eine Musikrichtung wird, desto stärker distanzieren sich die Bands davon. Hinterher will es dann keiner gewesen sein, das hat man in Deutschland ja bereits mit der Neuen Deutschen Welle erlebt.

DANIEL DITTMAR



Bezaubernd lässige Konversation: Franz Grundheber, Manfred Jungwirth, Eberhard Büchner, Trudeliese Schmidt und Anna Tomowa-Sintow (v.l.) in der Salzburger Aufführung FOTO: RABANUS

Salzburger Festspiele: Johannes Schaaf inszeniert „Capriccio" von Strauss

Was hat Vorrang, Musik oder Poesie?

„Capriccio" wieder zu begegnen, dem letzten Bühnenwerk des 78jährigen, ein Leben lang erfolgreichen Richard Strauss, ist heute das Erlebnis eines liebenswerten Anachronismus. Und zwar ist dieses „Konversationsstück für Musik" – so nannten es Clemens Krauss und der Komponist – von vielen Blickpunkten aus gesehen anachronistisch.

Es entstand inmitten eines wütenden Krieges, angesichts politischer und rassistischer Massenmorde, der gewaltsamen Drosselung der Künste und der Vertreibung von Dichtern, Musikern, Malern, sogar einer feindlichen Haltung dem Komponisten Strauss selbst gegenüber. Der Dichter, der Strauss den Anstoß gegeben hatte, das klassische Problem des Wort-Ton-Verhältnisses in einer Opernkomödie diskutieren zu lassen, und der einen ersten Entwurf dazu verfaßt hatte, Stefan Zweig, gehörte zu den Verfolgten und hatte emigrieren müssen. Und da flüchteten Richard Strauss und sein neuer Mitarbeiter Clemens Krauss in die unbeschwerte, elegante Welt eines Rokoko-Salons des ausgehenden 18. Jahrhunderts, zitierten Schriftsteller, Dichter und Komponisten des 18. und 19. Jahrhunderts, Strauss auch sich selbst, und schufen ein wahrhaft kapriziöses Theater- und Musikstück.

Ein Hauch von heiter gefärbter Nostalgie beherrscht das Werk, das nicht nur textlich ein Konversationsstück ist, sondern dessen Musik fast durchweg im galanten Plauderton gehalten ist – vergessen ist der kühne Dramatiker, dessen „Salome" und „Elektra" einst die musikalische Welt erschreckten und dessen „Frau ohne Schatten" ihr rätselhaft blieb.

Clemens Krauss war kein Hofmannsthal und kein Stefan Zweig, aber sein Text enthält viel Hübsches und Nachdenkliches, und Richard Strauss hat zum Text selbst Entscheidendes beigetragen. Die Diskussion darüber, ob die Poesie oder die Musik in der Oper die führende Rolle zu spielen habe, und die Zweifel der Gräfin, die im Mittelpunkt der Handlung steht – so weit es überhaupt Handlung gibt –, ob sie zum Dichter oder zum Musiker, die beide um sie werben, mehr Zuneigung verspüre, finden keine Lösung: Das Werk endet mit einem Fragezeichen. Wir sind am Ende nicht klüger als zu Beginn der zuweilen recht ausgedehnten Konversationen, und Richard Strauss hat die Fragezeichen für seine Musik anschaulich hineinkomponiert.

Es ist die nicht leichte Aufgabe eines Inszenators – aber auch des musikalischen Leiters –, einer Aufführung des „Capriccio" den Ton der untiefen Unterhaltung, das Verspielte, das latent Erotische des Textes und der Partitur sowie die Bedeutung der musikalischen Zitate von Rameau, Gluck, Rossini, Donizetti und Strauss selbst zu erarbeiten. Schließlich darf nichts ungebührlich unterstrichen, alles nur angedeutet werden. Um es gleich zu sagen: Der Salzburger Inszenierung von Johannes Schaaf, im Bühnenbild von Andreas Reinhardt, gelang es kaum, die mannigfachen Facetten überzeugend zu beleuchten. Die Inszenierung ist kapriziös, sie ist bunt, ideenreich und unterhaltend, aber es fehlt ihr die von Text und Musik geforderte Besinnlichkeit, es fehlt ihr an wirklichem Charme.

Und der Regisseur erhöht den Anachronismus des Werkes in unserer Zeit durch eigene, eigenmächtige Anachronismen. Im Kostüm und in der Gestik läßt er das Stück aus der Gegenwart in die nahe Vergangenheit und dann erst in die Periode wandern, in der es Textdichter und Komponist angesiedelt haben; wie in seiner Salzburger Inszenierung von Lessings „Nathan der Weise", so scheute Schaaf auch hier nicht vor entstellenden Stilbrüchen zurück. Poesie ist offenbar nicht seine Sache. Er formt den nostalgischen, demütigen Beschluß des Werkes um: Die Gräfin sinniert nicht vor ihrem Spiegelbild, und sie singt das ihr gewidmete Sonett nicht zur Harfe, wie in Text und Partitur gefordert, sondern sie knickst vor allegorischen Skulpturen der Dichtung und Musik.

Das Ganze war von einer dem „Capriccio" gar nicht angemessenen Unruhe besessen, mit häufigem Szenenwechsel hinter der Dekoration eines häßlichen ungemütlichen Schlosses. Doch konnte die Inszenierung glücklicherweise nicht die Schönheit der Musik beeinträchtigen, die dank der Sänger, dank des Orchesters der Wiener Philharmoniker und des Dirigenten Horst Stein einen außerordentlichen, festspielwürdigen Reiz entfaltete. Dabei traf Manfred Jungwirth als Theaterdirektor La Roche in Diktion und Gesang am überzeugendsten den Konversationston des Stückes. Der vor allem in den Höhenlagen fulminant singenden Anna Tomowa-Sintow liegt dagegen – wie sie auch schon als Marschallin im Salzburger „Rosenkavalier" bewies – der von der „Capriccio"-Gräfin geforderte Parlando-Ton wenig.

Die gesamte Aufführung wurde von einem hervorragenden Sänger-Ensemble getragen, darunter Eberhard Büchner in der Rolle des Musikers Flamand. Franz Grundheber als Dichter Olivier, Wolfgang Schöne als gräflicher Bruder und Trudeliese Schmidt, die als Schauspielerin Clairon darstellerisch leider verzeichnet war. Einen Sonderapplaus ernteten Adelina Scarabelli und Pietro Ballo in dem parodistischen italienischen Opernintermezzo. Rührend gelang der kurze Auftritt des verschlafenen Souffleurs Monsieur Taupe, Anton de Ridder; etwas blaß blieb Lorenz Minths Haushofmeister.

Die Wiener Philharmoniker spielten unter Steins hinreißend spritzig, wenn auch zuweilen zu lautstark, um die Konversation auf der Bühne über die Rampe kommen zu lassen. Aber Salzburg hatte doch einen Opernabend, der sein elegantes Publikum sicherlich noch oft erfreuen wird.

PETER GRADENWITZ

JOURNAL

Elsässische Kultur soll von Paris gefördert werden

AFP, Paris

Die französische Regierung hat sich zur Förderung von Regionalsprachen, wie dem Deutschen im Elsaß und in Lothringen, sowie der Sprache in Frankreich lebender Minderheiten entschlossen. Damit hat sie mit zwei Jahrhunderten zentralistischer Tradition gebrochen. Der Ministerrat kündigte die Gründung eines Nationalrates für Sprachen und Kulturen in Frankreich an, dessen 30 bis 40 Mitglieder für vier Jahre vom Ministerpräsidenten ernannt werden. Neben Elsässern, Bretonen, Korsen, Basken, Antillen-Bewohnern und Repräsentanten anderer regionaler Kulturgemeinschaften sollen auch Vertreter eingewanderter Volksgemeinschaften wie Armenier, Araber und Zigeuner in dem beratenden Gremium vertreten sein.

Römerbad-Musiktage: Schubert contra Webern

Bth. Badenweiler

Die diesjährigen Römerbad-Musiktage, die vom 6. bis 10. November in Badenweiler stattfinden, konzentrieren sich auf Kompositionen von Franz Schubert und Anton Webern. Zwei Konzerte gibt das „ensemble 13" unter Manfred Reichert. Das Wiener Alban-Berg-Quartett nimmt sich der Quartett-Literatur Weberns an und stellt Schuberts G-Dur-Streichquartett D.887 dagegen. Klavierabende geben der amerikanische Musiktheoretiker Charles Rosen und, anstelle von Radu Lupu, der für ein Jahr alle Verpflichtungen abgesagt hat, Andrej Gawrilow.

Filmfestival von Locarno mit Mammutprogramm

dpa, Locarno

Rund 200 Kino- und Fernsehfilme, darunter mehrere Weltpremieren, stehen bis zum 18. August auf dem Programm des 38. Filmfestivals von Locarno. Um den „Goldenen Leoparden", mit dem der beste Spielfilm von Nachwuchs-Regisseuren oder aus jungen Filmnationen ausgezeichnet wird, bewerben sich 17 Regisseure aus zwölf Ländern, darunter aus der Bundesrepublik Marcel Gisler mit „Tagediebe" und Nanna Relia mit „Liebe und Tod". Erstmals sind die Volksrepublik China und Taiwan in Locarno vertreten. Weitere Filme kommen aus den USA, der Schweiz, Italien, Frankreich und Italien.

Ein Fachwerkhaus für die Künstlergilde

hrf. Esslingen

Im vierten Jahrzehnt ihres Bestehens hat die Künstlergilde in Esslingen endlich ein adäquates Domizil erhalten. Die Selbsthilfeeinrichtung ostdeutscher, heimatvertriebener Künstler zog jetzt in ein Fachwerkhaus aus dem 14. Jahrhundert, das mit öffentlichen und privaten Mitteln restauriert worden war.

Frühchristliche Ikonen in Makedonien gefunden

AFP, Belgrad

Etwa 40 frühchristliche Ton-Ikonen aus der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts sind im jugoslawischen Makedonien gefunden worden. Es handelt sich um die ältesten bisher in diesem Gebiet gefundenen Darstellungen des byzantinischen Christentums. Die Ikonen waren ursprünglich Wandschmuck in einem frühchristlichen Heiligtum und wurden nach der slawischen Besiedelung des Balkan im 7. Jahrhundert in ein slawisches Gebäude übernommen.

Dokumente des Dritten Reiches gesucht

DW. Berlin

Michael Thomas, der durch sein Erinnerungsbuch „Deutschland, England über alles. Rückkehr als Besatzungsoffizier" bekannt gewordene Autor, bereitet die Edition von Texten aus der Zeit des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges vor. Besitzer von authentischen Aufzeichnungen – Tagebüchern, Briefen, Protokollen oder Niederschriften anderer Art –, die dokumentarischen Rang beanspruchen, werden gebeten, sich mit Michael Thomas über den Siedler Verlag, Berlin, in Verbindung zu setzen.

Türkische Autoren der Gegenwart

DW. Stuttgart

Die türkische Gegenwartsliteratur ist in Deutschland so gut wie unbekannt, ob sie nun in der Türkei selbst geschrieben wird oder – immer häufiger – mitten unter uns, in der Bundesrepublik. In einer Werkauswahl von Lyrik, Prosa und Illustrationen stellt die „Zeitschrift für Kulturaustausch" im 1. Heft des Jahrgangs 1985 rund 50 türkische Gegenwartsautoren und ihr Deutschlandbild vor. „... aber die Fremde ist in mir", so heißt das 164 Seiten starke Heft, das von Günter W. Lorenz und Yüksel Pazarkaya herausgegeben und im Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, erschienen ist. Es kostet 6,50 Mark.

Große Fälschungen in Literatur und Kunst (VI): Herr Václav Hanka und die Handschriften von Grünberg und Königinhof

Und Smetana machte daraus die Nationaloper der Tschechen

Kurz vor Weihnachten des Jahres 1814 kam von Wien, wo er Sprachwissenschaft studiert hatte, nach Prag ein 23 Jahre alter Mann. Sein Name: Václav Hanka. In der Hauptstadt der k. u. k. Monarchie hatten ihn die sprachwissenschaftlichen Theorien des Slowenen Bartolomej Kopitar begeistert, starken Eindruck hinterließen bei Hanka die Autoren der jungen deutschen Romantik. Er bezeichnete sich als Schüler des größten tschechischen Philologen seiner Zeit, des Jesuiten Josef Dobrovský, der mit seinen Werken, so dem „Tschechisch-deutschen Wörterbuch", große Verdienste für die Erhaltung und Modernisierung der tschechischen Sprache errang.

In Prag angekommen, stürzte sich Hanka in die Wirren der dortigen Kulturszene. Er versuchte sich als Dichter, fand aber kaum Beachtung. Nur eine kleine Gruppe gleichaltriger, tschechischer Intellektueller – so der Journalist und Übersetzer Josef Linda und der Dichter und Lehrer V. A. Svoboda – zählten zu seinem engeren Freundeskreis.

Was Václav Hanka und seine national gesinnten Freunde am meisten schmerzte, war das Fehlen von Handschriften, die so, wie etwa die Ilias oder das Nibelungenlied, die ruhmreiche Vergangenheit des tschechischen Volkes dokumentieren würden. 1817 machte dann Hanka eine sensationelle Entdeckung. In der Krypta der Kirche des kleinen ostböhmischen Ortes Königinhof fand er zwölf Pergamentblätter und zwei Streifen mit altslawischen Texten: angeblich das 25. bis 28. Kapitel des dritten Buches acht epischer und sechs lyrischer altslawischer Gedichte, die sprachlich dem 13. Jahrhundert zugeordnet werden konnten. So wurde etwa der Sieg der Tschechen über Polen im Jahre 1004 oder die Niederlage der Tataren bei Olmütz und Hostein 1241 besungen.

Hanka wurde durch seinen Fund ein berühmter Mann. Er wurde vom Zaren Alexander und später von Nikolaus, von Kaiser Ferdinand, den russischen Großfürstinnen Helene und Olga ausgezeichnet. Führende europäische Universitäten und Akademien der Wissenschaften in Wien, Rom, St. Petersburg, Kopenhagen, Zagreb, Krakau und Warschau ernannten ihn zum Ehrenmitglied.

Keiner zweifelte an der Echtheit des Fundes. „Die Königinhofer Handschrift", wie der Fund genannt wurde, ist von Josef Dobrovský und Pavel Šafařík, dem Historiker František Palacký, aber auch von Künstlern, wie etwa den Komponisten Smetana und Dvořák, als eines der wichtigsten schriftlichen Zeugnisse des Abendlandes betrachtet worden. Und vielleicht war es der unerwartet große, unkritische Glaube an die Echtheit der Handschriften, der Hanka und auch Josef Linda veranlaßte, ihre Geltungssucht wieder unter Beweis zu stellen. Ein Jahr nach dem „Fund" in der Kirche von Königinhof erhielt Graf Kolowrat anonym eine Handschrift epischer Bruchstücke über das Gericht der sagenhaften tschechischen Fürstin Libuša zugeschickt. Hanka, der den Text analysierte, datierte seine Herkunft diesmal sogar ins 9. Jahrhundert. Und – er konnte sogar die Herkunft feststellen: Es lag jahrelang unbeachtet im Schlößchen Grünberg südlich von Prag. Hanka behauptete stolz, daß es sich um die älteste slawische Handschrift überhaupt handelte. Friedrich Smetana komponierte danach die Oper Libuša.

Wenn bereits bei Hankas erstem Fund, der Königinhofer Handschrift, Josef Dobrovský gewisse Bedenken hatte, die er dann aber fallenließ, war der klarblickende Jesuit diesmal sofort überzeugt, daß es sich bei der „Grünberger Handschrift" um eine einwandfreie Fälschung handelte. Aber seine Zweifel stießen auf taube Ohren. Die nationalistische Euphorie, der Stolz, sich jetzt neben Griechen, Deutsche, Franzosen und Engländer reihen zu dürfen, war größer. 1840 erschien eine umfangreiche Anthologie, „Die ältesten Denkmäler der böhmischen Sprache", in der die Echtheit der Handschriften untermauert wurde. Die Namen der Autoren Palacký und Šafařík, zu dieser Zeit die angesehensten tschechischen Wissenschaftler, galten als Gütesiegel.



Die Grünberger Papiere vertont: Friedrich Smetana FOTO: ILLUS

Wenn bis etwa Mitte des 19. Jahrhunderts sich die Diskussionen über die Echtheit der Handschriften fast ausschließlich auf wissenschaftliche Kreise beschränkten, war es der sich steigernde Nationalismus, der den Streit in die breite Öffentlichkeit verlegte. In der deutschsprachigen „Bohemia" bezichtigte Redakteur David Kuh 1858 Hanka zum ersten Mal öffentlich der Fälschung. Ein langwieriger Prozeß folgte. Kuh, der seine Behauptung nicht belegen konnte, verlor, und lediglich sein Gnadengesuch bei Kaiser Franz Joseph bewahrte ihn vor einer Gefängnisstrafe. Aber die einmal so leidenschaftlich begonnene Diskussion über die Echtheit der Funde von Königinhof und Grünberg konnte nicht mehr gebremst werden. Wenn ihr Ausgangspunkt eher im deutsch-tschechischen nationalistischen Gegensatz zu suchen ist, der eigentliche Diskurs wurde fast ausschließlich in Kreisen der tschechischen Inteligenzia ausgetragen.

Eine neue Generation tschechischer Wissenschaftler – die Literaturhistoriker Vančura und Vlček, der Historiker Goll, der Philologe Gebauer, aber vor allem der aus Wien an die Prager tschechische Universität gewechselte Soziologe Thomas G. Masaryk – veröffentlichten in der von Masaryk gegründeten Zeitschrift „Athenaeum" einen Frontalangriff auf die Befürworter der Echtheit der Handschriften.

Masaryk, der spätere Gründer und erste Präsident der Tschechoslowakischen Republik, war es, der immer wieder zur Enthüllung der Fälschungen ermunterte. Ein Volk, betonte er, könne und dürfe seine Geschichte und damit seine Existenz nicht auf einer Lüge aufbauen. Eine These, die ihm viele Sympathien einbrachte, aber auch den Vorwurf, daß er die Vergangenheit der eigenen Nation opfern wolle.

Die Front der Befürworter der Echtheit der Handschriften bröckelte. Mit Hilfe moderner Wissenschaft wurde bald nachgewiesen, daß die Funde eine gekonnte Fälschung Hankas und seiner Gruppe waren. Aber erst unlängst, in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, stellten Mitarbeiter des Prager Kriminalistischen Instituts, die sich mit den Handschriften auf Initiative des Sachbuchautors Miroslav Ivanov beschäftigten, einwandfrei fest: Es gibt keine schriftliche Darstellung der tschechischen Geschichte aus dem 13. oder gar 9. Jahrhundert. Václav Hanka ist ein Fälscher, wenn auch sicher einer, der „gute Absichten" verfolgte.

Aber noch immer geben sich die Bewunderer Hankas nicht geschlagen. Noch vor drei Jahren erschien in einem tschechischen Exilverlag eine Studie, die die Echtheit der Handschriften als sicher befand. Das Gutachten der Prager Kriminalisten wischte man diesmal mit einem politischen Argument beiseite: Angeblich handelt es sich um ein Verleumdungswerk der Kommunisten. Aber – Masaryk und Kommunisten in eine Reihe zu stellen ist wohl die größte Absurdität in dem Streit um die Handschriften von Königinhof und Grünberg.

RUDOLF STRÖBINGER

Eier aus dem Brutkasten für Nudeln und Likör?

Lebensmittelskandal in Holland: Exporteur verdächtigt

HELMUT HETZEL, Arnheim

Die Liste der Betrügereien um und mit Lebensmitteln wird immer länger. In der niederländischen Grenzstadt Arnheim laufen bei der örtlichen Staatsanwaltschaft derzeit die Ermittlungen in Sachen eines holländischen Eierskandals. Von der Staatsanwaltschaft verdächtigt wird in diesem Zusammenhang der in Beek bei Arnheim ansässige Eierexporteur Johan van Loon. Er soll mit Hilfe eines Zertifikatenschwindels Eier, die in den Niederlanden teilweise schon länger als sechs Tage im Brutkasten gelegen hatten und unbefruchtet waren, massenweise aufgekauft haben. Dann soll er sie in der Bundesrepublik Deutschland als Qualitätsprodukte angeboten und weiterverkauft haben. Hier sollen sie unter anderem zur Herstellung von Nudeln und Eierlikör verwendet worden sein.

Millionen solcher Eier sollen in den letzten Jahren in die Bundesrepublik Deutschland exportiert worden sein. Wird uns jetzt auch die Lust am Frühstücksei vergällt? „Es wird höchstwahrscheinlich noch im November oder Dezember dieses Jahres zu einer Anklage gegen Herrn van Loon wegen Urkundenfälschung kommen", sagte der zuständige Sprecher der die juristischen Ermittlungen in Arnheim leitenden Staatsanwaltschaft, Paul Tideman, gestern gegenüber der WELT.

„Das ist kein Einzelfall"

Er erklärte ferner, daß die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen schon „sehr weit fortgeschritten sind" und man über umfangreiches Belastungs- und Beweismaterial verfüge. „Das ist kein Einzelfall", sagte Tideman weiter. „Wir haben bei unseren Untersuchungen eher den Eindruck bekommen, daß dies in dieser Branche ganz üblich zu sein scheint". Um diesem Satz Nachdruck zu verleihen, wiederholt er die Worte „ganz üblich" sogar noch einmal in deutscher Sprache. „Das ist doch alles nicht wahr," behauptet dagegen der beschuldigte Eiergroßhändler Johan van Loon, als er mit diesem Tatbestand konfrontiert wird. „Wir werden in Kürze für eine Richtigstellung sorgen". Van Loon erklärte, daß sämtliche in die Bundesrepublik exportierten Eier stichprobenmäßig von den hier jeweils zuständigen Veterinärämtern überprüft worden seien. „Beanstandungen gab es dabei nicht", so van Loon. Allerdings bestätigte gegenüber der WELT auch das Haager Landwirtschaftsministerium „daß da etwas faul ist". „Unser Inspektionsdienst", meinte der Sprecher des Ministeriums weiter, „ist schon vor rund einem Jahr auf die Sache aufmerksam geworden."

Rote Ettiketten entfernt

Wir haben den Eindruck, daß da Zertifikate vertauscht wurden." In den Niederlanden werden Eier, die länger als sechs Tage im Brutkasten lagen, mit Hilfe eines rotfarbenen Zertifikats als „nicht mehr konsumierbar" klassifiziert. War die Zeitspanne kürzer als sechs Tage, erhalten sie den gleichen Aufkleber in gelber Farbe und werden dadurch für den Lebensmittelmarkt freigegeben. Rot deklarierte Eier dürfen danach lediglich noch für die industrielle Produktion, wie beispielsweise für die Herstellung von Haarschampoo verwendet werden. Es scheint so, als wurde der Etikettenschwindel mit diesen Klassifizierungszertifikaten vorgenommen. Aus Rot mach Geld, hieß wohl die Devise holländischer Eierhändler. Nur der Eidotter blieb dabei, eben wie er war, angebrütet. Falls es zu einer Anklage und Verurteilung der Eierschwindler aufgrund von Urkundenfälschung kommen sollte, blüht den Eierexporteuren nach holländischem Recht wohl höchstens eine saftige Geldstrafe. Für den Verbraucher allerdings stellt sich jetzt inzwischen nach diesem Vorfall und vor dem Verzehr des morgendlichen Frühstückseis inzwischen die bange Frage: Ist der Dotter gelb?

*

Ein beruhigender Aspekt ergab sich im jüngsten Eis-Skandal in der Bundesrepublik Deutschland. Das am Mittwoch von den nordrhein-westfälischen Behörden in Wuppertal beschlagnahmte Speise-Eis, dem die Chemikalie Diethylenklygol-Monothyläther als aromatisierendes Bindemittel beigemischt war, ist gesundheitlich unbedenklich. Das teilte gestern das Bundesgesundheitsamt in Bonn mit. Die Chemikalie darf allerdings nach dem geltenden Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandgesetz in der Bundesrepublik Deutschland nicht angewandt werden, so ein Sprecher der Behörde gestern nach der Untersuchung des Eises.

Um die Zitadelle von Spandau kocht wieder etwas hoch / Hier hantierten einst Hitlers Kriegschemiker

Ein Handwerk mit giftigem Boden

Von F. DIEDERICHS und INGO URBAN

Wenn Berliner wie Touristen 1987 zur 750-Jahr-Feier der Stadt die Ausstellung „Berlin im Mittelalter" auf der Zitadelle des Bezirks Spandau besuchen, betreten sie brisanten Boden: Zwischen den schmucken Türmen des mittelalterlichen Baus, den Bastionen „Kronprinz", „König" und „Königin", sollen in unterschiedlicher Tiefe gefährliche Relikte des Dritten Reiches lagern. In den Räumen der Zitadelle laborierten einst Hitlers Heereschemiker im „Heeres-Gasschutzlaboratorium" an Kampfstoffen aller Art, wie: Lost (Gelbkreuz/chemischer Kampfstoff), den Nervenkampfstoffen Tabun, Sarin, Soman und Phosgenen sowie Blausäuren. Die Versuche dauerten bis in den Ferbruar 1945 hinein.

Die chemische Kampfstofforschung der deutschen Wehrmacht umfaßte zum Ende des Zweiten Weltkrieges 50 000 Substanzen. Alle Unterlagen über diese Substanzen und den damit angestellten Versuchen sowie den dazugehörigen Proben waren im Hauptsitz des Heeres-Gaslaboratoriums in der Spandauer Zitadelle gelagert. Das Heeres-Gaslaboratorium lief unter der Kennzeichnung WA – Prüf 9. Diese Unterlagen sind fast ausnahmslos in die Hände der Russen gefallen und wurden in die Sowjetunion abtransportiert.

Vor der sowjetischen Besetzung der Zitadelle in Spandau waren von Februar 1945 an allerdings eine Vielzahl von Laborunterlagen, Proben in Flaschen, Ampullen und Kleinstcontainern zum Teil in die Brunnenanlagen geworfen, in Splittergräben und Gruben verscharrt worden, um sie nicht den anstürmenden sowjetischen Truppen zu überlassen, was aber nur zum Teil gelang. Zuvor entfernte man von deutscher Seite von allen Kampfstoffen die Kennzeichnung – eine Maßnahme, die Jahrzehnte später die Bergungsarbeiten erheblich erschweren sollten.

Im Jahre 1947 demontierte zwar die britische Besatzungsmacht die Reste des Heeres-Gaslaboratoriums, forschte jedoch nicht weiter nach dem Verbleib der Kampfstoffe. Von 1954 an wurden deshalb bei Arbeiten auf der Zitadelle immer wieder giftige Funde gemacht – der größte im Jahre 1978, als britische Militärchemiker aus einem Brunnen der Bastion „Kronprinz" Lost, Blausäure und Phosgen abtransportierten.

Im Oktober 1983 schließlich konnte schlimmeres nur durch Zufall verhindert werden: Als ein Bauarbeiter auf der Zitadelle mit dem Spaten eine 100-Milliliter-Flasche beschädigte, verhinderte nur eine neutrale Sperrflüssigkeit, die den Kampfstoff in der Flasche abdeckte, ein vollständiges Austreten der Flüssigkeit. An der Analyse des Kampfstoffes scheiterte zunächst die polizeitechnische Untersuchungsstelle mangels technischer Ausrüstung: „Entweder Tabun oder Sarin", hieß es kurz nach dem Vorfall bei der Polizei. Ein halbes Jahr später, nachdem giftige Dämpfe aus dem Erdreich gedrungen waren, offenbarte sich vollends die Unfähigkeit der Behörden, mit der gestellten Problematik fertig zu werden: „Kein Nervengas gefunden", wiegelte zwar Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) zu dem Fund ab, doch der zuständige Polizeitechniker sagte aus: „Unsere Methoden reichen nicht aus. In der Erde sind Stoffe vorhanden, die wir nicht kennen. Da gehen wir nicht ran."

Aufgrund der offenbar äußerst komplizierten Materie verzögerte sich auch die Vorlage eines „Gesamtbergungskonzeptes" des Berliner Senats vom Herbst vergangenen Jahres bis in diese Woche. Nach den jetzt vorgelegten Plänen soll im Herbst 1987 eine Großaktion zur Bergung noch vorhandener Kampfstoffe in der historischen Festung beginnen – wenn die 750-Jahr-Feiern auf der Zitadelle beendet sind. Aus Sicherheitsgründen seien „gleichzeitige Bergungsarbeiten nicht vertretbar", argumentiert der Senat. Und eine Verlegung der Feiern wollte man auch nicht ins Kalkül ziehen, nachdem der Bezirk Spandau die Zitadelle mit in die Festivitäten einbezogen wissen wollte. Auch will man Schulklassen, die in der Zitadelle ihre Verpflegung erhalten, nicht vor 1987 umsiedeln.

Der Senat hält eine Freisetzung von Kampfstoffen bis zum Beginn der Bergungsarbeiten „für nahezu ausgeschlossen". Bau- und Grabearbeiten wurden untersagt, ebenso sind „Verdachtsflächen" abgesperrt worden. Derzeit wird täglich an 13 Meßpunkten getestet, ob durch das Erdreich Giftgase austreten. Eine 80köpfige Spezialistengruppe der Berliner Polizei, deren Mitglieder sich in Nachhilfeunterricht vorbereitet haben, wird das gefährliche Unterfangen in Angriff nehmen. „Das Risiko, daß von abgelagerten chemischen Kampfmitteln ausgeht, ist schwer einzuschätzen", charakterisierte Innensenator Lummer in dieser Woche die Situation. Weil es „letzte Sicherheit bei den Arbeiten nicht geben wird", so die Senatsverwaltung, richtet man bis zu Beginn der Bergung auf der Festung ein Sicherheitslabor ein. Wichtigste Aufgabe: „Unverzügliche Einleitung lebenserhaltender und therapeutischer Maßnahmen nach einem Kampfstoffunfall". Wobei anzumerken ist, daß der Rahmen „therapeutischer Maßnahmen" sehr eng gespannt ist, da man gegen unbekannte Kampfstoffe kaum Abwehr beziehungsweise Gegenmaßnahmen einleiten kann. Kenntnisse auf diesem, für den Westen unbekannten Gebiet der Kampfstoffe, hat die Sowjetunion, die auf dem Fundus der WA – Prüf 9 ihre gesamte Kampfstoff-Forschung aufgebaut und zu einer weltweit führenden Positionen ausgebaut hat.



Die mittelalterliche Zitadelle aus lieblichem Blickwinkel; was sich hinter diesen Mauern verbirgt, weiß freilich niemand sehr genau.
FOTO: E. KASPERSKI

Polizist unter dreifachem Mordverdacht

DW. Großbottwar

Die Suche nach dem dreifachen Mörder und Bankräuber im Großraum Heilbronn hat sich auf einen Tatverdächtigen konzentriert. Unter dringendem Verdacht, die drei Verbrechen und anschließende Banküberfälle begangen zu haben, steht ein 22 Jahre alter Polizeimeister aus Michelbach bei Schwäbisch Hall. Eine Großfahndung ist eingeleitet worden. Dies wurde gestern von der polizeilichen „Sonderkommission Hammer" mitgeteilt. Weiter hieß es, von dem mordverdächtigen Polizisten – sein Name wird mit Roman Gianoncelli angegeben – fehle seit Montagnachmittag jede Spur. Es gilt als sicher, daß er seine Dienstpistole vom Kaliber 9 Millimeter Marke Walther mit sich führt. Die Sonerkommission kam dem Tatverdächtigen auf die Spur, nachdem am vergangenen Dienstagvormittag auf einem Parkplatz der Autobahn A 81 zwischen Leonberg und Ludwigsburg persönliche Gegenstände gefunden wurden. Der Gesuchte ist 1,73 Meter groß und schlank. Er trägt ein dunkelblondes Toupet und fährt einen roten Renault 14, Kennzeichen SHA - Y 852.

Zwei Millionen abkassiert

AP, Frankfurt

Siebeneinhalb Jahre Freiheitsstrafe hat das Frankfurter Landgericht gestern gegen einen 39 Jahre alten Kaufmann verhängt, der als Zuhälter von Callgirls nach Berechnungen der Finanzbehörden rund zwei Millionen Mark abkassiert hat. Der Angeklagte hatte über mehrere Jahre bis zu acht Wohnungen gemietet, in denen die von ihm kontrollierten Mädchen und Frauen bis zu 13 Stunden täglich arbeiten mußten.

Brandstiftungen

dpa, Ajaccio

Die riesigen Waldbrände auf Korsika konnten gestern von der Feuerwehr unter Kontrolle gebracht werden. Dennoch wurde die Wehren weiter verstärkt, da vor allem von Brandstiftern neue Gefahr drohte. Nach Angaben der Präfektur von Ajaccio sind 90 Prozent aller in den letzten drei Tagen auf der „Insel der Schönheit" registrierten Brandherde mutwillig gelegt worden. Bisher gingen 25 000 Hektar Wald in Flammen auf.

Verweigerung

dpa, Baden-Baden

Im Baden-Badener Juwelenraubprozeß gegen den früheren rheinland-pfälzischen FDP-Chef Hans Otto Scholl hat gestern der Schwetzinger Gerichtspsychiater Achim Mechler seine Gutachtertätigkeit begonnen. Mechler soll auf Beschluß der Großen Strafkammer des Landgerichts Baden-Baden ein nervenärztliches Gutachten über Scholl erarbeiten. Die Ehefrau Scholls und seine beiden Kinder machten daraufhin von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch.

Selbstmord des Polizeichefs

dpa, Tokio

Nur wenige Stunden nach seiner Entlassung hat sich ein japanischer Polizeichef, der die bislang erfolglose Fahndung nach der „Bonbon-Erpresserbande" leitete, das Leben genommen. Shoji Yamamoto (59), Leiter der Polizeipräfektur in der westjapanischen Stadt Shiga, übergoß sich mit Benzin und zündete sich an.

Radfahrer-Urteil

dpa, Celle

Ein Radfahrer hat keine Vorfahrt, wenn er auf einem Radweg in verbotener Richtung fährt, egal ob dieser neben einer Vorfahrtstraße verläuft oder nicht. Zu diesem Urteil kam der 3. Senat des Oberlandesgerichts Celle in seinem gestrigen Beschluß. Danach muß ein Autofahrer, der einen falschfahrenden Radler angefahren hatte, keine Geldbuße zahlen. (Az.:3 Ss (OWI) 80/85)

Marquis bestohlen

AFP, Paris

Bei einem Einbruch im Familienschloß des Marquis von Lafayette in Chavaniac (französisches Zentralmassiv) wurden zwei silberne Pistolen gestohlen, die George Washington Lafayette für seinen Beitrag zum Sieg über die Engländer bei Yorktown (1781) geschenkt hatte.

Erstes Opfer

sid, Nürburgring

Der neue Nürburgring beklagt seinen ersten Toten. Beim Training zum Oldtimer-Grand-Prix prallte der 47jährige Hans-Dieter Blatzheim aus Bonn mit seinem Porsche 908/3 in einer Kurve mit 170 km/h an die Leitplanken. Der Wagen explodierte; Blatzheim, einer der größten Bauunternehmer, war sofort tot.

ZU GUTER LETZT

Es stand in der WELT über den bevorstehenden Umzug des Deutschen Bundestags in das Wasserwerk: „Eng wird es werden in dem neugotischen Gemäuer mit dessen Errichtung vor mehr als hundert Jahren das Zeitalter der WCs für Bonn begann. Daß dennoch für fast alle Abgeordneten ein Sitzplatz vorhanden sein wird, verdankt man einer raffinierten Planung."

LEUTE HEUTE

Neues Krebsopfer?

Die Gemüter haben sich noch nicht darüber beruhigt, daß der amerikanische Präsident **Ronald Reagan** zweimal wegen karzinomatöser Gewächse operiert werden mußte – am Darm und vergangene Woche an der Nase –, da stellt sich heraus, daß auch ein ehemaliger US-Präsident an Krebs leidet. **Richard Nixon** mußte sich einen Hauttumor hinter dem linken Ohr entfernen lassen, der sich bei der Untersuchung als Hautkrebs mit der Bezeichnung „basales Zellenkarzinom" entpuppte. Der Eingriff wurde von Nixons Arzt, **Philip Prioleau**, im New Yorker Cornell Medical Center ambulant in einer Mini-Operation vorgenommen. Prioleau: „Der Krebs war nicht lebensgefährlich und ist total entfernt worden."

Hugh über sich selbst?

Unter der Bedingung, daß der Verlag ihm eine siebenstellige Summe – in Dollar – zahlt, ist er bereit seine Biographie zu schreiben. Der Autor dieser exklusiven Zeilen würde **Hugh Hefner** heißen, legendärer Vater des Männermagazins „Playboy". Der 59jährige Herr über die Bunnys begründete seine Forderungen gegenüber dem „Bantam-Books"-Verlag damit, daß er, sein Leben und nicht zuletzt der „Playboy" seit dessen Gründung im Jahr 1953 den amerikanischen Lebensstil mit geprägt hätten. Außerdem sei es an der Zeit, daß Hugh Hefner über sich selber schreibe, nachdem schon genug andere sich über ihn ausgelassen hätten.

Rüde Art?

Kaum ist er in persona, eigenst betroffen, schon will er der Arbeitsweise „seiner" Beamten zu Leibe rücken. Essens Oberbürgermeister **Peter Reuschenbach** (SPD) wird eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Polizeibehörde seiner Stadt beim nordrhein-westfälischen Innenministerium erheben. Sein Protest richtet sich gegen die rüde Art, mit der er aus einem Lokal geworfen wurde. Weil sie wegen nächtlicher Ruhestörung gerufen worden waren, stürmten 18 Streifenbeamte in eine Gaststätte der Stadt und ließen sie räumen. Nicht nur das. Der Wirt und die Leiterin des Presseamtes wurden in Handschellen abgeführt. Reuschenbach hatte bereits vom Essener Polizeipräsidenten **Max Bloser** eine Erklärung zu dem Vorfall eingeholt, die jedoch „nicht zur Aufklärung beigetragen" habe. Der Polizeichef verteidigte sich damit, daß das Lokal, in das der Oberbürgermeister 40 Journalisten eingeladen hatte, schon einmal wegen eines überhöhten Lärmpegels aufgefallen war. Meinung gegen Meinung.

Österreich am Tag nach der zweiten Heimsuchung

Anklage und Selbstkritik nach dem Weinskandal und der Überschwemmungskatastrophe / Die Natur präsentierte ihre Rechnung

KURT POLLAK, Wien

Daß die Österreicher in diesen Tagen vom Regen in die Traufe oder, um das Kind beim Namen zu nennen, vom Weinskandal in die Hochwasserkatastrophe schlitterten, hat in beiden Fällen im Profitdenken seine tiefere Ursache. Der Stoßseufzer, der der Witzfigur einer Wiener Tageszeitung in den Mund gelegt wurde: „Zugegeben: die letzten Skandale waren ziemlich arg. Daß man uns aber dafür gleich mit einer Sintflut bestraft ...", müßte das Gewissen der für die Folgen dieser Wetterkatastrophe Verantwortlichen aufrütteln. Schließlich warnen seit dem Jahre 1954, als Österreich von seiner schlimmsten Hochwasserkatastrophe heimgesucht wurde, sowohl Experten wie Anwohner: Hört endlich auf, unsere Alpenregionen für die Bedürfnisse des Fremdenverkehrs zu vergewaltigen. Jeder Baum, der zu Gunsten neuer Skipisten geschlagen wird, jede Bachregulierung, jede neue Berg- und Seilbahntrasse, für die Tausende von Bäumen geopfert werden, führt eines Tages zur totalen Umweltkatastrophe.

Diese Warnungen wurden jahrzehntelang in den Wind geschlagen und nun scheint es, als ob die Natur die Rechnung präsentiert: zwei Tage Dauerregen führten dazu, daß die Wassermassen nicht mehr wie seit Jahrtausenden von fest verwurzelten Wäldern auf natürliche Weise „gebremst" wurden, sondern mit Urgewalt über Wohngebiete, Bahntrassen und Ferienparadiese hinwegtosten. Zugegeben: soviel Regen wie in diesem August gab es zuletzt vor 34 Jahren: Neun Zentimeter Regen am Mondsee innerhalb von 24 Stunden, 3,8 Zentimeter in Wien im Verlaufe von nur 12 Stunden – dazu Hagelunwetter mit taubeneigroßen Schloßen, die sich im Burgenland und Oberösterreich 20 Zentimeter hoch türmten und zuvor ein Hitzerekord von 39,7 Grad Ende Juli.

Regengüsse rufen Sturzbäche hervor

Diese Daten sind wahrlich Extremwerte, die wahrscheinlich zu allen Zeiten alle Vorsorgemaßnahmen zunichte gemacht hätten. Doch der österreichische Wetter- und Klimaforscher Otto Svabik ist anderer Ansicht: „Klimaveränderungen kann man nur über sehr lange Perioden messen. Dazu sind Beobachtungen eines Zeitraumes von Jahrhunderten nötig." Andere Klimaforscher verweisen wiederum darauf, daß mittels der modernen Nachrichtentechnik Wetterkatastrophen blitzschnell aus allen Weltwinkeln gemeldet werden, was den fatalen Eindruck erwecke, daß sich das Wetter tatsächlich sprungartig auf der ganzen Welt verschlechtere. Eine irrige Meinung.

Was sich jedoch tatsächlich in erheblichem Maße geändert hat, sind die Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt. Immer dichter werden in Österreich wie auch in Bayern die Bergregionen besiedelt, immer mehr Hotelpaläste aus dem Almboden gestampft. Die dadurch hervorgerufene Erosion läßt bisher harmlose Regenfälle in sintflutartige Sturzbäche ausarten; sie führen zu Murenabgängen und Überflutungen ganzer Täler. Ein Salzburger Forstbeamter zur WELT: „Nicht nur die Abholzung von Bergwäldern zu Gunsten neuer Freizeitgebiete und auch nicht die Regulierung von harmlosen Bergbächen, deren Wasser durch Betonröhren plötzlich eine rasende Fallgeschwindigkeit erreicht, sondern auch die von Tierschützern geforderte Schonung des Wildes trägt Schuld daran, daß Unwetter immer schneller in Naturkatastrophen umschlagen. Der in Österreich überhandnehmende Wildtierbestand trägt zum Verbiß der Bäume bei, die bislang als natürlich gewachsener Schutz vor Katastrophen dienten. Im Winter müssen zudem künstliche Lawinenverbauungen den fehlenden Waldbestand ersetzen – ein unzulänglicher Ersatz ..."

In das gleiche Warnhorn stößt Svabik: „Vielleicht wird sich das Klima in den Alpenregionen tatsächlich in den nächsten Jahrzehnten dramatisch verändern, wenn der Mensch weiterhin derart intensiv in den Naturhaushalt eingreift."

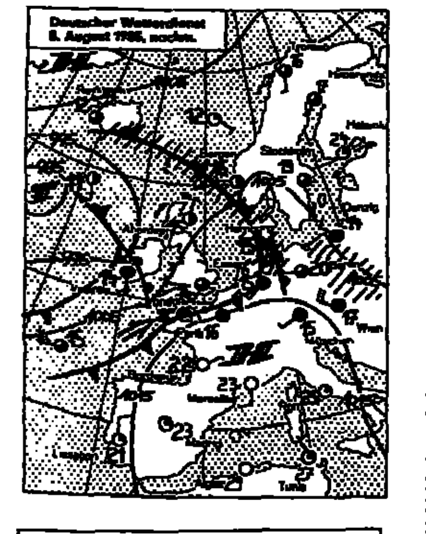
Die neue Parole: „Hände weg von der Natur."

Svabik ist zum Glück kein einzelner Rufer in der Wüste mehr. Die Bewohner der Alpenregionen formieren sich und fordern, stoppt endlich die Zivilisationssünden – Hände weg von der Natur, sonst werden die Folgen entsetzlich sein ...

Auch Bundeskanzler Sinowatz erklärte angesichts der Hochwasserkatastrophe in einem Fernsehinterview: „Die Experten müssen sich nun etwas einfallen lassen." Hoffentlich wird es eine neue Expertengeneration sein, die imstande ist, die gravierenden Fehlleistungen ihrer Vorgänger gutzumachen ...

WETTER: Überwiegend freundlich

Wetterlage: Vorübergend bestimmt Hochdruckeinfluß das Wetter. Ein Tiefausläufer erfaßt jedoch im Nachmittagsverlauf den Nordwesten.



Vorhersage für Freitag:
Im Norden und Westen vormittags heiter und trocken. Am Nachmittag zunehmend bewölkt und nachfolgend zeitweise Regen. Temperaturen um 23 Grad. Mäßiger bis frischer Südwestwind. Übrige Gebiete heiter und trokken, dabei Erwärmung auf 24 bis 27 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Wechselnd bewölkt und einzelne Schauer oder Gewitter. Wenig geänderte Temperaturen.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	30°
Bonn	16°	Kopenh.	18°
Dresden	18°	Las Palmas	22°
Essen	15°	London	16°
Frankfurt	16°	Madrid	23°
Hamburg	15°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	26°
München	15°	Moskau	24°
Stuttgart	17°	Nizza	24°
Algier	29°	Oslo	17°
Amsterdam	19°	Paris	16°
Athen	29°	Prag	16°
Barcelona	26°	Rom	25°
Brüssel	17°	Stockholm	19°
Budapest	14°	Tel Aviv	29°
Bukarest	18°	Tunis	27°
Helsinki	24°	Wien	17°
Istanbul	25°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* **am Samstag**: 5.59 Uhr, Untergang: 20.54 Uhr; **Mondaufgang**: 0.00 Uhr, Untergang: 16.42 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Aufklärung und Vorbeugung kann Aids stoppen

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Seit fünf Jahren hat sie einen Namen und seit mehr als einem Jahr kennt man den Erreger, doch erst als ein Prominenter an ihr erkrankte, wurde sie ein Thema für die breite Öffentlichkeit: die Immunkrankheit Aids. Die beiden amerikanischen Magazine „Newsweek" und „Time" bringen sie als Titelgeschichte, die Presseagenturen vermelden täglich den Gesundheitszustand von Rock Hudson, und die ARD fragt in einer Folge von „Brennpunkt", ob das Bundesgesundheitsministerium die Krankheit nicht unterschätzt und zu wenig zur Vorbeugung getan habe. Droht uns eine Seuche, die „die Geschichte der Menschheit verändern kann", wie ein Vertreter der US-Gesundheitsbehörde sagte?

Zahlreiche Forschergruppen auf der ganzen Welt sind inzwischen dabei, die Krankheit und den Erreger, ein als HTLV-III (Human T-cell Lymphotropic Virus III) bezeichnetes Virus, zu untersuchen. Die Geschwindigkeit, mit der dabei Fortschritte gemacht werden, ist erstaunlich: Fast jede Woche werden neue Ergebnisse veröffentlicht. Inzwischen ist bekannt, daß das Virus im Körper eines Infizierten die sogenannten Helfer-T-Zellen befällt, die eine wichtige Rolle bei der Abwehr von Krankheitserregern spielen. Das Virus nistet sich mit seinem Erbmaterial in diesen Zellen ein und polt sie völlig um. Dadurch können die T-Zellen ihre Aufgabe in der Reaktionskette, die der Abwehr von Infektionen dient, nicht mehr wahrnehmen. Das Virus veranlaßt die T-Zellen sogar, bei seiner Vermehrung zu helfen. Im Vergleich zu anderen Infektionserregern ist das Aids-Virus deshalb so heimtückisch, weil es den Abwehrmechanismus des Körpers unterläuft.

Die Folge ist, daß der Körper keine Krankheitserreger mehr abwehren kann. Die Patienten erkranken so zum Beispiel an Lungenentzündung, an seltenen Infektionen oder an verschiedenen Formen von Krebs. Auffällig ist, daß nur etwa zehn Prozent der mit dem Virus infizierten Personen tatsächlich an Aids respektive dessen Vorstufe erkranken. Offenkundig gibt es noch weitere Faktoren, die bestimmen, ob das Virus im Körper wirksam wird. Neuerdings wird vermutet, daß sekundäre Virusinfektionen, etwa mit dem Hepatitis-B-Erreger, die in den Zellen „schlafenden" Aids-Viren aktivieren. Möglicherweise sind aber auch der allgemeine Gesundheitszustand oder bestimmte genetische Prädispositionen dafür verantwortlich.

Auf jeden Fall wäre es verhängnisvoll, in der Bevölkerung die Angst vor der Ansteckung mit Aids zu sehr zu schüren. Fest steht, daß das Virus nur mit Körperflüssigkeit übertragen wird; die Übertragung mit Blut ist dabei die gefährlichste, aber auch über Samen und Speichel können andere Personen infiziert werden. Diese Kenntnis läßt eine Vorbeugung gegen Aids leichter erscheinen, als bei anderen Erregern, die etwa durch Tröpfcheninfektion (d. h. mit der Atemluft) übertragen werden. „Nach allem, was wir bis jetzt wissen, ist es theoretisch möglich, jede Neuansteckung zu verhindern", sagte ein amerikanischer Arzt.

Hierzulande muß auf jeden Fall verhindert werden, daß der Prozentsatz der Infizierten in der Bevölkerung so ansteigt, wie das in den USA geschehen ist. Die Bevölkerungsgruppen mit dem größten Risiko sind klar umrissen: In den Vereinigten Staaten sind 73 Prozent aller Aids-Kranken Homosexuelle, 17 Prozent sind Drogensüchtige, die sich über Injektionsnadeln infiziert haben, ein Prozent sind Heterosexuelle, die sich bei sexuellen Kontakten mit Aids-Kranken angesteckt haben, weitere 1,5 Prozent wurden durch Bluttransfusionen infiziert. Bei diesen Gruppen, vor allem bei Homo- und Bisexuellen, Drogensüchtigen, Prostituierten, sowie bei Patienten, die regelmäßig Transfusionen oder Blutextrakte erhalten (etwa Bluter), muß also die Vorbeugung vor allem ansetzen. Durch Aufklärung sollten sie zu einer Änderung ihres sexuellen Verhaltens bewegt werden. Schon der Verzicht auf Partnerwechsel und das Benutzen von Kondomen kann dazu beitragen, daß die Krankheit sich nicht weiter ausbreitet.

Es muß auch verhindert werden, daß eine durch hysterische Darstellungen aufgeschreckte Öffentlichkeit Druck auf die Gesundheitspolitiker ausübt mit der Folge, daß diese die Anwendung des deutschen Seuchengesetzes fordern. Das würde nicht nur die Meldepflicht für Kranke nach sich ziehen, sondern auch schon für alle Angehörigen der Risikogruppen, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt als übertrieben erschiene.

Magazin für die Freizeit

Freitag, 9. August 1985 - Nr. 183 - DIE WELT

REISE WELT

mit Auto · Hobby · Sport · Spiel





Sonnentage im St. Tropez der Türkei

Marmaris

Die Bank an der Uferpromenade ist ein Logenplatz. Geboten wird südliche Betriebsamkeit. Da sitzen am Fußgängerstrom Kinder mit kleinen Personenwaagen, wie sie sonst im Badezimmer stehen, und lassen Passanten gegen geringes Entgelt ihr Gewicht überprüfen. Andere verkaufen Pistazien und Sonnenblumenkerne. Ein Junge bietet einen Expander an. Nicht zum Verkauf; für 20 oder 30 Lira darf man dreimal seine Muskeln stärken. Ununterbrochen ziehen Menschen vorbei. Zaghaft mischt sich Eleganz unter Kleinbürgerlichkeit. Kopftücher fehlen – Bäuerinnen wagen sich selten hierher.

Für die anderen bedeutet das lange Zementband zwischen Palmen, Kiosken und Stühlen mit Tischen auf der einen Seite sowie der am Heck vertäuten Ausflugsschiffe und Jachten auf der anderen die große Welt. Und für Touristen ist Marmaris mit seinen 10 000 Seelen – übrigens nicht am Marmarameer gelegen, sondern an einer großen Bucht am Südwestzipfel der Türkei – liebenswerte Provinz.

Der Kaffee oder die Limonade an den Tischen wird aus Kneipen auf der anderen Seite der belebten Straße herübergetragen. An den Ausflugsschiffen, alle noch schön aus Holz, hängen Fotos und Routenbeschreibungen – auch in deutscher Sprache. Die große Zeit des Fischfangs und des Schwammtauchens ist vorbei; Marmaris lebt heute vom Fremdenverkehr und hat sich den Namen „St. Tropez der Türkei" zugelegt.

In den Gassen hinter der gewundenen Hafenpromenade, zwischen weißen Häusern mit roten Dächern, hat sich das alte Marmaris bewahrt. Gedeckte Basarstraßen voller Läden, die von Krimskrams bis zu eleganter Lederkleidung alles feilhalten. Nicht zu übersehen die Honigläden; Honig aus den Bergwäldern um Marmaris gilt als Spezialität. Die schlichte Moschee beeindruckt wenig. Besichtigenswert ist die osmanische Burg, allerdings erst in Kürze – nach Restaurierung – wieder zugänglich. Die alte Karawanserei beherbergt heute Geschäfte. Auf schattigen Plätzchen breiten sich Cafés aus. In einigen von ihnen sitzen nur Männer, die selten etwas verzehren, zuweilen an der Wasserpfeife ziehen und vor allem schwatzen.

Es gibt Hotels im Ortszentrum. Doch die Urlauber sind zum Baden gekommen; sie wohnen vier oder fünf Kilometer außerhalb, direkt an der riesigen Bucht mit ihren begrünten bergigen Inseln. Die Strände sind dürftig. Schmale Streifen mit Steinen, Kies und schmutzigfarbenem Sand. Vor den Hotels hat man Liegeflächen zementiert und Stege ins Wasser gebaut.

Das klare Wasser entschädigt. Am Ufer, flach und durch die Buchtlage vor Brandung geschützt, können auch Kinder gefahrlos baden. Für Windsurfer ein problemloses Revier. Es gibt nicht zuviel Wind und keine Gefahr, aufs offene Meer getrieben zu werden. Nur eine Öffnung führt in die Ägäis, und die beschützt eine Insel. So können groß und klein auch im Tretboot oder Kanu unterwegs sein. Noch schöner ist es, sich irgendwo auf die andere Seite fahren zu lassen. Doch an dem erhofften einsamen Strand sitzen meist schon andere.

Bereits in Deutschland kann man einen einwöchigen Segeltörn, die „Blaue Reise", buchen. Auf Jachten, die bis zu 14 Personen mitnehmen, geht es an der zerklüfteten Küste entlang. Da wird geschwommen, gesurft, gesegelt, getaucht, gefischt, gegrillt, auf den Spuren der Antike gewandelt und in der Sonne gedöst. Nirgendwo ist das Mittelmeer sauberer als hier, die Landschaft so wenig zersiedelt.

Vor 20 Jahren begann der Tourismus in Marmaris. Zuerst kamen Engländer, heute sind es neben Türken aus Ankara und Istanbul vornehmlich Deutsche und Österreicher. Drei Hotelanlagen, jede mit rund 500 Betten, offerieren die deutschen Veranstalter: das Mittelklassehotel Lidya, das Turban-Feriendorf mit Bungalows unter Pinien und das architektonisch eigenwillige Club Hotel Marti.

Zum Stadtzentrum verkehren preiswerte Sammeltaxis oder Minibusse und originelle, von Traktoren gezogene offene Wagen mit Sonnendach. An der parallel zum Strand verlaufenden Straße „wuchern" Restaurants und Bars in spanischer Wildwuchsmanier. Immerhin findet der Halbpensionsgast dort in Fülle gute Eßgelegenheit zu angemessenen Preisen. Der Abendspaziergang wird allerdings zu einem riskanten, staubigen Unterfangen. Denn Bürgersteige sollen erst noch gebaut werden.

Obwohl in der Antike unter dem Namen Physkus eine blühende Hafenstadt, kann das heutige Marmaris keine Zeugnisse mehr aus der Zeit von vor 2000 Jahren vorweisen. Dafür werden verschiedene Exkursionen zu Ruinen griechischer und römischer Macht- und Prachtentfaltung angeboten. So gibt es einen Tagesausflug nach Ephesus, der bedeutendsten Ausgrabungsstätte in der Türkei. Dort stand einmal eins der sieben Weltwunder, der Artemistempel. Von ihm sind allerdings nur eine mit Wasser vollgelaufene Vertiefung, einige Mauerreste und eine Säule, auf der Störche nisten, übriggeblieben. Anschaulicher sind dagegen die restaurierte Fassade der Celsusbibliothek, das Theater und die Marmorstraße.

Neben Stichtouren, die die gewaltige Landschaft und Ruinenfelder antiker Städte erschließen oder auf das griechische Rhodos hinüberführen, werden in Kombination mit Badewochen Rundreisen angeboten, die bis Istanbul, Antalya oder Kappadokien reichen. Man bedenke jedoch, daß die Distanzen in Deutschland auf der Landkarte kürzer aussehen, als sie es in der bergigen türkischen Wirklichkeit sind. Beim ersten Besuch sei zu einem viertägigen Minitrip mit Pamukkale, Aphrodisias, Ephesus, Izmir, Priene, Milet und Didyma geraten.

Die Charterflugzeuge landen in Dalaman, knapp zwei Busstunden von Marmaris entfernt. Seit Jahren wird von Berlin-Tegel dorthin geflogen – mit Anschluß von Hamburg und Hannover. Letzter Reisetermin in diesem Sommer: 17. Oktober. Bis dann wird die Sonne scheinen – ununterbrochen. RALF-D. UHLIG

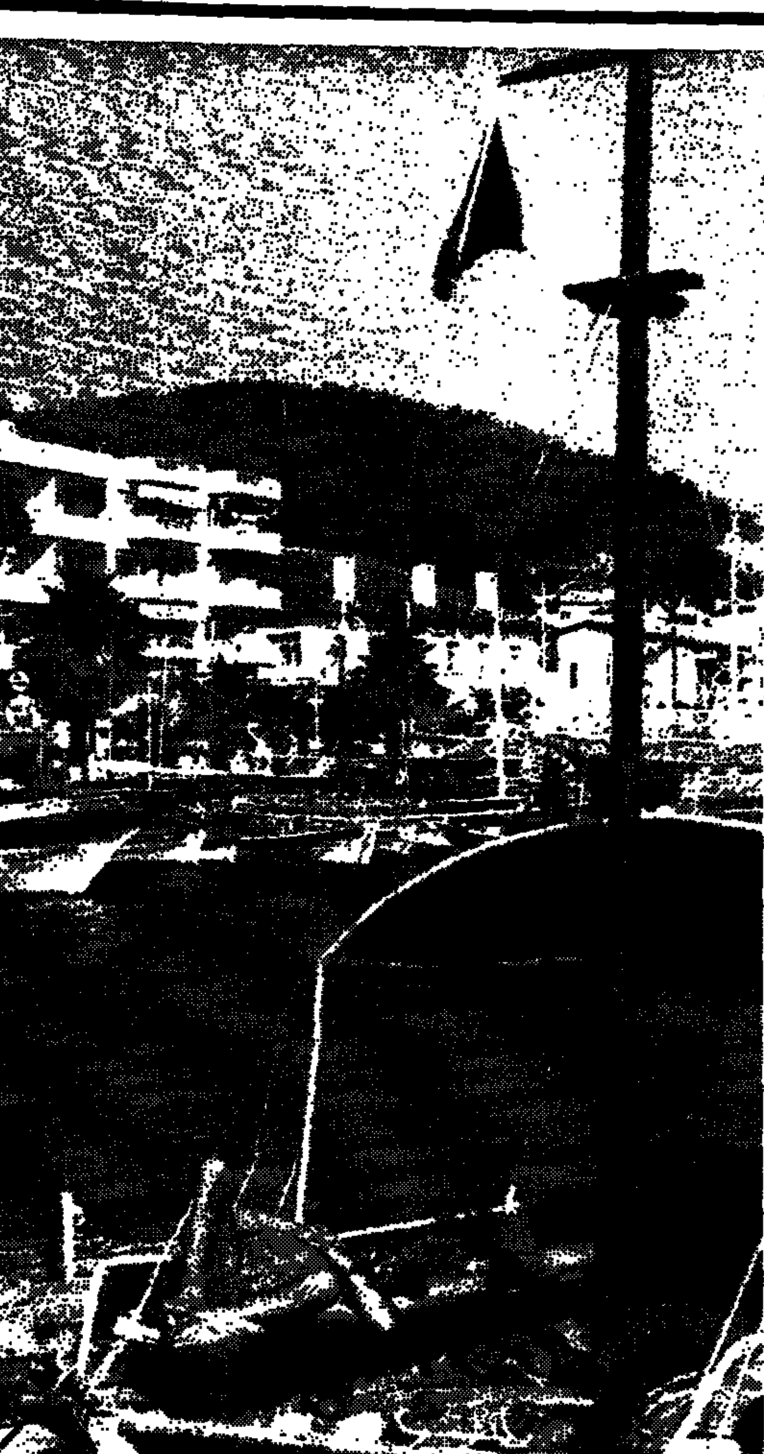
*

Angebot: Ein zweiwöchiger Badeaufenthalt mit Halbpension im Hotel Lidya ist von/bis Berlin ab 1430 Mark zu buchen bei Meditours, Kurfürstendamm 65, 1000 Berlin 15, oder Meditours/Koch Übersee, Glockengießerwall 12, 2000 Hamburg 1.

Auskunft: Informationsabteilung des Türkischen Generalkonsulats, Baseler Straße 37, 6000 Frankfurt 1.



Ein Halbrelief vor dem Tempel des Apollon in Didyma. Der Tempel mit seinem berühmten Orakel galt als das größte Heiligtum der Antike. Er wurde von den Persern im 5. Jahrhundert v. Chr. zerstört. Der Neubau ist nie fertig geworden – er war zu groß geplant. FOTO: UHLIG



Start zur „Blauen Reise" im Hafen von Marmaris FOTO: UHLIG

NACHRICHTEN

Fernreisen wieder gefragt

Das Fernweh nimmt wieder zu: 1,8 Millionen Bundesbürger sind 1984 in ein außereuropäisches Ferienziel gefahren. Damit ist die fünfjährige Talfahrt im Ferntourismus gebremst: 6,5 Prozent mehr Urlauber aus der Bundesrepublik notierten die 32 wichtigsten Überseenationen insgesamt. Dennoch gibt es, neben den Gewinnern Kuba, China, Hongkong, Japan, Südafrika, Korea und Indonesien, die zweistellige Zuwachsraten verbuchen konnten, auch Verlierer: Puerto Rico, Bahamas, Senegal, Philippinen, Seychellen, Barbados, Indien und die USA waren 1984 weniger gefragt als in den zwölf Monaten davor.

Mexico wird billiger

Ausländische Touristen erhalten ab sofort in Mexiko mehr Geld für ihre Feriengroschen. Nach Freigabe des Wechselkurses ist die Kaufkraft der Mark gegenüber dem „Touristen-Peso" um 35 Prozent gestiegen. Besucher aus Deutschland bekommen nun – statt bislang 80 Pesos – für eine in Mexiko getauschte Mark 130 Pesos.

Preis-Rabatt auf Mallorca

Achteinhalb Prozent Rabatt erhalten Mallorca-Touristen mit Wohnsitz im Ausland auf nahezu alle Produkte, die sie ausführen wollen. Voraussetzung: Der Kaufpreis beträgt mindestens 10 000 Peseten (etwa 170 Mark) und die Ausfuhr wird gegenüber den Zollbehörden belegt. Die Regelung gilt auch für die Nachbarinseln Ibiza, Menorca und Formentera.

Ärger mit Eurocheques

Italienreisende, die in den Banken „Eurocheques" einlösen, müssen pro Scheck eine Gebühr von 300 Lire bezahlen. Diese staatliche „Steuer" wurde erhoben, obwohl die „Eurocheque"-Vereinbarungen vorsehen, daß der Nettobetrag des Schecks ohne weitere Gebühren ausgezahlt wird. Auch Frankreich-Urlauber werden von manchen Geldinstituten belastet: Bis zu fünf Mark sind bei Einlösung des beliebten Zahlungsmitttels fällig.

Preiswert in die Staaten

Ab September bietet der amerikanische Billigflieger „Peoplexpress" den einfachen Flug über den „großen Teich" erstmals ab Brüssel für rund 300 Mark an. Die „Kampfpreise" sind allerdings begrenzt auf eine bis in den Spätherbst dauernde Einführungszeit. Ab 13. November soll das Ticket zwischen Brüssel und Newark bei New York etwa das Doppelte kosten.

Benzinbons billiger

Benzingutscheine für Jugoslawien sind billiger geworden. Wie der Auto Club Europa mitteilte, kosten Benzinbons jetzt 13,72 Mark statt bisher 14,25 Mark. Zu diesem Preis gibt es nach wie vor 12,12 Liter Super, 12,88 Liter Normalbenzin oder 15,48 Liter Diesel.

Am Golf von Iskenderun – Picknick im Park bei Daphne und Apollo

Iskenderun

„Nach Iskenderun wollen Sie?" Die Augen des Zöllners strahlen. „Das ist meine Heimat, dort ist es schön." Der Mann hat recht: Die Natur stellt den östlichsten Golf der Türkei in einen abwechslungsreichen Rahmen. Einer der größten Flüsse des Landes, der Ceyhan, bildet dort sein weitverzweigtes Delta, ein Gewirr aus Lagunen und Flußläufen inmitten von Marschen und Binsen, mit reichen Fischgründen und seltenen Vogelarten. Ein faszinierendes Revier für Schlauchbootfahrer.

Wir starten mit einem Fischerboot von dem kleinen Hafen Yumurtalik, in dem die gesamte Flotte der Ceyhanfischer beheimatet ist. Unser „Kaptan", der Fischer Ekrem, ist ein lustiges Haus. Er will uns die grünen und braunen Wasserschildkröten im Ceyhandelta zeigen, die er frech Moslems und Christen nennt. „Wartet nur ab", meint er, legt den Kopf schief, zaubert eine schläfrige Miene in sein Gesicht und zerdrückt eine Träne. „Die Moslems liegen unentwegt faul im Schlick, sie schlafen und weinen. Die Christen sind wild, wenn du dich ihnen näherst, beißen sie um sich und kämpfen." Die Vorstellung, die Ekrem uns da bietet, ist beinahe eindrucksvoller als die Wirklichkeit.

Die Küstenstraße umgeht den Nordteil des Golfes weiträumig, und das ist gut so, denn hier liegen mehrere Tankerpiers und die Endstationen der Pipelines aus türkischen und irakischen Ölfeldern. Sie führt erst am Ostufer wieder ans Meer heran, wo die Berge, die die große Meeresbucht einrahmen, Platz für eine Ebene lassen, in der einmal Weltgeschichte gemacht wurde. An einem regnerischen Novembertag des Jahres 333 schlug Alexander der Große mit seinen makedonischen Truppen das Heer des Perserkönigs Darius auf dem Schlachtfeld von Issus beim heutigen Dorf Dörtyol. Der Fluß, den Alexanders Reiter nur mit Mühe bezwangen, strömt aus einer Gebirgsschlucht in das flache Land und mündet, von Bäumen umstanden, in den Golf von Iskenderun, der zu Alexanders Zeiten, noch Sinus Issicus, der Bogen von Issus, genannt wurde. Pappeln umgeben auch den zu Füßen eines Berges liegenden Küstenort Yakacik. Der verfallene Hafen und ein genuesischer Wachturm lassen uns auch hier an reichbeladene Karawanen denken.

Auf der Reede von Iskenderun, der bedeutenden Hafenstadt vor der Kulisse des Amanusgebirges, gehen Schiffe aus aller Herren Ländern vor Anker. Moderne Gebäude säumen die Uferpromenade, Fiaker mit buntgeputzten Pferdchen machen den liebevoll polierten, spiegelblanken Taxis Konkurrenz, gemütliche Teehäuser und Freiluftcafés sind an der Wasserfront angesiedelt.

Nirgendwo sonst in der Türkei haben wir so viele Autos mit deutschen Nummernschildern gesehen wie hier und auch nicht so viele Banken. Arabische Laute dringen an das Ohr: Die syrische Grenze ist nah, und der Regierungsbezirk Hatay, zu dem Iskenderun gehört, war nach dem Ersten Weltkrieg als französisches Protektorat ein Teil von Syrien, bevor es 1939 durch Volksabstimmung an die Türkei zurückfiel; eine Entscheidung, gegen die Syrien neuerdings auf diplomatischem Gebiet Einspruch erhebt.

Als wir ins Zentrum von Iskenderun vordringen wollen, stolpern wir gleich in das sympathische und beschauliche Gewühl der kleinen Häuser, vollgestopften Marktbuden und ungepflasterten Straßen hinein, ohne das eine türkische Stadt nicht denkbar ist.

Nur 60 Kilometer sind es über den Belen-Paß und durch die fruchtbare Amik-Ebene bis nach Antakya (neutürkisch Hatay), dem Antiochien der Bibel. Wir laden einen jungen Offizier der Küstenwache zu diesem Ausflug ein. Im Archäologischen Museum, neben der alten Römerbrücke, steht er unbeeindruckt daneben, während wir uns an den zauberhaften Mosaiken begeistern. Sie sagen ihm nichts, er langweilt sich nur.

In der Felsenkirche St. Peter, wo der Überlieferung nach die Anhänger Jesu sich zum ersten Mal als „Christen" bezeichneten, bemüht er sich, unsere Andacht einigermaßen zu verstehen. Die heilige Stätte besteht aus einem kleinen, in den Felsen gehauenen Raum mit einem schlichten Altar, von dem ein Fluchtweg in den Berg führte. Von den Fresken ist kaum noch etwas übriggeblieben, wogegen die gotische Fassade, die man der Kirche im Mittelalter gab, sehr hübsch aussieht. Hier finden täglich katholische Gottesdienste statt.

Die Daphnequellen, acht Kilometer in Richtung syrische Grenze, finden mehr Beifall bei unserem Begleiter. Unter Eichen, Zypressen und Lorbeerbüschen plätschern aus zahlreichen Quellen Bäche in Kaskaden herab und vereinen sich zu einem großen Wasserfall. Hierher floh Daphne, als der Gott Apollo sie mit seiner Liebe verfolgte, und verwandelte sich in einen Baum. Die ehemalige Kultstätte für Apollo ist heute ein Picknickpark. Man sitzt am Wasser, manchmal auch drin, und genießt die murmelnde Kühle. Leider wird dieser hübsche Platz als Abfalleimer mißbraucht: jede Art von Zivilisationsmüll und Gestank, das tut weh.

Hohe morgenländische Platanen, Minarette, ein paar kleine Hotels, bunte Fischerboote vor der Mündung eines Flüßchens, Surfsegel und Wasserbobs, Inselchen und Klippen, dazu fröhliches Strandleben, das ist Arsuz, oder wie es heute heißt: Ulucinar, der beliebte Badeort am Südende des Golfes. Die Berge treten hier wieder ziemlich nah an die Küste heran, und wir schwimmen extra weit hinaus, um das herrliche Panorama zu genießen … ANDREA HORN

SCHWARZWALD

Liebe Leser

Schreiben Sie bitte die Chiffre-Nr. möglichst deutlich, wenn Sie auf eine Chiffre-Anzeige antworten. Sie ersparen sich damit Zeit und unnötige Rückfragen.

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

„Die beste Bildung findet ein gescheiter Mensch auf Reisen.“
Joh. Wolfg. von Goethe



MARKGRÄFLER LAND

SCHWEIZ

ÖSTERREICH

„Eine Reise ist wie eine Liebe, eine Fahrt ins Unbekannte.“
Peter Bamm

Für alle
die sich auf ihre Urlaubsreise freuen oder Ferienerinnerungen auffrischen wollen, sind die „Reise-Welt“ in der WELT und „Modernes Reisen“ in WELT am SONNTAG jede Woche willkommene Lesestoffe.

TOURISTIK

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

ITALIEN

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

FRANKREICH

HOLLAND

„Reisen sind das beste Mittel zur Selbstbildung.“
Karl Julius Weber

Anzeigen-Bestellschein für FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 108.30	4 25 mm/1sp. = DM 270.75	5 30 mm/1sp. = DM 324.90
2 15 mm/1sp. = DM 162.45		
3 20 mm/1sp. = DM 216.60	6 15 mm/2sp. = DM 324.90	

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen“ kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 10,83 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß. Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten. Anzeigenschluß ist jeweils montags 14 Uhr vor dem Erscheinungstermin.

Rustikales Blockhaus am Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei.

Mindestgröße 10 mm/1spaltig.
Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.
Standardgestaltung

DIE WELT
WELT am SONNTAG

An DIE WELT/
WELT am SONNTAG,
Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64
4300 Essen 1

01-994

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen“ in der Höhe von ______ Millimetern ____ spaltig zum Preis von __________ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ______________ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ______________

Straße/Nr. ______________ Telefon ______________

PLZ/Ort ______________

Der Text meiner Anzeige soll lauten



SPORT/HOBBY

Wein-Wochenenden

Die Ortenau ist das Ziel abwechslungsreicher Wein-Wochenenden, zu denen die Stadt Offenburg einlädt. Das „Wochenend-Wein-Seminar“ vom 18. bis zum 20. Oktober bietet eine Einführung in den Weinbau und mehrere Weinproben. Wer weniger Interesse an Führungen und fachlichen Weinproben hat, dem wird das „Weinfröhliche Wochende“ vom 25. bis zum 27. Oktober zusagen. Beide Angebote kosten mit Übernachtung, Frühstück und Programm ab 189 Mark. (Auskunft: Kultur- und Verkehrsamt, Gärtnerstraße 6, 7600 Offenburg.)

Schweizer Bergpfade

Wandern in der Schweiz im Gebiet des Vierwaldstätter Sees und in den Bergregionen von Andermatt – dieses Arrangement bietet der Eifelverein vom 7. bis zum 21. September an. Im Programm stehen Bergwanderungen und an wanderfreien Tagen eine Dampferfahrt nach Luzern sowie eine Tagestour zum Lago Maggiore. (Auskunft: Reisebüro Volles, Wirteltorplatz, 5160 Düren.)

Radfahren am Ammersee

Eine familienfreundliche Radtour mit Gepäcktransport bietet der Fremdenverkehrsverband Ammersee-Lech an. Die „Super 8 vom Ammersee“ mit sechs Übernachtungen inklusive Frühstück, Leihfahrrad, Gepäcktransport und Radwanderkarte kostet 338 Mark. (Auskunft: Fremdenverkehrsverband Ammersee-Lech, Von-Kühlmann-Straße 15, 8910 Landsberg.)

Aachener Golf-Turnier

Am 24. August finden die offenen Wettspiele der „Hole-In-One-Spieler“ im Aachener Golfclub statt. Teilnahmeberechtigt sind Mitglieder in- und ausländischer Golfclubs, die bestätigt ein „AS“ gespielt haben. Das Hotel Quellenhof bietet für das Golf-Wochenende vom 23. bis 25. August das gesellschaftliche Rahmenprogramm, vom Begrüßungsempfang über das Gala-Diner bis zur Siegerehrung. Das Arrangement für 290 Mark beinhaltet zwei Übernachtungen, Frühstück, Gala-Diner, Brunch und Nenngeld. Meldeschluß ist bereits der 11. August. (Auskunft: Steigenberger Touristik Service, Postfach 1 64 40, 6000 Frankfurt, Telefon 069/215618.)

550 neue Yachtboxen im Süden von Spanien

Sotogrande

Unter den Golfern in aller Welt ist Sotogrande bestens bekannt. Jetzt bekommt der Ort eine neue Dimension: Noch in diesem Sommer werden Bulldozer neben dem Rio Guadiaro eine Marina ausheben, die rund 550 Lustyachten in „Boxen“ zwischen Ankerboje und Stegplatz beherbergen soll.

Weitere 150 Boote stehen auf dem Trockenen – im Freien oder im Schuppen –, solange sie nicht größer als 7,90 Meter und nicht schwerer als 30 Tonnen sind. Auch zwei oder drei Staatsyachten des nahen Marbella-„Kalifats“ oder so seltene Schwäne wie die „Winston Churchill“ können hier anbinden.

Der Yachtsport gehört zu den Märkten der Ferienindustrie, auf denen allein die Konkurrenz den nötigen Multiplikator liefert: „Uns kann es nur recht sein, wenn sie auf Gibraltar noch zwei Marinas anlegen“, sagen die Hafenbauer von Sotogrande.

Gewiß, ein Schiff ist nicht nur für den *Hafen* da – wenngleich es im benachbarten Puerto Banús auch manchmal so aussieht –, aber wenn es schon hinaus muß, hinaus auf See, dann erscheint es dem Lustschiffer der familienfreundlichen Fiberglas-Ära doch recht angenehm, zu wissen, daß sein nächster Anlaufhafen nur wenige Meilen entfernt liegt: Etwa die kurze Strecke bis nach Estepona und Puerto Banús im Osten oder die 20 sehr viel reizvolleren Meilen rund um den Affenfelsen bis zu Shepheards alter oder neuer Marina von Gibraltar. Oder – später einmal – gar in jene Rosa Bay, in die einst der einäugige Admiral Nelson sein Boot von der draußen ankernden „Victory“ rudern ließ.

Der erste Hafen im Mittelmeer

Sotogrande bietet sich, von der Straße von Gibraltar aus gesehen, als der erste Yachthafen des Mittelmeeres an. Nach Süden zieht sich eine flache Küste von Sotogrande bis zu jenem steilaufragenden Felsen, der den Namen des arabischen Feldherrn Tarik, der von hier aus die iberische Halbinsel eroberte, trägt.

Auch zwischen den dahinter sichtbar werdenden Felsen der afrikanischen Küste laden Häfen wie Ceuta oder Tanger zu Kreuzschlägen ein, bei denen man sich allerdings hüten sollte, einem der großen Schiffe vor die Füße zu laufen, die ständig durch diese Meeresstraße ziehen.

Auf der anderen Seite von Sotogrande, nach Osten hin, ragen die Felskuppen der Sierra Marbella auf, ein Gebirge, das hinten im Dunst bis in die Sierra Nevada übergeht. So trifft man in dieser Region Schiffer, die neben dem Surfbrett ihre Skier an der Reeling festzurren. Vom Hafen von Motril aus braucht man schließlich nur zwei Autostunden bis zum Skilift auf den Mulhacén, hoch wie die Ötztaler Alpen.

In Sotogrande wird weiter gebaut

Die Kette der in den letzten zehn Jahren gebauten Yachthäfen entlang dieser Küste mag die Planer vom Sotogrande ermuntert haben, auf ihrem 2000 Hektar *großen* Feriengebiet nicht nur eine Marina zu bauen.

So entsteht landeinwärts eine lagunenartige Anlage, die – wenn sie wirklich so angelegt wird wie geplant – in ihrer Kombination mit dem übrigen Angebot von Sotogrande am Ufer des Mittelmeeres kaum ihresgleichen finden dürfte. Hier sollen in wenigen Jahren Appartements und Bungalows auf kleinen Halbinseln mit hauseigenen Liegeplätzen für noch einmal 1500 Boote entstehen. Tiefgang drei Meter.

Der gesamte Komplex läßt sich durch den im Madrider Wassersandkasten erprobten Gezeitenstrom selbst reinigen. Der Tidenhub beträgt hier nur einen Meter. Er sorgt für die Abfuhr des Sandes, ohne reißend zu werden.

Die Kosten des vier Meter tiefen Vorhafens werden sich auf etwa 25 Millionen Mark belaufen, von denen ein Drittel schon jetzt durch Anfragen allein aus London gesichert erscheinen.

Mit 725 Mark je Quadratmeter umbauter Hafenfläche gestaltet sich der Liegeplatz nicht gerade billig. Für ein Acht-Meter-Boot kommt er auf 18 000 Mark in der Werbephase. Danach steigt der Preis für einen Liegeplatz auf nicht ganz 22 000 Mark. Für „Naß-Lieger“; trockene Stehplätze sind billiger.

ROLF GÖRTZ



Saison in Deutschland: Der Norden leidet unter dem schlechten Wetter FOTO: KLAUS ABS

Städtetourismus im Aufwind

tdt, Frankfurt

Ganz sicher wird es kein Boomjahr, aber so düster wie der Himmel über weiten Teilen der Bundesrepublik scheint die Situation für die heimische Fremdenverkehrswirtschaft auch nicht zu sein. Fast alle Fremdenverkehrsämter hoffen zumindest, das Ergebnis des Vorjahres halten zu können. Und auch der große Renner der Saison 1985 steht schon fest: Städtereisen.

Allerdings: Für Reiseveranstalter mit deutschen Urlaubszielen ist die Situation betrüblich. Bernd Rimele von der Touristik Union International (TUI) in Hannover: „Der Rückgang der Buchungen gegenüber dem Vorjahr bewegt sich im zweistelligen Prozentbereich.“ Die Gründe für diese Entwicklung sieht man im unbeständigen Wetter und einem starken Anstieg bei den Reisezielen rund um das Mittelmeer.

In vielen Ferienorten sind solche Auswirkungen jedoch nicht spürbar. So meldet zum Beispiel die Kurverwaltung von Oberstaufen im Allgäu im ersten Halbjahr 1985 bei den Übernachtungen einen Zuwachs von acht Prozent, Garmisch-Partenkirchen registrierte im gleichen Zeitraum 3,8 Prozent mehr Urlaubsgäste, Rothenburg ob der Tauber verzeichnete gar einen Anstieg der Übernachtungszahlen um 8,3 Prozent, wobei allerdings der Anteil der ausländischen Besucher deutlich über 50 Prozent liegt. Und auch die hessische Landeszentrale für Fremdenverkehr meldet für die ersten vier Monate dieses Jahres leichte Zugewinne. Allerdings profitieren die Hessen von der hohen Zahl der Ausländer – fast ein Drittel der Besucher des Bundeslandes stammt nicht aus dem Inland.

Erhebliche Vorteile vom Ausländer-Boom des ersten Halbjahres verzeichnet der Städtetourismus. Heidelberg meldet für die ersten fünf Monate des Jahres zehn Prozent mehr Übernachtungen, das Fremdenverkehrsamt München stellt fest: „Laufende Saison durch Auslandsgäste gut“. Und auch Berlin konnte im Mai zweistellige Zuwachsraten bei Besuchern und Übernachtungen verbuchen, während aus Nürnberg zu hören war: „Monat Juni mit plus 23 Prozent der beste Monat aller Zeiten.“

Eine Trendwende scheint 1985 auch im Kur- und Bäderbereich stattgefunden zu haben. Die Kurverwaltung von Baden-Baden etwa stellt eine positive Entwicklung bei Ankünften und Übernachtungen fest, und auch Bad Kreuznach hatte bislang mehr Gäste als noch im Vorjahr. Der Kurort Laasphe im Wittgensteiner Land konnte bis April 1985 mit Steigerungsraten von mehr als zehn Prozent aufwarten, während die hessische Landeszentrale die guten Ergebnisse der ersten vier Monate des laufenden Jahres auch „auf die Regelung in den Bädern und Kurorten“ zurückführt.

Weniger erfreulich – zumindest aus der Sicht der Fremdenverkehrsbetriebe – gestaltet sich die Situation im Norden Deutschlands und am Rhein. Dieter Decken, Sprecher des Landesverkehrsverbandes Rheinland, führt die mäßige Urlaubslage vor allem auf die unbeständigen Wetterverhältnisse und die anhaltend schlechte Situation auf dem Arbeitsmarkt zurück. Auch an den deutschen Nord- und Ostseeküsten gibt man sich nicht sehr optimistisch. „Wir werden 1985 die Zahlen des Vorjahres nicht erreichen“, heißt es aus Travemünde. In Wilhelmshaven zeigen sich Privatvermieter und Hoteliers mit der bisherigen Saison gleichermaßen unzufrieden, zudem befürchten die Norddeutschen „aufgrund des diesjährigen schlechten Wetters Einbrüche für die Folgejahre“.

So unterschiedlich sich die Urlaubssaison 1985 in den verschiedenen Feriengebieten bislang auch darstellt, fest steht für alle Fremdenverkehrsexperten: Die Urlauber sind noch preisbewußter geworden. Der Trend heißt „Sparen im Urlaub“. Groß im Aufwind sind darum Ferienwohnungen mit der Möglichkeit zur Selbstversorgung. Und: die schönsten Wochen des Jahres werden immer kürzer. „Zwei statt drei Wochen“ heißt die Urlaubsdevise der Saison. Schnellentschlossenen und wetterfesten Urlaubern bietet sich dabei in diesem Jahr ein wahres „Urlaubsparadies Deutschland“: Ab zwölf Mark für Übernachtung und Frühstück ist in allen deutschen Landen noch alles zu haben.

Kontakt-Sperre

Was wird dem Touristen nicht alles aufgebürdet: Er soll Infrastrukturen verbessern, Staatshaushalte sanieren, zur Völkerverständigung beitragen. Letzteres ist wohl das schwierigste, wie das Beispiel Senegal zeigt. Dort werden nun Feriendörfer geschlossen, in denen Touristen inmitten von Eingeborenen Urlaub machen konnten. Ein paar Münzen für ein Foto genügten, das Wesen der Stammeskinder völlig zu verändern. Kein Wunder, denn die Kleinen nahmen durch Handaufhalten mehr ein als ihre schwer arbeitenden Eltern.

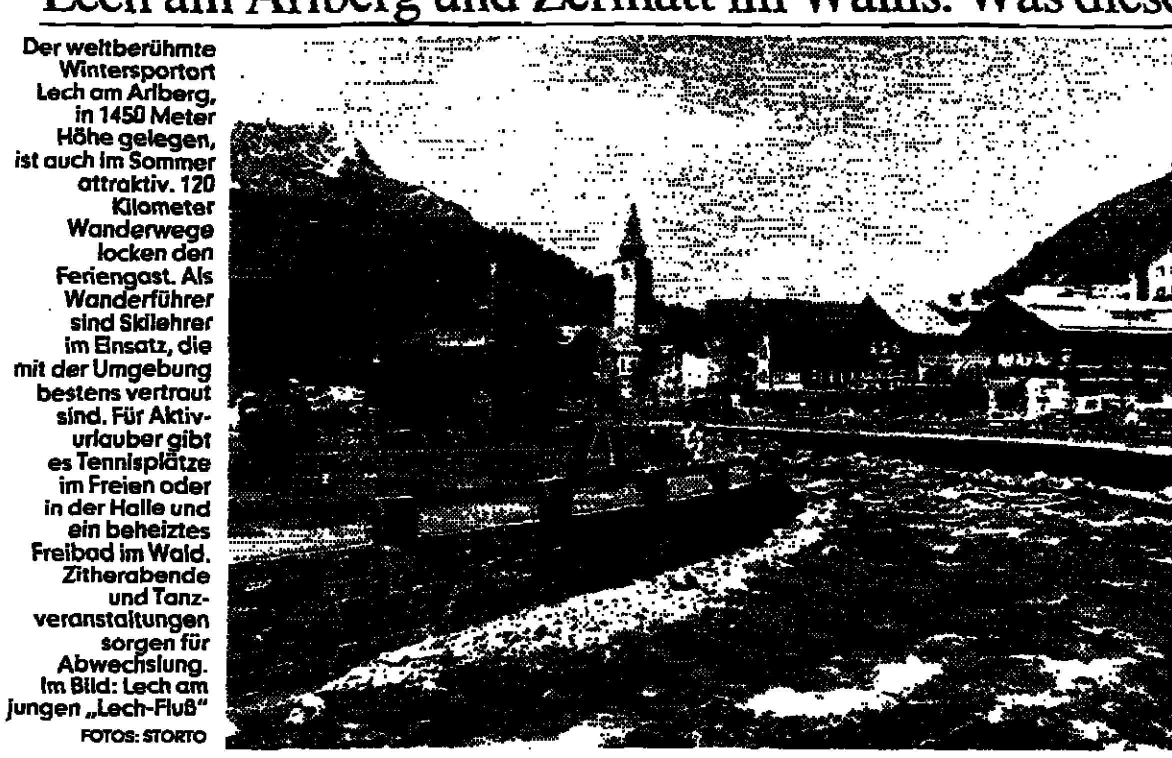
Hat hier der direkte Kontakt der Reisenden und „Bereisten“ zu einem negativen Ergebnis geführt, so wird andernorts den Touristen vorgeworfen, an der Realität des Ferienlandes vorbeizugehen und sich zu verhalten wie die berühmten drei Affen. Jüngstes Beispiel Südafrika, wo ein Reiseunternehmen nach dem Ausnahmezustand eine Sicherheitsgarantie gab, woraufhin zu lesen war, die Bewegungsfreiheit in Südafrika sei nicht mehr gewährleistet.

Ob zuviel oder zuwenig Kontakt zwischen den Reisenden und der Bevölkerung in den Zielländern des internationalen Fremdenverkehrs besteht, den Tourismuskritikern ist es immer ein Dorn im Auge. Aber kann man die Probleme Südafrikas als Tourist – quasi auf Durchreise – denn überhaupt kennenlernen? Muß man wirklich beklagen, wenn Pauschal-Urlauber künftig nicht mehr in senegalischen Dörfern den Alltag „erleben“ können? Natürlich ist es wünschenswert, daß der Fremdenverkehr dem besseren Verständnis zwischen den Völkern dienen möge. Aber wenn Touristen Kindern in Ländern der Dritten Welt das Betteln beibringen, ist die Völkerverständigung gescheitert.

Offenbar ist nicht entscheidend, wie nah sich Reisende und Bereiste kommen, sondern mit welcher Einstellung sie einander begegnen. Und diese sind oft sehr unterschiedlich. Wenn Politiker in Senegal den Tourismus auf bestimmte Gebiete begrenzen wollen, ist das ihr gutes Recht. Und wenn ein Urlauber schlicht nichts anderes will, als sich nach einem harten Arbeitsjahr eine unbeschwerte, schöne Zeit zu gönnen, dann ist das auch sein gutes Recht. Kritik hin oder her.

RW.

Lech am Arlberg und Zermatt im Wallis: Was diese Wintersportorte ihren Sommergästen bieten können



Der weltberühmte Wintersportort Lech am Arlberg, in 1450 Meter Höhe gelegen, ist auch im Sommer attraktiv. 120 Kilometer Wanderwege locken den Feriengast. Als Wanderführer sind Skilehrer im Einsatz, die mit der Umgebung bestens vertraut sind. Für Aktivurlauber gibt es Tennisplätze im Freien oder in der Halle und ein beheiztes Freibad im Wald. Zitherabende und Tanzveranstaltungen sorgen für Abwechslung. Im Bild: Lech am jungen „Lech-Fluß" FOTOS: STORTO

„Edelweiß in allen Farben"

Lech

Lech am Arlberg ist im Sommer ruhig und friedlich. Nur am Sonntag, wenn sich die einheimischen Frauen in der Walsertracht nach dem morgendlichen Gottesdienst auf dem Kirchplatz versammeln und die Trachtenkapelle zu flotten Weisen aufspielt, wimmelt es auf dem „Promenier-Boulevard" zwischen den Hotels „Post" und „Krone" entlang dem rauschenden Lech-Fluß von Ausflugs-Passanten von nah und fern. Doch am späten Nachmittag sind die Lecher Gäste wieder unter sich.

Das 1450 Meter hoch gelegene Lech ist im Sommer aber nicht nur durch seine Preisnachlässe interessant. Es kann eine Reihe von „Urlaubs-Bonbons" anbieten:

Für Wasserratten im idyllischen Zuger-Tal ein beheiztes Wald-Freischwimmbad mit großem ovalem Becken, Kinderplanschbecken und ausgedehnter Liegewiese. Für Tennis-Anhänger zehn Plätze im Freien und eine neue unterirdische Tennis-Anlage mit vier Hallen-Plätzen und zwei Squash-Boxen.

Für Angler gibt es drei Bergseen und den Lech-Fluß. Petri-Heil-Neulinge werden mit Sicherheit im Zuger Forellenteich „fündig". Dort kann man an Ort und Stelle seinen Fang grillen und verzehren.

Lechs größter Trumpf aber sind seine 120 Kilometer markierten Wanderwege und Alpinsteige zwischen 1400 und 2600 Meter und eine prachtvolle Alpenflora, die nicht nur Feriengäste begeistert, sondern auch die Phantasie eines hiesigen Schülers beflügelte: „Edelweiß blühen hier in allen Farben", schrieb er in einem Schulaufsatz.

Wer nicht auf eigene Faust losstapfen möchte, kann sich an kostenlos geführten Gemeinschaftswanderungen beteiligen, die mindestens zweimal pro Woche vom Verkehrsamt organisiert werden. Oder an einer geführten Bergtour, die jeden Mittwoch stattfindet. Und an geführten Wildbeobachtungen, Botanik- oder Kräuterwanderungen, Sonnenaufgangs- und Sonnenuntergangswanderungen sowie Picknicktouren. Als Wanderführer werden Lecher Skilehrer eingesetzt, die mit jedem Gipfel, jeder Hütte in der Umgebung bestens vertraut sind.

Fast eben sind die Wege entlang dem jungen Lech-Fluß, hinein zum kleinen Weiler Zug mit seinen gemütlichen Gasthöfen oder lechabwärts nach Stubenbach und weiter nach Warth. Von da gelangt man wieder per Postbus zurück. Eine ebenfalls reizvolle und leichte Wanderung zum Eingewöhnen ist der Weg zur alten Walsersiedlung Bürstegg mit dem höchstgelegenen Vorarlberger Kirchlein und der Weg über das blumenreiche Auenfeld zum Körbersee.

Panoramabeschauer werden sich die Fahrt mit der Rüfikopf-Luftseilbahn nicht entgehen lassen, die bis auf 2350 Meter schwebt und Ausgangspunkt ist zu zahlreichen Bergwanderungen, wie zur „Stuttgarter Hütte" (2365 Meter), die man über die Rauhekopfscharte erreicht. Der Formarinsee mit der „Freiburger Hütte" (1918 Meter) und der Spullersee mit der nahen „Ravensburger Hütte" (1947 Meter) – zu beiden Seen gelangt man auch bequem mit dem Taxibus über eine Mautstraße – sind ebenfalls beliebte Ziele. Die beiden Hütten verbindet einer der schönsten alpinen Höhenwege mit herrlicher Aussicht auf Verwall, Klostertal und Rätikon, der allerdings nur für geübte Bergwanderer empfehlenswert ist.

Trittsicher und schwindelfrei sollte man auch für den wildromantischen Theodor-Praßler-Weg sein, der sich vom Zuger Hochlicht unter der Braunarlspitze vorbei auf schmalem Grat zur „Göppinger Hütte" (2245 Meter) windet. Von dort aus kann man entweder ins Lechtal absteigen oder weiter auf dem Freiburger Höhenweg bis zur „Freiburger Hütte" wandern.

W. S.

*

Auskunft: Verkehrsamt A-6764 Lech am Arlberg/Vorarlberg.



Am Fuß des 4478 Meter hohen Matterhorns liegt der weltbekannte autofreie Walliser Ferienort Zermatt (1620 Meter). Hier führen im Sommer fast 400 Kilometer Wege und Steige bis hinauf in die Gletscherregion. Wandervögel kommen also in Zermatt auf jeden Fall auf ihre Kosten. Im Bild: Der Weg zwischen Rotenboden und der Monte-Rosa-Hütte. Im Hintergrund sind der Grenz- und Gornergletscher sowie die Gipfel von Monte Rosa (4634 Meter) und Liskamm (4527 Meter) zu sehen.

Hinauf zu ewigen Gletschern

Zermatt

Es muß nicht gleich das Matterhorn sein: Rund um Zermatt locken viele landschaftlich reizvolle Wanderungen. Etwa eine halbe Stunde geht man hinauf zum idyllischen Weiler Blatten mit seiner kleinen Kapelle. Ein bißchen weiter, nämlich eineinhalb Stunden, ist es zum Weiler Findeln, einer winzigen Bergsiedlung hoch über Zermatt. Beide Natur-Oasen bieten eine herrliche Aussicht auf die grandiose Hochgebirgskulisse und die Felspyramide „Hörnli" – und herzhafte Kost in urgemütlichen Berghütten.

Gehfreudige Wandervögel kommen in Zermatt (1620 Meter) auf jeden Fall auf ihre Kosten, denn das weltbekannte autofreie Walliser Bergdorf hat fast 400 Kilometer Wege und Steige bis hinauf zu den ewigen Gletschern. Zehn Bergbahnen verkürzen die Anstiege in die Höhe.

In wenigen Minuten gelangt man mit der unterirdischen „Alpen-Metro" nach Sunnegga (2300 Meter). Wer von da nicht mit der Luftseilbahn in Richtung Unterrothorn (3108 Meter) weiter möchte, sollte den Weg hinunter nach Findeln einschlagen, der sich später wieder bergwärts bis Riffelalp schlängelt, vorbei an flammenden Alpenrosenfeldern und jahrhundertealten knorrigen Arvenbäumen.

Müde Wanderer können jetzt die Gornergratbahn ins Tal zu nehmen. Doch es lohnt sich, bis zur Gletscherzunge des Gornergletschers weiterzuwandern – mit Abstecher zum geologisch interessanten „Gletschergarten" und seinen verschiedenen „Gletschermühlen".

Zermatts älteste Bahn ist die Gornergratbahn. Diese Zahnradbahn ist seit 1898 in Betrieb und befördert in einer knappen Dreiviertelstunde täglich Hunderte von Gästen 3136 Meter hoch. Atemberaubend ist der Blick von der Plattform oberhalb des Hotels „Kulm" auf das gewaltige, eisgepanzerte Gletschermeer des Gornergletschers und die höchsten Berge der Schweiz. Immerhin stehen 29 von 38 Schweizer Viertausendern auf Zermatter Gemarkung.

Eine imposante Fahrt verspricht die „höchste Luftseilbahn Europas", die in drei Sektionen hinauf zum Klein-Matterhorn auf 3820 Meter schwebt und Naturgenießer, Tourengeher und Sommerski-Fans gleichermaßen begeistert. Oben angekommen, passiert man noch einen 170 Meter langen Tunnelstollen und steht dann geblendet auf dem Breithorn-Plateau vor der weiten, nach Süden zur Gobba di Rollin ansteigenden Gletscherwelt. Mitten im Stollen führt ein Aufzug direkt zum Gipfel auf 3868 Meter, wo sich ein hinreißender Rundblick auf das Mont-Blanc-Massiv, Grand Paradiso, die Unterwalliser und Berner Alpen präsentiert.

Das Klein-Matterhorn ist Ausgangspunkt für den „leichtesten Viertausender der Schweiz" – das Breithorn (4164 Meter). Auf diesen Schnee- und Eisberg wird bei gutem Wetter täglich eine Tour vom „Bergführerbüro Zermatt" durchgeführt. Unter Anleitung von diplomierten Bergführern können auch weniger geübte Berggänger „anspruchsvolle" Ziele erreichen.

Wer schon lange nicht mehr in Zermatt war, reibt sich verwundert die Augen: Das einst so bescheidene Bergdorf ist fast zur Alpenkleinstadt angewachsen. Man kann wählen unter mehr als 17 000 Gästebetten. Quartiere mit Blick auf das „Hörnli" sind besonders gefragt. Alt-Zermatter Romantik mit Holzhäusern und typischen Walliser Speichern, die auf hohen Pfählen mit pilzförmigen Steinplatten stehen, sieht man nur noch vereinzelt. Das Leben im Ort spielt sich vorwiegend zwischen Bahnhofsplatz und der spitztürmigen Pfarrkirche ab. Und natürlich ist das Matterhorn allgegenwärtig: in natura, auf Postkarten oder aus Marzipan.

WALTER STORTO

*

Auskunft: Verkehrsbüro Zermatt, CH-3920 Zermatt/Wallis.

HOTELS

Hamburg – Günstige Übernachtungspreise in allen Hotelkategorien bietet Hamburg mit dem Angebot „Happy Hamburg pauschal". Als Bonbon gibt es das „Happy Hamburg Ticket" mit Ermäßigungen bei Besichtigungen, Rundfahrten und Nachtclub-Besuchen. Die Pauschale gilt bis zum 31. Oktober von Freitag bis Montag. In den Preisen von 42 bis 106 Mark pro Person und Nacht im Doppelzimmer sind Frühstück und das Ticket enthalten. Für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr gilt der halbe Preis. (Auskunft: Fremdenverkehrszentrale Hamburg, Bieberhaus am Hauptbahnhof, 2000 Hamburg 1.)

Wiedenbrück – Radwanderungen durch das Münsterland werden von dem Fachwerk-Städtchen Wiedenbrück aus angeboten. Das Romantik-Hotel „Ratskeller" hat Reisen ausgearbeitet, bei denen nicht nur körperliche Bewegung auf dem Programm steht, sondern auch die Begegnung mit westfälischen Spezialitäten. Wer abends nach Radausflügen in den Teutoburger Wald ins Hotel zurückkehrt, wird von einem Feinschmeckermenü erwartet. Ein Wochenende kostet bei zwei Übernachtungen, Verpflegung und Leihfahrrad 200 Mark. (Auskunft: Romantik-Hotel Ratskeller, Markt 11, 4840 Rheda-Wiedenbrück.)

Kopenhagen – Die weltweite Organisation von Luxushotels „The Leading Hotels Of The World" hat folgende Hotels als neue Mitglieder aufgenommen: Hotel D'Angleterre in Kopenhagen / Dänemark, The Daniel Hotel And Spa in Herzlia-on-Sea / Israel, The Ritz-Carlton, In Laguna Niguel / Kalifornien, Hotel Le Royal in Luxemburg, Hotel Le Sirenuse in Positano / Italien, Turnberry Hotel And Golf Courses In Strathclyde / Schottland, The Westbury Hotel in Dublin / Irland, White Swan Hotel in Guangzhou / China.

Wildbad – Das Badhotel Wildbad im Schwarzwald bietet attraktive Arrangements zu Spezialpreisen an: So kann man sich bei einem kulinarischen Menü mit einer Übernachtung und Frühstücksbuffet zum Komplettpreis von 114 Mark verwöhnen lassen oder einen Kurzurlaub von Freitag bis Sonntag für 230 Mark buchen. Wer Lust hat, hinter die Kulissen einer Hotelküche zu schauen, nimmt an einem Kochseminar teil und läßt sich Tips und Tricks für den privaten Haushalt zeigen. Fünf Übernachtungen, Vollpension und Kochkurs kosten 680 Mark. (Auskunft: Badhotel Wildbad, 7547 Wildbad.)

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Der junge russische Großmeister Sokolow hielt das Tempo des Interzonenturniers in Biel nicht durch – in der 8. Runde erlitt er eine Niederlage, die für ihn aus zwei Gründen sehr schmerzlich war: Er verlor mit weißen Steinen und außerdem gegen einen Gegner, der ihm als einziger Turnierteilnehmer in der ersten Hälfte des Turniers die Führung strittig gemacht hatte:

Pirc-Verteidigung

Sokolow – van der Wiel

1.e4 d6 2.d4 Sf6 3.Sc3 g6 4.Sf3 Lg7 5.Le2 0-0 6.0-0 c6 7.Te1 Sbd7 8.Lf4!? (Nicht üblich – und auch kaum gut. Weiß soll entweder mit 8.a4 den Vorstoß b5 verhindern und dann mit 9.Lf1 fortsetzen oder jedoch mit 8.e5 versuchen, sich Raumvorteil im Zentrum zu verschaffen. Der Zug Lf4 wird den Vorstoß e5 direkt herausfordern:) **Da5! 9.Dd2 e5! 10.Lg5?** (Und da sollte er auf e5 lieber tauschen und sich mit Ausgleich zufrieden geben!) **ed4: 11.Sd4:?** (11.Dd4: ist nicht besser, da Schwarz die starke Antwort Sg4! hat – 12.Dd6: Db6, und dieser typische Doppelangriff gegen b2 und f2 bringt ihn in Vorteil.) **Se4:!** (Damit hat Sokolow bei seinem 10. Zug gerechnet und festgestellt, daß er nun eine Qualität gewinnen könnte. Dabei hat er jedoch nicht weit genug kalkuliert!) **12.Se4: Dd2: 13.Ld2: d5!** (Denn Ld4: 14.Sd6: würde nur zum Ausgleich reichen – Lb2: 15.Tab1 usw.) **14.Lb4 Td8 15.Sb5!?** (Sonst geht nach etwa 15.Lc3 de 16.Lc4 Sf6 ersatzlos ein Bauer verloren!) **de4: 16.Sc7 Tb8 17.Le7** (Nun ist der Td8 zwar gefangen, aber der Sc7 auch – diese „Kleinigkeit" hat Sokolow im 10. Zug übersehen!) **Tf8 18.Tad1 Le5 19.Lf8: Kf8: 20.Lg4! f5 21.Se6+ Ke7 22.Sg5 Sf6!** (Es ging auch „materialistisch" mit fg 23.Te4: Kf6 24.Tg4: h6 oder 24.Sh7:+ Kf5, aber da hätte Weiß noch taktische Gegenchancen. Der niederländische Großmeister findet einen besseren Weg: Für die Qualität bekommt er sofort einen zweiten Bauern – und klare positionelle Vorteile:) **23.Le2 Lb2: 24.Lc4!? b5 25.Lf1 h6 26.Sf3 c5 27.Te3?** (Beschleunigt die Niederlage, die auch im Falle von 27.Sd2 Le6 kaum abzuwenden wäre!) **Le6 28.Tb1 f4! 29.Te2** (29.Te1 Lc3) **ef3: 30.Te6:+ Ke6: 31.Tb2: b4 32.gf3: Ke5** (Die Partie ist praktisch schon jetzt zu Ende – „der Rest ist Schweigen", lautet der beliebte Spruch der Kommentatoren!) **33.Tb1 Kd4 34.Te1 Kc3 35.Te5 Tc8 36.Te6 Sd7 37.Te7** (37.Tg6: Se5 nebst Sf3:+) **Td8 38.Lb5 Sb6 39.Ta7: Kc2: 40.Tg7 Td5 41.Tb7** (41.Tg6: Tg5+ usw.) **Tg5+ 42.Kf1 Sd5 43.Td7 Sc3 44.Lc4 Sb1 45.h4 Te5 46.Kg2 Sa3 47.Lf7 c4 48.Lg6:+ Kb2 49.Tb7 Tb5 50.Th7 c3 51.Th6: Tb6 52.Kh3 c2 53.Lc2: Th6: 54.Lb3 Sb5 55.Kg4 Sd4 56.Ld5 Td6 57.Le4 Te6 58.Ld5 Te5 59.Lf7 Te7 60.Ld5 Td7** und nach der zweiten Zeitkontrolle wollte Weiß nicht mehr das Katz-und-Maus-Spiel mit sich weitertreiben lassen (61.Lc4 Kc3 62.Lf1 Ta7 usw.).

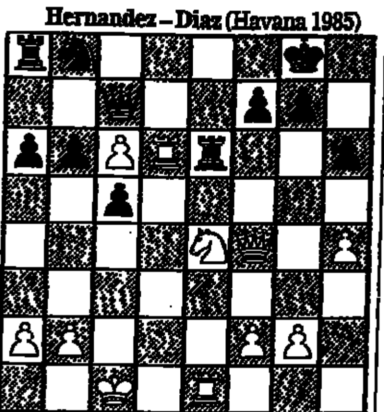
Der erste Schachlehrgang des Leistungsschachzentrums Altensteig findet vom 28. August bis 1. September statt. Informationen und Anmeldungen Tel. (07484) 6 70.

Lösung vom 2. August

(Kb1,Df3,Td1,h1,Se4,Ba2,b2,c2,f6,g2,h5; Kg8,Db6,Tc4,f8,Le5,Ba7,b7,d4,f7,g6,h6):

1...d3! 2.c3 Te4:! 3.De4: Lc3: aufgegeben (4.b3 Df2 usw.)

Hernandez – Diaz (Havana 1985)



Weiß am Zug gewann

(Kc1,Df4,Td6,e1,Se4,Ba2,b2,c6,f2,g2,h4; Kg8,Dc7,Ta8,e6,Sb8,Ba6,b6,c5,f7,g7,h6)

DENKSPIELE

Punkte verbinden

Die Eckpunkte eines Sechsecks wurden hier durch eine fortlaufende Linie auf eine etwas merkwürdige Weise miteinander verbunden. Die sich kreuzende Linie bildete drei Schnittpunkte. Können Sie die Linie anders zeichnen, so daß sich noch einmal drei, ferner vier, fünf und sieben Schnittpunkte ergeben?

Probleme mit den Haaren

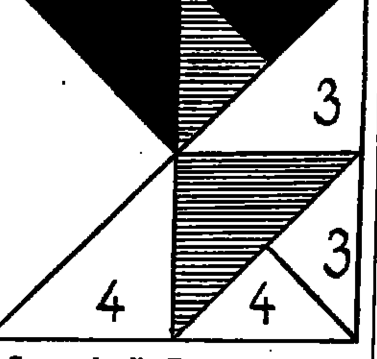
Drei Freunde stürzen morgens in den Friseurladen. Jeder braucht einen Haarschnitt und eine Rasur. Jeder der beiden Friseure veranschlagt für einen schnellen Haarschnitt zwölf Minuten und für eine Rasur vier Minuten. Wann ist auch der letzte der drei – schnellstmöglich – abgefertigt?

Auflösungen vom 2. August

Kettenproblem

Man braucht nur zwei der 22 Kettenglieder zu öffnen, beispielsweise das vierte und das elfte Glied. Dann erhält man folgende Kettenteilstükke: 3-1-6-1-11. Damit lassen sich alle Kettenlängen zwischen eins und 22 darstellen.

Das geht!



So wurde die Figur in vier dekkungsgleiche Teile zerlegt.

Erbschaftsteilung

Der älteste Bruder bekommt 4/7 des Hofes, der mittlere 2/7 und der jüngste 1/7 davon. Dann sind die Bedingungen erfüllt!

Vorsicht ist der beste Schutz vor giftigen Schlangen

Zwar kommt es in den warmen Ländern der Erde häufig zu Unfällen mit Schlangen, Spinnen oder Skorpionen, doch im Unterschied zu der Gefahr von Infektionskrankheiten ist das Risiko für die meisten Reisenden sehr gering. Vorsicht und Kenntnisse über die Lebensweise dieser Tiere können dazu beitragen, ein Risiko ganz auszuschließen.

Die Giftschlangen, die vor allem im tropischen Gürtel der Erde vorkommen, können in zwei unterschiedliche Gruppen eingeteilt werden. Die Giftnattern (zum Beispiel Kobras und Korallenschlangen) produzieren ein sehr rasch wirkendes Gift, das die Nerven lähmt und über einen Atemstillstand zum Tode führt. Die Vipern (Klapperschlange, Buschmeister) besitzen dagegen ein Gift, das Gewebe und Blut angreift und sie auflöst. Schlangen sind keine aggressiven Tiere, meist bemerken sie einen Menschen schon an den Erschütterungen, die er beim Gehen verursacht, und treten den Rückzug an. Nur wenn die Tiere sich bedroht fühlen oder überrascht werden, greifen sie an. Zur Vorbeugung sollte man daher vermeiden, sich ohne festes Schuhwerk oder mit kurzen Hosen in Gelände zu bewegen, das durch Gras oder Buschwerk unübersichtlich ist.

MEDIZIN auf Reisen

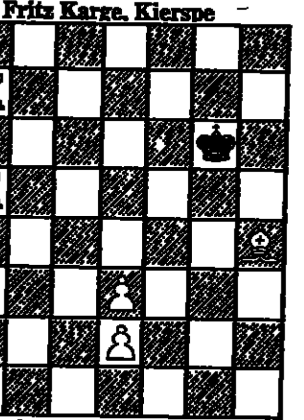
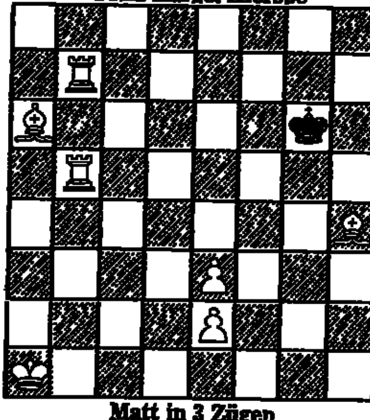
Wird man jedoch trotz aller Vorsicht gebissen, muß schnell gehandelt werden. Grundsätzlich gilt bei allen Unfällen mit Schlangen in tropischen oder subtropischen Ländern: sofort einen Arzt aufsuchen. Wenn möglich, sollte das Tier gefangen und getötet werden, damit der Arzt sehen kann, um welche Art Gift es sich handelt. Bis ärztliche Hilfe erreichbar ist, sollte die Extremität abgebunden werden, um die Verbreitung des Giftes im Körper aufzuhalten. Die Kompresse muß jedoch von Zeit zu Zeit gelokkert werden und darf nicht länger als insgesamt zwei Stunden beibehalten werden. Auswaschen der Wunde ist ratsam, nicht jedoch der Versuch, durch Aufschneiden das Gift zu entfernen: möglicherweise werden dadurch größere Gefäße verletzt und die Ausbreitung des Giftes beschleunigt.

Dagegen kann zur ersten Hilfe „Dr. Hessel's Insektengiftentferner" oder das „Snake-bite-kit" aus der Apotheke nützlich sein. Beide Instrumente – eine Art „umgekehrte" Injektionsspritze bzw. ein halbierter Gummiball mit Saugaufsatz – versuchen mittels Unterdruck Gift aus der Stelle herauszusaugen. Schlangenbisse lösen bei den Betroffenen oft einen Schock aus, der dann eventuell zu einem Kreislaufkollaps führt. Man sollte daher Touren nie ohne einen Begleiter unternehmen, der im Notfall helfen kann. Der Verletzte sollte möglichst liegend transportiert werden; reichliche Flüssigkeitsaufnahme, eventuell auch die Gabe von Zuckerlösung, kann hilfreich sein. Gegen alle Schlangengifte stehen heute Mittel zur Verfügung, meistens in Form sogenannter polyvalenter Seren, die gegen mehrere Gifte gleichzeitig wirken. So gibt es ein Europa-, ein Orient- und ein Lateinamerikaserum sowie je eines für Nord- und Zentralafrika. Die Bisse von Spinnen oder Skorpionen sind zwar weniger gefährlich als die Schlangenbisse, können jedoch zumindest starke Schmerzen verursachen. Sie müssen sofort mit Medikamenten (Analgetika) bekämpft werden. Für die Vorbeugung gelten dieselben Maßregeln wie bei Schlangen.

LUDWIG KÜRTEN

SCHACH

Aufgabe Nr. 1351 (Urdruck)
Fritz Karge, Kierspe

Matt in 3 Zügen

Lösung Nr. 1350 von K. Bacmeister

(Kb7 Tf2 La2 Sd7 e1 Bb2 c2 e5 f4 g5 h6; Kg8 Tf7 h8 Be4 f3 h7 – Vierzüger). 1.Ka8! (Vorausentfesselung des Springers) e3 2.T:f3 (Hinterstellung) e2 3.Tb3 Tf8+ 4.Tb8 matt. Ein raffiniert vorbereitetes Anderssenmatt.

Vlastimil Hort, Begegnungen am Schachbrett. Walter Rau Verlag, Düsseldorf. 160 S. mit 77 Diagr., geb. 26,80 Mark. In einem bunten Strauß wird viel Wissenswertes aus der Schachwelt geboten. Hort plaudert mit zahlreichen Partien über seine Erlebnisse mit Groß- und Weltmeistern. Zu beanstanden ist, daß die gebrachten Probleme nicht mit Angabe von Verfasser und Quelle versehen sind.

H. K.

REISE●WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Statussymbol – Rattler 3. REIHE RI – Tereuz – Rhone 4. REIHE Antares – Revue 5. REIHE Gneis – Asebie – NIG 6. REIHE dental – Kamera 7. REIHE Falter – Renan 8. REIHE City – Dealer – Berg 9. REIHE Gare – Kanevas 10. REIHE ueber – Kairo – H. T. 11. REIHE Em – Beitel – Sasse 12. REIHE Lupine – Ukrainer 13. REIHE Athos – terra – im 14. REIHE Seitenbau – Feh 15. REIHE Ogowe – Vokale 16. REIHE Ines – Rationen 17. REIHE Pirmasens – Lake 18. REIHE Trauma – Peridot 19. REIHE IG – Lieferer 20. REIHE Eigentuemer – Raserei 21. REIHE Fahrt – Gruendungstag. SENKRECHT: 2. SPALTE Transfiguration – Tief 3. SPALTE Maine – Athen – Georgia 4. SPALTE Tilly – Lotos – GH 5. SPALTE Judas – Genus – Puder 6. SPALTE Denar – Sediment 7. SPALTE Steuer – Bise – Ora 8. SPALTE yes – Dementia – Lug 9. SPALTE Mr. – atue – Lie – Rapier 10. SPALTE Belsazar – Texas – Emu 11. SPALTE Onkel – Kemenate – Fee 12. SPALTE Itz – Reval – intern 13. SPALTE river – Uranos 14. SPALTE Armee – Krakau – Peru 15. SPALTE Kakao – Veteran 16. SPALTE Truman – Saigon – SG 17. SPALTE the – Behaim – Limes 18. SPALTE Negev – Farad – RT 19. SPALTE Renoir – Rahsegel – Korea 20. REIHE Re – Gangster – Hefeteig

= JUDENKIRSCHE

GOURMET-TIP



Anreise: A 28 Oldenburg–Emden, Abfahrt Bad Zwischenahn.
Öffnungszeiten: Mittags 12 bis 15 Uhr, abends ab 18 Uhr. Sonntagabend und Montag geschlossen.
Anschrift: „Apicius" im Jagdhaus Eiden, 2903 Bad Zwischenahn, Ortsteil Aschhauserfeld, Telefon: 04403/10 22, App. 12.

Restaurant „Apicius"

Manchmal klingelt bei Helmut Bittlingmaier morgens um vier Uhr das Telefon. Spätestens um fünf fährt er dann mit seinem Wagen an die Nordseeküste, dem Lockruf seiner Sirene in Person einer Fischersfrau folgend. Da kennt der junge Koch keine Müdigkeit: Die frischen Edelfische sollen schon mittags die verwöhnten Gaumen seiner Gäste erfreuen.

Nicht von ungefähr hat der Gastronom Gerd zur Brügge seinem Feinschmecker-Treff den Namen des antiken römischen Gourmets „Apicius" gegeben. Das Restaurant im Moorheilbad Bad Zwischenahn hält, was die damit verknüpfte Erwartungshaltung verspricht. Fische und Geflügel kommen zum großen Teil aus eigener Zucht, Gemüse und Kräuter gedeihen hinter dem Haus, Wild liefert die Jagd des Patron.

Seit 1281 ist die Familie von Gerd zur Brügge am Zwischenahner Meer im Ammerland ansässig. Man lebte von Landwirtschaft und Fischerei. In seinem herrschaftlichen Anwesen am See, dem Jagdhaus Eiden, betreibt Nachfahre Gerd heute das „Romantik Restaurant Jagdhaus Eiden" mit angeschlossenem Hotel, hat Räume an die Spielbank vermietet und leistet sich als besondere Freude seit vier Jahren sein kleines, feines „Apicius".

Das Gourmet-Restaurant ist mahagonigetäfelt; Teppichboden, Tischdecken, Blumenarrangements, die Gobelinbezüge der hochlehnigen Stühle – alles ist auf die Farbe Himbeerrot abgestimmt. Und überall pompöse Spitzen: an den Tischdecken, den Gardinen und an den Schürzen der schwarzgekleideten Serviererinnen. Über alles herrscht diskret, bestimmt und mit viel Sachverstand der Oberkellner und Sommelier Franco Flores aus Italien. Ihm ist es zu verdanken, daß die Weinkarte des „Apicius" mit Gewächsen sämtlicher Provenienzen kaum einen Wunsch offenläßt.

Preislich moderat findet man einen 1982er Schloß Vollrads, Riesling, blausilber, Kabinett, Abfüllung Graf Matuschka-Greiffenclau, für 32 Mark, einen 1979er Baron de L'Pouilly Fumé für 89 Mark, einen 1977er Château Talbot für 55 Mark; aber auch Spitzengewächse wie einen 1978er Château Cheval-Blanc, 1er grand cru classé, für 270 Mark oder gar einen 1929er Château Lafite-Rothschild, 1er cru classé, für 1350 Mark.

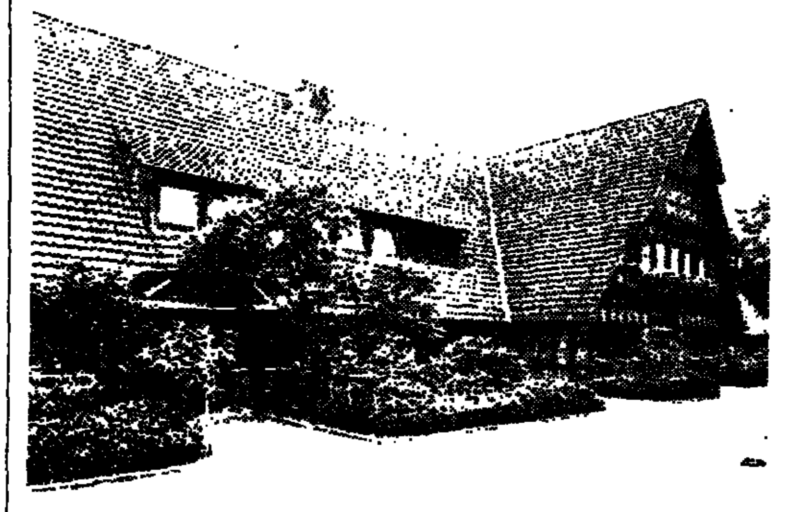
Der sympathische und engagierte Küchenchef Helmut Bittlingmaier macht es möglich, daß das „Apicius" sich mit einem Stern im Michelin und drei Kochlöffeln im Aral Schlemmer Atlas schmücken darf. Seit zehn Jahren ist er für Gerd zur Brügge tätig, bildete sich in Kursen unter anderem in den „Schweizer Stuben" weiter. Den regionalen Zwischenahner Aal serviert der experimentierfreudige Bittlingmaier in Rotweinsauce (32 Mark) und die Barbarie-Ente in zwei Gängen, zuerst die Brust mit Kirschen, dann ein erfrischendes Sorbet, danach die Keule mit Macairekartoffeln (78 Mark für zwei). Auf der Karte stehen zwei Menüs, ein kleines für 67 Mark und das Schlemmermenü (ab zwei Personen) für 92 Mark.



Das Apicius-Trio: Bittlingmaier, zur Brügge, Flores FOTO: PROPP

Geboten werden bei dem ersten Menü beispielsweise Blattsalate mit Entenbratleber, leichte Sauerampfersuppe mit Salmklößchen, Glattbuttfilet auf Algen in Tomatenbutter, Hauskaninchen mit Pfifferlingen in Senfsaatsauce, Schokoladenmus mit Früchten. Schlemmer bekommen marinierte Entenstopfleber mit Pourpiersalat, Salpicon vom St. Petrus Fisch und Hummer, Bresse-Wachteln mit Gemüseflan, Limonen-Sorbet mit Gewürztraminer-Trester, Rehbockkeule in Zitronen-Thymiansauce, Käse vom Brett und Desserts vom Wagen. Die Karte wechselt täglich. Wem die Auswahl der Menüs und A-la-carte-Gerichte noch nicht genügt, kann sich zuerst einen Wein nach seinem Gusto wählen und sich dann um den Rebensaft sein Menü kreiern lassen.

SILVIA M. PROPP



Das Gourmet-Restaurant Apicius im Jagdhaus Eiden FOTO: H. MUSMANN

Das Albtal gehört nicht zu den berühmten Tälern des Schwarzwaldes, obwohl es einen eigenen Reiz besitzt. An einem Ende des Tales liegt Ettlingen, die hübsche Schloßstadt mit Museum und Altstadt, am anderen der beliebte Kurort Bad Herrenalb. Wer es ruhiger mag, findet in Karlsbad, Malsch und Marxzell ländliche Idylle und weite Wanderwege. Die Barockruine Frauenzell, das große Wildgehege, das Fahrzeugmuseum in Marxzell bieten zusätzliche Höhepunkte. Wen es hinauszieht aus dem Wiesental zwischen hohen Wäldern, der hat es nach Stuttgart, Karlsruhe und ins Elsaß nicht weit.

Stilles Tal mit reicher Tradition

Waldbronn

Herz des Albtales, am Mittellauf gelegen, ist Waldbronn, das sich in den letzten Jahrzehnten dank seines Klimas und der Thermalquelle zu einem veritablen Kurort gemausert hat. Dabei setzt man nicht nur auf die Mehrzahl der Menschen, die Urlaub und Gesundheitsvorsorge verbinden wollen, sondern bietet auch eine spezielle Küche für Vegetarier, die im Urlaub nicht auf ihre gewohnten Gerichte verzichten möchten. Außerdem gibt es im Kurhaus inmitten des herrlichen Parks eine recht gute französische Küche. Theater, Konzerte und Folkloreabende, für die die Heimatstuben verantwortlich zeichnen, runden das Angebot des stillen Kurortes ab.

Waldbronn ist wie die anderen Albtalorte auch für Bahnreisende bequem zu erreichen. Man verläßt in Karlsruhe den Fernzug und steigt auf die Albtalbahn um, die fast alle Stunde verkehrt. Sie endet in Bad Herrenalb, dem Hauptanziehungspunkt des stillen Tales, der schon auf eine lange und reiche Fremdenverkehrstradition zurückblicken kann. Neue Attraktionen sind neben dem erweiterten Kurbereich vor allem das kürzlich eröffnete Spielzeugmuseum der Familie Furtwengler, die ihre Schätze in langen Jahrzehnten zusammentrug. Die Stadt stellte ein altes Häuschen zur Verfügung, in dem sich Spielzeug von der Biedermeierzeit an ein fröhliches Stelldichein gibt. Ein Traumland versunkener Kinderwelten wurde hier geschaffen, in dem man sofort zu spielen beginnen möchte. Die winzigen Küchen sind voll funktionsfähig; Dampfmaschinen und Eisenbahnen wecken das Kind in jedem Mann, während bastel- und nähfreudige Damen am liebsten in der Hofgarderobe der Kaiserin Eugénie von Frankreich Staatsroben gestalten würden. Sogar das Kleinklavier, um die Jahrhundertwende für einen kleinen Buben angefertigt, ist bestens gestimmt und wartet nur auf die sensiblen Hände eines etwa sechsjährigen Mozart-Jüngers. Kinderkutschen und -schlitten runden ein Bild ab, das die Augen der Besucher glänzen läßt.

Bad Herrenalb hat als Kurort eine lange Geschichte, die 1837 mit sieben Gästen einer „Kaltwasserheilanstalt" begann. Vierzig Jahre später zählte man bereits über 1000 Gäste jährlich, und als 1914 alle normale Entwicklung aufhörte, besuchten bereits an die zehntausend Gäste den Ort.

Der große Aufschwung kam in unserer Zeit mit der erfolgreichen Bohrung von Thermalquellen und der entsprechenden Einrichtung von Hallen- und Freibädern, in denen sich ganzjährig im Thermalwasser schwimmen läßt. Liest man, daß das Bad selbst 1983, also während der großen Sorgenzeit der deutschen Heilbäder, fast 68 000 Gäste beherbergte, so mag mancher an Überfüllung denken. Aber Herrenalb liegt nicht nur am Anfang des Albtales, sondern vereinigt sieben Täler insgesamt im Ortsbereich, so daß jeder Gast Ruhe finden kann, wenn er das Bedürfnis danach verspürt. Da lockt die Ruine des alten Klosters, das 1149 gegründet und im Dreißigjährigen Krieg endgültig zerstört wurde, in einem stillen Seitental die 700 Jahre alte Plotzsägemühle, zu der auch ein Wirtsgarten gehört. Und schließlich bieten die Schwarzwaldhöhen schier endlose Wandermöglichkeiten. Natürlich gibt es auch einen Neun-Loch-Golfplatz, Tennisanlagen und alle anderen Sportmöglichkeiten, die man im Urlaub erwartet. Und es spricht für den Realitätssinn der Kurverwaltung, daß auch ein reichliches Angebot an Ferienwohnungen für Familien und ein Campingplatz in sehr schöner Lage und komfortabler Ausstattung zur Verfügung stehen.

Höhepunkt jedes Aufenthaltes in Bad Herrenalb aber ist ein Abend in der Klosterschänke von Mönch's Posthotel direkt am Kurpark. Sogar im kulinarisch reich gesegneten Baden zählt diese Küche zur Spitzengruppe, so taufrisch, leicht und delikat ist alles, was auf den Tisch kommt. Um das Fest vollends harmonisch zu gestalten, entspricht der Service des Hauses in allen Details dem Standard, die Hubert Mönch und sein Küchenchef Peter Baunacke an die Qualität ihrer Speisen stellen. Baunacke hat in den letzten Jahren aus der ursprünglich schwarzwälderisch-biederen Hotelküche einen Gourmettempel gemacht. Traumhaft leicht ist seine hausgemachte Entenleber mit grünem Pfeffer in Madeira-Aspik mit Früchtebouquet und Brioche (20 Mark), die Terrine von Stör und geräucherter Bachforelle mit grüner Sauce (19 Mark), ebenso das Milchzicklein mit frischen Kräutern gebraten, dazu Zwiebelmus, junge Gemüse und Kartoffelgratin (30 Mark). Natürlich wechselt das Angebot mit der Saison, aber wenn man sich an die Empfehlungen des Küchenchefs hält, wird man nicht enttäuscht.

Dazu hält der Weinkeller alle badischen Spezialitäten in ebenso großer Zahl bereit wie die anderen deutschen Anbaugebiete, stehen fast alle französischen Weinbaugebiete neben bekannten italienischen und spanischen Weinen, und allein an Champagnern gibt es siebzehn verschiedene Sorten. Diese „Weinbibel" zu studieren ist der beste Auftakt für einen schönen Abend. Den nötigen Ausgleich kann man anderntags im Thermalbad oder auf einer längeren Wanderung finden.

PETER BORG

*

Auskunft: Städtische Kurverwaltung, 7506 Bad Herrenalb

Rennwoche in Baden-Baden oder Frühstück bei Iffezheim

Sehen und gesehen werden sind die beiden klassischen Gründe, auf einen Rennplatz zu gehen. In Baden-Baden kommt ein dritter hinzu: das Turf-Frühstück. Vor 25 Jahren begann es als karge morgendliche Atzung, inzwischen wurde daraus ein opulentes Freiluft-Frühstücks-Buffet: überdacht wegen eventueller Regenschauer und durchdacht wegen des ständig steigenden Ansturms. Für „gastronomische Betreuung" sorgt das Steigenberger Hotel Europäischer Hof mit 250 Mitarbeitern, und so stören auch bei 1200 Frühstücken keine leeren Platten das Bild von Völlerei auf dem Buffetquadrat.

Der besondere Pfiff dieses Frühstücks: zum Gaumenschmaus kommt die Augenweide. Ein paar Dutzend Meter von den Rührei-und-Speck-Kasserollen entfernt attackiert Fellini Pola Negri. Was nichts anderes heißt als: beim frühen Kaffee, so zwischen sechs und acht, zeigen die Vollblüter beim Morgentraining die Eisen. Bis auf 60 Stundenkilometer kommen sie dabei. Kenner versichern, die Pferde hätten selbst Spaß an diesem Leistungssport. Umweltfreundlich ist die Fortbewegungsart auf jeden Fall.

Vollblüter auf dem Rasen, Blaublüter (aber nicht nur die) beim Frühstück. In Iffezheim sitzt der Ölscheich im dezenten Flanell, der für ein paar Stunden aus London oder Paris herüberkommt in Tuchfühlung mit dem Rennfan, der per Drahtesel angeradelt kam, weil ihn die starken Pferde im Rennen mehr interessieren als die Pferdestärken unter der Haube eines Nobelschlittens. Ob für den Jockey, der sein Zivil aus der Kinderabteilung bezieht, ob für den Wettfan oder für den Gestütsbesitzer – für alle ist bei diesem Frühstück der Umgang mit dem Feldstecher genau so selbstverständlich wie der mit Messer und Gabel. Zum heißen Kaffee gibt's die ersten heißen Tips. Was aber wäre solch früher Treff ohne jene Hinterbliebenen, die von der letzten Party übriggeblieben und nun im Smoking, mit Mitternachtsschatten unter den Augen, direkt zum Katerfrühstück auf die Pferderennbahn kommen. Da begreift der Neuling, weshalb Rollmöpse zur Ausstattung des Buffets gehören.



Natürlich sind auch Damen zu so früher Stunde schon auf den hübschen Beinen. Aber sie sind in der Minderheit. Darin aber liegt ihre Stärke: Sie verlängern den Renntag um eine morgendliche Modenschau über Kies und Rasen. Ob modischer Overall oder ein Gespinst aus Stroh und Tüll auf dem wohlfrisierten Haupt, alles ist erlaubt.

Bestünde die Frühstücksrunde nur aus Damen und Jockeys, das Steigenberger Kurhotel würde einen dicken Gewinn einfahren. Beide delektieren sich an fettarmem Joghurt, als wäre es der graue, großperlige Schahkaviar. Frühstücksasketen beide, die einen wegen der Linie, die anderen wegen der Ziellinie. Fünfzigmal müssen Berufsreiter sie als erste erreicht haben, dann erst dürfen sie sich Jockey nennen. So klein und leichtgewichtig sie sind – auf dem Rücken der Pferde sind sie die größten. Bestaunt und (wegen eventueller Tips) belauscht, wo immer in Rennbahn-Nähe sie sich sehen lassen.

An den Damen und den Jockeys kann es also nicht liegen, daß bei den sechs Rennfrühstücken während der Großen Baden-Badener Rennwoche (23. August bis 1. September) 1500 Eier, 350 Kilo Kaffee, 1000 Liter Orangensaft und Berge von Wurst, Schinken und Käse vertilgt werden. Die Teigwaren schon gar nicht gerechnet.

Dieser kräftige Appetit, der eigentlich schon ein ausgewachsener Hunger ist, hat seinen psychologischen Grund: Für Rennfanatiker ist das Frühstück die einzige ruhige Mahlzeit des Tages. Für sie ist zur frühen Stunde die Welt noch in Ordnung: Noch sind die Wettannahme-Stellen geschlossen, noch gibt es keine Zweifel am eigenen todsicheren Tip, noch werden die Wettscheine mit Sorgfalt ausgefüllt. Stunden später ist alles vorbei: zerronnen die Hoffnung auf schnellen Reichtum, gesenkt der Adrenalin-Spiegel, vom Winde verweht der wertlose Wettzettel.

MANFRED BARTHEL